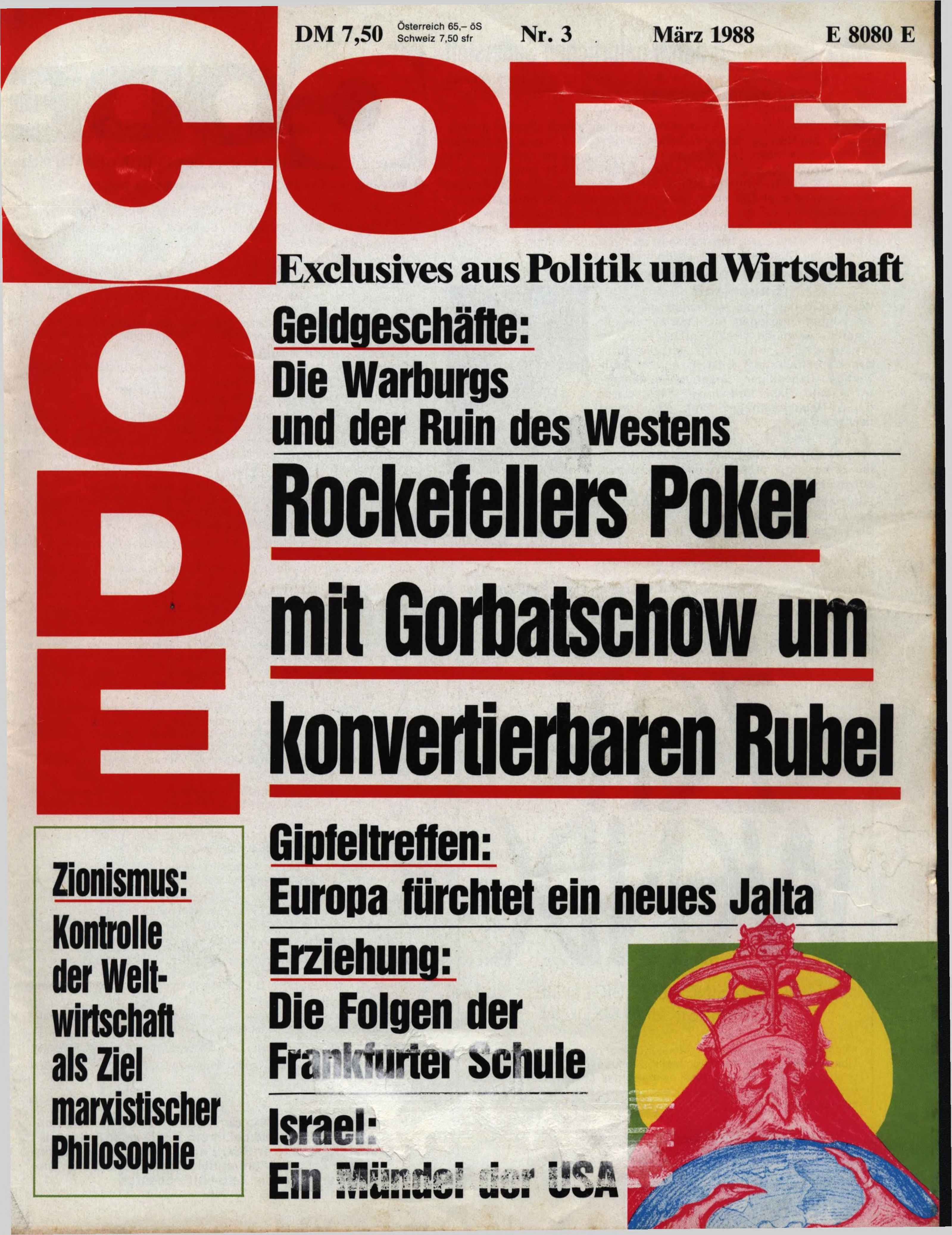


DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 3 März 1988 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Geldgeschäfte:
Die Warburgs und der Ruin des Westens

Rockefellers Poker mit Gorbatschow um konvertierbaren Rubel

Gipfeltreffen:
Europa fürchtet ein neues Jalta

Erziehung:
Die Folgen der Frankfurter Schule

Israel:
Ein Mündel der USA

Zionismus:
Kontrolle der Weltwirtschaft als Ziel marxistischer Philosophie



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.
Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »Zionist Watch«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »Zionist Watch«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »Zionist Watch« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C.,20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Anzeigenverwaltung: Access Marketing GmbH, Feldbergstraße 2, D-6240 Königstein 2, Telefon (0 61 74) 70 30.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 30. März 1988 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

In eigener Sache

Lieber CODE-Leser

Über die Entscheidung der beiden Grossisten in der Schweiz, die Zeitschrift CODE künftig nicht mehr zu vertreiben, haben wir in der Januar-Ausgabe ausführlich berichtet. CODE ist mit der Dezember-Ausgabe 1987 sang- und klanglos aus dem Angebot der Zeitschriftenhändler in der Schweiz verbannt; die Zeitschrift kann künftig in der Schweiz nur noch im Abonnement bezogen werden. Der Verlag und die Redaktion von CODE wurden von der Entscheidung derartig überrascht, daß nicht einmal die Möglichkeit gegeben war, die Käufer am Kiosk in einem vorhergehenden Heft über die Entscheidung der Schweizer Grossisten zu informieren.

In den letzten Wochen häufen sich auch Beschwerden von Käufer in der Bundesrepublik und West-Berlin, die CODE nicht mehr im Einzelhandel erhalten. Viele Leser berichten uns, daß sie seit Jahren die Zeitschrift entweder bei ihrem Zeitschriftenhändler oder bei ihrem Bahnhofsbuchhändler monatlich erworben haben. Plötzlich teilte ihnen der Händler mit, daß CODE nicht mehr erscheint, er nicht mehr beliefert wird, oder daß der Verlag pleite gemacht habe. Auch Drängen der Leser, der Händler möge doch die Zeitschrift bei seinem Grossisten bestellen, blieben erfolglos.

Das Grosso erhöht die Handelsspanne

Immer wieder sind wir den Beschwerden unserer Leser nachgegangen und haben unsere Vertriebsfirma, die Verlagsunion in Wiesbaden, gebeten, durch den Außendienst die Probleme der Verbreitung von CODE überprüfen zu lassen. Trotz wohl erfolgter Bemühungen, häufen sich die Beschwerden jedoch von Tag zu Tag.

Obwohl die Grossisten in der Bundesrepublik und West-Berlin nicht in der Lage sind, für eine ordnungsgemäße Verbreitung von CODE zu sorgen, haben sie vom Verlag verlangt, ihre Handelsspanne von 24,76 Prozent auf 29,76 Prozent zu erhöhen. Die Handelsspanne für den Einzelhändler blieb dagegen unverändert bei 20,24 Prozent. In der Praxis heißt das, daß wir den Grossisten und Einzelhändler eine Handelsspanne von 50 Prozent einräumen müssen.

Neben diesen 50 Prozent müssen wir für Auslieferung, Fracht, Rechnungstellung etc. an die Verlagsunion weitere 48 Pfennig pro ausgeliefertem Exemplar zahlen, das heißt, 48 Pfennig auch für die nicht verkauften Exemplare.

Diese ungeheure Belastung durch den Vertrieb über den Zeitschriften-Einzelhandel hat uns dazu gezwungen, den Verkaufspreis des Einzelheftes ab der Ausgabe März 1988 auf DM 7,50 sehr drastisch zu erhöhen. Wir wissen, daß dieser Preis eine Zumutung für die Leser ist, wir sind jedoch durch die Vorgehensweise der deutschen Grossisten dazu gezwungen worden.

Der Ausweg ist das Abonnement

Natürlich sehen wir die schlechte Verbreitung von CODE durch die Grossisten und die Erhöhung der Handelsspanne für CODE in einem Zusammenhang, der zwar eine andere Vorgehensweise wie in der Schweiz darstellt, im Ergebnis aber das gleiche Ziel hat: das sang- und klanglose Verschwinden von CODE aus dem Zeitschriftenangebot.

Schließlich ist eine Zeitschrift wie CODE ein unerwünschter Außenseiter in der Medienlandschaft des Establishments. CODE ist die einzige deutschsprachige Zeitschrift, die bereits in der Juni-Ausgabe 1987 einen Bericht des Bankiers Jonathan May brachte, in dem der Börsen-Crash für den Oktober 1987 angekündigt wurde.

CODE veröffentlichte in der Oktober-Ausgabe 1987 die komplette Liste der Mitglieder der Trilateralen Kommission. Obwohl deutsche Jounalisten unter anderem der »Frankfurter Allgemeinen« an der letzten Tagung der Trilateralen teilnahmen, wird die Zusammensetzung dieses internationalen Absprachegremiums der deutschen Öffentlichkeit verschwiegen.

CODE veröffentlichte in der November-Ausgabe 1987 einen Kommentar zu einem Bericht der Londoner Lloyd-Bank, der ein Absinken des US-Dollar unter 1,60 DM voraussagte.

Ab der letzten Ausgabe publiziert CODE monatlich ein spezielles Journal mit Nachrichten zum Thema Irak, Iran, Zionismus.

Dies sind einige journalistische Leistungen von CODE, die im deutschsprachigen Raum ohne Vergleich sind. Sie machen dieses Magazin darum auch zum ungeliebten Medium in der deutschen Presselandschaft.

Wir haben nun eine Bitte: Sie erhalten CODE zum Preis von jährlich 60 DM – das Monatsheft also für 5 DM – im Abonnement. Bitte entschließen Sie sich zu einem Abonnement; Sie sparen nicht nur Geld, sondern Sie helfen uns auch, mit den Vertriebsschwierigkeiten fertig zu werden. Vor allem können wir uns auf diese Weise vor einer Überraschung wie in der Schweiz bewahren

Als Dankeschön erhalten Sie bei der Bestellung eines Jahresabonnements kostenlos das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.

Ich hoffe auf Ihr Verständnis und auf Ihr Entgegenkommen.

Ihr
Ekkehard Franke-Gricksch



Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51
D-7250 Leonberg

Ich habe mich entschlossen, künftig bis auf weiteres die Monatszeitschrift CODE im Abonnement zu beziehen.
Das Abonnement beginnt mit der Ausgabe Nr. 4/April 1988.
Das Jahresabonnement kostet 60 DM. Im Außland kostet das Jahresabonnement 60 DM zuzüglich 12 DM Versandkosten für den einfachen Postweg.
Als Dankeschön erhalte ich kostenlos das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.

Name

Vorname

Straße und Hausnummer oder Postfach

Postleitzahl und Stadt

Als Abonnent bin ich damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von meinem Bank- oder Postscheckkonto abgebucht wird:

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers



Exclusives aus Politik und Wirtschaft



Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte die Angewohnheit, Warburgs Ratschläge oft wörtlich in seinen politischen Reden zu wiederholen.



Michail Gorbatschow rühmt sich vor aller Welt mit Glasnost, aber er schweigt über das Schicksal von Millionen vergessener Menschen.

Naher Osten



US-Präsident Reagan will den Friedensprozeß im Nahen Osten durch direkte Verhandlungen mit den Arabern vorantreiben.

Medizin

Ständige Rubriken

Bonn

Wahlen 1988

Hans W. Schimmelpfeng

Das Jahr 1988 wird bestimmt durch einige Landtagswahlen. Als großen Vorzug der Staatsform, die in der Bundesrepublik Deutschland herrscht, wird das Recht gepriesen, ab und zu die Abgeordneten zu wählen, die dann die Bonner Regierung oder die verschiedenen Regierungen der Bundesländer bestimmen.

Die Sache hat jedoch einen Haken: Obwohl alle Bürger sich zur Wahl stellen dürfen, steht dieses Recht nur auf dem Papier. Einige Parteien, die man als die »Etablierten« bezeichnet, haben sich gegenseitig alle Chancen der Wählbarkeit zugesprochen und verteidigen sie mit allen nur ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln wie Funk, Fernsehen und Tagespresse, aber auch Gesetzgebung und Justiz. Wenn eine neue Gruppe mit Wahlanspruch auftritt, vor allem eine, die die deutschen Volksinteressen vertreten will, muß sie durch Unterschriftensammlung, Diffamierungen, Lokalverweigerungen, Gewaltanwendung und andere Behinderungen kaum zu überwältigende Hürden überwinden. Wer sich zu solchem Versuch bekennt, lernt die Wirklichkeit der demokratischen Freiheiten kennen.

Staat und Volk als Opfer des Wechsels

Die Etablierten unterscheiden sich untereinander in der Innenpolitik auf sozialpolitischem und wirtschaftspolitischem Gebiet, befehden sich dabei auf das heftigste im Kampf um Stimmen und Posten. Sie sorgen durch abwechselnde Eroberung der inneren Machtpositionen dafür, daß durch ständigen Wechsel des politischen und wirtschaftspolitischen Kurses niemals auf lange Sicht eine die gemeinsamen Volksinteressen vertretende und die Klassengesichtspunkte ausschaltende Gemeinschaftspolitik gesteuert werden kann.

So sind Staat und Volk Opfer des Wechsels, während die Lobby der Parteien gedeiht, sowohl in der Regierung wie auch in der gut bezahlten Opposition. Der Geist, den diese Parteien verbreiten, zeigt sich in den Korruptionsprozessen der letzten Zeit. Gemeinsam ist den Etablierten das Bemühen alle deutsche Eigenart zu beseitigen und sogar zu diffamieren und den »american way of life« mit allen dazugehörenden Untergangserscheinungen dem öffentlichen Leben aufzupassen.

Obwohl sie auch auf außenpolitischem Gebiet scheinbare Gegensätze konstruieren, steuern sie hier denselben Kurs, nämlich den Kurs der ewigen Selbstbeschuldigung, der Unterwerfung und des Verzichts. Das Ergebnis dieser Gesamthaltung hat ein Amerikaner in einem Brief an den Bundeskanzler und den Bundestag formuliert, so wie er es von außen sieht.



Steht Brüssel vor der Pleite der Europäischen Gemeinschaft, die weder eine Gemeinschaft noch Europa ist?

Grund ist der Druck Amerikas

Ein deutscher Staatsbürger würde bei Bekanntgabe solcher eigenen Sicht Gefahr laufen, vom Staatsanwalt belangt zu werden. Der Geschichtsprofessor an der Hochschule in Philadelphia entwirft folgendes Bild:

»Die gegenwärtige deutsche Regierung ist heute die einzige in der ganzen Welt, die sich in einer regelrechten Orgie der Selbstbeschuldigung engagiert, indem sie der Welt erzählt, wie schuldig die Deutschen sind und um Vergebung bittet, und dies ohne Rücksicht auf Selbstachtung und nationale Ehre.«

Dann berichtet er von der andauernden Welle antideutscher Propaganda in den amerikanischen Massenmedien und den Lügen und Verleumdungen, die Amerikaner über die Deutschen glauben. Dazu schreibt er:

»Ich habe persönlich einen Kampf gegen dies alles gewagt. Dafür wurde ich isoliert und verleumdet, wurde meine Moral in Frage gestellt und wurde von einigen meiner Mitarbeiter in eine traurige Notlage gebracht und gezwungen, in beängstigender ideoligischer Isolation zu leben. Dieselben Schlangen lachen mir ins Gesicht, wenn sie mir die letzten Selbstbeschuldigungen Bonns zeigen. Man sagt mir: ›Sehen Sie doch, selbst die deutsche Regierung widerlegt Sie, Herr Savarese!‹«

Er bittet dann, die Wahrheit nicht zu verübeln, auch wenn sie schmerzt und fährt dann fort: »Zum Beispiel: Nationale Gruppen werden als ›Neonazis‹ diskriminiert. Warum ist das Nationalgefühl in anderen Ländern von großer Wirksamkeit, und warum nicht auch in Deutschland? Der Druck Amerikas ist der Grund.

Zum Beispiel: Die andauernde Haft von Rudolf Heß nach der beschämenden Zirkusschau von Nürnberg 1945. Das ist ein Weltfrevel.

Zum Beispiel: Die Verbannung von Büchern, die einen anderen Standpunkt über den letzten Krieg vertreten.

Zum Beispiel: Das laufende Einschleusen von Fremden in Deutschland. Wenn Sie dies beenden wollen, wie es Amerika macht, bekommen Sie Ärger und es heißt, daß Sie ›Neonazi‹ seien. Dies ist ein kleines Wort, das für alles gebraucht werden kann.«



Ein dekadentes Amerika als Vorbild

Er schreibt von der Kindererziehung, die den Kindern sagt, daß nationale Ehre schlecht sei und ihre Väter Verbrecher wären, von der Erziehung zu Jeans, Coca-Cola, Rockmusik, Antiautorität, harten Drogen und abartigem Sex:

»Sicher ist Deutschland nicht besser, als es 1936 war. Heute, wo Amerika als Vorbild gilt. Dekadentes, degeneriertes Amerika, was für ein Vorbild?«

Er schreibt weiter von den Nuklearwaffen, die zum Einsatz be-

reit sind für das Schlachtfeld Deutschland:

»Betreiben nun die deutschen Regierungen überhaupt eine eigene Politik? Keineswegs. Jeder weiß, daß sie ihre Macht nicht vom deutschen Volk, sondern von den Besatzern Amerika und Sowjetunion erhalten. Eine wirkliche nationale deutsche Regierung hätte das Land längst wieder vereinigt.«

Dieser Brief eines ausländischen Freundes des deutschen Volkes endet mit der traurigen Schlußfolgerung:

»Dieser Brief wurde aus dieser Enttäuschung heraus geschrieben. Wird er etwas zum Besseren beitragen? Ich denke nicht, aber ich sah mich gezwungen, ihn zu schreiben. Mit den Wünschen für das deutsche Volk verbleibe ich hochachtungsvoll Richard Savarese.«

Es sollte dem Leser überlassen bleiben zu beurteilen, ob der Amerikaner recht hat. Auf jeden Fall ist dieser Brief ein Aufruf, wieder zu uns selbst als selbständiges Volk zu finden. Feststellen können wir mit Gewißheit, daß alle rigorosen Maßnahmen, ein Wiedererwachen des naturgegebenen Selbsterhaltungstriebes unseres Volkes zu verhindern, mehr und mehr scheitern. Zwar zeigt sich das noch nicht in dem erforderlichen Ausmaß in der Öffentlichkeit. Deutlich ergibt es sich aber angesichts jeder Wahl aus der Erkenntnis, die verschiedene verantwortungsbewußt überlegene Kreise gewonnen haben: Für Deutsche sind die etablierten Parteien nicht mehr wählbar!

Gerade die jüngsten Ereignisse, nämlich die dubiose und einseitige amerikanische Einmischung in den arabisch-israelisch-irakisch-iranischen Konflikt im Persischen Golf, zeigt uns, daß es höchste Zeit ist, die Knechtschaftsrolle von uns zu werfen, zu der uns die Etablierten durch komplette Unterwerfung unter die Feinddiktate verurteilt haben.

Wir brauchen wieder selbständige Stellungnahme und klare, zielbewußte politische Führung. Es ist zwar nicht zu erwarten, daß kurzfristig durch irgendeine Wahl ein Wunder geschehen kann. Aber vorerst möglich ist es, daß die zu einem neuen Selbstbewußtsein strebenden Kräfte unseres Volkes sich auf bestimmte unabdingbare Ziele einigen, die erreicht werden müssen.

Die tägliche Geschichtsfälschung

Voraussetzung für die Wiedergewinnung des Selbstbewußtseins unseres Volkes ist die Darstellung der geschichtlichen Wahrheit der deutschen und europäischen Geschichte unseres Jahrhunderts.

Solange diese Geschichte wahrheitswidrig als einseitiges deutsches Verbrecheralbum unter Verschweigung oder Beschönigung der »Sieger«-Verbrechen und unter Ableugnung größter deutscher Leistungen gefälscht wird, kann unser Volk nicht wieder zu seiner früheren kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung zurückfinden.

Derzeitige Mahnungen, die »Vergangenheitsbewältigung« einzustellen und sich nur mit »positiven« Themen zu befassen, sind deshalb in dieser Einseitigkeit verfehlt. Die tägliche antideutsche Geschichtsfälschung ist der Nährboden für die derzeitigen Untergangserscheinungen im gesellschaftlichen und politischen Leben unseres Volkes. Ein Volk, das nichts von sich hält, ist verloren.

Die derzeitigen bei uns etablierten Kreise vollenden mit ihrem Wüten gegen jedes Wiederaufkommen völkischen Selbstbewußtseins den »Völkermord« an unserem Volk. Darum ist nicht nur das gefälschte Bild unserer Geschichte, sondern auch das falsche Europa-Bild, das uns heute vorgegaukelt wird, zu berichtigen.

Die Zeitverhältnisse, die technische und wirtschaftliche Entwicklung erfordern eine Zusammenfasung des europäischen Bereiches und seiner Kräfte. Die Eroberung und Teilung der europäischen Mitte durch die konkurrierenden Welteroberer schließen zur Zeit diese unentbehrliche Zusammenfassung aus.

Die immer schlimmer werdende Pleite der sogenannten Europäischen Gemeinschaft (EG), von der wir schon lange sagen, daß sie weder Europa noch Gemeinschaft ist, die nun auch noch zur Ruinierung des Bauernstandes und damit unserer Ernährungbasis führt, ist unreparierbar.

Die Ausbeutung des anderen Teiles Mitteleuropas durch den bolschewistischen Koloß, der in Konkurrenz in Washington um die Weltherrschaft kämpft, ist das zweite Hindernis für das wirkliche Europa, das sich zwischen den Unglücksblöcken wieder finden muß.

Darum ist der Abzug der Besatzungstruppen nach beiden Seiten zu fordern. Dieser »Neutralismus« ist berechtigt und Voraussetzung für die politische Wiederherstellung unseres Erdteils. Fremde Truppen schützen uns nicht, sondern gefährden uns.

Ein schweres und unheilvolles Hindernis für die Neuordnung Europas ist die bereits erfolgte planmäßige Einschleusung volks- und kulturfremder Menschenmassen in die Bundesrepublik. Das ist rassistischer und völkerrechtswidriger Mord an diesem deutschen Volksteil und zugleich ein schweres Vergehen an den Importierten, die hier weder Heimat noch Arbeit finden können, bei denen also unerfüllbare Hoffnungen erweckt worden sind.

Vergewaltigung von Naturgesetzen

Es ist nicht Schuld der Importierten, sondern der Importeure, wenn die enttäuschten sogenannten »Mitbürger« zu einer destruktiven und ordnungsgefährdenden Masse werden. Wenn dieser Zustand nicht zu schweren inneren Unruhen und zu weiter wachsender Auflösung der bereits schwer gefährdeten inneren Ordnung führen soll, muß alles irgend Mögliche getan werden, um diesen deplazierten Millionen eine Heimat und Existenzmöglichkeit zu schaffen. Platz genug ist in vielen Teilen der Erde, hier aber nicht.

Die Etablierten sind jedoch zur Lösung solcher Probleme weder gewillt noch imstande, weil sie mit ihrer Hauptsorge beschäftigt sind, wer von ihnen in den nächsten Jahren die bezahlten Posten besetzen wird. Wir als Vertreter eigener Volksinteressen haben ganz andere Sorgen.

Die heimatberechtigten deutschen Staatsbürger im bundesrepublikanischen Provisorium haben alle Veranlassung, sich ein Beispiel an selbstbewußten Völkern zu nehmen. Man denke an das jüdische Volk, das sogar in jahrhundertelanger weltweiter Zerstreuung seinen völkischen, rassischen Zusammenhalt zäh bewahrt hat.

Ein geordnetes Staatswesen, wie wir es in der europäischen Mitte brauchen, kann nicht von einer kulturell wurzellosen und ziellosen Menschenmasse gebildet und geführt werden, sondern nur von einem Volk, das sich als zusammengehörende, untereinander verpflichtete und verwantwortliche Gemeinschaft empfindet.

Ebenso kann die Welt als Ganzes nur geordnet bestehen, wenn sie sich aus geordnet in ihrem Raum lebenden, wirtschaftlich, weltanschaulich und kulturell zusammenpassenden Einheiten zusammensetzt. Das planmäßig heute in der Bundesrepublik angestrebte Volksuntergangs- und Mischsystem hat nichts mit der vorgeschützten Humanität zu tun, sondern muß nach dem durch Völkermischung vergewaltigten Naturgesetz in einer Katastrophe auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens enden. Wir sind auf dem Wege dazu.

Voraussetzung für ein anzustrebendes echtes Europa, das durch sein Können der Welt gute Dienste leisten kann und soll, muß also die Wiederannäherung der gewaltsam geteilten deutschen Volksteile sein mit dem Ziel der Beseitigung der willkürlich gezogenen Grenzen. Der Wiederaufbau unseres gesamtdeutschen Volks- und Staatslebens ist eine Forderung im Rahmen des uns zustehenden Menschenrechts. Menschenrecht kann nie gewonnen werden von einer bindungslosen »Gesellschaft«, die nach der Geige einer kleinen Weltherrscherclique tanzt, ohne über eigenes Selbstbewußtsein in eigenem Volksaufbau zu verfügen.

Wir haben den entschlossenen Kampf zu führen gegen alle destruktiven Erscheinungen, selbst wenn deren Verteidiger von höchsten Ämtern aus ihre Macht mißbrauchen. Dabei berufen wir uns auf das Grundgesetz, das von seinen Verfassern, obwohl sie unter schwerem feindlichen Druck standen, für deutschen Aufbau und nicht für deutschen Untergang geschaffen wurde und bestimmt war. □

Deutschland

Die Folgen der »Frankfurter Schule«

Heinrich Claussen

Obwohl die »Frankfurter Schule« als Wirkungsmacht im privaten und politischen Alltag überall durchschlägt, haben es jene, die dazu gefordert gewesen wären, Widerstand zu leisten, bis heute weithin versäumt, sich mit diesem verderblichen Unternehmen gründlich zu befassen. Man konnte und kann sogar noch heute von politisch tätigen Leuten Sätzen hören wie diesen: »Was geht denn uns irgendeine Schule in Frankfurt an?«

Wenige nur wissen, was die Deutschen dieser Frankfurter Schule zu verdanken haben. Aus der »Philosophie« der Frankfurter Schule, einer Mischung aus Neo-Marxismus und Psychoanalyse, deren Falschgehalt nicht gründlich dargestellt werden kann, wurde unter anderem abgeleitet: die Gesamtschule; die Auswechslung des Geschichtsunterrichts gegen das Fach Sozialkunde; die Freigabe der Pornographie und des sogenannten Sexualunterrichts in den Schulen; die Änderung der Strafgesetze durch die sogenannte Strafrechtsreform; der offene Strafvollzug und die so ermöglichte ständig steigende Kriminalitätsrate und die Rauschgiftsucht; ferner die Auflösung der Eltern-Kind-Beziehung durch die »Erfindung« des Generationsvertrages, begleitet von der ständigen Beschuldigung der älteren Menschen als autoritär, ja faschistoid.

Das Wort ist wie ein Kaugummi

Hier ein Beispiel aus einem Geist der Frankfurter Schule geschriebenen Buch: »Für manche ist das Wort Vater wie ein Kaugummi, an dem sie endlos rumkauen, bevor sie ihn ausspucken. Die meisten sagen einfach ›mein Alter‹ oder so. Dabei fallen einem keine Sachen ein, wie Vaterland, Vater im Himmel oder: Du sollst Vater und Mutter ehren . . . und all den Schmus, mit dem man früher die Menschen berieselte, um sie besser gängeln zu können.«

Es folgte die Auflösung der Ehe als Familienbindung; die Zerstörung notwendiger Autorität – außer der Frankfurter Schule selbst – und die sogenannte antiautorische Erziehung.

Die Frankfurter Schule wurde schließlich schon sehr früh geistiger Wegbereiter des RAF-Terrorismus und der Studentenrevolte, der Straßenkrawalle und des sogenannten Marsches durch die Instutionen, der sich inzwischen vor allem in der Justiz, im Strafvollzug, erst recht natürlich bei den jüngeren Lehrern, mit verheerenden Folgen auszuwirken beginnt.

Zu den Forderungen der Frankfurter Schule gehörten aber auch solche scheinbar nebensächlichen Dinge, daß etwa in den Medien möglichst keine Marschmusik oder deutsche Volkslieder gesendet werden sollen, ebenso möglichst keine Heimatfilme und keine unverfälscht klassischen deutschen Dichter. Wann haben Sie zuletzt Schillers »Wallenstein-Trilogie« oder »Wilhelm Tell«, Goethes »Egmont« oder Hermann Burtes »Katte« im Fernsehen gesehen.

Das Gift kreist im Volkskörper

Nicht alle Forderungen der Frankfurter Schule konnten voll durchgesetzt werden. Manches nicht, weil es sich als zu krasser Unsinn entpuppte, wie etwa die antiautoritären Wandbeschmierungskinderläden oder die pornographischen Kindertheater.

Volksmusik – vor allem aus Österreich – erobert gegen Hitparaden und »Musikläden« doch wieder einige Sendestunden.

Und wenn auch die Witwe des großen Kommunisten Ernst Block noch vor nicht allzulanger Zeit im Fernsehen ungerügt sagen konnte, sie und ihr Mann hätten sich scheckig gefreut, wenn deutsche Professoren mit Tomaten beworfen wurden, so mußten einige Wortführer der Frankfurter Schule sogar am eigenen Leib erleben, daß die von ihnen gerufenen Demo-Geister sie selbst mit Tomaten bewarfen – unter dem Vorwurf mangelnder Radikalität. So geschah es vor Jahren Theodor Wiesengrund-Adorno, und so geschah es kürzlich einigen »Realos« durch »Fundis« bei den Grünen, die überwiegend ein Reinzuchtergebnis der Frankfurter Schule darstellen.

Festzustellen, daß Goethes Gedicht vom »Zauberlehrling« sich auch an den Einpeitschern und Jüngern der Frankfurter Schule bestätigt, heißt noch lange nicht, daß der Zerstörungs- und Zersetzungsgeist ausgekehrt sei. Er ist nur, wie die berüchtigte Dünnsäure, durch etwas mehr Wasser verdünnt worden. Das Gift aber kreist nach wie vor im Volkskörper.

Die Frankfurter Schule wurde geistiger Wegbereiter der Straßenkrawalle und des Marsches durch die Institutionen, der sich mit verheerenden Folgen auszuwirken beginnt.





Um dieses Gift in seiner Herkunft und in seinem Wesen zu erkennen, muß man ein wenig Geschichte aufblättern. Im Ursprung wurde die Frankfurter Schule etwa 1923 von Pollock und Horkheimer begründet. Diese beiden und dann auch bald Karl Landauer und Erich Fromm erzeugten aus den Lehren von Sigmund Freud und Karl Marx eine revolutionäre Mischung, »Kritische Theorie« genannt, die dazu bestimmt war, den weltrevolutionären Prozeß zu seinem Endsieg zu führen – und zwar durch die kultur-revolutionäre Hintertür.

Mit Geld und Einfluß gut ausgerüstet

Rudolf Künast, ein Autor, der sich mit diesem Thema besonders gründlich befaßt hat, schrieb 1983: »Die marxistisch-kommunistische Ausrichtung des Instituts und die bekannte Tatsache, daß mit seinem Direktor alle Angehörigen des inneren Kreises und fast alle sonstigen Mitarbeiter des Instituts dem Judentum entstammten, führte dann dazu, daß im März 1933 das Institut wegen staatsfeindlicher Umtriebe aufgelöst wurde.«

Fast alle emigrierten in die Vereinigten Staaten, wo sie meist Hochschulstellungen erwarben. Ihr Rat zur Umerziehung des deutschen Volkes wurde von den Siegern zu einem regelrechten Programm entwickelt.

So machten sich Begründer und Adepten der Frankfurter Schule bald nach der deutschen Niederlage an die Arbeit. Nachdem die USA ihm den Fortbestand seiner amerikanischen Staatsbürgerschaft garantiert hatte, übernahm Horkheimer 1946 den neu eingerichteten Lehrstuhl für Soziologie und Philosophie in Frankfurt. Zu ihm gesellten sich auch Theodor Wiesengrund-Adorne, Alexander Mitscherlich und seine Frau. Dann kam noch Ernst Bloch, an dessen Grab die ganze linke Revolten-Schickeria später geweint hat.

So mit Geld und Einfluß gut ausgerüstet, drang man Zug um Zug vor, funktionierte die Familie ebenso um wie die Hochschulen, lehrte die Schüler über die nach einer Anlaufzeit entsprechend ausgebildeten Lehrer, alle Werte wie Pflicht, Ordnung, Ehrlichkeit, Treue, Elternliebe, Ehrfurcht, Sittlichkeit zu hinterfragen und suggerierte sogar, daß körperliche Sauberkeit faschistoid sei – bis hier eine neue Läuseplage etwas bremste.

Unter der Schirmherrschaft der »Frankfurter« erschienen Bücher über das Bombenbasteln und die Stadtguerilla – Duve: Zerschlagt die Wohlstandsinseln – wie über die soziale Notwendigkeit, zu klauen – etwa Kaufhausdiebstähle.

Zahlreiche Sekundärwissenschaftler kehrten in den Schulbüchern das unterste nach oben. Von der Mengenlehre bis zur Abschaffung des Heimatkundeunterrichts und der Zerstörung der Fächer Geschichte und Literaturkunde wurde nahezu alles »umfunktioniert«, was half, um bereits die Gehirne unserer Jüngsten zu waschen. Für die Allerkleinsten erfand man schließlich die »Sesamstraße«.

Der Generalangriff auf die deutsche Identität

Es müßte eigentlich ein Buch geschrieben werden, um darzustellen, was die Frankfurter Schule in ihrem Bestreben, die deutsche Identität auszulöschen, alles angerichtet hat und noch immer anrichtet.

Kürzlich sagte ein verstörter Vater in einem Fernsehfilm: »Ihr zerstört zweitausendjährige menschliche Werte.«

Diese Feststellung kennzeichnet, um was es sich handelt: Der Geist der Frankfurter Schule verkörpert den Generalangriff auf deutsche und abendländische Kultur. Inzwischen sitzen die Frankfurter-Schule-Jünger in nahezu allen Schlüsselstellungen der Schulen, der Hochschulen, der Schulbuch-Verlage und in der Justiz.

Unsere Sprache, unser Denken und Handeln bewegt sich schon so sehr im Meinungsklima der Frankfurter Schule, daß man sich eigentlich wie bei mittelalterlichen Kloster-Exerzitien täglich fragen müßte, inwieweit man aus diesem Geist bereits selber gehandelt oder gesprochen hat. Die Gefahr jedenfalls, die nicht nur dem deutschen Volk von der Frankfurter Schule droht, kann überhaupt nicht deutlich genug beim Namen genannt werden. □

Zeitdokument

Mein Glaube an Deutschland

Houston Stewart Chamberlain

Bei dem nachstehenden Text handelt es sich um einen Auszug aus dem Buch »Lebenswege meines Denkens« von Houston Stewart Chamberlain. Er wurde 1855 zu Southsea bei Portsmouth als Sohn eines englischen Admirals geboren. Seit 1892 arbeitete er als freier Schriftsteller und lebte seit 1909 ausschließlich in Bayreuth. Er war mit Richard Wagners Tochter Eva verheiratet.

Ich kann Dir gar nicht sagen, wie meine Verehrung, meine leidenschaftliche Liebe für, mein Glaube an Deutschland zunimmt. Je mehr ich andere Nationen kennenlernte, je mehr ich mit Leuten – gebildeten und ungebildeten – aller Klassen aus allen Völkern Europas verkehre, desto mehr liebe ich Deutschland und die Deutschen.

Mein Glaube, daß die ganze Zukunft Europas, das heißt die Zivilisation der Welt, Deutschland in den Händen liegt, ist zur Sicherheit geworden. Das Leben des Deutschen ist ein ganz anderes als das von anderen Menschen; in ihm hat das Selbstbewußtsein, das Gefühl seiner Würde den Höhepunkt erreicht; er ist zu gleicher Zeit der Dichter und praktische Organisator, der Denker und Tuer, der Mann des Friedens per excellence und der beste Soldat, der Zweifler und der einzige, der imstande ist, wirklich zu glauben.

Aber wie immer, je größer die Gaben, desto größer die Aufgabe. Deutschlands Aufgabe ist eine kolossal schwierige, und wenn es sie erfüllen soll, so muß die ganze Nation sie begreifen und alle zusammen wie ein Mann nach ihrer Erfüllung streben. Nicht bloß hat sie an sich selbst noch so viel zu tun, so viel zu entwickeln, sondern während dies fortgeht, muß sie sich allein gegen die Feindseligkeit und die Verkennung ganz Europas aufrechterhalten.

Wenn man nicht selbst sich mitten im Strom befindet, sondern von ferne aus den Lauf der Dinge beobachten kann, so muß man sich oft fragen: Wird Deutschland seine Aufgabe erfüllen können? Wird es sie erfüllen?

Und wenn man auch von ganzem Herzen unbefangen das Land liebt und keine Wolke darüber hängen sehen möchte, so ist man gezwungen, sich selbst zuzugestehen: nein!,– wenn die gründlich verroteten moralischen Verhältnisse sich nicht bessern – und stillbleiben tun sie nicht, wenn sie nicht besser werden, werden sie schlimmer –,
wenn die ganze Nation nicht einsieht, daß Reinheit die größte Kraft eines Volkes ist, daß,
wenn die Zukunft Europas von Deutschland abhängt, Deutschland nur dann eine Zukunft haben kann, wenn man den jetzigen Zustand von Grund aus angreift und gegen die ganze übrige Welt die Moralität als Hauptwaffe erhebt,–
wenn Deutschland das nicht einsieht, dann muß es auch bald fallen, fallen, ohne seine Aufgabe vollendet zu haben, eine Beute der Barbaren.

Ach Gott! Was für ein Deutsch schreibe ich! Sei mir nicht böse, denn ich bin ja kein Deutscher. Dreiviertel sieben Uhr abend. Auch Du geliebte deutsche Nation, wirst Du denn nie die Größe Deiner Aufgabe entdecken und einsehen, daß Deine Wege nicht die der anderen Völker sein dürfen? □





Die »Großen Zwei«

Frankreich

Verstärkung der Offensiv-truppen

Alec de Montmorency

Während sich das Schreckgespenst des Rückzugs der Amerikaner aus Europa immer weiter nähert, versucht die französische Regierung ihre Nuklearmacht mit amerikanischer und britischer Hardware zu erhöhen, zu verbessern und zu diversifizieren.

Der jüngste Erwerb ist der Kauf von zwölf Hercules-Transportflugzeugen von den Vereinigten Staaten. Es war ein Bargeldgeschäft und es wurden keine Fragen gestellt, doch man geht allgemein davon aus, daß die Flugzeuge zum Auftanken von Mirage-Bombern von Frankreich umgerüstet werden.

Die Strategie »tout azimuths«

Neben den U-Booten mit Atomantrieb und Landstrecken-Atomraketen, die heute den größten Teil der französischen »force de dissuasion« ausmachen, wollen die französischen Verteidigungsexperten das Äquivalent des einstigen Royal Air Force-Bomberkommandos (RAF) und des amerikanischen strategischen Luftkommandos (SAC) schaffen, wobei die derzeit verfügbaren Mittelstrecken-Supersonic-Mirage-Bomber durch Auftanken in der Luft in Langstreckenbomber verwandelt werden sollen.

Der Hercules wird als eine Art Lückenbüßer angesehen, um das Auftanken in der Luft so bald wie möglich zu realisieren. Die Franzosen kaufen in einer Strategie, genannt »tout azimuths« auch noch größere Flugzeuge einschließlich solchen, die von Lockheed und Boeing gebaut wurden.

Mit aufgetankten Bombern, die Ziele weit im Innern der Sowjetunion treffen können, sehen sich die Franzosen einem sekundären Problem gegenüber: die Ortung und Zerstörung durch sowjetische Einrichtungen, die über fortgeschrittene Radarsysteme verfügen. Mit Technologie und manchmal Hardware, die man von den Vereinigten Staaten – sei es durch faire oder faule Mittel – erworben hat, ist das sowjetische Flugabwehrnetz hochtechnisiert und mit seinen Boden-Luft-Raketen tödlich.



London traut François Mitterrand und seiner Regierung nicht, sie könnten vielleicht Geheimnisse an ihre Freunde in Moskau weiterreichen.

So halten die Franzosen bei den Briten nach einem Flugtarnsystem Ausschau, mit dem Flugzeuge für den Radar unsichtbar gemacht werden könnten. Die Briten haben eine elektromagnetische Vorrichtung entwikkelt, mit der große Bomber feindliche Ortungssysteme außer Kraft setzen können. Diese Einrichtungen wurden in einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Militärübung mit dem Codenamen »Skyshield II.« getestet.

Amerikanische B-47er und B-52er und britische Vulcans testeten die nordamerikanische Luftabwehr, indem sie von den britischen Stützpunkten über den Nordpol und nach Süden über Kanada und einen großen Teil der Vereinigten Staaten flogen.

Geheimnisse über Paris an die Sowjets

Die amerikanischen Flugzeuge wurden von Radarstationen sowohl in Kanada als auch in Amerika entdeckt, doch die vier Vulcan-Bomber, die die gleiche Route flogen – die mit einem Spezialfilm festgehalten wurden, um festzustellen, wo sich die Flugzeuge zu jedem Zeitpunkt befanden –, sind nicht endeckt worden.

Die Vulcan-Bomber waren mit dem Elektronik-Code »Blue Diver« ausgerüstet. Die Übung zeigte, daß der Radar außer Kraft gesetzt werden konnte. Die Vorrichtung und die ganze Mission wurde sofort als top-secret behandelt.

In Amerika ist es noch immer unmöglich Informationen über die Vorrichtung oder Skyshield II. zu bekommen, doch in England kamen Einzelheiten darüber in einem Prozeß wegen Landesverrats ans Tageslicht. Ein gebürtiger Tscheche, der Sergeant bei der RAF gewesen ist, wurde verurteilt kommunistischen Behörden in Prag eine Skizze der Vorrichtung übergeben zu haben.

In den Anklagen gegen ihn ging es um den Versuch des Verrats offizieller Geheimnisse. Offenbar war er nicht in der Lage wirkliche, wertvolle Militärinformationen an seine Kameraden zu verraten außer der Bestätigung, daß die Vorrichtung wirklich existierte und nicht Teil eines Desinformationsplans war.

In Fachzeitschriften ist davon die Rede, daß die Vorrichtung weiterhin verbessert wurde, so daß sie heute nur noch halb so groß und halb so schwer ist wie das in Skyshield II. verwendete Gerät, was sein Einsatz in noch mehr Bombern erhöht.

Aus anderen Quellen ist zu erfahren, daß die Franzosen versuchen die Briten davon zu überzeugen das Geheimnis von Blue Diver zu teilen. Doch London hat sich dem bisher widersetzt.

Zum einen verlangen britisch-amerikanische Abkommen hinsichtlich der Beteiligung an Militärgeheimnissen, daß London sich die Zustimmung von Washington einholt, bevor streng geheime Informationen an ein drittes Land weitergegeben werden – dazu gehört auch Frankreich.

Gleichzeitig sollen britische Verteidigungsexperten zögern, weil sie fürchten, pro-sowjetische Beamten in Paris könnten die wichtigen Geheimnisse vielleicht an ihre Freunde in Moskau weiterreichen.

Der Londoner Gegenvorschlag an Paris

Als Gegenvorschlag hat London Paris einen Handel angeboten, in dem jeder Landstreckenschlag durch französische Streitkräfte in feindliches Territorium von britischen Bombern mit Blue Diver-Ausrüstung begleitet werden würden, was einen Schutz für die gesamte Gruppe bietet.

An diesem Punkt befinden sich die Verhandlungen der höchsten Geheimhaltungsstufe zwischen Briten und Franzosen, während sich der Tag nähert, an dem die Vereinigten Staaten ihre nukleare Deckung gemäß dem amerikanisch-sowjetischen INF-Pakt aus Europa abziehen werden. □

Banker

Die Warburgs und der Ruin des Westens

Peter Blackwood

Wie ist unser Währungssystem in dieses schreckliche Wirrwarr geraten? Wichtige Teile dieses Puzzles erscheinen in Jacques Attalis Biographie über Sir Sigmund Warburg; das Buch ist im Grunde eine Gesamtbiographie der Familie Warburg. Der Leser erfährt viel darüber, wer Hitlers Wirtschaftszar Hjalmar Schacht finanzierte und wer ihm half nach dem Krieg sein Team wieder aufzubauen; wie die Vereinigten Staaten darin betrogen wurden die internationalen Geldmärkte in die Hände der Londoner Euro-Dollar-Händler fallenzulassen und wie Hunderte von Milliarden von »Konterbande-Dollar« plötzlich das Weltwährungssystem beherrschten außerhalb jeder Kontrolle der Regierungen der einzelnen Länder.

Jacques Attali, der Wirtschaftsberater des französischen Präsidenten Françoise Mitterrand hatte bevorzugten Zugang zu den persönlichen Papieren des verstorbenen Sir Sigmund Warburg und Insider-Kenntnisse über das Bankwesen der Nachkriegszeit. Er bestätigte im einzelnen die zahlreichen Behauptungen und Mutmaßungen über die Person von Sigmund Warburg.

Ein Abenteurer und Katalysator einer Revolution

Attali faßt die Charakterisierung der Person Sigmund Warburg in einer abschließenden Lobeshymne zusammen, die eigentlich alles sagt: »Als Katalysator einer Revolution, die ihn überholt hat, jemand, der ein Gefühl hatte für den Wahnsinn dieses Jahrhunderts, ein kühner Abenteurer, ein Tapferer und Weiser, befand er sich inmitten der Verrücktheiten, einer der wenigen Männer von Einfluß in diesem Jahrhundert – letzten Endes, ein Mann mit Charme. Man könnte sagen, daß Sigmund Warburg das beste war, das Europa und das jüdische Volk unserer Zeit gegeben hat.«

Die »Verrücktheiten« von denen Attali spricht sind unter anderem die »umfangreichen sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Katastrophen«, in denen »amerikanische Banken unter den Schutz des Bundes gestellt oder verstaatlicht werden« oder »Amerika bei seinen Schulden in Zahlungsverzug gerät«. Dann werden »Glücksspiele, Spekulationen, das Irrationale und die Politik das Gesetz der Welt bestimmen«, das Warburg, der im Jahr 1984 starb, uns hinterlassen hat. Attali selbst ist ein fanatischer Malthusianer und er spricht recht viel über die Aussichten.

Max Warburg leitete nicht nur 1917 Gelder an die Bolschewisten weiter, er sorgte auch für seinen Intimfreund Hjalmar Schacht im Dritten Reich.

Oberhaupt der Warburg-Dynastie ist jetzt Sir Sigmunds Cousin Eric Warburg aus Hamburg, der in Attalis Erzählung nur eine unbedeutende Rolle spielt. Der verstorbene Stefan Possony, ein ungarischer Emigrant und jetziger amerikanischer Geheimdienstbeamter erzählte vor seinem Tode von seiner Aufgabe Eric Warburg – damals war Possony Oberstleutnant im amerikanischen Geheimdienst, der Befragungen innerhalb der Hierarchie der Nationalsozialisten durchführen sollte – im Jahr 1945 über die Rolle der Warburgs in der bolschewistischen Revolution zu befragen.

Die Kontinuität des Banknetzwerkes

Aus amerikanischen Geheimdienstunterlagen geht hervor, so berichtete Possony, daß Erics Vater Max bei der Familienbank in Hamburg und Erics Onkel, der Wirtschaftsattaché bei der deutschen Botschaft in Stockholm, die Gelder des amerikanischen Außenministeriums an Lenin weitergeleitet habe, der damit den Coup der Bolschewisten im November 1917 finanziert hat. Possonys Unterlagen zufolge wußte Eric, ein Banklehrling Anfang zwanzig, davon.

Possonys Befragung von Eric Warburg brachte nichts. Possony beklagte sich noch lange danach: »Er hat überhaupt nichts gesagt.«

Attalis Buch liefert einen aufsehenerregenden Beweis – wenn auch einen Indizienbeweis – dafür, wonach Possony gesucht hat, nämlich die Kontinuität der Bankennetzwerke im Zusammenhang mit dem sogenannten anglo-sowjetischen Trust in die Nachkriegszeit hinein.

In den achtziger Jahren war Eric Warburg einer der mächtigsten Männer in der Bundesrepublik Deutschland. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, der jedes Jahr seinen zweiwöchigen Sommerurlaub auf Warburgs Yacht an der Ostsee verbrachte, hatte die Angewohnheit Warburgs Ratschläge oft wörtlich in seinen politischen Reden vor der Öffentlichkeit zu wiederholen.

Angesichts seiner schwindenden Macht schwelgte der 83jährige Banker in Erinnerungen über die Geschichte seiner Familie; mit besonderem Stolz erwähnte er ein Ereignis, über das nicht öffentlich berichtet worden ist, Königin Christina von Schweden ist nach ihrem Abfallen vom katholischen Glauben und der Aufgabe der schwedischen Krone Mitte des 17. Jahrhunderts von Warburgs Vorfahren im Raum Hamburg einige Monate lang versteckt worden.

»Das war zu der Zeit, als man ihre Familie noch ›del Banco‹ genannt hat«, fügte Warburg hinzu. Warburg rief: »Wer hat Ihnen das erzählt?«

Das Netz verwandter Bankiers

Eric Warburgs Empfindlichkeit über etwas, das in öffentlichen Quellen zu finden ist, spiegelt zwei wichtige Auslassungen in

Banker

Die Warburgs und der Ruin des Westens

Attalis Bericht wider: sie betreffen Venedig und Moskau.

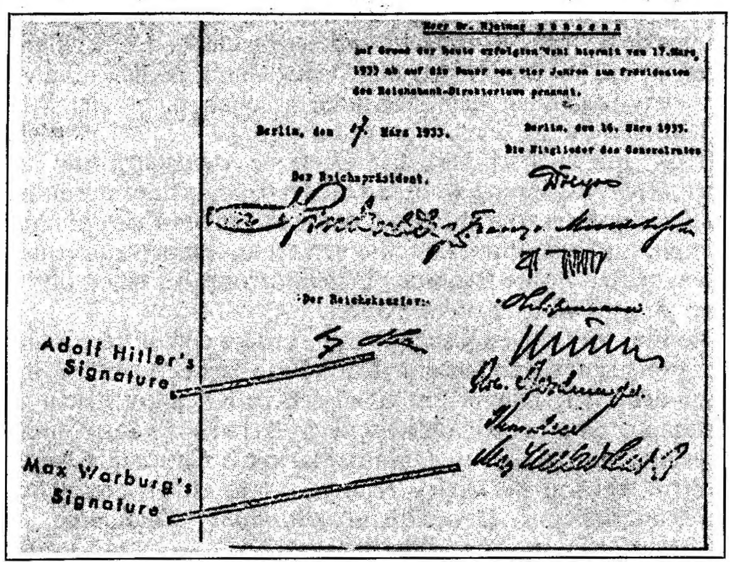
Das große Netz verschwägerter Bankiers wie Warburg, Rothschild, Oppenheim, Mendelssohn, Schiff, Loeb – die Attali nennt – und weniger berühmte doch wichtigere wie David-Weill von Lazard Frères – die Attali nicht erwähnt –, hatte seine Ursprünge in Venedig, wohin die spanischen und portugiesischen Juden aus Bankenkreisen nach ihrer Vertreibung aus Spanien bereits im Jahr 1492 gingen. Sie sind auch heute noch venezianisch und das ist das Geheimnis ihrer Bindung zu Moskau.

Die Spuren gehen auch heute noch nach Venedig, wo der »Trust« von Graf Giuseppe Volpi du Misurata und Parvus auch heute noch besteht. Attali vermittelt dazu in seinem Buch nur zerstreute Einzelteile des Puzzles; er will ganz absichtlich von der heute bestehenden Aktualität Venedigs ablenken.

In seinem Buch berichtet Attali aber ausführlich über die Ursprünge der Warburgs. Die Familie lebte ab dem Jahr 1647 in der Gegend von Hamburg (Altona), doch in Übereinstimmung mit dem Standard-Mythos ist von keiner kontinuierlichen Verbindung zu Italien und einer Familie die Rede, die im Pisa des 14. Jahrhunderts als »del Banco«, das heißt »von der Bank« begann.

Doch Eric Warburg erzählte über die Rolle seiner Familie in der erfolgreichen Geheimoperation des Jesuitenordens gegen die schwedischen Prinzession lutherischen Glaubens, deren Vater König Gustav Adolph die protestantische Sache im dreißigjährigen Krieg vor seinem Tod in der ersten Schlacht von Lützen im Jahr 1631 gerettet hat.

Die Warburgs waren von ihren ersten Tagen in Hamburg an offenbar nicht nur der Motor des in Venedig konzentrierten internationalen Bankenwesen, sondern arbeiteten für den venezianischen Geheimdienst, wo die



auf Grund der heute erfolgten Wahl hiermit vom 17. März 1933 ab auf die Dauer von vier Jahren zum Präsidenten des Reichsbank-Direktoriums ernannt.

Berlin, den 17. März 1933.

Der Reichspräsident.

Der Reichskanzler.

Berlin, den 16. März 1933.

Die Mitglieder des Generalrates

Die Ernennung von Schacht zum Präsidenten des Reichsbank-Direktoriums trägt die Unterschrift Hitlers und die von Max Warburg.

Familie Contarini die Jesuiten ein Jahrhundert zuvor geschaffen hatte.

»Die Geschichte der Warburgs ist die einer Bankenfamilie spanischer Juden, die vom Süden in den Norden kommen«, berichtet Attali. Es mag von Wichtigkeit sein, daß Attalis Bericht zufolge »Diego Texeira de Sampaio von Spanien«, ein im Exil lebender Jude, »Finanzberater von Christina von Schweden wurde; sein Sohn Manuel ließ sich später in Hamburg nieder«.

Attali gehört zu der Kategorie von Faschisten, die ungleich der Nationalsozialisten einem gewissen philosemitischen Enthusiasmus ergeben sind, denn die Untersuchung dieser Bankiersfamilie hat ihn davon überzeugt, daß Juden eine besondere Fähigkeit zum Bösen haben. Doch an Sigmund Warburg ist nichts jüdisches; seine eigene Weltansicht – wie sie Attalis aus bisher unveröffentlichten Tagebüchern nachweist – konzentrierte sich auf den deutschen Schriftsteller Thomas Mann, der das venezianische Prinzip pries, das die Deutschen die Lust am Weltuntergang nennen – zum Beispiel »Tod in Venedig«.

Schacht brachte Hitler den richtigen Plan

Warburg konnte ganze Kapitel von Thomas Manns Roman auswendig aufsagen. In finanzieller und philosophischer Hinsicht sind Warburg und seinesgleichen Venezianer.

Attali stellte Sigmund als einen krankhaft abergläubigen Mann dar, der auf Omen achtet, bestimmte Kalendertage meidet, »immer überrascht, daß er eine weitere Sekunde überlebt hat«, das Ende der Zivilisation – mit dem großen, pessimistischen Thomas Mann – von seiner mönchisch einfachen, überlegenen Stellung heraus betrachtet.

Sein wichtigster Gesprächspartner in Sachen Philosophie war der österreichische Schriftsteller Stefan Zweig, der sich im Jahr 1940 zusammen mit seiner Frau das Leben genommen hat. Warburg besuchte Benediktiner-Klöster, um den Trübsinn mit den »Welthassern« des Westens auszutauschen. Vielleicht hatte er ein Recht pessimistisch zu sein. Schließlich wußte er, was er wollte.

Sigmund Warburg verließ Deutschland im Jahr 1933 nach einem Streit mit seinem Onkel Max, dessen rührender Glaube an seinem Intimfreund Hjalmar Schacht ihn davon überzeugte, daß er sicher wäre, während er mit Schachts Wirtschaftspolitik die Grundlage des Dritten Reiches bildete. Er hatte nicht nur dazu beigetragen, daß Schacht zur Reichsbank zurückkam sondern er half auch bei der Gründung der Bank for International Settlements im Jahr 1930, die Institution, die Schacht im Jahr 1932 in Deutschland durchsetzte, als das Land die Reparationszahlungen nicht leisten konnte. Schacht brachte Hitler als den richtigen auf den Plan, der seine Sparpläne mit durchsetzen sollte.

Attali zeigt die Position Max Warburgs aus Warburgs eigenen, unveröffentlichten Memoiren, die von seiner Familie unterdrückt wurden; es wäre interessant zu erfahren, was sonst noch in diesen Memoiren zu finden wäre. Doch er unterschlägt die erdrückenden Beweise dafür, daß Max Warburg die faschistischen Bewegungen in Europa durch eine Spende von 50 000 Goldmark an Coudenhove-Kalergi, den österreichisch-venezianischen Adligen, finanziert hat – Coudenhove-Kalergi hat »Pan-Europa« als eine Dachorganisation zu Unterstützung des Faschismus nach dem Muster Mussolinis oder Dollfuss' auf europäischer Ebene gegründet. In Coudenhovens Tagebüchern kommt Dankbarkeit gegenüber Max Warburg als großem Wohltäter seiner Bewegung zum Ausdruck.

Sigmund Warburg lebte unterdessen in London während des Krieges ein unauffälliges Leben und machte Geschäfte, die die Rothschilds und andere nicht machen wollten. Im Jahr 1945 war die Familie im Zug der alliierten Mächte auf eine ziemliche Bedeutungslosigkeit reduziert: keine wichtige Bank trug mehr den Familiennamen.

Der Trend zum heutigen Crash

Doch bis Mitte der sechziger Jahre wurde die S. G. Warburg und Co. zur ersten Londoner Handelsbank und das Zentrum eines Netzwerks von Bündnissen, das den Trend bestimmte für wichtige Entwicklungen in der Weltwirtschaftszene, das heißt das Abrutschen in die gegenwärtige Katastrophe.

Abgesehen von der Lobpreisung Sir Sigmunds als einem Finanzgenie kann Attali keine bessere Erklärung anbieten als wiederholt auf Warburgs unwahrscheinliche Fähigkeit zu verweisen, Käufer für die Wertpapiere anderer Leute zu finden, die sich ableitet aus seinem persönlichem Charme und dem Netzwerk von Kontakten, die seine Familie in Jahrhunderten aufgebaut hat.

Wie genau sah dieses Netzwerk aus? Beginnend im Jahr 1973 war das wichtigste offene Bünd-

nis S. G. Warburgs Bündnis mit der Banque de Paris et des Pays-Bas, die um das Jahr 1830 herum von der venezianischen Familie Comodo gegründet worden ist, deren Banque Ottoman die Finanzen des türkischen Reichs im vorangegangenen Jahrhundert beherrscht hatte.

Paribas, die Warburgs-Partner war gerade als der Euro-Dollar-Boom explodierte, soll 12 Prozent der Wertpapiere des großen venezianischen Versicherungs- und Rückversicherungskartells, der Assicurazioni Generali halten. Über den Rückversicherungsmarkt einschließlich der großen Allianz-Versicherung in München, beherrscht das Rückversicherungskartell in Venedig den Fluß von Milliarden Dollar an Versicherungsprämien, die jährlich durch die 80 größten Versicherungen fließen.

In einem unvergleichlichen, weltweiten Netzwerk beherrscht das venezianische Versicherungskartell den Weltmarkt im Fluchtkapital. Banken wie die S. G. Warburg, die den »Eurobond-Markt« erfanden, liefern die Investitionsmöglichkeiten. »Eurobonds«, das sind nicht eingetragene Inhaberpapiere aus dem Ausland, werden an anonyme Käufer verkauft, deren Gewinnanteilscheine über Schweizer oder Luxemburger Treuhandkonten laufen. Sie sind zu einem weitaus zuverlässigeren Mittel für versteckte illegale Gelder geworden als Nummernkonten, deren Geheimcode unter amerikanischem Gesetzesdruck zusammengebrochen ist. Ihr Ausgabevolumen überstieg im vergangenen Jahr 200 Milliarden Dollar, das ist fast viermal mehr als das Volumen für die normale internationale Kreditvergabe an Banken.

Sigmund Warburg und sein Partner Gert Whitman (alias Gert Weissmann, Schachts rechte Hand bei der Reichsbank der Nationalsozialisten) haben den »Eurobond« im Jahr 1962 erfunden. »Die Kreditgeber waren anonym, was die Investition von zweifelhaftem Kapital ohne Zahlung von Steuern ermöglichte; es hat den ›Eurobond‹-Markt so erfolgreich gemacht. Einige behaupten, daß ehemalige Nationalsozialisten, die Mafia, gestürzte Herrscher in diesen Papieren eine Gelegenheit gefunden haben ihr Geld zu waschen«, bemerkt Attali.

Doch seine erstaunliche Enthüllung liest sich so: »Darüber hinaus unterzeichnete die Moskauer Narodny Bank – eine sowjetische Bank in London – und die sowjetische Banque d l'Europe du Nord eine Vereinbarung mit den Geldmanagern des Commonwealth, um einige Dollar im Besitz der Sowjets auf diesen Märkten zu investieren. Mit Euro-Dollar wurden jetzt Euro-Papiere gekauft.«

Die Ressourcen der Sowjets

In allen Berichten über den Ursprung des Euro-Dollar-Marktes, das heißt den Dollar-Pool im Ausland, dessen Volumen jetzt drei Billionen Dollar überschreitet, ist von seinem seltsamen Ursprung in sowjetischen und chinesischen Dollar-Einlagen in europäischen Banken im Koreakrieg die Rede, um zu vermeiden, daß die Gelder möglicherweise von den Vereinigten Staaten beschlagnahmt werden.

»Inmitten des kalten Krieges waren es die Staatsbanken der UdSSR und Chinas, die an Westeuropa kurzfristig Dollar-Kredite vergaben, um dessen Wiederaufbau zu finanzieren.«

Allein die Sowjets unterhielten einen Übersee-Fonds, einen Investmenttrust, mit mindestens 50 aber vielleicht auch 100 Milliarden Dollar Ressourcen, mittels derer durch Mittelsmänner Aktien von westlichen Firmen gehalten werden. Nach der Lektüre des Buches Attali wird die Tatsache erhärtet, daß die Familie Warburg zu den Haupt-Geldmanager dieser Aktion gehören.

Die finanziellen Ressourcen der Sowjets im Jahr 1962 haben für den Eurobond-Markt jedoch eine relativ geringe Änderung gebracht. Das große Geld kam – dank der Freunde Warburgs in der Kennedy-Regierung – aus den Vereinigten Staaten selbst.

»Am Ende des Sommers 1962 reiste Sigmund nach Washington, um sich mit seinem Freund George Ball zu treffen, der stellvertretender Außenminister geworden war (Ball, der später in die Investmentfirma Lehman Brothers eintrat, hatte im Pariser Büro im Rahmen des Marshall-Plans unter der Leitung des venezianischen Bankiers Bruno Luzzatto gearbeitet). Ball unterstützte ihn in der Idee, Präsident Kennedys Unterstützung für den Aufbau Europas zu bekommen und ermutigte ihn zusätzliche Finanzmärkte für Dollar außerhalb der Vereinigten Staaten zu schaffen.«

Der Weg in die Katastrophe

Das Ergebnis dieser Überlegungen zeigte sich am 18. Juli 1963, als Kennedy eine »Zinsausgleichsteuer« auf Kredite, die in den Vereinigten Staaten an Ausländer vergeben wurden, bekanntgab. Sigmund Warburg, der sich das zusammen mit George Ball ausgedacht hatte, machte sich daran, seinen Vorteil daraus zu ziehen:

»Im August besuchte er reihum die wichtigsten Zentralbanken in Europa. In London, Frankfurt, Rom und Paris erzählte er jedem Gouverneur: Wir können den ganzen internationalen Kapitalmarkt nicht sterben lassen, nur weil New York zumacht. Die Firmen müssen Kredite aufnehmen können, ohne daß sie Geld kreieren müssen. Diese Dollar werden auf jeden Fall dabei herauskommen, denn nur durch eine Reduzierung im amerikanischen Zahlungsdefizit könnte diese Quelle austrocknen. Doch das wird nicht passieren, denn anstatt das Wegfließen der Dollar aus den Vereinigten Staaten zu verhindern, wird die Steuer dies im Gegenteil erhöhen. Das Beste ist es also deshalb, wenn sie die Ausgaben von langfristigen Krediten in Dollar gestatten. Nebenbei gesagt, ich habe das gerade vor einem Monat in London mit Hilfe einiger ihrer Banken getan. Wollen wir uns ihnen bei Transaktionen dieser Art anschließen.«

In den siebziger und achtziger Jahren wurde S. G. Warburg über die Tochtergesellschaften Mercury Securites zur dominierenden Investmentbank auf dem Hongkonger Markt, dem Hauptsammelpunkt für Erlöse aus dem Opiumhandel.

Als der Euro-Dollar-Markt völlig außer Kontrolle geriet, brachen der Wert des englischen Pfund Sterling und sodann der Dollar zusammen, was in der Aussetzung der US-Goldzahlungen des Jahres 1971 gipfelte. Die Welt befand sich auf dem Weg in die Währungskatastrophe der achtziger Jahre und das Bankensystem war den vereinigten Zentralbanken des Westens außer Kontrolle geraten. Mit Attalis Beweisen – die vielleicht als reine Spekulation durchrasseln – werden einige der Verantwortlichen überführt, die dies so geplant haben. □

Helmut Schmidt hatte als Bundeskanzler die Angewohnheit Warburgs Ratschläge oft wörtlich in seinen politischen Reden vor der Öffentlichkeit zu wiederholen.

Jacques Attalis Buch »A Man of Influence: The Extraordinary Career of S. G. Warburg« ist im amerikanischen Verlag Adler and Adler, Bethesda, USA, erschienen.

Sowjets erörtern Konvertibilität des Rubels

Zwei führende sowjetische Wirtschaftswissenschaftler äußerten gegenüber der Presse in Washington anläßlich des Gipfeltreffens zwischen Reagan und Gorbatschow, daß »Einsparungen« aus der Abrüstung, die durch die amerikanisch-sowjetischen Verträge möglich werden, für die dritte Welt ausgegeben werden könnten und daß Wirtschaftsreformen im Zusammenhang mit Michail Gorbatschows Perestroika bald die Konvertibilität des Rubels möglich machen könnten.

Abel G. Aganbegyan, der führende Wirtschaftsberater Gorbatschows, und Stepan Sitaryan, der stellvertretende Leiter der sowjetischen Staatsplanungskommission (Gosplan), erwähnten die Möglichkeit eines in andere Währungen frei konvertiblen Rubels und die Möglichkeit gemeinsamer amerikanisch-sowjetischer Hilfe an Schwellenländer. Aganbegyan sagte, Moskau sei bereit, Einsparungen aus der Abrüstung »für humanitäre Hilfe und Nahrungsmittel für die Schwellenländer« auszugeben.

Aganbegyan gab zu, daß der Widerstand gegen Gorbatschows Perestroika (Umstrukturierung) »recht groß« sei. »Einige der Manager widersetzen sich Perestroika«, sagte er, »besonders jene, die als Folge von Einschränkungen in ihren Rechten und Verantwortlichkeit ihre Autorität und ihren Arbeitsplatz verlieren.«

Aganbegyan und Sitaryan sagten, sie betrachteten einen konvertierbaren Rubel als Teil der sowjetischen Pläne, eine größere Rolle in der Weltwirtschaft zu spielen. »Wir haben uns die Aufgabe gestellt, unseren Rubel konvertierbar zu machen«, sagte Aganbegyan. »Doch zu diesem Zweck müssen wir unser Preisbildungssystem der Außenwelt mehr anpassen. Wir werden in den Jahren 1989 und 1990 Preisreformen durchführen.«

Amerikanische Wirtschaftswissenschaftler wurden in der »New York Times« mit der Interpretation dieser Bemerkungen dahingehend zitiert, daß sie meinten, es sei unwahrscheinlich, daß man vollständige Konvertibilität meine. »Volle Konvertibilität wäre katastrophal für die sowjetische Zahlungsbilanz«, sagte Przemyslaw Gajdeczka, ein Experte für die Sowjetwirtschaft bei der WEFA-Gruppe, ehemals Wharton Econometrics. »Es würde eine ungeheuere Umstrukturierung ihrer Wirtschaft bedeuten, und es gäbe eine Menge Widerstände.« □

Rockefeller fordert neue Steuer gegen Depression

Angesichts des Börsenkrachs hat David Rockefeller nach neuen Steuern verlangt, unter anderem einer Konsumsteuer, mit der, wie er sagt, eine neue große Depression abgewehrt werden soll. In einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehnetz CBS sagte Rockefeller, der »schwarze Montag war ernst und durchaus real und furchterregend. Die Frage ist, wann die Rezession eintreten wird, wie stark sie sein und wie lange sie dauern wird. Die USA müssen anfangen, das Haushaltsdefizit zu kürzen und verbraucherorientierte Steuern einzuführen.« □

Überprüfung der Kreditwürdigkeit großer US-Banken

Moody's Invetors Service, so berichtet die Londoner »Financial Times«, ist dabei, die Kreditwürdigkeit der Citybank, Chase Manhattan, Chemical, Manufacturers Hanover, Bank of America und anderer amerikanischer Kreditgeber an Schwellenländer herabzusetzen.

Die angegebenen Gründe liegen im »sinkenden Zusammenhalt zwischen den Gläubigerbanken; den Auswirkungen der Welthandelsaussichten auf die Zahlungsfähigkeit des Schuldners; geringere Maßmaßnahmen auf seiten der Kreditnehmer; die Auswirkungen des Krachs am Aktienmarkt auf die Möglichkeiten der Banken, neues Kapital auf den Aktienmärkten zu schaffen, und das starke Absinken auf den Nebenmärkten der Schuldner in der dritten Welt«.

Moody's hat auch seine Bewertungsmaßstäbe für Argentinien, Brasilien und Venezuela mit der Begründung herabgesetzt, »die Fähigkeit und Bereitschaft dieser Länder, ihre Schulden zu bedienen, sei schlechter geworden«.

Experten der Londoner IBCA-Bank kündigten ebenfalls an, sie seien dabei, die Bewertungsmaßstäbe für die Citybank herabzusetzen, und meinten, die Märkte seien von ihrer »raffinierten Öffentlichkeitsarbeit in der Zeit nach Mai 1987 an der Nase herumgeführt worden«.

Moody's kündigte auch an, sie würden eventuell die Doppel-A-1- und 2-Bewertung auf die langfristige 54-Milliarden-Dollar-Schuld von General Motors senken, da General Motors seine »Fähigkeit, Schwungkraft wiederzuerlagen und seine langfristige Geschäftsposition in einer zunehmend schwieriger werdenden Arbeitsumgebung zu stärken«, verloren zu haben scheint.

Die Schulden waren von General Motors selbst und dessen Finanzableger, der General Motoris Acceptance Corporation aufgenommen worden. Vor einem Jahr hat Standart & Poor's die Schuld von General Motors bereits herabgesetzt. □

Argentinien wird nicht zahlen können

Argentinien, dessen Regierung unter Präsident Alfonsin auf Kosten seiner Wirtschaft und seiner Bevölkerung jede Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) erfüllt, wird – so erwartet man allgemein – irgendwann im ersten Quartal 1988 seine Schulden nicht mehr bezahlen können. Von offizieller Seite sieht man bereits eine Konfrontation voraus.

Argentinische Beamte und Gläubiger gleichermaßen geben zu, daß das Land in ein Zahlungsmoratorium gezwungen werden wird, wenn ihm Anfang des Jahres 1988 die Devisen ausgehen werden. Die Gesamtreserven des Landes betragen derzeit weniger als eine Milliarde Dollar, und ein großer Teil davon ist illiquide.

Auf offizieller Seite ist man inzwischen der Meinung, daß Argentinien absolut nicht in der Lage sein wird, die vom IWF diktierten währungspolitischen Ziele zu erfüllen, die erst im November 1987 vereinbart wurden, was zur Streichung jeder weiteren Hilfe durch den IWF führen wird. Der Kommentar des Finanzministers Brodersohn: »Aus bestimmten Gründen bewegen wir uns in Richtung einer Konfrontation.«

Präsident Alfonsin sagte vor über 100 ausländischen Journalisten: »Der Norden (die Gläubiger) hat begonnen, den politischen Charakter der Schulden und die gemeinsame Verantwortung von Schuldnern und Gläubigern zu verstehen. In den letzten paar Jahren ist der Zinssatz von 5 Prozent auf 20 Prozent gestiegen. Meiner Ansicht nach ist Argentinien nicht verpflichtet, mehr als 4 Prozent zu zahlen.« □

Ausverkauf der US-Kreditwirtschaft

Es könnte sein, daß die Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC), die amerikanische Regierungsbehörde, die Einlagen der Handelsbanken des Landes in einer Höhe von fast zwei Billionen Dollar versichert, in den 54 Jahren ihres Bestehens zum ersten Mal einen Verlust verzeichnet.

Ihr Chef, L. William Seidman, sagte, die Kosten für die Abwicklung von nahezu 200 Bankzusammenbrüchen im Jahr 1987 in den Vereinigten Staaten bedeuteten, daß die FDIC »es schwer haben würde, in diesem Jahr die Rentabilitätsgrenzen noch zu erreichen«. Obwohl die Verluste heruntergespielt wurden und es hieß, sie seien gering

– sie betrugen lediglich zwei Prozent des Gesellschaftskapitals, zwischen 200 und 300 Millionen Dollar –, wurde dies dennoch als ein weiteres Anzeichen für den instabilen Zustand der Finanzen der USA genommen.

Im Sommer 1987 verabschiedete der US-Kongreß ein Programm zum Ausverkauf der Federal Savings and Loan Insurance Corporation, dem Versicherungsfonds des Sparkassenbereichs, und im Dezember 1987 genehmigte der amerikanische Kongreß einen Vier-Milliarden-Dollar-Ausverkauf des Farm Credit Systems. □

Deutscher Banker rechnet mit Wirtschaftsdepression

»Nur wenige haben erkannt, daß die Architekten des Louvre-Abkommens aus dem Jahr 1987 auch die Architekten des Börsenkrachs des Jahres 1987 sind, und daß der große Krach des Jahres 1929 durch ein ähnliches Abkommen eingeleitet wurde, mit dem das angegriffene britische Pfund stabilisiert werden sollte.« Das sagte der ehemalige Chef der Dresdner Bank und Wirtschaftswissenschaftler Kurt Richebächer in einem Interview mit der »International Herald Tribune«. Das Interview wurde unter der Überschrift »Inmitten von optimistischen Voraussagen eine einsame Stimme der Warnung« veröffentlicht.

Erschreckt über die derzeitige »Selbstgefälligkeit« in der Finanzwelt, ist Richebächer überzeugt, daß der Krach vom »schwarzen Montag« eine eindeutige Botschaft von »extremer finanzieller und wirtschaftlicher Instabilität und Verwundbarkeit« gebracht hat. Richebächer zufolge ist die Selbstgefälligkeit »einer weitverbreiteten Unkenntnis der Geschichte« zuzuschreiben.

Er sagte, daß im Sommer des Jahres 1927 zwischen Benjamin Strong, dem Chef der Federal Reserve Bank von New York, und Montagu Norman, dem Gouverneur der Bank von England, eine Vereinbarung zur Stabilisierung des britischen Pfunds getroffen worden ist. Seiner Meinung nach hat die amerikanische Vereinbarung zur Rettung des Pfund »die Saat für die wilden Spekulationsexzesse an der Wall Street in den Jahren 1928 und 1929 gesät und direkt zum Börsenkrach im Oktober 1929 geführt«.

Richebächer behauptet, es habe viel zuviel Kooperation zwischen den amerikanischen und britischen Zentralbanken gegeben, »wobei jeder versucht hat, den anderen zu stützen, indem die jeweilige Geldversorgung künstlich gesteigert wurde«. Das Federal Reserve System der USA lockerte die währungspolitischen Bestimmungen und »setzte die größten Reservespitzen der zwanziger Jahre in Gang, gekoppelt mit einer Kürzung des Diskontsatzes«, mit dem Ziel, das Pfund zu stützen und »den bereits abnehmenden Boom neu zu beleben«. Er stellte eine »gefährliche Ähnlichkeit mit den Ereignissen der Jahre 1985 bis 1987 fest«. □

HongShang erweitert Imperium in Kanada

In einem umfangreichen Fusionsgeschäft zwischen der Midland Bank of Britain und der Hongkong und Shanghai Banking Corporation wird »HongShang« hinter den Tochtergesellschaften von Großbritanniens Lloyds und der Citibank der Vereinigten Staaten zur drittgrößten ausländischen Bank in Kanada.

Der Plan umfaßt die Fusionierung einiger ihrer Vermögenswerte und einen Austausch von Tochtergesellschaften, während die Hongkong und Shanghai einen Anteil von 14,9 Prozent an der Midland in Höhe von 915,3 Millionen Dollar erhält.

Die Midland erhält die Kontrolle über das europäische Finanzgeschäft und die Handelsbankgeschäfte der Hongkong und Shanghai. Die Hongkong und Shanghai übernimmt die Kontrolle über einige Büros der Midland in Asien. Die Vermögenswerte der Midland in Kanada werden mit der kanadischen Tochtergesellschaft von Hongkong und Shanghai fusioniert. Die Midland verfügt in Kanada über Vermögenswerte in Höhe von 750 Millionen Dollar. Mit dem Ankauf von HongShang werden sie auf 4 Milliarden Dollar erhöhen.

»Wir rechnen damit, daß der Erwerb am 1. März 1988 vonstatten gegangen ist, wenn wir die erforderlichen Genehmigungen erhalten haben«, sagte Mr. Cleave, Präsident der Hongkong Bank of Canada.

Die HongShang stand im Verdacht, beim Waschen von Drogengeldern weltweit an erster Stelle zu stehen. Die veröffentlichten Beweise veranlaßten die amerikanische Bankenaufsicht des Staates New York, ihr Angebot zur Übernahme der Marine Midland Bank im Jahr 1979 abzulehnen. Diese Ablehnung wurde jedoch vom damaligen Chef des amerikanischen Federal Reserve Systems, Paul Volkker, aufgehoben.

Derzeit wartet die HongShang auch auf die Genehmigung der kanadischen Regierung zur Gründung einer Handelsbank unter dem Namen Wardley Canada Ltd. Wardley ist die Handelsbankniederlassung der Hongkong und Shanghai, die bis jetzt nur in Asien tätig ist. Die Bank möchte gesonderte Zweigstellen im Süden Ontarios einrichten. Es würde sich um Zweigstellen der Marine Midland handeln. □

Wöchentlich schließt eine Sparkasse in den USA

Einem Bericht zufolge rechnet das amerikanische Bundesamt für das Kreditwesen damit, daß im Jahr 1988 wöchentlich etwa eine Sparkasse in den USA schließen muß – besonders viele davon in Texas. Im Januar 1987 übertrafen die Passiva der 281 Spar- und Kreditinstitute in Texas ihre Aktiva. Im Oktober 1987 existierte bereits ein Loch in Höhe von 5,12 Milliarden Dollar.

Offenbar hätten schon viele dieser Banken vor langem geschlossen werden sollen, doch das US-Bundesaufsichtsamt für Sparkassen (FSLIC) – die Behörde, die die amerikanischen Spargeldeinlagen versichert – hatte nicht die Geldmittel, um ihre Aufgabe auszuführen. Jetzt sind die Gelder da, und man wird viele Sparkassen schließen.

Der amerikanische Kongreß hat der FSLIC einen Ausverkauf in Höhe von 10,87 Milliarden Dollar genehmigt, und die FSLIC plant jetzt die Ausgabe von Schuldscheinen an die Sparkassen anstatt Bargeld für wiedererlangte Immobilien. Die Immobilien, die der amerikanische Staat für diese Schuldscheine nimmt, werden behalten und nicht unbedingt sofort verkauft, um die Immobilienwerte insgesamt in den Vereinigten Staaten zu stützen.

Anstatt kranke Sparkasseninstitutionen eine nach der anderen an gesunde zu verkaufen, werden Gruppen von Sparkassen unter standardisierten Bedingungen verkauft werden, heißt es in dem Bericht. Da die kranken Institutionen hohe Zinsen zahlen, um Kunden anzuziehen, rechnet die FSLIC damit, daß durch die Schließung vieler Sparkassen die Zinssätze in Texas fallen werden.

Die Handelsbanken sind kaum besser dran. Mindestens 275 Banken machten im Jahr 1987 Konkurs, obwohl die amerikanische Bundesversicherungsanstalt für den Schutz von Bankeinlegern (FDIC) offiziell nur von 184 Bankenkonkursen berichtete, im Vergleich zu einer amtlichen Zahl von 138 im Jahr 1986, 120 im Jahr 1985, 48 im Jahr 1983 und 42 im Jahr 1982.

Doch wenn man die »unterstützten Eigentumsübertragungen« zu der amtlichen Zahl der Konkurse hinzurechnet, steigt die Zahl noch ein wenig. Es gab 19 offizielle unterstützte Eigentumsübertragungen. Zu berücksichtigen sind darüber hinaus die unterstützten Übertragungen von Bank-Holding-Gesellschaften: Die First City Bancorp. hatte 61 Banken und die BancTexas hatte 11. Die FDIC zählte diese als zwei und zählte so 70 Banken nicht. Wenn man diese Zahl noch hinzuaddiert, so ergibt das insgesamt 273. Mit zwei Privatbanken in Texas, die in Konkurs gingen, doch die FDIC nicht darin verwickelten, beträgt die Anzahl an Bankenkonkursen in den USA im Jahr 1987 mindestens 275. □

Auswirkung des Crashs

C. Gordon Tether

Es gibt heute gute Gründe für die Annahme, daß sich die Lage am Aktienmarkt im Lauf des Jahres 1988 zunehmend verbessern wird. Die Garanten für den Nichtverkauf von Aktien und andere Wirtschaftsexperten finden den üblichen Blick in die Kristallkugel schwieriger als sonst, was nicht im geringsten überrascht.

Die weltweiten Aktienmärkte haben im allgemeinen etwas von der Kraft zurückgewonnen, die sie verloren hatten, als der Crash an der Wall Street Ende Oktober 1987 einen Erdrutsch auf allen anderen Märkten verursachte, wodurch Aktienpreise um mindestens ein Drittel und mehr fielen. Doch der Erholungsprozeß wird deutlich behindert durch die Schwierigkeiten, die Folgen des Debakels aufzufangen.

Es sind erst die Anfänge

Der wichtigste Aspekt dieses Phänomens zeigt sich in den Problemen, die die einzelnen Institutionen am Markt damit haben, die großen Schäden zu beseitigen, die die Katastrophe in ihren eigenen Finanzstrukturen verursacht hat, indem ihre Kapitalgrundlagen stark unterwandert wurden. Einige der größten Häuser an der Wall Street mußten zu großen Sparmaßnahmen schreiten, was gewöhnlich die Entlassung eines beträchtlichen Teils der Arbeitskräfte beinhaltet.

Maßnahmen, die in ähnlicher Weise zum Ziel hatten, die Luken zu schließen, wurden in anderen führenden Finanzentren wie London und Hongkong durchgeführt.

Aber das sind erst die Anfänge. Die Auswirkungen werden sich langfristig noch in sehr ernster Weise zeigen, und eine solch ungeheure Katastrophe, die den Kern des Weltwirtschaftssystems getroffen hat, wird sicherlich bedeutende Konsequenzen haben, die sich noch in anderen Bereichen dieses Sektors zeigen werden – vor allem im wirtschaftlichen Bereich.

Kurz gesagt, es ist vollkommen klar, daß die unbequeme Phase, die durch die Ereignisse vom Oktober 1987 eingeleitet wurde, ein paar Monate andauern wird – selbst bei optimistischsten Erwartungen. Doch das heißt nicht, daß die Zukunft völlig düster aussieht.

Nehmen wir zunächst den Dollar: Was für den gegenwärtigen Blick in die Kristallkugel von größter Bedeutung ist, ist die Tatsache, daß allgemein anerkannt ist, daß sein Verhalten in den kommenden Monaten eine wichtige Rolle bei der Bestimmung des Weltwirtschaftskurses spielen wird.

In der letzten Zeit schien es so auszusehen, als ob das Vertrauen in den Dollar weltweit so tief gesunken ist, daß ein vollständiger Zusammenbruch demnächst droht. Doch es gibt einen vernünftigen Grund zu der Annahme, daß der Verkaufsansturm langsam aufhören wird, sobald er auf eine Stufe abgewertet sein wird, auf der er gegenüber den anderen wichtigen Währungen einen realistischen Preis hat – und dieser Punkt kann nicht mehr in allzuweiter Ferne sein.

Der Grund liegt in der Tatsache, daß der Geldbestand weltweit vorwiegend in Dollar existiert, so daß es praktisch unmöglich sein wird, mehr als einen geringen Anteil des Dollar-Vorrats in andere Währungen zu tauschen.

Stabilisierung der Wechselkurse

Die derzeit verfügbare Menge anderer Währungen ist zu gering, als daß mehr als nur eine begrenzte Flucht aus dem Dollar möglich ist, und die Länder mit Währungen von geeignetem Format sind nicht bereit, diesen Bestand zu erhöhen, um ernüchterten Besitzern von Dollar eine Zuflucht zu bieten.

Einer der Hauptgründe dafür ist, daß sie wissen, der Dollar darf nicht deutlich unter den Wert sinken, auf den er bereits gesunken ist, ohne daß die Vereinigten Staaten Vorteile im internationalen Handel bekämen, was wiederum das Wohlergehen ihrer eigenen Exporte ernstlich gefährden würde.

Es kann mit ziemlicher Sicherheit davon ausgegangen werden, daß – sobald der Dollar mehr oder weniger auf Grund gelaufen ist – es unter den schrittmachenden Ländern eine viel größere Bereitschaft geben wird als bisher, in Bahnen zu denken, die die internationale Stabilisierung der Wechselkurse zu einer Realität machen werden. Sie haben schließlich soeben den deutlichen Beweis bekommen, wie schädlich unter den heutigen Umständen das System freier Wechselkurse für die Weltwirtschaft sein kann.

Was also eine wertvolle Hilfe für den weltweiten wirtschaftlichen Wiederaufschwung sein könnte, wird dann am Platze sein.

Ein weiterer Faktor, der in die gleiche Richtung geht, ist ein Newcomer in der Weltwirtschaftsszene: die Annäherung durch Abrüstung zwischen Ost und West, die in dem Washingtoner Gipfel ihren Ausdruck fand.

Der Wert dieser Entwicklung auf internationaler Ebene wurde bisher weitgehend in dem Nachlassen der militärischen Spannungen gesehen. Doch die Kürzungen in den Militärausgaben, die daraus folgen sollten, müssen schließlich auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs große wirtschaftliche Vorteile bringen, insbesondere indem Mittel für andere, in wirtschaftlicher Hinsicht einträglichere Zwecke freigesetzt werden.

Kein Grund für eine Erholung

Wenn es also die anderen Länder weiterhin als ihre Pflicht ansehen, Washington aus der wirtschaftlichen Misere zu helfen, in die es hineingeraten ist, besteht eine gute Chance, daß der Weltwirtschaft der Verfall erspart bleibt, den viele als die unvermeidliche Konsequenz aus dem Zusammenbruch am Aktienmarkt befürchtet haben. Man geht in der Tat vielleicht nicht zu weit damit, wenn man annimmt, daß der Markt Ende des Jahres 1988 in deutlich besserer Verfassung sein wird als in der ersten Hälfte des Jahres 1987.

Wenn sich die Dinge tatsächlich so entwickeln werden, was kann man dann hinsichtlich der Preisentwicklung am Aktienmarkt erwarten? Obwohl das Verhalten der Aktienpreise in der Zeit nach dem Zusammenbruch im Oktober 1987 sozusagen »verdaut« ist und man teilweise sogar glaubt, daß sie vielleicht auf unverhältnismäßig niedrige Werte abgesunken sind, gibt es jedoch keinen Grund, mit einer deutlichen Erholung zu rechnen.

Das scheint darauf hinzudeuten, daß die allgemeine Meinung herrscht, der Boom in der Zeit vor Oktober 1987 habe ein beträchtliches Maß an regelrechter Überhitzung geschaffen.

Dies impliziert, daß auf dem Markt keine große Bereitschaft bestehen wird, die Aktienpreise in den kommenden Monaten in die Höhe zu treiben. Gleichzeitig sollte die Gefahr, daß die normalen Anteilscheine einen erneuten Sturzflug erleben, dadurch auf ein Minimum reduziert sein, daß der Wettbewerb bei festverzinslichen Kapitalanlagen zurückgehen wird, was eine unmittelbare Folge der Abwärtsbewegung in den Zinssätzen sein wird.

Mit anderen Worten: Wenn die kommenden Monate für Kapitalanleger keine Anreize hinsichtlich normaler Anteilscheine bringen werden, dann sollte es andererseits auch keinen Anlaß zu großer Sorge bieten. □



Brasilien

Die Macht haben die Banker

George Nicholas

Beobachter, die sich fragen, wie es wohl aussehen wird, wenn Ronald Reagan am 20. Januar 1989 aus seinem Amt ausscheidet, bekommen vielleicht eine Vorstellung von der Zukunft, wenn sie sich Brasilien anschauen. Brasilien war das führende Schuldnerland auf der Welt, bis die Vereinigten Staaten diese Rolle im Jahr 1987 übernommen haben.

»Unser Präsident José Sarney erkannte im vergangenen Jahr, daß er den internationalen Bankern gefällig war und versuchte mit ihnen zu handeln«, erzählte Danny Magalhao, eine brasilianische Journalistin, die oft Finanz- und Wirtschaftsprobleme kommentiert.

Auf Schulden aufgebaute Expansion

»Als er darin scheiterte, verlor er sein Amt; er wird im nächsten Frühjahr gehen müssen – drei Jahre vor Ende seiner Amtsperiode – und der Internationale Währungsfonds (IWF) hat sich als unsere de facto-Regierung erwiesen.«

Brasilien, das größte Land in Lateinamerika, das in den siebziger Jahren als »emporstrebende Macht« gepriesen wurde, hat seine Souveränität nicht in einem Streich eingebüßt. Sein Niedergang ereignete sich in unerbittlichen Stufen.

Die siebziger Jahre, als hilfreiche internationale Banker Brasilien mit Riesenkrediten überhäuften, waren gekennzeichnet durch Wachstum und allgemeine Euphorie. Magalhao erinnert sich: »Es war immer Geld im Umlauf und jedermann hatte sein Gefühl von Wohlstand und Fortschritt.«

»Es war Fortschritt, doch nicht in die Richtung wie die meisten Brasilianer glaubten.« Die auf Schulden aufgebaute Expansion erwies sich als ein riesiges Kartenhaus«, sagte Dr. Fernando Teixera, ein brasilianischer Wirtschaftswissenschaftler. »Im Jahr 1977 wiesen die in unser Land fließenden Netto-Investitionen und Profite einen gesunden Überschuß auf. In diesem Jahr verhält es sich genau umgekehrt: die Zahlungseingänge sind praktisch Null, während die geleisteten Zahlungen insgesamt 2,3 Milliarden Dollar betragen. Dabei sind die Zinsen für unsere Schuld noch nicht eingeschlossen.«

Die Schuldenlast wächst weiter

Unfähig mit seinem umfangreichen Kredit fertigzuwerden, hat Brasilien versucht, das Problem jedes Jahr mit der Aufnahme neuer Darlehen zu lösen, um seine Schulden zu bedienen.

»Diese Kette von Improvisationen hat uns zu Sklaven der Banken gemacht«, sagt Marino Pinto, der an der Columbia Universität gerade in Wirtschaftswissenschaften promoviert. »Als wir im Jahre 1982 mit diesem Kreislauf begannen, betrugen unsere Verpflichtungen im Ausland 90 Milliarden Dollar. Bis zum Ende des Jahres 1987 schuldeten wir den Banken 123 Milliarden Dollar – und die Schuldenlast wächst ständig weiter.«





Brasiliens Schulden bedeuten Not und Armut. Arbeiter protestieren (Bild unten) gegen die Sparpläne der Regierung.

Unter hartem Druck entwickelte Sarney schließlich im Frühjahr 1987 ein Programm, um diesen Abstieg in die Armut und die Kreditversklavung aufzuhalten oder zumindest zu verlangsamen, indem er den Banken einen langfristigen Rückzahlungsplan auf der Basis der »Sicherstellung« der brasilianischen Schuldscheine anbot, das heißt, die Umwandlung der 78 Milliarden Dollar Bankschulden in langfristige Obligationen mit niedrigen Zinssätzen.

Nach mehrmonatigen Verhandlungen hinter den Kulissen, im Verlauf derer der IWF die brasilianische Regierung zwang, ihren populistischen Finanzminister fallenzulassen und ihn durch Luiz Carlos Bresser Pereira zu ersetzen, der selbst ein Banker ist, wurde der Plan zur Schuldscheinumwandlung von einem Gläubigerausschuß an der Wall Street abgelehnt.

»Die Banker wußten, daß sie Sarney mit der Ablehnung seiner Vorschläge auch aus dem Amt drängten«, erzählte Pinto. »Als der Präsident nach Brasilien zurückkehrte und dem Kongreß einen Bericht über seine Erniedrigung, die ihm in New York widerfahren war, gab, wurde er mit Stimmenmehrheit aus dem Amt geworfen. In seiner Wut stimmte der Kongreß darüber ab, die brasilianische Verfassung zu ändern und eine neue Regierungsform anzunehmen.«

Rebellion gegen die Schulden

Unterdessen ist Sarney, dem nur noch wenige Wochen als Regierungsschef bleiben, zum »Präsidenten-Aufseher« des IWF geworden.

»Die jährliche Inflationsrate marschiert in Richtung zweihundert Prozent und die Beschäftigung nimmt auf jedem Sektor ab«, fügte Teixera hinzu. »Viele Politiker der Mittelklasse sprechen jetzt offen von einer Anti-IWF-Rebellion – einer Rebellion gegen die Schulden, die zwar vielleicht eine Loslösung von den Fesseln der Banker bringen mag, doch Brasilien auch aus der demokratischen, prowestlichen Machtsphäre herausbringen könnte.« □

Sowjetunion

Moskau kennt keine Inlandschulden

Peter Cook

In einer Rede in Los Angeles hat der amerikanische Präsident Ronald Reagan von den Sowjetchefs gefordert, sie sollen im Geiste der neuen »Glasnost«-Politik oder Öffnung ihren »Militärhaushalt veröffentlichen wie wir es tun«. Somit könnte der US-Präsident und der Kongreß in Washington feststellen, wie die Sowjetunion ihren Militärhaushalt und ihre Wirtschaft finanziert, ohne Defizite oder Staatsverschuldung zu erzeugen. Tatsache ist, die Sowjetunion hat keine Defizite und keine Inlandschulden.

In einer Pressekonferenz in Moskau mit drei französischen Journalisten rühmte Generalsekretär Michail Gorbatschow die Leistungen der Sowjetunion und meinte: »In den letzten fünfzig Jahren hatten wir keine Arbeitslosigkeit; wir haben Tausende von Ingenieuren und Ärzten ausgebildet. Wir haben ein kostenloses Ausbildungs- und Gesundheitswesen und der Staat hat keine Defizite.«

Die Rolle des Rubels

Das ist ein großer Schritt nach vorn im Hinblick auf die Wirtschaftslage Rußlands unter der kapitalistischen Monarchie Anfang des 20. Jahrhunderts. Tragischerweise oder vielleicht müssen wir auch sagen durch Vorsehung bedeutet ein solcher phänomenaler Fortschritt eine tödliche Gefahr für die privaten Geschäfte der Geldschaffung und Verleihung der Handelsbanken sowie für ihr Monopol – Geldverleihen ist das erträglichste Geschäft der Handels- und Zentralbanken –. Ihr ganzes Geschäft würde sich verflüchtigen, sobald die westliche Welt einmal das Finanzgenie des sowjetischen Rubels als ihre einzige Hoffnung für einen Weg aus ihrem Bankrott erkannt hat.

Die Frage könnte auftauchen: »Was ist so bedeutend an dem Rubel?«

Seine Bedeutung liegt darin, daß er für den Staat zinslos ist und somit hat er die Sowjetregierung über 70 Jahre lang vor jeder öffentlichen oder Staatsverschuldung bewahrt.

Reagans Verlangen, die Sowjetführung solle Daten über ihre Militärausgaben veröffentlichen, könnte den amerikanischen Kongreß und die Establishment-Medien vielleicht zu der Frage veranlassen, warum die US-Regierung nicht einen zinslosen Dollar zur Finanzierung der nationalen Verteidigung und Wirtschaft eingeführt hat, um somit die amerikanischen Defizite und die Verschuldung zu beseitigen.

Selbst wenn Reagan feststellen sollte, daß die Sowjets doppelt soviel wie die Vereinigten Staaten für ihre Militärtechnologie und Hardware ausgeben, so schadet das ihrer Binnenwirtschaft und Industriefinanzierung nicht, denn es gibt keine Begrenzung dafür, wie viele Papierrubel ohne Deckung die Sowjetführung über ihre Gosbank schaffen kann, um ihre Ziele zu erreichen. Wenn sie dann ihre Ziele erreicht haben, nehmen sie die überschüssigen Rubel einfach durch ihre »Umsatzsteuer« wieder aus dem Umlauf. So wird die Militärmaschinerie und die Binnenwirtschaft finanziert, ohne daß es zu einer Staatsverschuldung kommt.

Militärausgaben für die Sowjets kein Problem

Deshalb sind die Militärausgaben für die Sowjetregierung nie ein Problem, so erläuterte der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger. Und Weinberger hat recht. Die militärischen Fähigkeiten der Sowjets sind lediglich durch ihre Technologie, Arbeits- und Materialressourcen begrenzt – doch in keinem Fall durch die inländische Finanzierung.

Es überrascht die Währungswissenschaftler nicht, daß sich die sowjetische Gosbank über die gleichen geld-kreierenden Techniken finanziert wie sie die Weltzentralbanken zu ihrer Finanzierung benutzen. Es gibt keine bekannte Zentralbank – einschließlich der Federal Reserve Banken in den Vereinigten Staaten –, die Schulden hat oder sich existierendes Geld borgt, um es an ihre Mitgliedsbanken oder die jeweiligen nationalen Regierung zu verleihen.

Wenn die Sowjetführung Geld zur Finanzierung eines neuen militärischen Waffensystems haben möchte, geht sie einfach zur Gosbank – ein Äquivalent zum amerikanischen Federal Reserve System – und läßt die Staatsbank, sagen wir, einen zehn Milliarden Rubel-Scheck ausstellen, was ein Vorrecht einer souveränen Regierung, ihrer Bank oder ihres Schatzamtes ist.

Die Sowjetführung zahlt diesen zehn Milliarden Rubel-Scheck auf den Girokonten für ihre Rüstungsfabrikation ein. Er ist das Geld für den Kauf von Materialien und die Zahlung von Lohnkosten.

Wenn das Rüstungsprojekt dann abgeschlossen ist und alle Material- und Arbeitskosten bezahlt sind, benutzt die Sowjetregierung die »Umsatzsteuer oder andere Steuern« dazu, um die überschüssigen Rubel aus dem Umlauf zu nehmen, um in der Wirtschaft Raum zu schaffen für



Der sowjetische Staat kennt keine Haushaltsdefizite, trotzdem ist das kommunistische System bankrott.

die nächste Runde Militär- und Infrastrukturausgaben.

Eine solche Finanzierung ist nichts Neues, sondern wurde aufmerksam abgeschaut von den Lehrplänen und der öffentlichen Mediendiskussion im Westen. Sie ist von den Handelsbanken in den Vereinigten Staaten seit Jahrhunderten verwendet worden, um sich selbst zu finanzieren.

Wenn das Federal Reserve System einen Scheck ausstellt

Nach Colliers Enzyklopädie befanden sich etwa im Jahr 1860 von rund 10 000 Privatbanken Banknoten im Umlauf, die von Tausenden von privaten Handelbanken gedruckt, ausgegeben, verliehen und investiert wurden.

Im Jahr 1913 allerdings haben sich die Tausende von Banken im zerstückelten und nicht staatlich organisierten Bankensystem der USA unter dem Federal Reserve Act zu einem nationalen Federal Reserve Banking System zusammengeschlossen. Die zwölf Federal Reserve Banken der USA – die Geld kreieren und herausgeben ganauso wie die sowjetische Gosbank – finanzieren sich selbst mit Dollar ohne Deckung in der gleichen Art wie die Sowjetregierung sich selbst über die Gosbank mit Rubel ohne Deckung finanziert.

Wenn die Federal Reserve Geld braucht, stellt sie einfach einen Scheck aus zur Ausgabe, Verleihung oder Investition. Und das Federal Reserve System der USA hat nie ein Problem damit ihre Schecks zu decken. Wenn sie fünf Dollar, zehn Dollar oder zwanzig Dollar in Noten zur Deckung ihrer Schecks braucht, werden sie einfach vom Schatzamt gedruckt.

Die Ferderal Reserve Bank von Boston erklärt in einer Veröffentlichung mit dem Titel »Putting It Simply: The Federal Reserve« das Selbstfinanzierungssystem des Federal Reserve Systems wie folgt: »Wenn die Federal Reserve Staatspapiere oder andere kauft, fließt mit einem Federstrich neues Geld in das Bankensystem«, und »wenn die Federal Reserve einen Scheck ausstellt, gibt es keine Bankeinlage, auf die dieser Scheck ausgestellt worden ist. Wenn die Federal Reserve einen Scheck ausstellt, schafft sie damit neues Geld. Dieser Scheck, der auf keine Bankeinlage von der Federal Reserve ausgestellt ist, geht auf das Konto einer Handelsbank, doch es gehen dafür keine Gelder bei einer anderen Handelsbank weg.«

Mit der beschriebenen Finanzierungstechnik finanziert das Federal Reserve System der USA Banken und kauft sie auf wie die Franklin National im Jahr 1947 mit zwei Milliarden Dollar und die Continental Illinois im Jahr 1984 mit ungefähr acht Milliarden Dollar und viele andere.

Jeder neue Dollar bringt Zinsen

Aus der Dokumentation sollte deutlich werden, daß in den Vereinigten Staaten wie in der Sowjetunion als Geld nichts anderes verwendet wird als künstlich geschaffene Einlagen, das heißt, künstlich geschaffene Girokonteneinlagen, die entweder durch widerrechtliche oder legitime Regierungsbefugnis geschaffen werden.

In der Sowjetunion kreiert die staatliche Gosbank Rubel-Einlagen zur Finanzierung des Sowjetstaats – ohne Zinskosten für den Staat; deshalb gehört dem sowjetischen Staat die Rubel erzeugende Fabrik oder Bank.

In den Vereinigten Staaten verwenden die Handelsbanken einschließlich der Federal Reserve Banken »widerrechtliche« Währungsautorität, um »Reserve«- und »Bank«-Einlagen künstlich zu schaffen, daß heißt, freie »Reserveeinlagen« für die Banker und »Bankeinlagen« in Dollar als Kredite direkt oder indirekt für die US-Regierung.

Die gesamten Zinszahlungen auf die von der Bank geschaffenen Dollar, die zur Finanzierung der US-Regierung verwendet wurden, entsprechen in etwa der Höhe der gesamten amerikanischen Bundesschulden. Das Jahres-Haushaltsdefizit läuft fast parallel mit den jährlichen Zinszahlungen des US-Bundes.

Ironischerweise verwenden die Sowjets ein System zur Finanzierung ihrer Staatsausgaben, ihres Militärapparates und ihrer Binnenwirtschaft, das dem ähnelt, was in Artikel I, Abschnitt 8; Klausel 5 und 1, der amerikanischen Verfassung für die amerikanische Regierung in Washington vorgeschrieben ist. □

Europa-Journal

Sowjetische Abwehr schließt Skandinavien mit ein

Der Berater der sowjetischen Botschaft in Helsinki, Albert Akulov, hat Schweden und Finnland darüber informiert, daß ihr Luftraum im Falle eines Atomkriegs als zur Abwehrzone der Sowjetunion gehörig betrachtet wird. Akulov, der ein KGB-Vertreter an der Botschaft sein soll, sprach auf einem Seminar, das von der finnischen Samlingspartiet organisiert worden war.

Der schwedischen Tageszeitung »Svenska Dagbladet« zufolge sagte Akulov, wenn die Vereinigten Staaten vom Norwegischen Meer her über schwedisches und finnisches Territorium Raketen auf die Sowjetunion abschießen, wird die Sowjetunion ihren Verteidigungskrieg über schwedischem und finnischem Territorium führen. In diesem Fall wird die Sowjetunion die Neutralität Schwedens und Finnlands nicht akzeptieren.

»Es ist unnötig zu erklären, was mit diesen Raketen passieren wird, die auf unser Land abgeschossen werden«, sagte Akulov. »Kein Land wird eine derartige Zerstörung unter seiner Bevölkerung zulassen. Auch wir nicht. Die Raketen werden unschädlich gemacht, bevor dies eintritt.«

Akulov verlangte auch von Finnland und Schweden, ihre Abwehr gegen amerikanische Cruise Missiles zu verstärken.

Die finnische Tageszeitung »Helsingin Sanomat« kommentierte in einem Leitartikel: »Selbst wenn die Raketen aus dem Westen nicht diesen Weg nehmen würden, bereitet sich die Sowjetunion darauf vor, den Luftraum ihrer Nachbarn zur Verteidigung ihres eigenen Territoriums zu benutzen. Die Warnung ist klar. Im Falle eines Kriegsausbruchs wird die Neutralität Finnlands und Schwedens nicht respektiert. Das stellt neue Anforderungen an die Denkart in beiden Ländern.

Der Zeitpunkt für die Warnung ist sehr überraschend. Es bringt in Finnland und Schweden den Gedanken auf, daß die Vereinbarung über die Mittelstreckenraketen nicht so positiv und spannungsmindernd ist, wie behauptet wird. Wenn die Vereinbarung, die als Schritt nach vorn bezeichnet wird, in Wirklichkeit solche Forderungen hervorbringt, dann wird sich die Meinung gegen die Reduzierung von Atomwaffen richten.«

Das schwedische Außenministerium lehnte jeden Kommentar ab, so hieß es in »Svenska Dagbladet«. □

Polen gefährden Perestroika

»Die Abstimmung der Polen gefährdet den Nummer-eins-Status der Sowjetunion erheblich«, schrieb der französische Sowjetexperte Alexandre Adler in der Pariser Tageszeitung »Liberation«. Die polnische Regierung hatte Ende November 1987 die Bevölkerung für oder gegen zwei Wirtschaftspläne abstimmen lassen, die von der Regierung Jaruzelski vorgebracht worden sind, um damit die vom Westen geforderte Demokratie für Polen zu versuchen. Doch die Bevölkerung wies beide Pläne zurück und stimmte mit »Nein«, ein Ergebnis, das weithin als Peinlichkeit sowohl für Jaruzelski als auch für Gorbatschow interpretiert wird.

Im Westen mag es so scheinen, daß die Abhaltung des Referendums ein Sieg war für Gorbatschows Reformen, sagte Adler, doch das Ergebnis des Referendums zeigt das genaue Gegenteil. Jetzt werden Gorbatschows Gegner sowohl in der UdSSR als auch in Osteuropa dieses Scheitern ausnutzen und gegen die gesamte Politik Gorbatschows handeln.

Der polnische Führer Wojciech Jaruzelski war schließlich Gorbatschows »Hauptverbündeter« in Osteuropa, und Polen war Gorbatschows »Kampfpferd« in seinen Reformbemühungen.

Die Wahlergebnisse – ein Drittel der Wähler blieben der Stimmabgabe fern – werden die Wechselbeziehung in den Kräften zwischen Anhängern Gorbatschows und Konservativen in ganz Osteuropa beeinflussen und die Anti-Glasnost-Tendenzen in der Tschechoslowakei, DDR und Bulgarien verstärken.

»Für die osteuropäische alte Garde wird das Wahlergebnis in Polen wie der Aufstand in Budapest im Jahre 1956 wie ein Gottesurteil aufgrund der mangelnden Vorsicht von Perestroika erscheinen.«

Adler meinte, ein Grund für die geringe Stimmabgabe liege darin, daß der polnische Kardinal Glemp und das polnische Episkopat es abgelehnt hat, die Bevölkerung zur Stimmabgabe aufzurufen.

Die italienische Zeitung »Corriere della Sera« nannte die Wahl Gorbatschows »politisches Tschernobyl«, deren Auswirkungen sich auf internationaler Ebene ausbreiten werden. Es ist besonders problematisch für Gorbatschow, weil die Affäre, im Zuge derer der Gorbatschow-Verbündete Boris Yeltsin aus dem Politbüro gehen mußte, »noch nicht beendet ist«. □

Margaret Thatcher will britische Atomwaffen behalten

Der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die nach einem zweistündigen Gespräch mit Gorbatschow am 7. Dezember 1987 in London dessen »tapfere, historisch erwähnenswerte und mutige Führung« aufs höchste pries, war dabei auch stark daran gelegen, darauf hinzuweisen, daß die britische Atomstreitmacht nicht unter eine Rüstungskontrolle der Supermächte fallen werde.

In einem Interview erklärte sie, Großbritannien würde für den Rest seines Lebens eine Atommacht bleiben. »Der beste Weg für ein Europa ohne Krieg ist die atomare Abschreckung. Es ist die mächtigste Abschreckung, die die Welt jemals gekannt hat.«

Auf die Frage, ob die Trident- oder die Polaris-U-Boot-Raketensysteme Großbritanniens in Rüstungskontrollgespräche eingeschlossen würden, antwortete die »eiserne Lady«: »Noch lange nicht!« □

Sowjets für Wiedervereinigung?

Erich Honecker, Staatsratsvorsitzender der DDR, bedrängte jahrelang die Sowjets, einer Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands zu einem Staat niemals zuzustimmen. Politbüro-Mitglieder enthüllten jetzt im Rahmen eines »Arbeitsbesuches«:

In den letzten Jahren wurde von der sowjetischen Führung ernsthaft die Frage geprüft, ob ihr ein wiedervereinigtes neutralisiertes Deutschland unter Aufgabe der DDR nicht mehr Vorteile bringen würde als die Existenz zweier deutscher Staaten. Geheimkontakte mit Bonn wurden darüber gepflegt. Da sich aber keine Gesprächspartner der sozialliberalen wie der christlich-liberalen Regierung für solche Planspiele fanden, sind Überlegungen in dieser Richtung für die Sowjetunion gestorben. □

Österreichs rote Demokratie

Der sowjetische Ministerpräsident ist in den Straßen Wiens freundlich begrüßt worden; zum Teil verdankt er diesen Empfang dem Jüdischen Weltkongreß. Die »Europäische Studenteninitiative« und andere Organisationen wollten Ryschkow an Tschernobyl, Afghanistan und die zertrümmerten Menschenrechte erinnern – nur mit Transparenten.

Aber das war dem österreichischen Innenministerium bereits zuviel. Kundgebungen wurden verboten. Solche Rücksicht wurde Staatsmännern, die nicht aus

marxistischen Zentralen kamen, nie zuteil. Auf US-Präsidenten ließ man die Furie des linken Anti-Amerikanismus los. In Salzburg wurde der Flughafen gestürmt.

In Österreich findet jeder rote Revoluzzer eine offene Tür. Aber als die Exilführer der demokratischen kroatischen Bauernpartei in Wien eine Pressekonferenz abhalten wollten, da wurde diese glatt verboten. Als der rechtsstehende britische Historiker David Irving zu einer Vortragsreise in Wien eintraf, wurde er verhaftet und abgeschoben.

Exilkroaten aus Kanada und der Bundesrepublik Deutschland, die in Bleiburg an einem Gedächtnisgottesdienst für die 1945 ermordeten 300 000 Kroaten teilnehmen wollten, wurden in Salzburg angehalten und abgeschoben.

Österreichische Soldaten müssen vor einem Wiener Tito-Partisanendenkmal präsentieren, weil man in Wien die Titokommunisten trotz ihrer schauerlichen Kriegs- und Nachkriegsverbrechen und ihrer Eroberungsabsichten für Freunde hält.

Antikommunistische Agitation von Ausländern ist in Österreich verboten. Aber politische Überwachung durch Geheimdienste wird toleriert. Nur in Wien konnte ein geflüchteter ungarischer Geheimdienstoffizier in der streng abgeschirmten Zelle vergiftet werden, bevor er reden konnte. Wie das möglich war, scheint bis heute ein Staatsgeheimnis zu sein. »Realer Sozialismus« hatte immer schon seine mächtigen Freunde im roten Wien. □

Peinliche Enthüllungen für Belgrad

In Amerika hat sich jetzt Anton Kolendic, ein jugoslawischer Ex-Partisan und Nachkriegs-Diplomat, zu Wort gemeldet. Kolendic war wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als Bortschaftsrat getarnt, Leiter des jugoslawischen Geheimdienstes in Österreich und arbeitete in dieser Funktion eng mit dem sowjetischen Geheimdienst in Wien zusammen.

Kolendic war es, der die Waldheim-Akte zusammenstellte, und zwar ausschließlich zu dem Zweck, Waldheim zu erpressen und zum Agenten »umzufunktionieren«. Diese Enthüllungen sind für Belgrad mehr als peinlich. Die jugoslawische Regierung hat deshalb schon Anfang 1986 erklärt, »sie werde an keinerlei Untersuchungen der Vergangenheit Waldheims teilnehmem, sie sei für gute Beziehungen zu Österreich und also auch zu Waldheim«. □

Hetze gegen Österreich

Der schon 1970 wegen Ortstafel-Schmieraktionen gerichtsbekannt gewordene Generalsekretär des kommunistischen Zentralverbandes slowenischer Organisationen und Spitzenfunktionär des Kärntner Partisanenverbandes, Dr. Borut Marjan Sturm, entfachte kürzlich mit einem Interview für das italienische KP-Zentralorgan »Unita« einen Sturm der Entrüstung.

Der nationalkommunistische slowenische »Stürmer« stellte nicht nur kraß tatsachenwidrige Behauptungen zur Schuldfrage auf, er beschimpfte auch das offizielle Kärnten und Österreich auf das Schändlichste.

Einige Auszüge aus diesem Interview mögen dies verdeutlichen: »In Kärnten ist heute das gesamte offizielle politische Gefüge – von den Institutionen bis zu den Regierungsparteien – vom Nationalismus verseucht.

Ich will Alarm schlagen im demokratischen und antifaschistischen Europa: Im Herzen des alten Kontinents hat vor den Augen aller und dank des Schweigens vieler das Gespenst des Nazismus Form angenommen. Die Apartheid ist eine Realität, in die die slowenische Gemeinschaft seit langem gezwängt ist . . . Bekommt ein Slowene eine öffentliche oder private Anstellung, wird er entlassen, wenn er slowenisch spricht . . .

In Kärnten verbindet sich das nationale Element mit dem Antislawismus, eine alte Form des Pangermanismus, zur Verteidigung der Reinheit einer Rasse. Hier war und ist das essentielle Merkmal der Zweiten Republik die Aufnahme der nationalsozialistischen Kultur.« □

Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik steigt

Auch 1987 ist die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik weiter gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren im vergangenen Jahr rund 4,63 Millionen Ausländer registriert, etwa 118 000 oder drei Prozent mehr als 1986 und nur etwa 40 000 weniger als im bisherigen Rekordjahr 1982. Damit habe sich der seit 1985 zu beobachtende Anstieg der Ausländerzahl nahezu unvermindert fortgesetzt, obwohl die Zahl der Asylbewerber von rund 99 700 im Jahr 1986 auf 57 400 zurückgegangen sei.

Unter den Ausländern waren nach der Auszählung von Dezember 1987 Türken mit 1,481 Millionen oder 32 Prozent am stärksten vertreten. Es folgten Jugoslawen (598 000 oder dreizehn Prozent) und Italiener (544 000 oder zwölf Prozent). Am stärksten sei die Zahl der Türken und Polen gewachsen. Bei den Polen habe sie um 25 000 oder 22 Prozent zugenommen, bei den Türken um 47 000 (drei Prozent). □

Pugwash plant Konferenz in der UdSSR

»Ein Lebewohl der Waffen« ist das Zentralthema des Haupterеignisses der Pugwash-Konferenz für das Jahr 1988, einer Konferenz, die Ende August/Anfang September im sowjetischen Sochi auf der Krim stattfinden soll, wie eine Pugwash-Quelle berichtet.

Pugwash ist eine Ost-West-Konferenz, die seit den fünfziger Jahren amerikanische und sowjetische sowie Vertreter aus anderen Ländern regelmäßig zur Diskussion strategischer Themen zusammengebracht hat. Sie war eine der wichtigsten Diskussionsplattformen im Hintergrund für Verhandlungen zwischen den Oligarchien in Ost und West.

Vor der Konferenz in Sochi wird Pugwash einige Seminare veranstalten, einschließlich eines über chemische Waffen. Im April finden zwei Treffen über »alternative Verteidigung«, eines in Prag und das andere in Bochum statt. Auf dem Prager Treffen soll das Thema der »Beseitigung des Feindbildes« der Sowjetunion aus den westlichen Vorstellungen behandelt werden. □

USA kürzen Rüstungsausgaben in England

Die US-Regierung verkündete offiziell, daß sie die für das Jahr 1988 im amerikanischen Haushalt geplanten Millionen Dollar an Rüstungsausgaben in Großbritannien streichen wird. Das bedeutet erhebliche Arbeitsplatzverluste für das Land, wie es in der Londoner Zeitung »Sunday Express« heißt.

Bei diesen Kürzungen soll es sich angeblich »nur um die Spitze des Eisbergs« handeln, berichtet das Blatt und fügt hinzu, daß »ein umfangreicher Truppenabzug der Amerikaner in Großbritannien und Europa allgemein folgen wird«.

Zu den bedeutendsten Kürzungen gehören die 130 Millionen Dollar aus dem gemeinsamen anglo-amerikanischen Projekt zum Bau einer neuen Version des Harrier-Jets und die Stornierung neuer Projekte auf verschiedenen Stützpunkten in Ost-England.

Die englische Zeitung »Telegraph« zitiert einen amerikanischen General, der die Kürzungen als »eine Katastrophe« bezeichnet. Doch es wird auch ein Mitglied des Wirtschaftsberatungsteams im Weißen Haus wörtlich zitiert: »Es hilft der Rechten in Großbritannien und Mrs. Thatcher wird jetzt vielleicht aufhören, unsere Wirtschaftspolitik so verdammt hart zu kritisieren.« □

Großbritannien

Eine Kooperation mit Paris

Alec de Montmorency

»Skybolt« ist die sensationelle Waffe, die vor fünfundzwanzig Jahren von amerikanischen und britischen Ingenieuren entwickelt worden ist. Nach erfolgreichen Tests wurde sie dann unerklärlicherweise innerhalb von 24 Stunden ausrangiert. Nach dem amerikanisch-sowjetischen Gipfel im Dezember 1987 in Washington wird sie wieder hervorgeholt.

Tatsache ist, daß Frankreich und Großbritannien nicht die Absicht haben, ohne Atomwaffen zu bleiben, wenn die Vereinigten Staaten schließlich ihre Atomwaffen aus Europa abgezogen haben werden, was erwartet wird.

Die ersten Andeutungen

In den fünfziger Jahren entwikkelten die Vereinigten Staaten und Großbritannien gemeinsam eine der heutigen Cruise-Missile vergleichbare Bordfernlenk-Atomrakete mit einer Reichweite von rund 1000 Meilen – die Cruise-Missile hat eine wesentlich größere Reichweite. Sie nannten diese Atomrakete »Skybolt« und sie konnte von amerikanischen B-52-Bombern und den britischen Vulcan- und Victor-Bombern abgefeuert werden.

Das war in der Regierungszeit von US-Präsident John F. Kennedy und dem Zeitraum, der später als die Raketenkrise von Kuba in die Weltgeschichte eingegangen ist. Nikita Chruschtschow versprach, die Atomraketen aus Kuba abzuziehen, und das Skybolt-Projekt wurde storniert.

Jetzt sprechen Franzosen und Briten von einem gemeinsamen Projekt zur Entwicklung einer Bordfernlenk-Atomrakete mit einer Reichweite von rund 1000 Meilen. Niemand erwähnt den Namen »Skybolt«, doch die Briten verfügen noch immer über die Daten des ausrangierten Projekts.

Die ersten Andeutungen über das vorgeschlagene französisch-britische Projekt erschienen in der Londoner »Times« in einem Artikel des Rüstungsexperten des Blattes, Michael Evans. Wie Evans schreibt, diskutierten George Younger, der britische Verteidigungsminister, und sein französischer Kollege, André Giraud, die gemeinsame Produktion einer Bordfernlenkrakete.

Wie es in dem Artikel heißt, wäre das eine Verbesserung gegenüber der derzeitigen französischen Rakete, genannt ASMP, die seit dem Jahr 1986 im Einsatz ist und die eine Reichweite von weniger als 200 Meilen haben soll.

Die neue Rakete könnte von den Tornado-Bombern der Royal Air Force (RAF) aus auf Ziele bis zu 1000 Meilen Entfernung abgefeuert werden, so stand es in der englischen Zeitung »Times« zu lesen.

Bereit, den politischen Knopf zu drücken

Nach dem Treffen Kennedy-Chruschtschow im Dezember 1962 kam Kennedy mit dem damaligen britischen Premierminister Harold Macmillan auf den Bermudas zusammen. Dort wurde Macmillan davon überzeugt, die Skybolt nicht einseitig herzustellen – die Briten verfügten über sämtliche Konstruktionspläne und andere technische Informationen – und sich statt dessen mit dem Kauf amerikanischer U-Bootraketen als atomare Abschreckungswaffe einverstanden zu erklären, was sie stark von den Vereinigten Staaten abhängig machte.



Die britische Premierministerin Margaret Thatcher bestätigte die Verhandlungen mit Paris über ein Raketenprogramm.



Der britische Verteidigungsminister George Younger strebt eine britisch-französische Atomwaffen-Kooperation an.



US-Präsident Kennedy (rechts) konnte den damaligen britischen Premierminister Macmillan überreden von der Produktion der Skybold Abstand zu nehmen.

Das war damals; dies ist jetzt. Macmillan und Kennedy gibt es nicht mehr, doch die Skybolt-Technologie ist noch immer vorhanden, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Großbritannien, und es wäre relativ einfach, die eine Tonne schwere Rakete mit einer Reichweite von 1000 Meilen relativ billig herzustellen.

Wenn die Briten – jetzt mit französischer anstatt mit amerikanischer Unterstützung – sich entschließen sollten, das Projekt voranzutreiben, könnte das Sand in das Getriebe der Reagan-Gorbatschow-»Friedens«-Maschinerie streuen, derzufolge Atomwaffen mit großer Reichweite nur noch in den Händen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sein sollen.

Im Dezember 1987 berichtete David Buchan in der Londoner »Financial Times«, die britische Premierministerin Margaret Thatcher habe angekündigt, der britische und französische Verteidigungsminister würden sich treffen, um ein gemeinsames Atomraketen-Projekt zu diskutieren. Mrs. Thatcher hatte gesagt, daß die Atombomben der Luftwaffe »modernisiert werden müssen«, wenn die britische Luftwaffe glaubwürdige Angreifer der sowjetischen Luftabwehr sein solle.

Der »Financial Times« zufolge ist es nicht klar, ob die Minister nach den Worten eines Regierungsvertreters »bereit sind, den politischen Knopf zu drücken«, um eine Machbarkeitsstudie für die Rakete in Gang zu setzen. Doch taktische Atomwaffen werden als ein vielversprechender Bereich britisch-französischer Kooperation angesehen.

Der amerikanisch-sowjetische Vertrag über atomare Mittelstreckenwaffen (INF) hat bis zum Jahr 1991 den Abzug aller zu Lande stationierten amerikanischen und sowjetischen Raketen mit Reichweiten zwischen 300 und 3500 Meilen zum Ziel. Die Briten besitzen zur Zeit keine Bordfernlenk-Atomraketen und die amerikanische Cruise-Missile ist zu schwer für die französischen und britischen Bomber. □

Norwegen

Das Interesse der Sowjets

Alec de Montmorency

Während die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion ganz oben im Norden miteinander ringen, versucht der Kreml auch Norwegen zu schikanieren; man liebäugelt mit der Barent-See wegen der dortigen Ölvorkommen und natürlich aus strategischen Gründen.

Für die Taktik der Sowjetunion gibt es sowohl wirtschaftliche wie militärische Gründe. Wirtschaftlich betrachtet bedeuten die Kohlenwasserstoffvorkommen – Öl und Erdgas – in der Barent-See Hunderte von Millionen dringend benötigter Dollar für die sowjetische Wirtschaft. Strategisch gesehen liegen die Barent-See und das Norwegische Meer auf der Strecke der sowjetischen Interkontinentalraketen oder der U-Boote, auf denen diese Raketen zum Angriff Nordamerikas nach Westen gebracht werden.

Öl für drei Billionen Dollar

Für das sowjetische Militär hat dieses Gebiet eine derart hohe Priorität, daß die Kommunisten ohne Zeit zu verlieren ihre Muskeln spielen ließen, als Michail Gorbatschow sich um eine Kooperation zwischen dem Westen und der Sowjetunion in den kalten Gewässern auf beiden Seiten des Nordpols bemühte. Vielleicht war das Zufall, vielleicht aber auch nicht.

Von unmittelbarem Interesse ist die Tatsache, daß Saga Petroleum aus Norwegen im norwegischen Teil der Barent-See mit Bohrungen angefangen hat, wo sich eines der Welt reichsten Kohlenwasserstoff-Vorkommen befinden soll. Für den Westen ist die Barent-See norwegisches Territorium, für den Osten sowjetisches Territorium.

Bei der ersten norwegischen Probebohrung traf man direkt auf das, was in der Ölbranche ein »Elephant« genannt wird, das heißt, ein Fund mit über einer Milliarde Barrel Öl und ölaquivalenter Kohlenwasserstoffe.

Hier wurde als erstes mit den regulären Bohrungen begonnen. Die anderen Lagen in der Nähe – alle im norwegischen Teil der Barent-See – wurden untersucht und der Norwegen am nächsten gelegene Teil – weniger als zehn Prozent des norwegischen Teils der See – weist Kohlenwasserstoffvorkommen in Höhe von 2,8 Milliarden Barrel Öl und andere Kohlenwasserstoffe auf.

Ölexperten schätzen, daß allein in diesen zehn Prozent Kohlenwasserstoffe im Wert von drei Billionen Dollar liegen. Die Menge, die sich im gesamten norwegischen Teil der Barent-See befinden, ist atemberaubend.

Kraftprobe im Falle eines Falles

In norwegischen Militärkreisen ist man der Meinung, die Sowjets glaubten, daß sich dieser Reichtum in ihrer Reichweite befindet, vorausgesetzt, sie können die Norweger ausreichend einschüchtern, wozu sie das gegenwärtige Tauwetter in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ermutigt.

Norwegen selbst verfügt ohne das reiche Kohlenwasserstoffvorkommen in der Barent-See über die meisten Bodenschätze von allen skandinavischen Ländern, und die Sowjets meinen – so europäische Experten –, wenn sie sich die Barent-See unter den Nagel reißen würden, ließen Norwegens Nachbarn das durchgehen. Vom sowjetischen Standpunkt aus bedeutet es, man kann dabei alles gewinnen und nichts verlieren, wenn man gerade jetzt an Norwegen herangeht, wo Norwegens Verbündeter Amerika bereit zu sein scheint, den Kommunisten entgegenzukommen.

Der militärische Gesichtspunkt des Ganzen – die Sicherung des strategisch höchst wichtigsten Durchgangs zwischen dem Nordkap und der Arktik durch die Kontrolle des Zugangs im Osten – ist von gleich großer, wenn nicht gar größerer Bedeutung für die Sowjets. Derzeit befindet sich der größte Teil der sowjetischen Interkontinentalraketen, die auf Nordamerika und die Britischen Inseln gerichtet sind, in der Gegend von Murmansk, und die sowjetischen U-Boote mit den Atomraketen liegen in der Barent-See.

Im Fall eines atomaren Entscheidungskriegs mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien wären eine Barent-See mit Bohrplattformen, die so nebenbei mit Frühwarnsystemen zur Überwachung der Bewegungen der sowjetischen U-Boote ausgestattet sind, und auf dem Land stationierte Bomber und Raketen das letzte, was die Sowjets sich wünschen können.

Und so lief die letzte Schikanierung von seiten der UdSSR ab. Als Saga Petroleum im westlichsten Teil des norwegischen Bereichs der Barent-See mit den Bohrungen begann, tauchte neben der Bohrplattform ein sowjetisches U-Boot auf. Es wollte nicht einfach nur »guten Tag« sagen!

Die Norweger erfuhren, daß fast zur gleichen Zeit ein sowjetischer Su-27-Flankierer »unbeabsichtigt« mit einem Lockheed P-38-Orion-Aufklärungsflugzeug der königlichen norwegischen Luftwaffe auf einem Routineflug über dem norwegischen Teil der Barent-See kollidierte.

Was der Kreml von Nordeuropa erwartet

Das norwegische Flugzeug konnte noch landen. Doch vor dem »Unfall« hatte der Kopilot die Manöver des sowjetischen Flugzeugs beobachtet und fotografiert. Dem norwegischen Verteidigungsministerium zufolge näherte sich das sowjetische Flugzeug auf »weniger als zwei Meter« dem norwegischen. Berichten zufolge, die in britischen und skandinavischen Publikationen erschienen, wurde mit dieser ansonsten routinemäßigen Abfangaktion das Abkommen zwischen der NATO und den Ländern des Warschauer Pakts über derartige Begegnungen gebrochen.

Etwa 17 Minuten später kam das sowjetische Flugzeug von der anderen Seite her an das norwegische Flugzeug heran und »stieß mit dem norwegischen Aufklärer zusammen«, wobei der linke Flügel des Kampfjägers den Propeller des Außenmotors der Orion traf.

Zwei verschiedene Ereignisse ohne große Bedeutung? Das erzählt das amerikanische Außenministerium den Norwegern.

Doch Gorbatschow selbst scheint in einer Rede in Murmansk diese Beurteilung Lügen gestraft zu haben, die er unmittelbar nach den beiden Vorfällen hielt.

In der Rede verkündete Gorbatschow die offizielle sowjetische Doktrin, die, kurz gesagt, beinhaltet, daß man von den Ländern Nordeuropas folgendes erwartet:

Einen Vertragsabschluß mit dem sowjetisch geführten Warschauer Pakt und Reduzierung der Tätigkeiten der Marine und der Luftwaffe in und über den Gewässern im Norden, besonders in der Ostsee, der Nordsee, dem Norwegischen Meer und den Gewässern vor Grönland, um die »Umwelt zu schützen«. Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa einschließlich Schweden, Dänemark, Norwegen – Dänemark und Norwegen sind Mitglieder der NATO –, und Aushandeln eines Abkommens mit den Sowjets zur Ausbeutung der Bodenschätze der Arktis und vor allem der Kohlenwasserstoffvorkommen in der Barent-See.

Wenn diese sowjetische Doktrin angenommen wird, müßten die Vereinigten Staaten im Zuge dieser Gorbatschow-Initiative ihre Radaranlagen im grönländischen Thule – unter der Herrschaft Dänemarks – abbauen. □

Gipfeltreffen

Europäer fürchten neues Jalta

Oskar Boline

Das Gipfeltreffen zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow hat in Europa und vor allem im Europäischen Parlament nur wenig Aufsehen erregt. Die viel gerühmten militärischen »Kompromisse« und »Durchbrüche«, die von den Public-Realations-Leuten im Weißen Haus und im Kreml gleichermaßen gepriesen wurden, sind von der Mehrzahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments als offensichtliche Fakten beiseitegeschoben worden. Jeder scheint hier schon seit langem zu wissen, daß die Mittelstrecken-Atomraketen (INF) erst gar nicht hätten aufgestellt werden sollen.

Bei den in Europa stationierten Mittelstrecken-Atomraketen handelt es sich um Reliquien des »dunklen Zeitalters« der ersten Jahren der Reagan-Regierung und sie waren schon Gegenstand von Demonstrationen von Hunderttausenden besorgten Europäern.

Ronald Reagans Rambo-Politik

Europa läßt sich nicht mehr wie früher herumschubsen. Das ist vielleicht der Grund, warum der Gipfel als Politikum der beiden Männer abgetan wird, die zwei politisch und wirtschaftlich durcheinander geratene Länder anführen, die sich selbst als Supermächte bezeichnen. So hart das auch für so manch einen Amerikaner und Sowjetbürger gleichermaßen sein mag, das ist es im Grunde, was die Europäer über die amerikanische und sowjetische Politik denken.

US-Präsident Ronald Reagan wird von vielen Europäern als jemand angesehen, der verzweifelt nach etwas greift, daß seine Jahre als Präsident der Vereinigten Staaten in die Geschichtsbüchern angesichts der üblichen Katastrophe seiner Wirtschaftspolitik (Reaganomics) und der immer stärker zunehmenden Inflation, die Amerika noch vor den nächsten Wahlen eingeholt haben wird, als etwas Positives erscheinen läßt. Alles, was er bisher in Angriff genommen hat, ist gescheitert.

Bodil Boserup, Abgeordente aus Dänemark, sagte Oscar Boline, der Gipfel sei für sie nur wenig mehr als ein Politikum gewesen.

Das gilt für seinen »Rambo-Akt« an Oberst Muammar el-Gadaffi in Libyen ebenso wie für sein Irangate-Abenteuer. Jetzt versucht Reagan es mit dem »Akt des Friedenstifters«. Ihm scheint kaum klar zu sein, daß die amerikanische Regierung damit politischen Ausverkauf betreibt. Dazu kommt, daß US-Finanzminister James Baker »den Dollar herunter redet« und damit allen Respekt vor der amerikanischen Weltführungsmacht verspielt und carte blanche für die Inflation in den USA gegeben hat.

Wie Reagan ist auch der Kremlchef Michail Gorbatschow in großen Schwierigkeiten. Er kämpft verzweifelt darum seine Spitzenposition im Kreml zu halten. Anders als im Falle des amerikanischen Präsidenten Reagan sind sich die Europäer darin einig, daß er ein Mann ist, dem geholfen werden muß. Wenn Gorbatschow scheitert, so sehen sie für Osteuropa eine Katastrophe voraus. Es wird sich ein neuer Eiserner Vorhang über Europa herabsenken und das wird die für die USA vorausgesagte wirtschaftliche Katasrophe wie ein Kinderspiel erscheinen lassen. Westeuropa ist durch Investitionen, Kredite, familiäre Bindungen und die Kultur schließlich eng mit dem kommunistischen Block verbunden und von daher kommt der Wunsch Gorbatschow zu helfen.

Es gibt viele Anzeichen dafür, daß Westeuropa Gorbatschow und seinem Reformprogram Glasnost unter die Arme greift. Ein Militärexperte behauptet sogar, der Flug des 19 Jahre alten Matthias Rust von Hamburg über Helsinki nach Moskau und dessen Landung auf dem Roten Platz am letzten Mai-Wochenende 1987 sei das Ergebnis enger Kooperation Gorbatschow-Anhängern und einer westlichen Geheimdienstorganisation gewesen. Interessanterweise wurde dieser Vorfall zum Anlaß genommen, einige bedeutende Feinde Gorbatschows beim sowjetischen Militär ihres Amtes zu entheben.

Innerhalb weniger Stunden nach der Landung von Matthias Rust auf dem Roten Platz in Moskau wurde Alexander Koldunov, der Leiter der Luftabwehr, entlassen. Fast gleichzeitig mit ihm mußte auch Verteidigungsminister Sergei Sokolov aus dem Präsidium des Obersten Sowjet, dem Regierungsgremium des Kreml, ausscheiden und verlor dabei gleichzeitig seinen Ministerposten. Sokolov war einer von Gorbatschows Erzfeinden.

Die Entlassungen zogen weitere Kreise als bekannt wurde. Sokolov wurde durch Dmitry Yazov, einen engen Gefolgsmann Gorbatschows, ersetzt. Unter Yazov, so glauben Kreml-Experten, werden die Sowjets versuchen eine militärische Lösung für ihre Probleme in Osteuropa zu vermeiden. Eine militärische Lösung für die politischen Probleme der Sowjets in Osteuropa versucht jeder Abgeordnete des Europäischen Parlaments entschieden zu vermeiden.

Der Anfang vom Ende der NATO

Zu jenen Mitgliedern des Europa-Parlaments, die der Ansicht sind, daß es sich bei dem Washingtoner Gipfel lediglich um eine Public-Relations-Show handelte, gehört Miß Bodil Boserup, Mitglied des Europäischen Parlaments aus Dänemark: »Sie einigten sich auf die Beseitigung der Waffen auf Stützpunkten, die leicht als Angriffziel dienen konnten und welche sowieso keinen Wert hatten. Damit leisteten sie den Forderungen von Millionen Menschen genüge«.

Seit diese Raketen in dem dunklen Zeitalter der Reagan-Regierung installiert wurden, haben viele Millionen Europäer protestiert. Jetzt sind sie beruhigt und betrachten das Gipfeltreffen als einen Erfolg.

»Im Grunde«, so fuhr Miß Boserup fort, »brauchen uns die Vereinigten Staaten nicht mehr. Sie können sich selbst verteidigen und schützen – ohne diese Grenze durch Europa. Außerdem habe ich den Verdacht, daß die beiden sogenannten Supermächte von ihren kleinen Verbündeten die Nase voll haben und ihrer mehr als nur ein wenig überdrüssig sind.

Deshalb bin ich der Meinung, daß die NATO innerhalb der nächsten zehn Jahren zusammenbrechen wird. Das bedeutet, daß wir uns für unsere Verteidi-

gung auf die westeuropäische Union verlassen müßten. Das wäre allerdings eine Katastrophe.«

Bei der westeuropäischen Union (WEU) handelt es sich um eine europäische Verteidigungsorganisation, deren Anfänge fast 40 Jahre zurückreichen. Im Jahre 1984, als Europa über die Richtung, die die Reagan-Regierung einschlug, sich ernstlich Sorgen zu machen begann, wurde die WEU neu belebt.

In den Augen von Miß Boserup und vielen anderen Mitgliedern des Europäischen Parlaments ist die WEU kaum mehr als eine Diskussionsplattform, die nicht in der Lage gewesen ist, über irgend etwas Einigkeit zu erzielen.

Michael Kilby, Europa-Abgeordneter aus dem englischen Nottingham und ehemalige Führungskraft bei General Motors, formuliert es so: »Wenn wir in Zukunft auf vergangene Ereignisse zurückschauen werden, werden jene der letzten Monate als die angesehen werden, die die Veränderung gebracht haben: die Zeit, wo die führenden Politiker Europas den Vereinigten Staaten die Kontrolle über ihr eigenes politisches Schicksal entzogen, als ihnen bewußt wurde, daß sie die Verantwortung hatten für die führende Wirtschaftsmacht in der Welt mit 350 Millionen Menschen, eine Wirtschaft, die weitaus größer ist als die der Vereinigten Staaten, oder der Sowjetunion und den größten einzelnen Markt weltweit bedeutet, auf dem mindestens ein Drittel des Welthandels abgewickelt wird.«

»Endlich haben wir die unverblümte Tatsache erkannt, daß die Vereinigten Staaten dabei sind ihre Weltmachtstellung zu verlieren«, schloß Kilby.

Auf der Hut vor dem Geist von Jalta

Bernard Antony, französischer Europa-Abgeordneter und Mitglied der Nationalen Front, betrachtet Europas Fähigkeit Verantwortung für seine eigene Verteidigung zu übernehmen etwas vorsichtiger: »Die Vereinbarung zwischen Reagan und Gorbatschow zeigt, daß Europa noch nicht vereint ist. Vierzig Jahre haben wir uns darauf verlassen, daß die Vereinigten Staaten für



Bryan Cassidy fürchtet, daß sich im Weißen Haus ein »neuer Geist von Jalta« ausbreitet.



Michael Kilby glaubt wie die meisten, daß die USA ihre Weltmachtstellung verloren haben.

unsere Verteidigung und Sicherheit sorgen, obwohl wir in wirtschaftlicher Hinsicht die erste Großmacht in der Welt sind. Unser Problem ist, daß wir davonlaufen, anstatt uns zu vereinen und den Russen ins Auge zu schauen.

Unsere Feigheit und Dekadenz ist die größte Quelle für die sowjetische Macht. Wir fühlen uns nicht mehr länger als Franzosen, Deutsche und Landsleute irgendeines Landes, indem wir leben. Doch wir erkennen auch nicht, daß wir Europäer sind. Wir sind Dilettanten, nicht bereit Verantwortung zu übernehmen.«

Wie Miß Boserup hat Antony wenig Vertrauen in die WEU als Ersatzorganisation für die NATO.

Bryan Cassidy, kommt als Mitglied des Europäischen Parlaments aus Südengland, fürchtet, ein neuer »Geist von Jalta« greift im Weißen Haus um sich und Reagan wird die westeuropäischen Interessen ebenso verkaufen wie es US-Präsident Franklin D. Roosevelt im Jahr 1945 in Jalta getan hat. In Jalta stimmten die Vereinigten Staaten der Errichtung des »Eisernen Vorhangs« zu.

»Die amerikanische Öffentlichkeit scheint auf Gorbatschows ›Verzauberungskampagne‹ hereingefallen zu sein«, meint Cassidy. »Er ist ein wahrer Meister der Public Relations. Doch das Probelm mit dem sowjetischen und anderen totalitären Systemen ist, daß derjenige, der heute an der Macht ist, schon morgen vielleicht nicht mehr an der Macht sein wird.

Obwohl wir darin einig sind, daß der Gipfel nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung gewesen ist, macht er doch einigen von uns Angst. Vorsicht ist die Losung. Wir müssen uns vor dem ›Geist von Jalta‹ hüten.«



Andrew Pearce (links) meint, man müsse bei Verhandlungen mit Gorbatschow langsam vorgehen.

Im Jahr 1945 hat das amerikanische Volk jegliche Vorsicht beiseite geschoben. Im »Geist von Jalta« wurden die sowjetischen Führer als die besten Freunde der Vereinigten Staaten akzeptiert.

Nicht übers Ohr hauen lassen

Andrew Pearce, kommt als Europa-Abgeordneter aus dem Bezirk nördlich von Liverpool, erweiterte Cassidys Aufruf zur Vorsicht noch, indem er sagte:

»Ich habe manchmal die Befürchtung, daß man Präsident Reagan mit einem leichten Schulterklopfen, einem netten Gespräch am Kamin zu leicht herumkriegen kann. Doch einen Kreml-Chef zu haben, der sich im Showbusines ebensogut auskennt wie jemand von der Madison Avenue bedeutet nicht, daß er bereit ist alle Erwartungen zu erfüllen. Wir dürfen uns nicht übers Ohr hauen lassen.«

»Wollen wir hoffen, daß Rußland sich ändert, wie es uns Gorbatschow glauben machen will«, fuhr Pearce fort. »Doch ich würde mich nicht völlig darauf verlassen. Gorbatschow ist ein kühner Mann, doch ein Mann beseitigt nicht die Jahre der Tyrannei und des Despotismus in einem Land, das niemals eine Demokratie gekannt hat.

Wenn wir Ungarn oder Polen besuchen, haben wir alle das Gefühl, daß die Länder unserer Heimat ähnlich sind, doch unter fremder Herrschaft stehen, während in Rußland – so meine ich und auch andere – die Leute Freiheit nie gekannt haben. Sie kennen es nicht anders als herumgestoßen zu werden und daß man das Organisatorische für sie erledigt.

Reagan spricht von einer Welt ohne Atomwaffen, doch wir wollen keine atomwaffenfreie Welt, bevor die Sowjets ihre Soldaten nicht aus Osteuropa, Angola, Äthiopien und Afghanistan abgezogen haben. Es wäre nicht schwer den INF-Vertrag zu akzeptieren, aber er ist nicht das militärtische Problem in Europa.

Das Problem sind die chemischen Waffen. Ich möchte sehen, daß hierbei etwas geschieht.« □

David Rockefeller

Der Mann hinter dem Gipfel

James Harrer

US-Präsident Ronald Reagan und Sowjetdiktator Michail Gorbatschow waren es, die beim Gipfeltreffen in Washington im Dezember 1987 im Rampenlicht standen. Doch es war David Rockefeller, eine Figur im Hintergrund, die nur kurzzeitig auf der Bildfläche erschien, der das Ganze inszeniert hatte und die Ereignisse überwachte.

Neben den zahlreichen interessanten Fakten über die historische Begegnung ist eine Information von besonderem Interesse, die sowohl von Experten der Vereinten Nationen als auch von sowjetischen Quellen bestätigt wurde: das Treffen zwischen den beiden führenden Politikern wäre abgesagt worden, wenn sich David Rockefeller nicht in letzter Minute eingeschaltet hätte.

Ein Geschenk an Moskau

»Im August 1987 sind die Vorbereitungen zum Gipfeltreffen zwischen Washington und Moskau zusammengebrochen«, berichtete Arkady Kolkov, ein sowjetischer Rundfunkreporter. »Es gab zu viele Streitigkeiten über Rüstungskontrolle und Betrügereien bei früheren Verträgen, über Emigration und Handel.

Mir wurde gesagt, ich brauchte kein Visum für die USA beantragen, Gorbatschow würde in diesem Jahr nicht nach Washington gehen.«

Dann, so verlautete aus diplomatischen Quellen, schaltete Rockefeller sich ein. Der ehemalige Vorsitzende und immer noch Herrscher über das weltweite Konsortium der Chase Manhattan Bank kündigte an, daß ein russischer Kunstschatz im Wert von über fünf Millionen Dollar – Kunstsammlungen, die in den dreißiger und vierziger Jahren von John D. Rockefeller III. gekauft worden sind – an Moskau als Geschenk zurückgegeben werden würde.



David Rockefeller plädiert für eine Umwandlung des russischen Rubels in eine internationale Währung und für die Aufnahme der Sowjetunion in das westliche Wirtschaftssystem als Mitglied der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds.

»Die Übergabe erfolgte durch Blanchette Rockefeller, die Witwe von John D. III. bei einem großen Festbankett in der sowjetischen Botschaft«, berichtete ein Protokollbeamter aus dem amerikanischen Außenministerium. »Doch Anatoly Dobrynin, Gorbatschows außenpolitischer Berater, der aus diesem Anlaß nach Washington gekommen war, verbrachte den ganzen Abend damit, daß er und Rokkefeller die Köpfe zusammensteckten. Bald darauf lockerte die sowjetische Regierung ihre Haltung zu einer Reihe umstrittener Themen und plötzlich stand der Gipfel wieder zur Diskussion.«

Warum sollte Rockefeller, ein eifriger Kunstsammler, der nicht bekannt ist für verschwenderische Gesten, das Familienerbe hergeben, um Reagan und Gorbatschow die Gläser anstoßen zu sehen? Die Antwort ist, daß der Finanzier seine eigene Tagesordnung des Gipfeltreffens habe, »und es ging nicht nur um ein paar zusätzliche Sprengköpfe«.

Sie sahen aus wie Laurel und Hardy

Der »Rockefeller-Gipfel«, wie Korrespondenten ihn nannten, kam am Morgen des 9. Dezember 1987 mit einem Hauch von Komik kurzzeitig ins Blickfeld. Als Gorbatschow bei einer »Handelskonferenz« in der Sowjetbotschaft einigen von Amerikas reichsten und mächtigsten Geschäftsleuten gegenübertrat, hob Rockefeller plötzlich seine Hand wie ein Schuljunge, der versuchte, die Aufmerksamkeit des Lehrers auf sich zu lenken.

Als der Sowjetchef ihn dann zum Reden ermunterte, stand Rockefeller auf. In der etwas unbeholfenen, gespreizten Art eines redlichen Mannes in einem volkstümlichen Stück simulierte er eine »Frage aus dem Publikum«: »Wäre es nicht eine gute Idee, den Rubel in eine internationale Währung zu verwandeln?«

Gorbatschow, der es nicht zuläßt, daß ihm souffliert wird, nahm Rockefellers Stichwort so leicht auf, als gehörte er zur gleichen Truppe. Ja, so gab der kommunistische Parteichef zu, es sei eine gute Idee, doch es würde vielleicht einige Zeit dauern.

»Sie sahen aus wie Laurel und Hardy«, meinte ein führender amerikanischer Verleger, der das Ganze im Fernsehen beobachtet hatte. »Es war offenbar ein inszenierter Wortwechsel, um die Aufmerksamkeit auf Rockefellers Lieblingsprojekt zu lenken: ein New Deal für die Sowjets.«

In zwei langen Verhandlungsrunden im pompösen Washingtoner Madison Hotel zwischen einer Gruppe amerikanischer Finanziers, angeführt von Rockefeller, und einem Team sowjetischer Experten unter Führung des Wirtschaftszars Abel Abanbegyan wurde nichts Geringeres als die Aufnahme der Sowjetunion in das westliche Wirtschaftssystem im Detail untersucht.

Ein sehr umfangreiches Menü

Zu den Schlüsselthemen gehörte: Bestimmung der Grundlage für eine sowjetische Börse in Moskau.

»Es wird nicht wie in der Wall Street sein«, sagte ein Beobachter, »doch Anleger werden Aktien an sowjetischen Firmen erwerben können – ein revolutionärer Bruch mit der Lenin-Doktrin.«

Verdoppelung der sowjetischen Exporte in die Vereinigten Staaten innerhalb der nächsten zwei Jahre. »Wir wollen auf den amerikanischen Automobilmarkt kommen«, versicherte Abanbegyan, »mit den wirtschaftlichen und kompakten Fahrzeugen, die derzeit hier erfolgreich von jugoslawischen und südkoreanischen Herstellern verkauft werden.«

Lizenzvergabe gemeinsamer amerikanisch-sowjetischer Fabriken in der UdSSR mit High-Tech-Produktion zur Herstellung von Waren wie Kunststofferzeugnisse, medizinisches Gerät, Schneeketten und vieles andere mehr.

Die Verleihung des Status »meistbegünstigte Nation« an die Sowjetunion, eine Maßnahme, die es ihnen ermöglichen würde, ihre Waren auf gleicher Ebene wie die westlichen Länder zu verschiffen und zu verkaufen.

»Es ist ein umfangreiches Menü; fast jeder andere außer Rockefeller würde es für unverdaulich halten«, kommentierte Derek Faulkner, ein britischer Wirtschaftsjournalist, der aus Washington berichtet. »Es kann nur funktionieren, wenn wir von unserem gegenwärtigen Staatensystem wegkommen, das die Interessen seiner Bürger schützt, hin zu einer Weltregierung, die von den Finanzmärkten beherrscht wird. Doch vielleicht war das die ganze Zeit schon Rockefellers wahres Ziel.« □

USA

Debatte über Raketenvertrag

Henry Stover

Ist der im Dezember 1987 unterzeichnete Vertrag über Mittelstrecken-Atomraketen (INF) der erste Schritt zu einer neuen Reihe von Friedensinitiativen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, der schließlich das Risiko eines Atomkriegs verringern wird? Oder handelt es sich statt dessen nur um eine leere Geste, ein Politikum von seiten der Sowjets, mit dem sie hoffen sich die wirtschaftlichen Vorteile engerer Bindungen an den Westen zunutze machen zu können?

Das ist die entscheidende Frage, die sich im amerikanischen Senat stellt, wenn die Debatte darüber beginnt, ob man der Ratifizierung des INF-Vertrages zustimmen soll oder nicht. Das Thema ist ungeheuer komplex und Argumente guten Glaubens lassen sich auf beiden Seiten bringen.

Was der Vertrag bewirkt

Zunächst ein kurzer Abriß dessen, was der Vertrag bewirkt. Mit ihm wird eine ganze Gattung von Atomwaffen – auf dem Lande stationierte Mittelstreckenraketen mit Reichweiten zwischen 300 und 3000 Meilen – beseitigt. Auf amerikanischer Seite bedeutet das die Eliminierung von auf dem Land stationierten Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen. Die Sowjets geben ihre SS-20 auf.

Die Amerikaner werden insgesamt 859 stationierte und nicht stationierte Raketen vernichten, die Sowjets 1752.

Der Vertrag sieht auch beispiellose Prüfungen vor Ort nach den folgenden Richtlinien vor: Erste Prüfungen nach 60 Tagen nach Ratifizierung des Vertrages auf beiden Seiten. Letzte Prüfung nach drei Jahren, um festzustellen, ob die Raketen zerstört worden sind.

Zwanzig kurzfristige Prüfungen durch jede Seite in den ersten drei Jahren. Fünfzehn kurzfristige Prüfungen in den folgenden fünf Jahren.

Amerikanische Inspektoren werden für die Dauer des Vertrages, das heißt 13 Jahre lang, in einer sowjetischen Rüstungsfabrik in Votkinsk zugegen sein. Sowjetische Inspektoren werden für den Zeitraum der Vertragsdauer in einer amerikanischen Rüstungsfabrik in Utah anwesend sein.

Zusätzlich zu den Inspektionen vor Ort werden über 100 Atomraketen-Produktionsstätten in Osteuropa, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten zur Kontrolle zugänglich gemacht.

Es erfordert die Zerstörung von Einrichtungen, die wichtig sind für die Wartung und den Transport von Mittelstreckenraketen, in Gegenwart von Inspektoren der jeweils anderen Supermacht.

Auswirkungen auf Europa

Die Leistungen des Vertrages im Hinblick auf eine Reduzierung der Atomwaffen sind jedoch nicht so gering wie es scheinen mag – gemessen an ihrer tatsächlichen Zahl. Zum einen handelt es sich bei dem Vertrag um das erste Mal in der Geschichte, daß mit einem Abkommen zwischen den Supermächten tatsächlich Waffen abgeschafft werden. Mit allen früheren Nuklearverträgen wurden dem Wachstum des Atomwaffenarsenals lediglich Beschränkungen auferlegt.

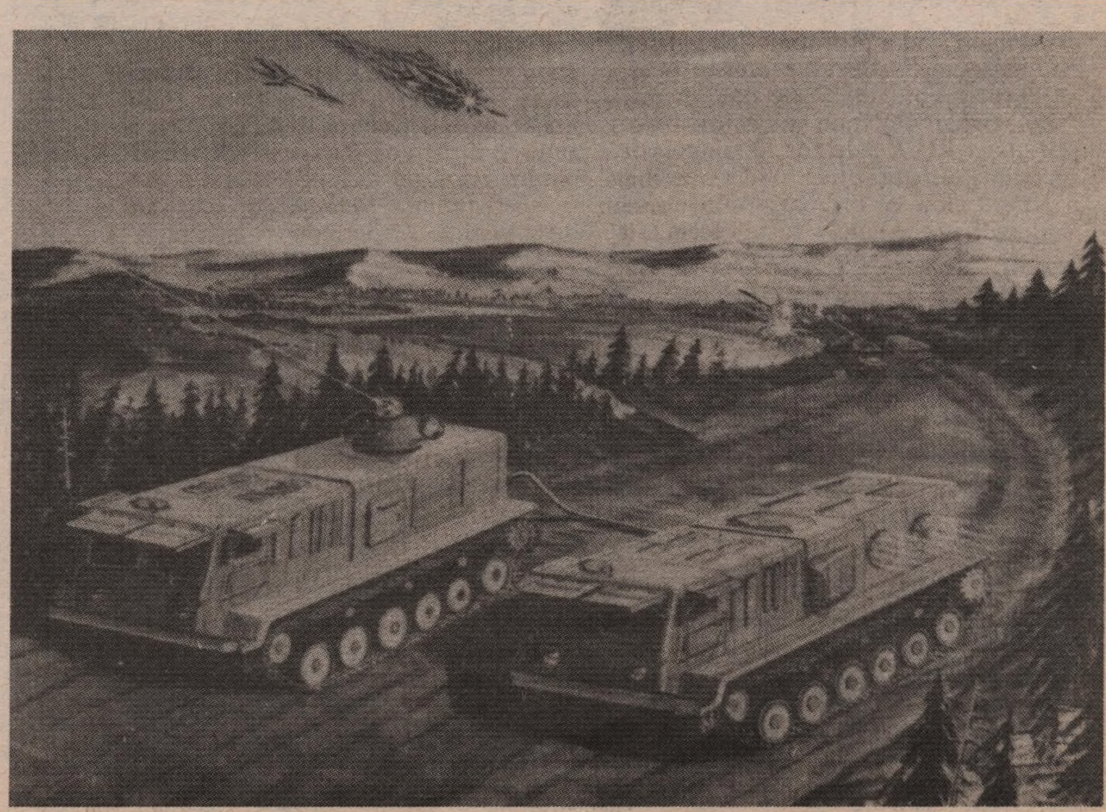
Die Publizität um die Zerstörung der Waffen könnte eine tiefgreifende psychologische Auswirkung nicht nur auf den Normalbürger haben, auf den die Raketen abzielten, sondern auch auf die führenden Politiker der beteiligten Länder. Obwohl es auch immer noch Gelegenheit zum Betrug geben mag, so ist dies doch stark reduziert durch die Überprüfungen von Augenzeugen und sachverständigen Beratern, die vorgesehen wurden.

Es sind jedoch die Länder Westeuropas, die die Auswirkungen



Das sowjetische U-Boot vom Typ »Oscar« (oben) kann Marschflugkörper abfeuern.

Auch dieses sowjetische Lasergeschütz wird vom Abrüstungsvertrag nicht berührt.



USA

Debatte über Raketenvertrag

des Vertrages wahrscheinlich am stärksten zu spüren bekommen werden. Seit Jahren haben sie unter der Bedrohung einer atomaren Vernichtung durch die INF-Raketen der Sowjets gelebt, während die amerikanischen INF-Raketen in Europa stationiert waren. Europa war praktisch eine Geißel der Supermächte.

Obwohl es also auf beiden Seiten immer noch mehr Raketen als genug gibt, die erneut auf europäische Städte gerichtet werden könnten, ist der psychologische Effekt des Abbaus der in Europa stationierten Raketen und jener, die jetzt auf Europa gerichtet sind, sicher begrüßenswert.

Langfristig gesehen schafft der INF-Vertrag auch einen wichtigen Präzedenzfall, indem er einen möglichen Rückzug der Amerikaner aus Europa signalisiert, was die Europäer in die eigene Verantwortung für ihre Verteidigung drängt. Die vorteilhafte Auswirkung, die dieser Schritt auf die amerikanische Wirtschaft haben würde, ist nicht zu unterschätzen, wenn man die Tatsache in Betracht zieht, daß sich die Vereinigten Staaten in naher Zukunft im wirtschaftlichen Wettbewerb mit der Sowjetunion finden könnten.

Mit dem Vertrag wird noch ein weiterer Präzedenzfall geschaffen. Es ist das erste Mal, daß angesichts eines Rüstungsungleichgewichts das Land mit der zahlenmäßigen Überlegenheit, die Sowjetunion, sein Arsenal weit mehr reduzieren muß und nicht nur proportional mit der anderen Supermacht, wie das bisher die Regel war.

Veraltete Raketen werden zerstört

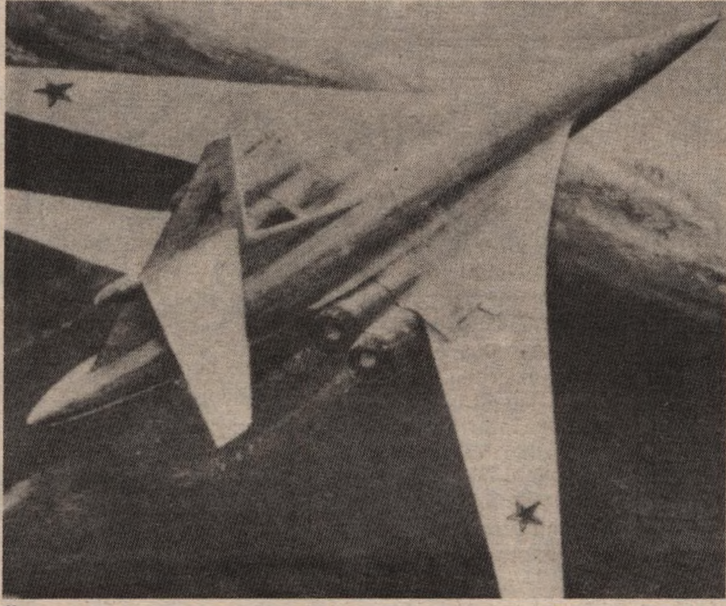
Dieser Präzedenzfall ist deshalb so wichtig, weil er möglicherweise auch bei der Überlegenheit der konventionellen Waffen der Sowjets zum Tragen kommen könnte, was von einigen Vertragskritikern als ein triftiger Grund angeführt wird, um dieses Abkommen zu vereiteln.

Mit der Beseitigung der INF-Waffen bleibt den Sowjets, so argumentieren sie, der Vorteil ihre militärische Überlegenheit an konventionellen Waffen zur Beherrschung Europas zu nutzen. Die Hälfte der Atomwaffen der NATO befindet sich jedoch immer noch auf U-Booten. Von diesen mobilen Abschußrampen aus können Cruise Missiles auf die gleichen Ziele gerichtet werden ebenso wie die in den Warschauer-Pakt-Ländern stationierten Mittelstreckenraketen leicht wieder auf Städte in Europa eingestellt werden können.

Kritiker weisen auch darauf hin, daß die sowjetischen Raketen, die zerstört werden, die SS-20, recht veraltet sind und ihnen die Präzision und technische Ausgeklügeltheit fehlt und daß sie derzeit durch die fortgeschritteneren SS-24 ersetzt werden, die außerhalb des Rahmes des Vertrages stehen. Trotz starker Bemühungen des Westens hat niemand tatsächlich eine SS-20 zu Gesicht bekommen.

Die Sowjets legten im letzten Augenblick etwas widerstrebend eine Faksimile-Wiedergabe eines Fotos einer SS-20 vor, die von den Amerikanern ebenso widerstrebend akzeptiert wurde.

Außerdem: Wenn die Sowjets den Vertrag einseitig brechen würden, wäre es viel leichter für sie die Raketen zu ersetzen oder erneut aufzustellen, denn die militärische Besetzung der Warschauer-Pakt-Länder durch die Sowjets duldet keinen Widerspruch. Die Sowjets sind auch nicht dem gleichen innenpolitischen Druck ausgesetzt wie der amerikanische Präsident, wenn es ans Licht käme, daß er den Ersatz der Raketen insgeheim angeordnet hätte, das liegt einfach im Unterschied der gesellschaftlichen Systeme der beiden Supermächte. Bei der Sowjetunion handelt es sich eben um eine Diktatur und ein unterdrükkerisches Regime, das keinen Widerspruch toleriert, während es sich bei den Vereinigten Staaten und Europa um demokratische und freie Länder handelt, die unterschiedlichen innenpolitischen Meinungen unterworfen sind.



Über den strategischen sowjetischen Bomber der neuen Generation mit dem Spitznamen »Blackjack« wurde ebenfalls nicht verhandelt.

Man darf auch nicht vergessen, daß die Sowjets aus der Geschichte über keinen guten Ruf verfügen, was die Einhaltung internationaler Abkommen angeht. Die Liste solcher Abkommen, die sie gebrochen haben, ist lang und Lenins berühmte Aussage, daß »Verträge wie Brotkrusten dazu da sind gebrochen zu werden« muß sicherlich berücksichtigt werden.

Welche Geheimabsprachen und Vereinbarungen gibt es?

Obwohl die Prüfungen diesem Mißtrauen dienen sollen, das im übrigen auf beiden Seiten vorhanden ist, gibt es immer noch eine Menge Raum für Mogeleien. Doch letzten Endes stellt der Vertrag einen Riesenfortschritt gegenüber den Bestimmungen aus früheren Verträgen dar, um die Einhaltung eines solchen Abkommens zu überwachen.

Ein Aspekt des Vertrages, der besonders genau zu beurteilen ist, bevor man über seine Vorteile entscheidet, ist die Frage, welche Geheimprotokolle oder Vereinbarungen er enthalten mag. Im Kernpunkt der Debatte geht es jetzt darum, welche Texte der amerikanische Senat bei seiner Beurteilung des Vertrages anschauen wird. Die amerikanische Regierung würde es bevorzugen, wenn sie sich an den Vertrag und das Memorandum of Understanding halten, in dem die Einzelheiten über die Raketen, die Produktions- und Abschußeinrichtungen in beiden Ländern angeführt sind, die von dem Abkommen betroffen sind.

Doch einige amerikanische Senatoren äußerten, sie wollten gerne die Verhandlungsprotokolle selbst einsehen, um die Absicht der Verhandlungspartner herauszufinden. Ein großer Teil davon ist geheim und wenn man sie hinzuzieht, so würde damit das ganze Verfahren nicht nur in die Länge gezogen, sondern es würde auch die Chance erhöhen, daß der amerikanische Senat der schriftlichen Vetragsfassung gegenüber einige Vorbehalte vorbringen würde, was die US-Regierung gerne vermeiden möchte.

Die Frage, wer am meisten davon profitiert, ist ebenfalls wichtig. Oberflächlich betrachtet profitieren beide Supermächte in gewisser Weise von dem reduzierten Risiko eines Atomkrieges ebenso wie auch Europa. Eine Abnahme der Spannungen könnte sich direkt in Dollar und Cent ausdrücken, wenn es bedeutet, daß beide Supermächte geringere Beträge aus ihrem Bruttosozialprodukt für die Rüstung ausgeben müssen.

Die wichtigere wirtschaftliche Frage bezieht sich jedoch darauf, daß die Sowjetunion dringend harte, westliche Währung braucht. Die sowjetische Wirtschaft ist ein Trümmerhaufen und Michail Gorbatschow befindet sich inmitten einer landesweiten Kampagne, Perestroika genannt, um die wirtschaftliche Macht des Landes durch eine Reihe persönlicher Anreize und

eine generelle Lockerung in der Zentralplanung zu verstärken.

Gespräche mit Industriebossen

Die Sowjetunion hat derzeit Schulden bei westlichen Regierungen und Banken in Höhe von 38,4 Milliarden Dollar und sie nehmen monatlich Kredite von 750 Millionen Dollar auf. Ihre Erlöse an Hartwährung nahmen mit dem Sinken der Ölpreise – Öl ist der Hauptexportartikel der Sowjetunion – stark ab.

Ein Treffen des sowjetischen Parteichefs während seines Aufenthaltes in Washington anläßlich des Gipfeltreffens am 7. Dezember 1987 fand mit 60 amerikanischen Geschäftsleuten in der sowjetischen Botschaft statt. Zweck dieses Treffens war es die amerikanischen Industriebosse davon zu überzeugen, daß die Sowjetunion große Gelegenheiten für westliche Kapitalinvestitionen bietet. Der Westen würde das Kapital und das technologische Know-how liefern, während die Sowjets die Arbeitskräfte und die Rohstoffe zur Verfügung stellen.

Auch brachte Gorbatschow seinen Wunsch zum Ausdruck, daß die Sowjetunion die Beitrittsgenehmigung zur Weltbank, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) bekäme. Dies würde nicht nur neue Kapitalquellen erschließen, sondern es würde auch zur Integration des sowjetischen Wirtschafts- und Finanzsystems in die Weltwirtschaft beitragen. Der sowjetische Rubel, der zwar in Mengen in der Sowjetunion vorhanden ist, ist wertlos, denn es gibt nichts zu kaufen dafür, außerdem ist er in westliche Währungen nicht konvertierbar. Die sowjetische Regierung braucht dringend Kredite aus dem Westen, um Importartikel kaufen zu können.

Um also Zugang zu den Krediten des Westens und der harten Währung zu bekommen, könnten die Sowjets bereit sein so ungefähr alles zu bieten, was sie haben. Sie haben ferner ganz deutlich gemacht, daß eine solche wirtschaftliche Integration in die Weltwirtschaft ganz oben auf der Tagesordnung für künftige Gipfeltreffen steht.

»Doch wenn der Preis für eine Entspannung auf dem Atomwaffensektor zumindest die Öffnung für derartige wirtschaftliche Diskussionen mit den Sowjets ist, ist das ein zu hoher Preis?«, fragen die Befürworter des Vertrages, die immer noch vorsichtig sind, was die letztendlichen Motive der Sowjets angeht. Aber auch das bleibt abzuwarten.

Dieses Abkommen könnte auch als eine Basis für die dramatischeren Gespräche über die Begrenzung der Strategischen Waffen (START) dienen, deren verkündetes Ziel die fünfzigprozentige Reduzierung der strategischen Waffen ist. Um ihre Bereitschaft Konzessionen gegenüber dem Westen zu machen zu signalisieren, haben die Sowjets zusätzlich zu dem Wunsch nach neuen kommerziellen Bindungen den Vorschlag gemacht, daß sie sich bald aus Afghanistan zurückziehen werden.

Abstimmung im Mai

Einige amerikanische Senatoren haben den Wunsch nach Gesprächen über die Reduzierung an konventionellen Waffen in Europa ebenfalls zum Ausdruck gebracht, ein Thema, das angesichts der Reduzierung der Atomwaffen an Bedeutung gewinnt.

Letzten Endes bleibt zu hoffen, daß die US-Senatoren all diese Themen anschauen, wenn sie darüber entscheiden, ob sie der Ratifizierung des Vertrages zustimmen sollen oder nicht.

Mindestens drei Senatsausschüsse werden Anhörungen über den Vertrag abhalten und Empfehlungen dazu geben. Der Geheimdienstausschuß wird ihn untersuchen und seine Empfehlungen aussprechen; der Heeresausschuß wird das gleiche tun, und der Ausschuß für Auslandsbeziehungen wird diese Empfehlungen berücksichtigen ebenso wie mögliche Vorbehalte und Voraussetzungen des Vertrages und möglicherweise die Verhandlungsprotokolle prüfen, bevor er im Senat vorgelegt wird.

Nach diesem Verfahren wird es wahrscheinlich April oder Mai werden, bevor die Debatte über den Vertrag im amerikanischen Senat beginnen wird und es wird vielleicht Ende Mai, bevor der Senat tatsächlich über das Abkommen abstimmen wird. □

One World

USA und UdSSR miteinander vereinen

Jim Townsend

»Wir operieren im Rahmen einer Direktive aus dem Weißen Haus, nämlich, das Leben in den Vereinigten Staaten so zu ändern, daß es leicht mit dem in der Sowjetunion verschmolzen werden kann.«

Wer hat diese Worte ausgesprochen – irgendein Vertreter des linken Flügels, der den Kommunismus vorantreiben will? Nein, die Aussage kommt von dem Präsidenten der Ford-Stiftung, Rowan Gaither, die dieser im Jahr 1953 gegenüber Norman Dodd machte, dem Untersuchungsleiter des Reece-Unterausschusses, einem amerikanischen Kongreßausschuß, der Ermittlungen über die von der Stiftung geleisteten Beträge anstellte.

Ende des amerikanischen Traums

Anstatt daß die Medien sich die Macht der Presse zunutze gemacht hätten, um das »Trojanische Pferd« der Stiftung und die ganze Verschwörung vor der Öffentlichkeit bloßzustellen, griff die Presse den Reece-Unterausschuß an, weil er die Unverschämtheit besitze, solche wichtigen Informationen zu veröffentlichen.

Der Reece-Unterausschuß verbrachte ein Jahr damit, über Stiftungen Ermittlungen anzustellen, und versuchte dabei herauszufinden, warum sie hohe Beiträge an anti-amerikanische Gruppen leisteten. Der Präsident der Ford-Stiftung gab die Antwort, als er von Dodd darüber befragt wurde.

Dodd starb vor einigen Jahren, doch im Jahr 1976 – als er noch bei recht guter Gesundheit war und reisen konnte – verbrachte ich drei Tage in Kansas City und diskutierte mit ihm die Verschwörung, die er aufgedeckt hatte, als er mit im Reece-Unterausschuß tätig gewesen ist. Er war einer der bestinformierten und intelligentesten Männer, die ich jemals getroffen habe.

Mächtige Männer wie Andrew Carnegie und John D. Rockefeller hatten sich zusammengetan, um ihr Riesenvermögen dafür einzusetzen, den amerikanischen Lebensstil zu ändern. In ihren Augen lebte der amerikanische Durchschnittsbürger zu sehr im Überfluß und es ging ihm zu gut im Vergleich zu dem Rest der Welt.

Außerdem waren die Leute auch zu selbständig, und wenn das so weiterginge, würde Amerika reicher, als man sich in den kühnsten Träumen nicht vorstellen könnte, während sich der Lebensstil anderer Länder laufend verschlechterte.

Dem superreichen Carnegie, dem superreichen Rockefeller und anderen mächtigen Industriellen gefiel der Gedanke eines freien und reichen amerikanischen Volkes nicht. So veranlaßten ihre aufgeblasenen Egos sie dazu, mit ihrem Reichtum das Ende des amerikanischen Traums zu planen und eine Weltbevölkerung, die sie nach ihrem Gutdünken regieren würden.

Rockefeller übernahm die Idee

Der Traum von einer »One-World«-Regierung der Neuzeit

One World

USA und UdSSR miteinander vereinen

wurde von Carnegie geschaffen, und die Idee wurde dann von Rockefeller und einer Handvoll superreicher Industrieller übernommen. Der Plan entwickelte sich Jahr um Jahr, obwohl die Urheber schon lange gestorben waren; andere, die zu ihren eigenen Lebzeiten ebenso mächtig waren, traten in ihre Fußstapfen, um dafür zu sorgen, daß der Carnegie-Traum nicht stirbt.

Falls der Leser glauben sollte, die Aussagen und Anschuldigungen, die hier erhoben werden, kommen von einem Überspannten aus dem rechten Lager, der hinter jedem Gebüsch einen Verschwörer vermutet, so möchte ich jeden einzelnen von ihnen daran erinnern, daß das, was ich hier niederschreibe, aus den Anhörungen des Reece-Unterausschusses oder den Akten der Carnegie-Stiftung stammt.

Kein Romanschreiber, der eine glaubhafte Geschichte schreiben will, würde es wagen, solche Anschuldigungen zu erheben und dabei noch zu hoffen, sie einem Verleger oder der Öffentlichkeit verkaufen zu können.

Bald danach verabschiedete der amerikanische Kongreß eine sozialistische Gesetzgebung, ohne daß viel Empörung in der Öffentlichkeit laut wurde. Jene, die protestierten, wurden dargestellt, als seien sie verantwortungslose Monster.

Es ist 80 Jahre her, daß Carnegie und seine Freunde die Pläne zur Beendigung des amerikanischen Traums entwickelt haben. Um mit ihrem Plan Erfolg zu haben, mußte nicht nur der Lebensstil der Freiheitsvorstellung, der um die Jahrhundertwende existierte, geändert werden, sondern auch das Denken in der Öffentlichkeit.

Der Plan zur Zerstörung

Die Stiftungen planten, die geschichtlichen Tatsachen so abzuändern, daß die Gründungsväter der Nation als Männer dargestellt wurden, die gierig waren, nicht an Gott glaubten oder hinter anderen Frauen her waren, und nicht als die moralischen Helden, die sie in Wirklichkeit gewesen sind.

Die öffentlichen Schulen paßten in dieses Bild und haben sich als ein perfektes Mittel erwiesen, um das Denken in der Öffentlichkeit zu verändern. Je größer die Kontrolle durch die Regierung wurde, um so weniger wurde unterrichtet. Die geschichtlichen Fakten wurden abgeändert, wichtige Informationen über das Land und das »freie Unternehmertum« wurden eingefärbt und tendenziös dargestellt.

Im Jahr 1934 dann – unter der demokratischen Regierung von Franklin D. Roosevelt – war die gesamte Plattform der Sozialistischen Partei des Jahres 1919 als Gesetze in den USA verabschiedet. Norman Thomas, der sozialistische Präsidentschaftskandidat der Vereinigten Staaten, sagte im Jahr 1965 in einem Artikel auf der Titelseite der Zeitung »Examiner«:

»Eine sozialistische Partei ist nicht mehr nötig, denn die Demokraten haben jede Idee in Gesetzen verabschiedet, die die Sozialisten je gehabt haben, und einige, an die wir sogar niemals gedacht haben.«

Der Plan zur Zerstörung der verfassungsrechtlichen Freiheit und Umwandlung der Vereinigten Staaten in eine »One-World«-Regierung wurde munter verfolgt. Die Bevölkerung, von denen die meisten das Produkt des öffentlichen amerikanischen Schulsystems waren, war sich völlig im unklaren darüber, daß ihre Ausbildung nicht nur unvollständig, sondern die Fakten auch eingefärbt waren.



Roosevelts Gelübde vor der Präsidentschaftswahl: »Eure Jungens werden in keine fremden Kriege geschickt werden.«



Die »großen Drei« von Jalta, von links: Winston Churchill, Großbritannien; Franklin D. Roosevelt, USA; Josef Stalin, UdSSR.

Die amerikanische Öffentlichkeit ist vom Staat abgelenkt und zum Sport, der Umwelt, zu Protesten gegen die Kernenergie hingeführt worden, alles, um die Aufmerksamkeit von Dingen abzulenken, die im Grunde für die Gesellschaft von größter Wichtigkeit sind.

Unterdessen wurde das Fernsehen der Hauptübertragungskanal für die »Gehirnwäsche« der Öffentlichkeit. Jede große Zeitung, Rundfunk- und Fernsehanstalt in den Vereinigten Staaten wurde aufgekauft und ist das Werkzeug geworden, das von den »One-World«-Machern geführt wird.

Mit dieser mächtigen Kombination kann man täglich 90 Prozent der Öffentlichkeit erreichen, und normalerweise gewinnt das, was die Medien sich entschließen zu unterstützen, immer. Wenn irgendeine Gruppe, eine Einzelperson oder ein Politiker sich gegen den Plan stellt, haben die Medien meistens die Macht, diejenigen zu vernichten, und sie tun das dann auch.

Die Öffentlichkeit verhält sich wie ein Frosch

Heutzutage verläßt sich die Öffentlichkeit größtenteils auf die Medien, wenn es darum geht, was man denken, wen man wählen und für was man sein Geld ausgeben soll. Die Gehirnwäsche ist perfekt.

Jene Leser, die auf ein Verschmelzen der Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion verächtlich herabschauen – vorausgesetzt, daß sie noch in der Lage sind, logisch zu denken –, sollten sich die heutige amerikanische Regierung ansehen. Die Amerikaner sind bei der Beurteilung des Kommunismus vom bösen Empire bis zur heutigen Situation heruntergekommen, in der der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow eingeladen wird und vor dem amerikanischen Fernsehpublikum eine Rede hält.

Die Verschmelzung zwischen den beiden Weltsupermächten ist wie geplant im Gange. Die der Gehirnwäsche unterzogene amerikanische Öffentlichkeit verhält sich wie ein Frosch. Wenn man ihn in ein Glas mit heißem Wasser setzt, springt er sofort hinaus. Setzt man ihn in ein Glas mit kaltem Wasser und einer kleinen Flamme darunter, bleibt er so lange darin sitzen, bis das Wasser anfängt zu kochen.

Der Frosch, der die Gefahr verkennt, wird dabei verheizt. Wie der Frosch wird auch die amerikanische Öffentlichkeit sowie die der Verbündeten der USA bei lebendigem Leibe verheizt, und das Traurige dabei ist, daß sie es nicht einmal wissen. Ich frage mich oft, würde es den Leuten etwas ausmachen, wenn sie es wüßten? □

Jim Townsend ist Herausgeber und Chefredakteur der amerikanischen Zeitschrift »The National Educator«.

Sowjetunion

Worüber Gorbatschow nicht spricht

Mike Blair

Die Sowjetunion hat noch immer weit über zwei Millionen Kriegsgefangene aus einer Vielzahl europäischer Länder in ihrer Gewalt, die am Ende des Zweiten Weltkrieges in sowjetische Hände gefallen sind und über die der Kreml Rechenschaft abzulegen hat.

Während der Sowjetdiktator Michail Gorbatschow sich vor der Welt mit Glasnost – einer neuen Öffnung – rühmt, darf er dabei jene zwei Millionen vergessene Männer nicht unerwähnt lassen.

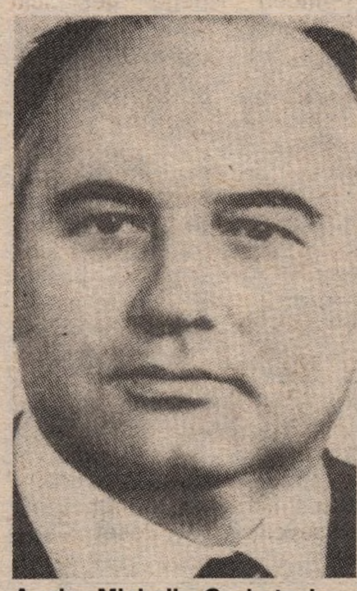
Keine Stellungnahme zu Fragen

Das amerikanische Außenministerium lehnt jegliche Stellungnahme ab, als auf einer Pressekonferenz am 10. Dezember 1987 während des Gipfeltreffens zwischen US-Präsident Ronald Reagan und Parteichef Michail Gorbatschow in Washington gefragt wurde, ob die »Operation Keelhaul« zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem Sowjetdiktator besprochen worden ist.

»US-Außenminister Shultz hat angeordnet, daß zu den Gesprächen zwischen dem Präsidenten und dem Generalsekretär vor Beendigung des Gipfels keine Stellungnahme abgegeben werde«, sagte ein Pressesprecher.

Diese genannte Zahl schließt auch eine Million Russen ein, die aus der Roten Armee desertiert sind, um auf der Seite der Deutschen, die in ihre geliebte »Mutter Rußland« einmaschiert waren, gegen die marxistische Diktatur Josef Stalins zu kämpfen. Sie hielten die Eindringlinge für besser als die brutalen Stalinisten.

Es umfaßt auch mehrere hunderttausend deutsche Kriegsgefangene – niemand weiß genau wie viele – und zehntausende von Rumänen, Ungarn, Tschechen, Letten, Litauer, Esten,



Auch Michail Gorbatschow schweigt über das Schicksal von Millionen Menschen, die in der UdSSR verschwanden.

Polen und sogar Italiener sowie eine geringe Anzahl von Soldaten aus den meisten anderen europäischen Ländern, die sich den Deutschen im Kampf gegen die Sowjets angeschlossen haben. Auch aus den beiden finnisch-russischen Kriegen, die ein blutiger Teil des Zweiten Weltkrieges waren, sind noch Tausende von Finnen vermißt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verschwanden sie einfach hinter dem Eisernen Vorhang des großen Sowjetreiches und nur von einigen wenigen hat man jemals wieder gehört.

Viele, insbesondere die Russen und jene aus sowjetbesetzten osteuropäischen Staaten wurden von den westlichen Aliierten Stalins Horden bei der berüchtigten »Operation Keelhaul« ausgeliefert. Viele von ihnen sind dann ohne den leisesten Protest von seiten der sogenannten westlichen Demokratien von den Sowjets einfach ermordet worden.

Zeugen der schrecklichen Verbrechen

Der Amerikaner Thomas Sgovio, der 22 Jahre in sowjetischen Arbeitslagern verbracht hat, hat als Amerikaner eine seltene aber schreckliche Erfahrung als Zeuge des Schicksals von Zehntausenden junger Deutscher und Soldaten von deren Verbündeten aus den von den Sowjets unterjochten Staaten Estland, Lettland und Litauen, vor allem Litauen.



Ashraf Pahlavi, Schwester des letzten persischen Schahs, hatte Mitleid mit den in Lumpen gekleideten Gefangenen.

Als Sklavenarbeiter ausgenutzt starben sie und sind bis zum heutigen Tage gefrorene Leichen in dem Dauerfrost von Sibirien, wo Sgovio selbst viele von ihnen beerdigen half.

Es gab noch andere Zeugen für diese Tragödie, unter ihnen Prinzessin Ashraf Pahlavi aus dem Iran, die Schwester des Schahs, die anläßlich eines Staatsbesuchs in der Sowjetunion im Jahr 1946 Zeugin war, wie Hunderte deutscher Kriegsgefangener sich als Sklavenarbeiter zu Tode schufteten.

Als sie die sowjetischen Städte Kiew, Kharkow, Leningrad und Stalingrad besuchte, soll sie »Gruppen angeketteter, junger Männer in Lumpen gekleidet gesehen haben, die auf dem Bau arbeiteten, Schutthaufen wegschaufelten, mauerten und Fundamente reparierten«. Über diese Arbeitsgruppen befragt, schrieb sie Jahre später in ihrem Buch »Face in a Mirror«, das im Jahr 1980 erschienen ist:

»Mir wurde gesagt, daß es deutsche Kriegsgefangene seien.«

Obwohl oft wegen mangelnden Mitleids von ihren Verleumdern kritisiert, versuchte die Prinzessin mit den Männern ins Gespräch zu kommen.

»Ich war begierig mit diesen jungen Männern zu reden«, erzählt sie, »um herauszufinden, woher sie kamen und was sie von ihren Familien und Kindern wußten.«

Ihr Militäradjutant General Ali Shafai warnte sie jedoch davor und meinte »es sei unklug«.

Die Erfahrung berührte die Prinzessin – Mutter von zwei Kindern, die fast im gleichen Alter wie diese jungen Männer waren, von denen der eine durch terroristische Schahgegner ermordet worden ist – jedoch offensichtlich so sehr, daß sie sich an den Vorfall erinnert und ihn fast 35 Jahre später noch festhält.

Bonn erhält immer noch keine Auskunft

Prinzessin Pahlavi erinnert sich auch daran, daß sie in Stalingrad übernachtet hat, wo Feldmarschal Friedrich von Paulus sich mit den deutschen Streitkräften im Jahr 1943 ergeben hat, die in der Stadt von der Roten Armee umzingelt waren.

Etwa 80 000 deutsche Kriegsgefangene wurden nach Sibirien zu den anderen unglücklichen Sklaven gebracht, wo auch Sgovio zur Zwangsarbeit verpflichtet war.

Die Bonner Regierung versucht noch immer mehr über das Schicksal der Männer in Erfahrung zu bringen, bis auf die Handvoll, die das Glück hatten, von den Sowjets freigelassen zu werden. Was die anderen angeht, so spricht Gorbatschow – ungeachtet der neuen »Öffnung« – nicht darüber. □



Sowjetunion

Massenmörder als »Friedens«-Kämpfer

Mike Blair

Der Führer einer angeblichen sowjetischen Kampagne für atomare Abrüstung ist ein Spitzenspion der Roten Armee und ein Arbeitslageraufseher. Er war an der Ermordung zehntausender politischer Gefangener im Zweiten Weltkrieg beteiligt.

Der Sowjetbürger Michail Milshtein, ein angeblicher ehemaliger Generalleutnant der Roten Armee, hat die Vereinigten Staaten in den letzten vier Jahren zweimal besucht. Erst im April 1987 war er zweiter Vorsitzender eines Treffens ehemaliger sowjetischer und amerikanischer Militäroffiziere, mit denen die atomare Abrüstung diskutiert werden sollte.

Aufseher in Todeslagern

Milshtein ist von einem Amerikaner sicher identifiziert worden, der 22 Jahre lang als Lageraufseher in und nach dem Zweiten Weltkrieg in Todesarbeitslagern der Sowjets verbracht hat.

Außerdem ist Milshtein als Spitzenbeamter des »Glavnoye Razvedyvatelnoye Upravlenye« (GRU), der Top-Geheimgesellschaft des Generalstabs der Roten Armee, identifiziert worden und zwar von Viktor Suvorov, einem hochrangigen GRU-Beamten, der in den Westen übergelaufen ist und derzeit unter starker Bewachung in Großbritannien lebt.

Suvorov identifizierte den Sowjetbeamten als stellvertretenden GRU-Chef für Desinformationen und Autor eines Top-secret-Geheimdienstbuches mit dem Titel »Honourable Service« und meint, der General verwende den Codenamen »Michail M.« und »Tovarishch M.«.



Der Sowjetspion und Mörder Michail Milshtein (rechts) mit seinem amerikanischen Freund, dem ehemaligen General La Rocque.

Thomas Sgovio aus Mesa im US-Bundesstaat Arizona identifizierte Milshtein als einen Arbeitslageraufseher, den er in den 22 Jahren seiner Gefangenschaft in den schlimmsten Todeslagern der Sowjets in der eisigkalten Region von Kolyma im äußersten Nordosten des Sowjetreichs weit oberhalb der Arktis in den vierziger Jahren zweimal getroffen hat.

Als man ihm Fotos von Milshtein zeigte, während seines Besuches in den Vereinigten Staaten die im April 1987 aufgenommen worden waren, sagte Sgovio, er habe »keinerlei Zweifel«, daß es sich bei ihm um die Person handelt, der er in den Todeslagern begegnet ist.

»Er ist es«, sagte Sgovio, »ich könnte diese Augen, dieses Gesicht nie vergessen.«

»Ich klage diesen Mann an«

»Die meisten der Tausende von Menschen in Kolyma sind tot, ermordet, erfroren oder verhungert«, fuhr Sgovio fort.

»Zweifellos denkt er, ich sei auch tot wie all die anderen. Doch ich habe überlebt. Ich klage diesen Mann der Verbrechen gegen die Menschheit an.«

Sgovio, der in Buffalo im US-Bundesstaat New York aufgewachsen ist, ist von seinen Eltern in die Sowjetunion gebracht worden, die beide dort später starben. Der junge Sgovio wurde dann von dem NKVD – dem Vorläufer des heutigen KGB, der sowjetischen Geheimpolizei – verhaftet, nachdem er die US-Botschaft in Moskau besucht hatte, wo er um Unterstützung für seine Rückkehr in die Vereinigten Staaten gebeten hatte.

Sgovio ist dann von den Sowjets von 1938 bis 1960 ohne ein Gerichtsverfahren gefangengehalten und in verschiedenen Arbeitslagern – vor allem in der Region Kolyma – festgehalten worden, wo nach Gold gegraben werden sollte. Westliche Experten schätzen, daß Millionen von Menschen in dem eisigen Klima von Kolyma ab etwa dem Jahr 1932 starben. Die Temperaturen fallen in Kolyma 50 Grad Celcius unter Null.

Laut Sgovios Aussagen hat er Milshtein zum erstenmal in OLP (Lagergruppe) Srednikan, tief im Innern von Kolyma, im Sommer 1942 getroffen, während der Sowjetbeamte Berichten, die bei seinem letzten Besuch in den USA an die Presse gegeben wurden, am anderen Ende der UdSSR an der sogenannten Ostfront gegen die Deutschen gekämpft haben soll.

Damals war Milshtein, den Sgovio dem Namen nach kannte, ein Sergeant der Abteilung Kultur und Erziehung (KVCH) im sowjetischen Arbeitslagersystem, so Sgovio. Die KVCH war eine Abteilung der NKVD, die die Aufsicht über alle Lager hatte.

Sgovio erzählte, daß Milshtein ihn eines Tages gefragt hätte, ob er sich an ihn erinnern könne und nannte ihn (Sgovio) dabei beim Namen. Sgovio verneinte dies.

»Ich habe in Moskau im MOPR unten in der Buchführung gearbeitet«, erklärte Milshtein. »Ich kenne Ihren Namen sehr gut. Ich habe die Akten durchgesehen«, als er dann auf Sgovios Akte stieß.

Sgovio erläuterte, daß es sich bei der MOPR um das Gebäude des Internationalen Roten Hilfsdienst an der Moskauer Ogaryeva-Straße in der Nähe der Hauptpost handelte.

Fast fünf Millionen wurden ermordet

»Ausländer in der Sowjetunion trafen sich dort, um miteinander in Kontakt zu kommen«, sagte Sgovio. »Der Internationale Rote Hilfsdienst war die rechte Hand der Kommunistischen Internationale und Milshtein arbeitete für dessen Zentralkomitee. Die MOPR war eigentlich der Ort, an dem ausländische Spione vom NKVD rekrutiert wurden«, erläuterte Sgovio.

Er erzählte dann weiter, daß er Milshtein das nächste Mal im Jahr 1946 im OLP Ust-Nera, etwa 500 Kilometer vom OLP Srednikan entfernt, begegnete.

»Die Abzeichen an seiner Epaulette wiesen darauf hin, daß er in den Rang eines Oberstleutnant aufgestiegen war«, meinte Sgo-

vio. »Er lachte und schwatzte mit anderen Offizieren und war erschrocken, als er mich erkannte. Wir wechselten kein Wort miteinander. Er war dick, kühl und hochnäsig geworden.

Ich glaube, Milshtein und die anderen waren in Ust-Nera im Rahmen der ›Operation Keelhaul‹ gewesen, um die Behandlung der Zehntausenden von Letten und anderen zu klären, die die westlichen Alliierten am Ende des Zweiten Weltkrieges an die Sowjetunion übergeben mußten.«

Sgovio traf in den Kolyma-Lagern Tausende von deutschen und litauischen Kriegsgefangenen, die dort in den Tod geschickt wurden.

»Nur wenige von den Unglücklichen überlebten, wenn überhaupt«, sagte Sgovio.

Die Litauer, von denen viele um die zwanzig Jahre alt waren, hatten zusammen mit den Deutschen gekämpft, um die Sowjets zu vertreiben, die in die Republik Litauen eingefallen waren und sie annektiert hatten und die bis heute ein fester Bestandteil des Sowjetreiches ist.

Die Litauer und Tausende anderer Osteuropäer einschließlich Russen, die mit den Deutschen gegen das stalinistische Regime in ihrem Land gekämpft hatten, wurden am Ende des Zweiten Weltkrieges von den westlichen Alliierten in einem abscheulichen Plan, bekannt unter dem Namen »Operation Keelhaul«, an die Sowjets ausgeliefert. Die unglücklichen Opfer sind von den Sowjets entweder sofort ermordet worden oder arbeiteten sich als Sklaven zu Tode.

Diese Episode ist eines der düstersten Kapitel der neuzeitlichen Geschichte.

»Sie müssen für ihre Verbrechen bezahlen«

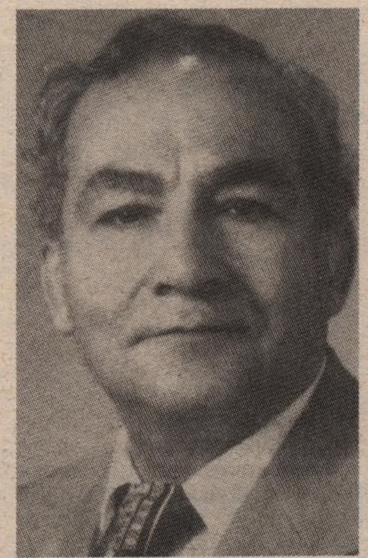
»Diese jungen Soldaten, besonders die Litauer, waren noch Jungen«, sagte Sgovio. »Sie wurden schrecklich behandelt. Ihre Uniformen wurden ihnen weggenommen und sie mußten Lumpen tragen. Sie wurden sexuell mißbraucht. Sie sind erfroren. Es war schrecklich.

Es gibt fünf Millionen Leichen in Kolyma von Menschen, die entweder ermordet wurden oder sich zu Tode arbeiten mußten – unter Aufsicht von Milshtein und seinesgleichen«, berichtet Sgovio.

»Die Leichen sind im Eis von Kolyma erfroren. Ich half mit sie unter dem Schnee zu beerdigen und sie werden für immer dort sein: fünf Millionen Menschen!«

»Ich habe überlebt, um diese Geschichte als Zeuge berichten zu können und Milshtein an diese Tatsachen zu erinnern«, meint Sgovio. »Auf irgendeiner Art und Weise müssen sie für ihre Verbrechen bezahlen.«

Im April 1987 waren Milshtein und fünf andere Generäle der Sowjetarmee sowie ein Marineadmiral in Washington Gäste des linksgerichteten Zentrums für Verteidigungsinformationen (CDI), um mit neun ehemaligen US-Generälen und Admirälen eine Konferenz über atomare Abrüstung abzuhalten.



Thomas Sgovio identifizierte Milshtein als den Mann, der für den Tod von Tausenden in den Lagern verantwortlich ist.

Teilnehmer der offiziell vom Kreml genehmigten Sowjetdelegation war auch ein aktiver Vertreter aus dem sowjetischen Verteidigungsministerium, Generalmajor Boris Surikov, ein Abrüstungs- und Raketenexperte.

Das CDI lud das amerikanische Verteidigungsministerium ein, einen aktiven US-General oder Admiral an der Konferenz teilnehmen zu lassen, doch der damalige amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger lehnte ab. Das CDI ist besonders kritisch im Hinblick auf die Stärke des US-Militärs und meint, es sei stärker als zur Verteidigung der Vereinigten Staaten notwendig sei.

Der Gründer und Direktor des CDI, der ehemalige Konteradmiral Gene R. La Rocque, bezieht oft eine zu dem US-Verteidigungs-Establishment konträre Stellung. Bei der Konferenz im April 1987 meinte er zum Beispiel, die amerikanischen Marinestützpunkte im Ausland seien im Zeitalter einer mit Atomkraft operierenden Marine unnötig, ein Punkt, den die meisten amerikanischen Marineexperten bestreiten.

La Rocque und Milshtein waren Mitvorsitzende der Konferenz.



Die sowjetischen Generäle Milshtein (rechts) und Petrenko legen auf dem Arlington-Nationalfriedhof einen Kranz nieder.

Zur US-Delegation gehörten ferner Brigadegeneral der Luftwaffe Homer A. Boushey, Konteradmiral Eugene J. Carroll, Konteradmiral Thomas D. Davies, Konteradmiral Robert G. James, Generalmajor der Luftwaffe Jack B. Kidd, Vizeadmiral John M. Lee, Vizeadmiral John J. Shanahan und Brigadegeneral der Armee James K. Terry.

Carroll ist stellvertretender Direktor des CDI, Kidd ist zweiter Direktor und James ist ein Mitglied des Beraterausschusses. Weitere Mitglieder des Beraterausschusses sind der liberale Hollywood-Schauspieler Paul Newman und seine Frau Joanne Woodwar, ebenfalls Schauspielerin.

Ein Nest voller Spione

Zur Sowjetdelegation gehörten neben Milshtein und Surikov der pensionierte Konteradmiral B. D. Yashin, Generalmajor V. I. Makarevsky, Generalleutnant V. J. Petrenko, Generalleutnant A. M. Shevchenko und Generalmajor E. A. Nozhin.

Petrenko ist ein ehemaliger »Abteilungsleiter« der sowjetischen Frunze-Militärakademie, einem Trainingszentrum für die Beamten des sowjetischen Geheimdienstes der Roten Armee und der Spetsnaz (Sonderstreitkräfte).

Milshtein und Petrenko ärgerten einige amerikanische Militäroffiziere, als sie eine Show machten aus dem Besuch des Arlington Nationalfriedhofs, um am Grab des Unbekannten Soldaten einen Kranz niederzulegen.

Der GRU-Überläufer Suvorov identivizierte Milshtein, dessen wirklicher Name Moshe ist – so behauptet Suvorov – als einen »herausragenden Geheimdienstbeamten«, der vom 2. Armeekommissar »Yan Karlovich Berzin« – wirklicher Name Kyuzis Peteris – rekrutiert worden ist und der Ende der dreißiger Jahre GRU-Boß war.

In einer CDI-Pressemeldung wird Milshtein als »Leiter der Abteilung der allgemeinen Stabs-Akademie« bezeichnet, der höchsten Elite-Militärakademie, aus deren Studenten das Zentralkomitee der sowjetischen kommunistischen Partei Oberste, Generäle und Generaloberste auswählt. In der CDI-Pressemeldung wird Milshtein auch als derzeit »führender Forscher am Institut für amerikanische und kanadische Studien« bezeichnet.

Das Institut – auch Arbatov-Institut genannt nach seinem Direktor Georgi A. Arbatov, einem KGB-Beamten und engen Freund des verstorbenen Sowjetdiktators und einstigen KGB-Chefs Yuri Andropov – hat enge Bindungen sowohl zum KGB als auch zu GRU. Amerikanische Geheimdienstexperten schätzen sogar, daß wahrscheinlich die Hälfte der Mitarbeiter

Massenmörder als Friedens-Kämpfer

des Instituts entweder für den KGB oder GRU arbeiten.

Wie es das amerikanische Außenministerium rechtfertigt, Milshtein die Einreise in die Vereinigten Staaten zu erlauben ist nicht bekannt, vor allem, wenn es dem österreichischen Bundespräsidenten und ehemaligen UN-Generalsekretär Kurt Waldheim die Einreise verweigert, weil er ein sogenannter Nazi-Kriegsverbrecher angeblich sein soll, was nie nachgewiesen wurde.

Gerade im Fall Waldheim wurde kürzlich vom britischen Außenministerium und Verteidigungsministerium verkündet und von den meisten westlichen Establishment-Medien ignoriert, daß nach Durchführung von drei Untersuchungen über Anklagen wegen Kriegsverbrechen gegen Waldheim »keinerlei Beweise gefunden wurden, um derartige Behauptungen zu erhärten«.

»Es ist bedauerlich, doch es scheint so, daß es leichter ist auf einen Österreicher einzuschlagen als auf einen Sowjet«, sagte ein Vertreter der Reagan-Regierung beim Vergleich der beiden Fälle.

Es bringt keinen Nutzen ihn bloßzustellen

Nachdem Milshtein als Führer einer ähnlichen sowjetischen »Friedens«-Delegation in Minneapolis im Mai 1983 aufgetreten war, enthüllten wir seine Verbindung zu GRU und die damaligen Verdächtigungen Sgovios im Hinblick auf seine Verbindung zu den sowjetischen Arbeitslagern. Damals hatte Sgovio Milshtein nicht gesehen und es gab kein Foto von ihm.

Sämtliche Berichte, Enthüllungen und Schilderungen wurden von uns einigen CIA-Beamten vorgetragen und zur Kenntnis gebracht, doch sie taten jede Überlegung, die Vergangenheit Milshteins ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, ab und ein CIA-Sprecher meinte:

»Die CID-Beamten kennen diesen Typen sehr genau. Sie wußten vielleicht nicht genau über diesen speziellen Teil seiner Vergangenheit Bescheid, die Sie...die Thomas Sgovio erwähnt hat. Sie waren der Meinung, daß es keinen wirklichen Nutzen hat, wenn man ihn jetzt bloßstellt, denn es kommt in einem solchen Fall immer zu einem Vergeltungsschlag. Der positive Effekt, den man dabei erziehlt, wäre nicht sehr groß.«

Das amerikanische Außenministerium ignorierte auch offenbar Suvoros Enthüllungen über Milshtein, die in Suvoros Buch »Inside Soviet Military Intelligence« aus dem Jahr 1984 erschienen sind.



Statt dessen stellte das US-Außenministerium im April 1987 erneut Visa für Milshtein und seine Kollegen für die Einreise in die Vereinigten Staaten aus, allerdings scheinbar doch etwas schleppend.

Der Zeitung »Statesman« zufolge, einer indischen Tageszeitung, die über die Washingtoner Konferenz berichtete, mußte La Rocque sich »an den amerikanischen Botschafter in Moskau wenden, um die erforderlichen Visa zu erhalten«, damit die Sowjets rechtzeitig zu den Gesprächen in die Vereinigten Staaten einreisen konnten.

Als La Rocque von uns daraufhin angesprochen wurde, sagte er, er habe von den Enthüllungen über Milshtein nichts gewußt. La Rocque erklärte, er habe persönlich mit Milshtein über das Arbatov-Institut die Vorbereitungen getroffen, damit die Gruppe die Vereinigten Staaten besuchen kann und er wies dabei daraufhin, daß Milshtein der einzige Sowjetbeamte war, den er zu der Zeit wirklich gekannt hat.

»Ich verschicke die Einladungen«, sagte La Rocque. »Ich habe alles arrangiert. Es war meine Idee.«

»Ich mag ihn«, meinte La Rocque weiter. »Er scheint ein sehr umgänglicher Bursche zu sein.« □



Den US-Zerstörer »Shaw« erwischte es beim Angriff der Japaner auf Pearl Harbor.

Revisionismus

Roosevelt und der Krieg gegen Japan

Mike Blair

Der amerikanische Präsident Franklin Delano Roosevelt hatte verschiedene Pläne wie er die Vereinigten Staaten in einen Krieg mit Japan verwickelt noch lange bevor Pearl Harbor angegriffen wurde.

Ein Plan bestand in der Planung eines überfallartigen Angriffs auf Tokio und andere japanische Großstädte durch amerikanische Bomber mit amerikanischer Besatzung, die jedoch die Abzeichen der chinesischen Luftwaffe tragen sollten. China war seit dem Jahr 1937 mit Japan im Krieg.

Einem anderen, früheren enthüllten Plan zufolge sollten drei kleine Schiffe, darunter das Segelschiff »Lanakai« weit in die von den Japanern kontrollierten Gewässer im Westpazifik entsendet werden. Die Schiffe waren mit veralteten Waffen ausgerüstet, die gerade noch ausreichten sie als amerikanische Kriegsschiffe zu bezeichnen. Die »Lanakai« führte zum Beispiel eine Schiffskanone aus dem spanisch-amerikanischen Krieg mit sich.

Die Idee dabei war die Japaner dazu zu bringen auf die Schiffe zu schießen und so einen Krieg mit den Vereinigten Staaten zu provozieren.

Der pensionierte amerikanische Konteradmiral Kemp Tolley, der die »Lanakai« damals als junger Leutnant kommandierte, behauptet, die Schiffe seien auf persönlichen Befehl Roosevelts »als Köder« ausgesendet worden. Der Autor John Toland hat Tolleys Geschichte in seinem Buch »Infamy« (»Schande«), ein authentischer Bericht über die Katastophe von Pearl Harbor, genau geschildert.

Einem vor kurzem enthüllten Plan zufolge hat Roosevelt mit dem damaligen Oberst Claire Lee Chennault – der später als Befehlshaber der »Flying Tigers« zu Ruhm gelangen sollte – und den chinesischen Führern den Angriff auf Tokio und andere japanische Städte geplant. Chennault war zu der Zeit Berater der chinesischen Luftwaffe. Roosevelt ordnete persönlich an, daß 18 Lockhead A-29 Hudson-Bomber Chennault für den Überraschungangriff zur Verfügung stehen sollten.

Als die Japaner am 7. Dezember 1941 Pearl Harbor angriffen, befanden sich die Hudson-Bomber in Burbank, Kalifornien, der größten Lockheed-Flugzeugproduktionsstätte, bereit zum Weg nach Fernost.

Besatzung der Bomber war bereits in China

Hätte sich Roosevelt durchgesetzt, wäre der Angriff mit schweren viermotorigen Boing-17-Bombern anstatt der leichten Hudson-Bomber erfolgt.

Am Tage des Angriffs auf Pearl Harbor befanden sich 49 Leute der Bodenbesatzung für die Hudson einschließlich der Mechaniker an Bord eines Schiffes mit Ziel Fernost. Das Schiff wurde nach Australien umgeleitet, als man erfuhr, daß die Japaner den großen amerikanischen Marinestützpunkt und andere militärische Einrichtungen auf Hawaii angegriffen hatten.

Die Besatzung für die Bomber war offenbar seit einem Monat in China gewesen und hatte dort auf die Flugzeuge und die Ankunft des Bodenhilfspersonals gewartet.

Die Lockheed Hudson war in erster Linie für den Export nach Großbritannien unter dem amerikanischen Leihpacht-Hilfsplan gebaut worden, demzufolge Waffen und Munition für die Briten und andere Länder geliefert wurden, die sich mit Deutschland und den anderen Achsenmächten im Krieg befanden. Es handelte sich bei dem Flugzeug um einen leichten, zweimotorigen Bomber. Er war aus dem berühmten Lockheed-Electra-Transportflugzeug entstanden.

Es war eine Lockheed Electra, die die berühmte Fliegerin Amelia Earhart auf ihrem unglücklichen Flug um die Welt im Jahr 1937 benutzt hat. Es gibt erheb-

Revisionismus

Roosevelt und der Krieg gegen Japan

liche Spekulationen darüber und einige Beweise dafür, daß sich Miß Earhart in Wirklichkeit auf einer Spionagemission für Franklin D. Roosevelt gegen die Japaner befand, als ihr Flugzeug abstürzte und sie verschwand.

Chennault, ein rauher Texaner, bekannt als »Old Leather Face« (»altes Ledergesicht«), trat im Ersten Weltkrieg dem Luftwaffencorps der US-Armee bei und kommandierte später ein Geschwader von Jagdflugzeugen mit offenem Cockpit in Hawaii. Er studierte Verfolgungstaktiken, besonders die von Oswald Boelcke, dem Kampfflieger-As der Deutschen im Ersten Weltkrieg, und schrieb ein Buch darüber.

Um die japanische Marine zu versenken

Im Jahr 1937 gab Chennault, der inzwischen teilweise taub war, seine Stellung als Hauptmann des Luftwaffencorps der amerikanischen Armee auf und nahm das Angebot von Madama Tschiang Kai-Tschek, der Frau des Generalissimo und Führers der Nationalchinesen, zur Schulung und Organisation der chinesischen Luftwaffe an.

Im Herbst 1940 flog Chennault, der es bis dahin zum Oberst der chinesischen Luftstreitkräfte gebracht hatte, und der chinesische General P. T. Mow nach Washington, um Hilfe für die chinesische Luftwaffe zu bekommen, die es nicht mit der starken Luftstreitmacht der Japaner aufnehmen konnte, die China bedrängte.

Chennault, Mow und der chinesische Außenminister T. V. Soong baten die Regierung Roosevelt um Bodentruppen, Schulungsflugzeuge, Feldausrüstung sowie Pläne für den Kauf von Waffen und Kampfflugzeugen. Soong machte den Vorschlag einer gemeinsamen britisch-amerikanischen Anleihe zwischen 200 und 300 Millionen Dollar zur Stärkung der chinesischen Luftwaffe einschließlich B-17-Bombern, »um die japanische Marine zu versenken«.

Die Einzelheiten des Vorschlages sind in einem kaum bekannten Bericht der historischen Abteilung der US-Armee dokumentiert, der im Jahr 1953 von den Forschern Charles Romanus und Riley Sunderlane geschrieben worden ist.

Über Thomas Corcoran, der Roosevelts ursprünglichem Beraterstab angehörte, wurde der Kontakt zwischen Chennault und dem Präsidenten hergestellt. Mit der Hilfe von Corcoran trafen Chennault und Roosevelt die Vereinbarung zur Organisation einer American Volunteer Group (Amerikanische Freiwilligen Gruppe), AVG, für China.

Unter einer geheimen Durchführungsverordnung, die von Roosevelt am 15. April 1941 unterzeichnet wurde und mit der die Wünsche des US-Kongresses umgangen wurden, genehmigte man amerikanischem Militärpersonal aus dem US-Militärdienst auszuscheiden und sich der AVG anzuschließen, die schließlich die berühmten »Flying Tigers« wurden.

Corcoran, der damals einer der beiden Top-Assistenten Roosevelts war, verließ das Weiße Haus auf Verlangen Roosevelts und eröffnete eine private Anwaltspraxis. China wurde rasch zu seinem größten und wichtigsten Klienten.

Die Waffen wurden an China über eine Frontorganisation, die China Defence Supplies Inc., verkauft, die auf Roosevelts Vorschlag hin geschaffen wurde. Sie wurde geleitet von William Youngman, wieder auf Weisung Roosevelts. Roosevelt bat Youngman seinen Posten als Leiter der Federal Power Commission (Bundes-Energiekommission) aufzugeben, um diese neue Aufgabe zu übernehmen.

Verletzung der Genfer Konvention

Die Vereinigten Staaten befanden sich noch nicht im Krieg mit Japan und konnten deshalb mit China noch nicht offen als mitkriegsführendem Land in Beziehung treten. Es wurde festgelegt, daß alle Vereinbarungen über eine inoffizielle Behörde getroffen wurden, die auch die Geheimhaltung sicherstellen sollte.

Die Central Aircraft Manufacturing Company wurde geschaffen und sie erhielt die Genehmigung für den »Betrieb, die Bedienung und Herstellung von Flugzeugen in China« Luft- und Bodenpersonal einzustellen.

Die Japaner durchschauten den Plan schnell und nannten ihn »einen feindlichen, provokativen Akt«. Nach den Bestimmungen der Genfer Konvention durften amerikanische Piloten nicht in China kämpfen. Ihnen wurde gesagt:

»Ihr seid Agenten der chinesischen Regierung. Mit anderen Worten, wir wollen nicht, daß bekannt wird oder in irgendeiner Form Werbung damit betrieben wird, daß ihr dort hingeht, um gegen die Japaner zu kämpfen oder daß ihr den amerikanischen Streitkräften angehört. Es darf keinesfalls bekannt werden, daß eure Anwesenheit in China der amerikanischen Regierung offiziell bekannt ist.«

Die Luft- und Bodentruppen wurden im Sommer 1941 insgeheim in San Francisco versammelt. Das amerikanische Außenministerium besorgte spezielle Ausweise und die Männer wurden als Verkäufer, Lehrer, Schauspieler und sogar als Leichenbestatter geführt.

Nach Maßstäben des Jahres 1941 war die Bezahlung außergewöhnlich. Piloten erhielten 600 Dollar im Monat, Flugzeugführer 675 Dollar und Geschwaderführer 750 Dollar. Ein Bonus von 500 Dollar wurde gezahlt für jedes japanische Flugzeug, das abgeschossen wurde.

Es ist interessant festzustellen, daß Roosevelt ähnliche Taktiken verwendete, um den amerikanischen Kongreß zu umgehen und US-Personal in den Zweiten Weltkrieg in Europa zu verwikkeln, lange bevor nach dem Angriff auf Pearl Harbor der Krieg erklärt wurde.

Im Jahr 1940 wurde das deutsche Riesenkampfschiff »Bismarck« von einem amerikanischen Flugzeug ausfindig gemacht, nachdem die Briten es verzweifelt gesucht hatten, weil es den britischen Schlachtkreuzer »Hood« versenkt und das Kampfschiff »Prince of Wales« zerstört hatte. Nachdem es von den amerikanischen Flugzeugen entdeckt worden war, wurde das Großkampfschiff dann von einer Streitmacht der Royal Navy versenkt.

Als Roosevelt zum erstenmal von dem Vorschlag hörte japanische Städte mit amerikanischen Flugzeugen zu bombardieren, die die Abzeichen der Chinesen tragen sollten, war er begeistert. »Wunderbar«, rief er. »Das sage ich schon seit vier Jahren.«

Roosevelts Kriegsminister Henry Stimson war ebenfalls von dem Vorschlag begeistert. Finanzminister Henry Morgenthau beschrieb die Pläne in seinem Tagebuch in allen Einzelheiten, ebenso wie Stimson. Morgenthau schrieb, Roosevelts Außenminister Cordell Hull sei »voller Eifer und Vitalität über das Bombardierungs-Vorhaben« gewesen.

Das wird eine Lektion sein

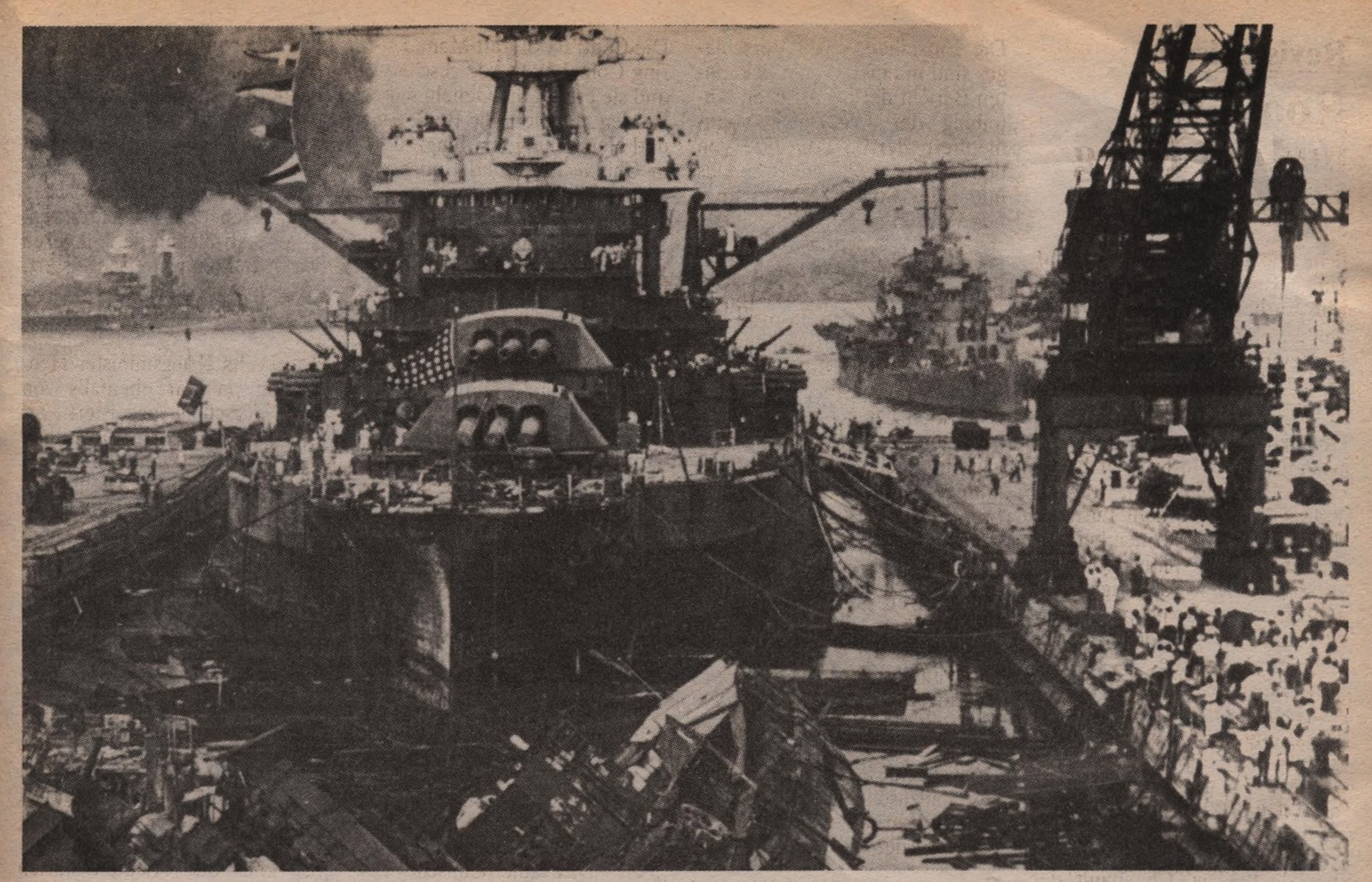
»Was wir tun müssen, Henry«, meinte Hull und Morgenthau schrieb dies in sein Tagebuch, »wir brauchen 500 Flugzeuge, die über den Aleuten starten und einmal über Japan fliegen.

Das wird eine Lektion für sie sein . . . Wenn wir nur eine Möglichkeit finden könnten, daß sie ein paar Bomben auf Tokio fallen lassen.«

Morgenthau vertraute Lord Lothian, dem britischen Botschafter in den Vereinigten Staaten an, er (Morgenthau) würde versuchen »viermotorige Bomber« und eine amerikanische Crew für die Chinesen zu bekommen, »damit diese Tokio und andere Großstädte bombardieren könnten«.

In seinem Tagebuch schrieb Morgenthau, Lothian habe ihm zugestimmt, daß die Bombardierung »vielleicht alles ändern könnte«, womit er vermutlich die japanische Vorherrschaft in Fernost meinte.

Doch der Stabschef der amerikanischen Armee General Georg C. Marshall brachte diese Pläne ins Wanken und meinte, daß zu jener Zeit weder die Flugzeuge noch eine geschulte Mannschaft für solch ein Unternehmen zur Verfügung ständen. Somit wurden die Lockheed Hudsons, die in großer Zahl zur Verfügung



Roosevelts Eintritt durch die Hintertür in den Zweiten Weltkrieg kostete 2800 Amerikanern das Leben.

standen, für die Aufgabe ausgewählt, die damit offenbar verkleinert wurde.

Viele Einzelheiten über Roosevelts Pläne zum Angriff Tokios bevor die Vereinigten Staaten sich offiziell im Krieg mit Japan befanden sind in dem Buch »Maverick War: Chennault and the Flying Tigers« von Duane Schultz zu finden. In anderen Veröffentlichungen werden diese Behauptungen bestätigt.

Oberst Carroll Glines schreibt in seinem Buch »Doolittle's Tokyo Raiders«, das im Jahr 1964 erschien, Chennault sei später zornig gewesen, weil ihn das amerikanische Kriegsministerium über die Pläne des damaligen Oberstleutnant James Doolittle bezüglich des berühmten Bombenangriffes auf Tokio im Jahr 1942 (»Dreißig Sekunden über Tokio«) im dunkeln gelassen habe.

Mit dem Hinweis Doolittle hätten Informationen über Ziele in Tokio gefehlt, meinte Glines: »Chennault habe vier Jahre zuvor Dokumente über Ziele in der japanischen Industrie angefertigt.«

Roosevelts Einstieg in den Krieg

Chennault der im Jahr 1958 starb, schrieb in seinen eigenen Memoiren »Way of a Fighter: The Memoirs of Claire Lee Chennault«, die amerikanischen Planer hätten einen Fehler gemacht, als sie bei der Doolittle-Mission sein Geheimdienstmaterial nicht benutzt haben.

»Unsere Notizen und Bilder enthielten mehr Informationen über japanische Ziele als die Geheimdienstakten des US-Kriegsministeriums«, schrieb Chennault.

Die Enthüllungen des geplanten Angriffs von Chennault auf Tokio sind die jüngsten in einer Reihe historischer Fakten, die zeigen, daß Franklin Delano Roosevelt geplant hat Amerika in den Zweiten Weltkrieg zu verwickeln – bevor auch nur der erste Schuß gegen einen Amerikaner fiel. □

Revisionismus

Die Schande von Pearl Harbor

James P. Tucker

Das westliche Establishment hofft, daß die schreckliche Wahrheit über die Manipulationen von Pearl Harbor im Laufe der Jahre, wenn immer mehr der Hauptakteure dieses Dramas gestorben sind, durch den Nebel der Zeit untergehen wird.

Beweise dafür, daß der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt den »Überraschungsangriff« auf Pearl Harbor absichtlich inszeniert hat, kommen in überwältigender Form von Wissenschaftlern, revisionistischen Historikern, Politikern und Leuten aus dem Oval Office des Weißen Hauses, die selbst zu dem Ereignis beigetragen haben.

Eine Ironie der Geschichte ist es, daß sich der amerikanische Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteiführer Michail Gorbatschow ausgerechnet am 7. Dezember 1987, der 46. Wiederkehr des »Tages der Schande von Pearl Harbor«, in Washington trafen und über Frieden sprechen wollten. Man sollte sich dabei erinnern, daß Gorbatschows Land am meisten von Roosevelts Verrat profitiert hat.

Doch wagen es die Amerikaner zu vergessen? Können sie sich

Revisionismus

Die Schande von Pearl Harbor

den Luxus erlauben über die schmutzige Angelegenheit unwissend zu bleiben? Der Preis könnte ein zweites Pearl Harbor, ein zweiter Golf von Tonkin, eine zweite »Lusitania« sein.

Gorbatschow kam am Tag der Schande

Amerikanische Politiker haben ihr eigenes Land im Ersten Weltkrieg, den Zweiten Weltkrieg und Vietnam hinein manipuliert, indem sie genau diese »Ereignisse« erfunden haben.

Die Motive waren wirtschaftlicher Natur. Die Banken und die Industrie haben ungeheure Profite dabei eingesteckt. Die Inszenierung von Pearl Harbor hat die Vereinigten Staaten auch aus der großen Depression herausgebracht, indem es zehn Millionen Männern Arbeit an den Waffen brachte und 298 000 von ihnen in den Tod schickten.

US-Präsident Lydon Johnsons Ereignis im »Golf von Tonkin« wird weithin anerkannt, doch 58 000 junge Amerikaner wurden getötet und Südostasien ging an die Kommunisten verloren.

In ähnlicher Weise hat US-Präsident Woodrow Wilson die »Lusitania« in Verletzung Amerikas eigens verkündeter Neutralität mit einer Ladung Kriegsmaterial übers Meer geschickt. Deutschland hat in aller Öffentlichkeit davor gewarnt, daß ein solch provokativer Kriegsakt dazu führen werde, daß man das Schiff versenken wird.

Durch die Hintertür in den Krieg

Wie Wilson und Johnson hat auch Roosevelt wiederholt gelobt, Amerika aus dem Krieg herauszuhalten. Doch laut den Aussagen seiner eigenen Freunde führte Roosevelt Amerikas Eingreifen in den europäischen Krieg selbst herbei, während er den amerikanischen Müttern »immer wieder und wieder« versprach, ihre Söhne nie wieder »auf fremde Schlachtfelder« zu schicken.

Unmöglich einen logischen Grund für das Eingreifen in den Krieg in Europa zu finden, zu einer Zeit, wo laut Meinungsumfragen 90 Prozent der Amerikaner dagegen waren und Charles Lindberghs Friedensveranstaltungen 80 000 Menschen anzogen, während die Fußballmannschaften froh waren, wenn 14 000 kamen, wählte Roosevelt die Hintertür in den Krieg: Pearl Harbor.

Nach dem Dreier-Pakt waren Deutschland und Italien ebenfalls im Krieg, wenn Japan mit den Vereinigten Staaten Krieg anfing. Wenn also Amerika mit Japan im Krieg war, bedeutete das Weltkrieg.

Am 26. November 1941 schickte Roosevelt an Japan ein Kriegs-»Ultimatum«, wie er es selbst nannte, und verlangte von den Japanern den Rückzug aus Indochina und China einschließlich der Mandschurei. Japan konnte dem nicht zustimmen; dies hätte das Land völlig lahmgelegt, indem es die gesamte Ölversorgung für das hoch industrialisierte Land und einem großen Teil der Reisversorgung abgeschnitten hätte.

Selbst Arthur Krock von der »New York Times« war ganz offen, als er zu Roosevelt sagte: »Seit der Quarantäne-Rede im Jahr 1937 haben Sie alles nur mögliche getan, um Japan zu bekämpfen und es in die Achse zu zwingen.«

US-Senator Gerald Nye und andere amerikanischen Senatoren äußerten sich in ähnlicher Weise.

US-Kriegsminister Henry Stimson berichtet, daß Roosevelt ihn zwei Tage nach dem Ultimatum – als die Japaner nichts von sich hören ließen – gefragt habe, ob es nötig sei »eine Art zweites Ultimatum zu stellen«.

Als die Japaner dann mit dem Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 reagierten, sagte Roosevelt jubelnd zu Harry Hopkins: »Das bedeutet Krieg!«

Die USA waren nicht bedroht

Unterdessen war der Code der Japaner entschlüsselt worden und Roosevelt wußte, daß ein Angriff unmittelbar bevorstand. Es sickerten Informationen durch, daß der Honolulu »Advertiser« einen Artikel über den Krieg mit großer Überschrift »Angriff durch die Japaner steht unmittelbar bevor« bringen würde.

Es wurden Soldaten entsendet, die so viele Ausgaben wie möglich beschlagnahmen sollten, doch einige Exemplare der Zeitung gibt es noch heute.

Während der größte Teil des Dialogs in der Öffentlichkeit an der Doktrin vom »überfallartigen Angriff« festhält, sind Roosevelt-Anhänger zu neuen Taktiken gezwungen, wenn sie mit den zahlreichen Büchern konfrontiert werden, die auf den Schriften und Tagebüchern aus jener Zeit basieren.

Sie reduzieren sich auf die Argumentation, die Vereinigten Staaten hätten in den Krieg eintreten müssen, bevor ganz Europa fiel und Amerika isoliert worden wäre. Deshalb, so behaupten sie, hätte Roosevelt »Pearl Harbor geschehen lassen müssen«.

Diese Leute übersehen die überwältigenden Beweise dafür, daß Amerika durch den Krieg in Europa niemals bedroht war, was sich in der Tatsache zeigt, daß Adolf Hitler intensiv versucht hat Frieden im Westen zu erreichen, nachdem Frankreich gefallen war.

Dies zeigte sich darin, daß Hitler den Briten anbot, was einige ihrer eigenen Staatsmänner als »großzügige Bedingungen« bezeichnet haben, indem er zuließ, daß sich die britische Armee unbelästigt aus Dünkirchen zurückziehen konnte, während die deutschen Panzer – die sie vom Strand hätte hinwegfegen können, wohin sie sich zurückgezogen hatten – still hielten und durch das Friedensangebot des verstorbenen Rudolf Heß.

Doch es gibt da einen grausamen Aspekt an der Person Roosevelts, den selbst seine Anhänger nicht vernünftig erklären können. Wenn das irrationale Argument, daß Amerika »ein Pearl Harbor haben mußte«, akzeptiert werden würde, warum sollten dann so viele junge Männer sterben? Ein paar Tote in dem inzenierten »Überraschungsangriff« hätten genug Gewalt hervorgerufen, so daß Roosevelt seinen Willen gehabt hätte.

Warum ordnete der amerikanische Präsident nicht Truppenbewegungen an, so daß die Flugzeuge in der Luft waren und nicht eiligst am Boden zusammen gesammelt wurden; so daß die Militärmacht auf dem Meer verteilt war und nicht wie Enten auf der Stange auf einem Kampfschiff hockten; so daß die Seeleute und Soldaten wach und kampfbereit waren und nicht in ihren Kojen lagen?

So hätte es statt 2800 Toten nur ein paar Hundert gegeben und es wäre nicht zur völligen Vernichtung der amerikanischen Flotte im Pazifik gekommen.

Doch wenn man einen Krieg plant, in dem Millionen getötet werden, was sind da schon ein paar Tausend? □



Roosevelt mit seinem Finanzminister Henry Morgenthau (links) planten sehr gründlich den Einstieg der USA in den Krieg.

Falkland-Inseln

Neuer Versuch Argentiniens

Alec de Montmorency

Am 1. April 1982 fielen argentinische Truppen über eine kleine Inselgruppe im Südatlantik, genannt Falkland-Inseln, her. Mit Unterstützung der Vereinigten Staaten haben die Briten kurz danach die Inselgruppe eingenommen. Die argentinische Militärjunta wurde gestürzt und Wahlen folgten, aus denen Raul Alfonsin als argentinischer Präsident hervorging. In Argentinien findet jetzt eine Wiederbewaffnung statt und europäischen Beobachtern zufolge unternimmt Argentinien »im schlimmsten Fall« einen erneuten Versuch, die Falkland-Inseln in Besitz zu nehmen.

Ein weiterer bewaffneter Zusammenstoß über die Kontrolle der Falkland-Inseln (Islas Malvinas) und andere britische Besitztümer im Südatlantik könnte in den Jahren 1988 der 1989 anstehen, sobald die derzeitige Umorganisation und Neuausrüstung der bewaffneten Streitkräfte Argentiniens ein Ende gefunden haben wird.

Neue Waffen für das Militär

Das ist die Schlußfolgerung europäischer Beobachter einschließlich der einflußreichen Zeitung »El Pais« aus Madrid nach einer Untersuchung, die den Journalisten des Blattes, Andres Ortega, nach Buenos Aires, London und auf die Falkland-Inseln geführt hat.

Viele Argentinier sind unerschütterliche Revanchisten, entschlossen, ihr Land solle die Falkland-Inseln zurückgewinnen.

Im Mittelpunkt der Situation stehen die neuen Waffen für das argentinische Militärarsenal und die von den Briten unternommenen Gegenmaßnahmen. Bei den ersteren geht es auch um ballistische Kurzstreckenraketen, die jetzt mit westdeutscher technischer Unterstützung für Argentinien gebaut werden.

Diese Tatsache hat eine heikle, diplomatische Situation geschaffen. Die Briten sind offensichtlich nicht sehr glücklich darüber, daß Argentinien am Boden stationierte Raketen bekommt. Folglich ist das Ausmaß der Hilfe, die Argentinien bekommt und der genaue Standort der Raketen und auch wer sie letztendlich liefert, ein Geheimnis.

Im zweiten Punkt geht es unter anderem um Rapier-Raketen, die von den Briten auf der Inselgruppe stationiert werden und zwar vor allem um den großen strategischen Luftstützpunkt am Mount Pleasant an der Südküste im Osten der Falkland-Inseln herum, rund 30 Meilen südwestlich von Stanley, der Hauptstadt der umstrittenen Inselkette.

Die britische Gegenmaßnahmen umfassen auch ein machtvolles Radarnetz, mit dem Eindringlinge in den Luftraum bis zu den Anden im Westen und Nordwesten geortet werden können und das auch Paraguay, Uruguay und den Süden Brasiliens abdeckt.

Mit Hilfe der Vereinigten Staaten können die Briten auch den Funkverkehr in der Region einschließlich natürlich dem militärischen Nachrichtenverkehr abfangen.

Die argentinischen Streitkräfte hissen am 2. April 1982 im Osten der Falkland-Inseln ihre Nationalfahne.

Indem er für die Briten Partei ergriff, verletzte Präsident Ronald Reagan die Monroe-Doktrin und legte den Krieg gegen die kommunistische Aggression in dieser Hemisphäre in hohem Maße lahm. Die Doktrin verbietet jeden fremden Eingriff in die Hemisphäre. Ebenso versprechen die Vereinigten Staaten, sich aus europäischen Angelegenheiten herauszuhalten.

Das argentinische Militär hat darauf hingewiesen, daß die ballistischen Kurzstreckenraketen vom Typ Condor, die mit westdeutscher technischer Hilfe gebaut werden – effektive Reichweite etwa 800 Meilen – bis zum Ausbruch der nächsten Konfrontation über die Inselgruppe im Atlantik zwischen Buenos Aires und London mit Nuklearsprengköpfen ausgerüstet sein könnten.

Offiziell leugnet die argentinische Regierung jeden Vesuch, sich irgendwelche Nuklear-Waffen zu beschaffen.

Nach der armseligen Vorführung, die die argentinischen Truppen den Streitkräften Großbritanniens gegenüber geliefert haben, läßt die Regierung in Buenos Aires derzeit Sonderkommando-Einheiten schulen.

Trotz der Dementis durch das Alfonsin-Regime nimmt der »Mann auf der Straße« in Argentinien an, daß die Truppen nur ein Ziel haben: die Falkland-Inseln.

»El Pais« zufolge hat Großbritannien auf den Falkland-Inseln »aus dem Nichts heraus« einen riesigen Kriegsstützpunkt geschaffen, dessen Aufgabe es theoretisch ist, eine Wiederholung des argentinischen Angriffs des Jahres 1982 zu vermeiden. In der spanischen Zeitung heißt es, der massive Aufbau signalisiere einen langfristigen Plan der Briten über eine bedeutende militärische Präsenz im Südatlantik.

Die neue militärische Einrichtung heißt Mount Pleasant. Sie erstreckt sich über etwa 19 Quadratmeilen und hat ein fast zwei Meilen langes Rollfeld – lang genug für die größten Flugzeuge, die irgendein Land besitzen mag. Unmittelbar neben dem Stützpunkt liegen moderne Hafenanlagen, die alle seit dem Jahr 1982 erbaut wurden.

Falkland-Inseln

Neuer Versuch Argentiniens

Innerhalb von zwei Tagen könnte Großbritannien »im Konfliktfall« 5000 Männer auf der Inselgruppe landen. Britischen Militärquellen zufolge wird diese Art von Übung »von Zeit zu Zeit« ausgeführt.

Immense Kosten für den Stützpunkt

Wie es in der spanischen Zeitung heißt, gibt es Dutzende von Hangars und anderen Gebäude auf dem ganzen Militärkomplex, die vorgefertigt über den See- oder Luftweg auf die Inselgruppe geschickt worden sind. Die Gebäude sind durch lange Korridore miteinander verbunden. Das bedeutet, daß Truppen von einem Teil des Stützpunkts zu einem anderen gelangen können, ohne ins Freie zu müssen.

Das ist sowohl wegen der harten Winter auf der Insel als auch wegen der Tatsache vorteilhaft, daß Truppen, die im Innern der Gebäude bleiben, nicht von externen Beobachtern gezählt werden können.

Die britische »Festung« – um das von dem »El Pais«-Reporter verwendete Wort zu zitieren – ist vor eventuellen Angriffen besser geschützt als die alte Rollbahn in Stanley und sie hat den Vorteil, daß sie große Düsenflugzeuge beherbergen kann, was in Stanley nicht möglich war – und die Entfernung zur Hauptstadt verhindert auftretende Reibungen zwischen der lokalen Bevölkerung und den britischen Truppen.

Wenn es jedoch erforderlich sein sollte, können die britischen Truppen auf einer neuen Highway zwischen Stanley und Mount Pleasant rasch in die Hauptstadt gelangen.

In der spanischen Zeitung wird auf die Bau- und Unterhaltungskosten für den Militärkomplex auf den Falkland-Inseln hingewiesen, die wohl der Hauptpunkt dafür waren, daß die britischen Pläne für eine starke Präsenz im Südatlantik nicht offiziell verkündet worden sind – angesichts der schlechten Wirtschaftslage in Großbritannien. Der Luftstützpunkt am Mount Pleasant wurde im Jahr 1983 begonnen und im März 1987 mit einem Baukostenaufwand von 320 Millionen Pfund fertiggestellt; hinzu kommen noch 90 Millionen Pfund für den Bau der Hafenanlagen.

Die Kosten für den Unterhalt der Anlagen und deren Funktionstüchtigkeit belaufen sich offiziellen britischen Quellen zufolge auf 100 Millionen Pfund jährlich – die Kosten für die Unterhaltung der Truppen dort, anstatt zu Hause, sind noch nicht inbegriffen.

Hinzu kommen noch die Ausgaben aus der Kampagne der Briten zur Wiedergewinnung der Falkland-Inseln seit dem Jahr 1982; die Verteidigungskosten der Inselgruppe belaufen sich auf etwa 257 Millionen Pfund im Jahr 1987, das sind etwa 130 000 Pfund pro Einwohner der Inselgruppe.

Das amerikanisch-britische Geheimabkommen auf den Falkland-Inseln ist für jeden Besucher der Insel offensichtlich. Die britischen Tristar-Militärjets fliegen regelmäßig zweimal in der Woche zwischen dem Stützpunkt der Royal Air Force in der Nähe der englischen Stadt Oxford und dem Mount Pleasant hin und her, wobei sie zum Auftanken auf dem Luftstützpunkt Wideawake auf der Insel Asuncion, die gemeinsam von Briten und Amerikanern betrieben wird, haltmachen.

Im Falkland-Krieg haben die Vereinigten Staaten den Briten von Asuncion aus logistische Unterstützung geliefert.

Ungefähr 2000 Briten auf den Inseln

Wie groß der Umfang der britischen Streitkräfte auf den Falkland-Inseln ist, sagt niemand. »Wir wissen alle, wie viele Leute hier sind«, sagte John Cheek, ein Mitglied des regierenden Falkland-Rats gegenüber der spanischen Zeitung. »Doch wir werden es keinem Ausländer erzählen.«

Doch Ortega berichtete, daß »die Kapazität dieses Kriegsstützpunktes bei etwa 4000 Soldaten liegt, wenn man nach der Größe der chemischen Reinigungsanlage für das Militär urteilt – was angesichts des Klimas in der Region eine fundamentale Einrichtung ist«.



Margaret Thatcher möchte, daß die Briten schon wegen der riesigen Ölreserven auf den Falkland-Inseln bleiben.

»El Pais« berichtete, daß inoffizielle Quellen den derzeitigen britischen Truppenbestand auf rund 2000 Mann schätzen, was genausoviel wäre wie die Zahl der Zivilbevölkerung.

Der spanischen Zeitung zufolge werden die meisten in einem viermonatigen Turnus ausgetauscht, einige Schlüsselpositionen in einem zwölfmonatigen Rhythmus. Jene, die auf den Radareinrichtungen stationiert sind, die oft in unwegsamen Regionen liegen, kommen direkt dorthin, ohne den Umweg über den Mount Pleasant-Komplex zu machen und bleiben dort ununterbrochen vier Monate lang.

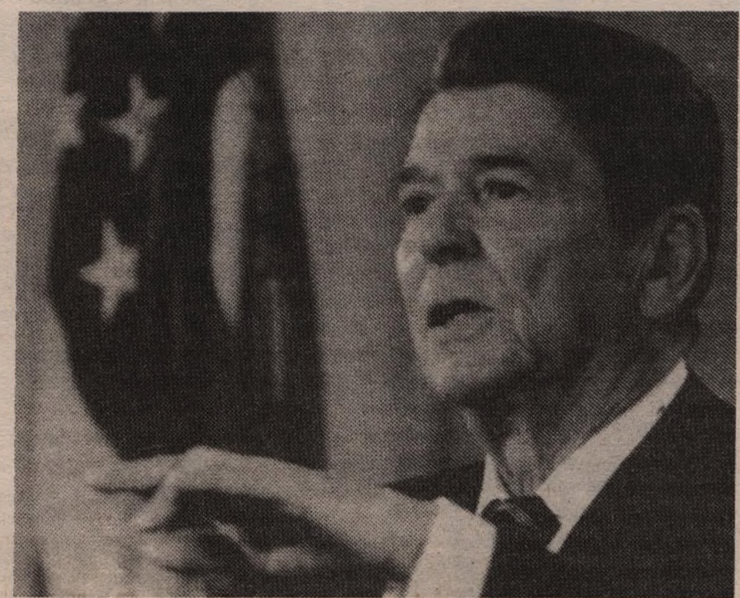
Zwischen 40 und 70 Soldaten befinden sich auf diesen Anlagen, die sowohl über Radar als auch Boden-Luft-Raketen verfügen.

Es gibt immer eine Anzahl Bereitschaftsschiffe im Hafen, doch die Anzahl an Kriegsschiffen – insbesondere U-Boote – ist ein sorgfältig gehütetes Geheimnis. »Wir haben eine ausreichend große und ausgewogene Streitmacht zur Verfügung«, sagte Oberst Gordon MacDougall dem spanischen Korrespondenten.

Es gibt auch Phantomjäger und Herkules-Transportflugzeuge, doch auch hier gibt es keine Angaben über ihre genaue Zahl. Für das Auge des zufälligen Beobachters sichtbar sind auf jeden Fall Chinook- und Sea King-Helikopter für den Truppentransport.

»El Pais« berichtete auch, daß die britische Regierung Bristow-Helikopter von einem Privatkonzern geleased habe, die offensichtlich billiger sind als die Militärflugzeuge.

Der einflußreichen spanischen Zeitung zufolge ist es offensichtlich, daß die Briten vorhaben, auf den Falkland-Inseln zu bleiben, und daß die Argentinier noch immer entschlossen sind zu versuchen, sie zurückzugewinnen. Es ist ein Krieg, auf dessen Ausbruch man wartet, so »El Pais«. □



US-Präsident Reagan ergriff die Partei der Briten im Falkland-Konflikt und verletzte damit die Monroe-Doktrin.

Argentinien

Alfonsin zwischen zwei Stühlen

Carl Freigang

Argentiniens Präsident Raul Alfonsin befindet sich in einer unhaltbaren Lage. Egal, in welcher Richtung er sich wendet, er verliert Freunde und Verbündete, während er mächtige Freinde hinzugewinnt.

Vor fünf Jahren schwamm das Militär hoch oben auf einer Welle des Nationalismus. Dann kam der Krieg auf den Falkland-Inseln. Die Vereinigten Staaten schlugen sich auf die Seite der Briten, nachdem Buenos Aires Signale von Washington erhalten hatte, daß die Vereinigten Staaten offiziell neutral bleiben würden. Das ist das Schicksal der Verbündeten Amerikas. Doch das ist eine andere Geschichte.

Am falschen Ende eines Militärcoups

Die Generäle gingen und Alfonsin kam, unterstützt von einer lockeren Koalition aus Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschaftlern und Bauern, die es nicht gewohnt waren in den politischen Prozeß verwickelt zu werden.

In den Jahren, als das Militär im Land regierte, führten sie einen »schmutzigen Krieg« gegen die Subversion im Land. Alfonsin versprach, die Urheber der »Greueltaten« dieses »Krieges« ihrer gerechten Strafe zuzuführen, sobald er an die Macht käme.

Tatsächlich kamen eine Reihe der obersten Militärführer vor Gericht und wurden der oben genannten Greueltaten überführt. Natürlich wußte jedermann, daß sie vor Gericht standen, weil sie den Falkland-Krieg verloren hatten, doch ihnen wegen Greueltaten im Inland den Prozeß zu machen klingt in der internationalen Presse viel besser.

Nachdem die großen Namen abgehandelt waren, versuchte der politische Neuling Alfonsin sein Wahlversprechen einzulösen. Er versuchte 400 junge Offiziere wegen dieser gleichen Greueltaten vor Gericht zu bringen.

Das war zu viel für das Militär. Alfonsin wurde in bestimmter Form davon in Kenntnis gesetzt, daß er sich am falschen Ende eines Militärcoups wiederfinden könnte, wenn er zu hart vorgehen würde. Er mag vielleicht neu sein in der Politik und unbewandert im Hinblick auf politische Intrigen, doch Alfonsin hatte verstanden. Er brachte einen Gesetzesvorschlag ein mit der Vorstellung von »treuem Gehorsam«, einem Begriff aus der alten Welt, der die jungen Offiziere für unschuldig erklärte.

Der argentinische Präsident Raul Alfonsin sitzt zwischen zwei Stühlen. Er kann keinen Schritt tun ohne sich noch mehr Feinde zu machen.

Nach einigen gründlichen Überlegungen und nach vorsichtigen Erkundigungen über die Einstellung des Militärs entschied das höchste Gericht Argentiniens, daß Klugheit besser sei als Heldenmut und beschloß, daß das Gesetz verfassungsgemäß sei. Die 400 jungen Offiziere wurden aus dem Gefängnis beziehungsweise dem Hausarrest entlassen. Ende der Geschichte?

Man muß das Land verstehen

Alfonsin ist jetzt mit den Peronistas in Konflikt geraten, die nach »Gerechtigkeit« schreien – sprich: »jeden in Uniform, der über einem Leutnant steht, erschießen« – Was soll ein Präsident da machen?

Wenn er die Forderungen der Peronistas, die sich vorübergehend mit den Kommunisten und Anglophilen verbündet haben, ignoriert, ist er bei den nächsten Wahlen draußen. Wenn er sich dem Feldzug zur Säuberung des Militärs – entgegen dem neuen Gesetz, das er durch die Legislative und den Obersten Gerichtshof durchgeboxt hat – anschließt, schläft er besser mit seinen Rennschuhen.

Im Grunde befindet sich Argentinien im Wartestand vor einer Revolution. Die einzigen Fragen sind: »Wer?« und »Wann?«

Es ist unmöglich, die Situation in Argentinien zu verstehen ohne Argentinien zu verstehen und die Establishment-Medien verstehen Argentinien nicht – oder

Argentinien

Alfonsin zwischen zwei Stühlen

wenn sie es verstehen, dann sagen sie es nicht.

Hier einige wichtige Hintergrundinformationen: Die Argentinier sind bezeichnet worden als Italiener, die Spanisch sprechen und meinen, sie seien Briten. Das Land ist einzigartig in Südamerika wegen des großen britischen Kontingents und den hohen Zufluß an italienischen Immigranten, die im 19. Jahrhundert ins Land kamen.

Fügt man dann noch die Hierarchie der katholischen Kirche, das Militär und die oben erwähnten Peronistas hinzu, dann hat man damit ein recht instabiles Gemisch.

Die Peronistas sind die Anhänger von Juan Peron, der als Kommunist, Nationalsozialist und fast alles, was dazwischen noch kommt, bezeichnet worden ist. Die Tatsache, daß er persönlich sehr mächtig war, darüber braucht man nicht zu streiten. Doch was ist mit seinen Anhängern?

Alles im Namen von Peron

Die meisten der heutigen Peronistas haben Peron nie gekannt. Es ist ein Kult ohne Führer. Sie verhalten sich an einem Tag wie Sozialisten und am nächsten Tag wie Nationalisten – und das alles im Namen von Peron.

Sie sind vorwiegend gegen das Militär gewesen, weil es das Militär gewesen ist, das Perons Frau Estela als legal gewählte Präsidentin gestürzt hat. Doch sie lehnten es auch ab, sich mit den Kommunisten und Sozialisten zusammenzuschließen, die Alfonsins Kampagne gegen das Militär unterstützt haben.

Unterdessen hat die britische Regierung ihre eigene, verdeckte Kampagne gegen das Militär begonnen, wobei sie den Einfluß der Briten in Argentinien und deren anglophiler Landsleute benutzt, um einen Wortkrieg in der Presse zu führen.

Maria Estela Peron, oft Isabel genannt, hier Anfang 1976 bei der Begrüßung von Offizieren, wurde Ende 1976 durch einen Militärcoup gestürzt.

Zumindest eine bekannte Tageszeitung in Buenos Aires, »La Nacion«, und eine Wochenzeitschrift, »Somos«, unterstützen das Militär. Andererseits führen zwei weitere große »meinungsführende« Tagesblätter in Buenos Aires, der »Herald« – das Sprachrohr der anglo-argentinischen Gemeinde – und »La Razon« eine Kampagne für »Gerechtigkeit im Land« – sprich: »jeden in Uniform erschießen.«

Die britische Gemeinde in Argentinien, von denen rund 60 000 immer noch britische Pässe haben, hat nicht mehr so große Kontrolle über den Reichtum im Land wie noch Anfang dieses Jahrhunderts, doch sie ist noch immer sehr reich und mächtig und kaum tangiert von der gegenwärtigen Finanzkrise, da ihr Reichtum weitgehend auf Immobilien und alten, etablierten Unternehmen beruht.

Angeführt wird diese Gemeinde von der Anglikanischen Kirche, die »Menschenrechte« fordert – sprich: »jeden in Uniform erschießen.«

Die kastilianische Aristokratie – hauptsächlich große Landbesitzer – ist, wie die britische, relativ klein in der Zahl, doch mächtig und reich. Paradoxerweise ist sie gleichzeitig patriotisch und anglophil. Die meisten Aristokratenkinder besuchen wie ihre britischen Nachbarn die britischen Schulen. Morgens sind sie brave Argentinier, die ihre Spanisch-Lektionen lernen, nachmittags werden sie von britischen Lehrern unterrichtet, die für diese Zwecke importiert wurden.

Diese und die im Land lebenden Briten spielen in den gleichen Poloteams, besuchen die gleichen Partys und tragen die gleiche britische Kleidung und schauen dabei auf die »Mediterraneans« herab, die Immigranten aus Italien und Südspanien und deren Nachkommenschaft.

Marionetten des CIA

Trotz des Falkland-Krieges haben die Aristokraten ihre gesellschaftlichen Bindungen an die anglo-argentinische Gemeinde aufrechterhalten und sie haben beispielsweise nichts gemeinsam mit den Peronistas, den Kommunisten, den Gewerkschaftlern und so weiter. Zu dieser Gruppe gehören viele ehemalige Militäroffiziere, die nach dem Sturz von Estela Peron das Militär verließen, als sie feststellten, daß sie zu Marionetten des CIA geworden waren.

Es ist eine wichtige Tatsache, daß nicht einer von ihnen wieder ins Militär aufgenommen wurde, nachdem Alfonsin demokratisch gewählter Präsident des Landes geworden war.

Diese ehemaligen Offiziere haben heute noch viele Freunde bei den bewaffneten argentinischen Streitkräften, Regimentskameraden, die auf den Sold angewiesen waren und keine Eltern mit großem Besitztümern oder einer Ranch hatten.

Hinzukommen die anderen protestantischen Kirchen, die sich gegen die Hierarchie der katholischen Kirche verbündet haben, wobei sich die letztere mit dem Militär verbündet hat – so behaupten zumindest die Briten.

In einem Versuch die Massen zu beruhigen, ernannte Alfonsin eine Kommission zur Untersuchung der Frage der »Verschwundenen«, jener Personen, die man aus dem Auge verloren hat und die vom Militär wahrscheinlich ermordet wurden, als dieses an der Macht war. Die Sabato-Kommission – wie sie hieß – hat einen langen Bericht zusammengestellt, den Alfonsin pflichtgemäß – mit einigen Streichungen – veröffentlicht hat.

Was der Präsident zurückgehalten hat, waren die Namen jener, die beschuldigt wurden, weil er meinte, es handele sich hier um unbewiesene Behauptungen und ihre Veröffentlichung würde zu mehr inneren Streitigkeiten und vielleicht Gewaltaktionen des Pöbels führen gegen Personen, die nicht für schuldig befunden worden sind.

Kurz danach jedoch erschienen Kopien des ganzen Berichts – mit den Namen aller von Militär und Polizei, die der Greueltaten beschuldigt wurden – auf mysteriöse Weise im ganzen Land.

Die Veröffentlichung des Berichts verursachte den erwarteten Skandal und trug zur weiteren Destabilisierung der Regierung bei.

Alfonsin ist unfähig einen Schritt zu tun

Der britische Geheimdienst wurde beschuldigt, er habe die Sache durchsickern lassen. Die britische Regierung behauptet ihrerseits eine argentinische »Menschenrechtsgruppierung« habe den Bericht an die Presse gegeben.

Als ob dies nicht schon Ärger und Zündstoff genug wäre; darüber hinaus ist die Wirtschaft Argentiniens dem Zusammenbruch nahe, die Bauern sind am verhungern, die Mittelklasse verliert ihre Ländereien und kleinen Geschäfte und die Reichen fürchten ein »Landreform«-Programm, das sie um ihren Besitz bringen würde.

Und Alfonsin sitzt da, unfähig auch nur einen Schritt zu tun, ohne seine bereits wacklige Position noch mehr zu schwächen. Die Chancen, daß er bis zu den nächsten Wahlen, die für das Jahr 1989 geplant sind, überlebt, sind gering. Die Chancen, daß er das Jahr 1989 politisch überlebt, sind nahezu gleich null. □

Chile

Beispiel für Desinformation

Karl Richter

Durch die Reise eines westdeutschen Ministers ist die Republik Chile im Sommer 1987 in die Schlagzeilen geraten. Was folgte, waren tönende Debatten mitten im »Sommerloch« und ein wenig Ratlosigkeit beim »mündigen Bürger«. Daß Chile noch immer die Gemüter bewegt, darauf läßt sowohl die unlängst dorthin unternommene Besuchsreise des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler als auch der damit verbundene Presserummel um die »Colonia Dignidad« schließen.

Zwei Länder waren es vor allem, die im vergangenen Jahr ganz oben im Kreuzfeuer der Medien standen. Die Rede ist von Südafrika und Chile. Was Südafrika angeht, scheint der Fall klar: das »Prinzip Apartheid« wird demokratischen Gesellschaften und ihren Meinungsführern so lange ein Dorn im Auge bleiben, so lange es sie gibt. Auch ansonsten bietet Südafrika inzwischen so ziemlich alles, worauf das liberale Medien-Management hierzulande fliegt: einen zu lebenslanger Haft verurteilten Schwarzen – für den politische Gewalt allerdings noch immer das Nonplusultra ist –; seine mit ritueller Regelmäßigkeit zu Betroffenheit und Sympathie mit dem ersteren animierende Ehefrau – die neuerdings stimmungsvolle Lyrikbände in westdeutschen Verlagen publiziert –; einen schwarzen Bischof und Friedensnobelpreisträger schließlich, telegener Apologet der Vorgenannten. Und dann gäbe es da noch das geostrategische Interesse der Sowjets am südlichen Afrika, das die Medienwirksamkeit der vorgenannten Figuren in unserern Breiten vielleicht ein wenig aufhellen könnte.

Der Fall Chile ist im Grunde ganz ähnlich gelagert. Was dem Land und seiner Regierung etwa bislang noch abging, um im fernen Westeuropa ins richtige Rampenlicht gestellt zu werden, das besorgte im Sommer 1987 die Reise eines bundesdeutschen Ministers dorthin. Nun wäre der fragliche Auftritt in Santiago de Chile eigentlich Bundesaußenminister Genscher oblegen – von Ressorts wegen. Es war aber ausgerechnet der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Norbert Blüm (CDU), den es zur Stippvisite ans andere Ende der Welt trieb.

Um was es vor Ort ging, wissen wir jedenfalls: dem Anschein nach um nichts Geringeres als um das Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik Deutschland, das sich in der dringend gebotenen Aufnahme von vierzehn rechtskräftig verurteilten chilenischen Terroristen in den Rechtsverband der Bundesrepublik Deutschland äußert. Daß die Vierzehn erwiesenermaßen Mitglieder einer marxistischen Kampforganisation sind, was in ihrer Heimat nun einmal aufgrund leidiger Erfahrungen des Landes mit dem Kommunismus nicht ganz legal ist, den christdemokratischen Minister stört es nicht.

Daß allen bis auf einen Angeklagten Mord oder Beteiligung an einem oder mehreren Morden zur Last gelegt wird, auch das ficht Blüm nicht an. Seinen chilenischen Gesprächspartnern wird er mit soviel Engangement jedenfalls ganz schön imponiert haben.

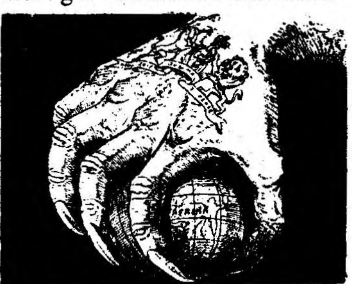
Am Rande ging es dann noch um die gleichfalls in Chile, nämlich in Valdivia einsitzende deutschstämmige Lehrerin Beatriz Brinkmann; ihr wurde bis zu ihrer Freilassung Ende September 1987 ebenfalls vorgeworfen, Mitglied der verbotenen Kommunistischen Partei zu sein. Im übrigen tat sich Frau Brinkmann in ihrer Heimatstadt durch einen Brandanschlag auf einen Laden hervor, wo ausgerechnet ärmere Chilenen ihre Produkte absetzen können. Aber auch das alles ist hierzulande, wen wundert es, irgendwie nicht so recht durchgedrungen.

Natürlich geht es bei alledem um mehr als um eine Handvoll Terroristen und eine deutschstämmige Lehrerin. Schwerlich kann es nur um die Frage von mehr oder weniger authentischen Fällen von Menschenrechtsverletzung gehen, denn wäre dem so, böte sich westdeutschen Politikern und Medienberichterstattern östlich des Eisernen Vorhangs doch ein überreiches Betätigungsfeld. Es muß da mehr im Spiel sein, Grundsätzlicheres.

Dieser Schluß ist nicht zuletzt deshalb naheliegend, weil sich die Parallelen zum Exempel Südafrika förmlich aufdrängen. Was Chile angeht, hat es die freiheitsliebende Welt offenbar ebenfalls mit einem skrupellosen, »menschenverachtenden« Regime zu tun, dem die Rechte seiner Bürger nichts, die eigene Machterhaltung aber alles wert ist. Nichts anderes scheint der Medienrummel um die »vierzehn Chilenen«, um die beiden angeblich von einer Militärstreife verbrannten Demonstranten, um die Verwicklung von Daimler-Benz ins chilenische Geschäft zu dokumentieren.

Verschwiegen wird dabei eine ganze Menge. Zum Beispiel, daß das Verfahren gegen die Vierzehn mitnichten ein Unrechtsprozeß war, sondern vom Militärgericht in Santiago mit Fairneß und unter Maßgabe rechtsstaatlicher Grundsätze – Strafverteidiger, Möglichkeit der Appellationsbeschwerde, Richteranklage, Instanzenweg – geführt wurde.

Eine Regierung kann übrigens nicht gut »menschenverachtend« sein, die 65 Prozent ihrer Staatsausgaben im Sozialbereich tätigt. Chile besitzt das leistungsfähigste Gesundheitswesen und mit einer Rate von 1:1000 die niedrigste Kindersterblichkeitsziffer in ganz Lateinamerika. Daß Chile alles andere als ein totalitärer Staat ist, bewies Professor Dr. Konrad Löw, der das Land im Oktober 1986 als Beauftragter der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte besuchte, und der erklärte, daß es in Chile keine Staatsideologie, keine Staatspartei, keine Zentralverwaltungswirtschaft und keinen Machtanspruch der herrschenden Schicht auf unbegrenzte Zeiten gibt.



»Ich oder das Chaos«

Was es aber gibt, ist eine Militärjunta und einen Präsidenten namens Augusto Pinochet. Nun bringen Uniformen und militärisch-korrekter Habitus in der Optik der deutschsprachigen Medienlandschaft natürlich von vornherein Punkteabzug.

Aber was viel schlimmer ist: Pinochet ist, seit er sich im September 1973 erfolgreich an die Macht geputscht hat, mit seinem Regierungskonzept durchaus erfolgreich. Die chilenische Wirtschaft konnte 1986 ein reales Wachstum von 5 Prozent verzeichnen, die Reallöhne stiegen im gleichen Zeitraum um 2,6 Prozent, während die Arbeitslosenquote derzeit bei rund 10 Prozent liegt.

Als einziges Land Lateinamerikas ist Chile gegenwärtig in der Lage, Zinszahlungen und Schulden zu tilgen. Die Auslandsverschuldung konnte 1986 trotz Neuaufnahme bei einem Stand von 19 Milliarden Dollar gehalten werden, der Handelsbilanzüberschuß beträgt brauchbare 1,1 Milliarden Dollar. Das sind Fakten, darüber hinaus aber Daten, mit denen kein anderes Land Lateinamerikas, erst recht kein sozialistisches, aufwarten kann.

Chiles wirtschaftliche Gesundung, die die Tendenz zu Fortdauer aufweist, ist denn auch einer der Hauptgründe, warum der Militär Pinochet in unseren Breiten so übel beleumundet dasteht. Protagonist eines freien Unternehmertums, der er ist, ist der heute 72-jährige Junta-Chef

Chile

Beispiel für Desinformationen

nämlich auch nach 14 Jahren Amtszeit als Staatschef noch immer der Überzeugung, daß ein Rückfall in den Sozialismus für das Land nicht unbedingt einen Fortschritt bedeuten würde.

»Ich oder das Chaos«, lautet eine erklärte Devise, und das kommt eben doch einer schallenden Ohrfeige für das egalitäre Weltbild gleich. Bei alledem ist und bleibt Pinochets Erbschuld freilich sein Putsch im September 1973, dessen Vorgeschichte nun einmal die drei wenig erklecklichen Jahre des sozialistischen Experiments in Chile (1970 bis 1973) sind.

Vierzehn Jahre nach der Machtübernahme durch das Militär, das übrigens durch Parlamentsbeschluß herbeigeführt wurde, sitzt den meisten Chilenen die Erinnerung an das marxistische Gastspiel noch immer in den Knochen. Am Ende standen 16 000 zumeist kubanische Aktivisten im Land, Nahrungsmittel waren nur noch gegen Bezugsscheine erhältlich, die Inflation lag bei 1000 Prozent.

Unbehagen über den deutschen Messianismus

Spätestens hier ist der Punkt erreicht zu fragen, wem die hiesige Chile-Berichterstattung eigentlich nützt. Dem Medienkonsumenten jedenfalls nicht, aus dem einfachen Grund, weil sie einseitig, mithin falsch ist. Dem Westen auch nicht, weil sie die seit dem Putsch traditionelle Anlehnung Chiles an die USA permanent unterminiert und seine ungeteilt pro-westliche Haltung in einem fort desavouiert.

Parallelen zu anderen US-Verbündeten, die sich so sehr auf ihre amerikanischen Freunde verließen, daß sie von denen irgendwann fallengelassen werden mußten, sind rein zufällig: Persien, Philippinen, in absehbarer Zeit Südkorea.

Den Chilenen nutzt diese Berichterstattung erst recht nicht, von vierzehn rechtskräftig verurteilten Terroristen vielleicht abgesehen. Und uns Deutschen? Nun, seien wir realistisch – Minister Blüms und der deutschsprachige Medien-Kreuzzug für die Menschenrechte dürfte im Ausland schwerlich für voll genommen worden sein. Unbehagen ob dieser neuen Variante eines deutschen Messianismus – »Am deutschen Wesen soll die Welt genesen« –, diesmal unter umgekehrten Vorzeichen, dürfte auch schon das einzige Ergebnis der Blümschen Stippvisite gewesen sein.

Wie dem Verfasser denn auch von einem Obersten des chilenischen Heeres versichert wurde, daß man den derzeitigen Zustand der Deutschen im Ausland, namentlich in Südamerika, nicht als dauerhaft erachte. Man warte getrost ab, bis sie wieder zu sich selbst kämen, und man sei da auch durchaus zuversichtlich.

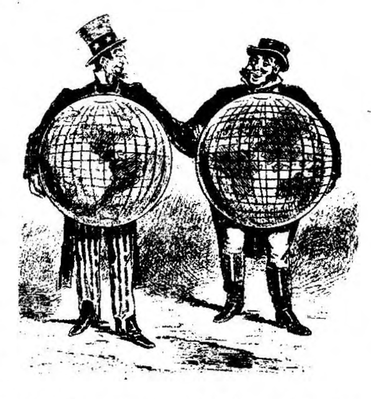
Bleibt Moskau. Und genau hier kommt tatsächlich mehreres zusammen, was sowjetisches Interesse, wenn nicht sowjetische Urheberschaft an dem chilenischen Mediendebakel erklären könnte. Erstens: Chile hat am sozialistischen Weltmodell den schwersten nur denkbaren Frevel begangen, indem es die Lehre von der Unumkehrbarkeit des weltrevolutionären Prozesses vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit aus eigener Kraft Lügen strafte. Da es nach marxistisch-leninistischer Auffassung kein zurück hinter einmal errungene Positionen des revolutionären Kampfes geben kann, kommt der Putsch vom September 1973 einer Sünde wider den heiligen Geist des Sozialismus gleich.

Zweitens: die Weltrevolution kennt gleichwohl keine Stagnation. Mit anderen Worten: was gestern nicht auf dem Weg der Volksfront erreicht wurde, ist morgen oder übermorgen vielleicht durch Infiltration, Desinformation und Unterwanderung zu erreichen.

Niemand kann sich der Weltrevolution entziehen.

Das hat nicht erst J.-F. Revel in seinem Buch »So enden die Demokratien«, erschienen bei Piper, festgestellt, der die Methode indes auf einen faßlichen Nenner bringt: »In diesem Licht müssen wir die Rückschläge für die Kommunisten sehen lernen. Solche Rückschläge gibt es ganz sicherlich, doch die UdSSR betrachtet sie niemals als einen Endpunkt. Ihr entscheidender Trumpf, den sie ihrem totalitären System verdankt, ist die Tatsache, daß sie warten kann und zu warten bereit ist.«

Vor diesem Hintergrund müßte eigentlich auch deutlich werden, daß sich niemand, absolut niemand aus dem Prozeß der Weltrevolution ausklinken kann, der 1917 über den Planeten verhängt wurde. Daß dieser Prozeß global heute nicht minder im Vollzug begriffen ist als vor drei oder vier Jahrzehnten – trotz Glasnost und Gorbatschows ungemein werbewirksamem »Reformkurs« –, wird kein sozialistischer Theoretiker bestreiten.



Die Dynamik und Aktualität der Weltrevolution zu leugnen oder zu verdrängen und sich stattdessen in die Vision eines friedvollen, demokratischen Weltganzen zu flüchten ist übrigens bereits der halbe Erfolg, den die sowjetische Langzeitstrategie für sich verbuchen kann. Sehr konkrete Früchte beginnt sie jedenfalls zu tragen, wenn Zweit- und Drittländer ihre Argumente übernehmen, offenbar aus eigenem Antrieb antikommunistische Positionen diffamieren und wirtschaftlich unterhöhlen zu müssen glauben.

Damit sind wir – drittens – wieder beim Fall Chile. Die Desinformationskampagne gegen das Land und sein bewußt autoritäres, antimarxistisches »Regime« hat heute weite Teile der internationalen Medienlandschaft erfaßt. An dieser Tatsache gibt es nichts zu beschönigen, und für ihre Drahtzieher ist es letztlich auch nur das Faktum des publizistischen und, in Folge davon, politischen Druckes auf den Gegner, was zählt.

Daß Chile, was im Westen doch eigentlich ein Argument sein müßte, seit 1818 an den Umgang mit demokratischen Institutionen gewöhnt ist und auch baldmöglichst wieder dahin gelangen will – früher als vielleicht politisch klug wäre –, ist belanglose Nebensache, wird geflissentlich unter den Tisch gekehrt, ebenso wie die Tatsache, daß die Junta nach wie vor über einen gesunden Rückhalt in der Bevölkerung verfügt.

Fernsehaufnahmen von stürmischen Demonstrationen in der Hauptstadt und Wasserwerfereinsätzen der Polizei müssen dabei nicht unbedingt das Gegenteil beweisen; der Hinweis genüge, daß eine entsprechend einseitige Fimberichterstattung aus der Bundesrepublik dem Ausland ebenfalls suggerieren könnte, daß hierzulande Bürgerkrieg herrscht.

Die Parallelität der Fallbeispiele Südafrika und Chile ist ebenso informativ wie bestürzend. Die Mechanismen einer weltweiten Destabilisierungskampagne, denen beide Länder heute ausgesetzt sind, sind absolut identisch, sogar die Typologie des Feindbildes ist es: »Unrechtsregime« contra entrechtete Bevölkerungsmehrheit, letztere repräsentiert in einer Handvoll scheinprominenter Aushängefiguren (Mandela, Tutu, die vierzehn »Todeskandidaten«).

Über die fehlende Einsichtsfähigkeit der westlichen Massenmedien, die diese Mechanismen nicht nur nicht durchschauen, sondern sie wider eigenes Interesse auch noch mittragen, wäre eigentlich nur der Kopf zu schütteln, wenn das Spiel nicht gar so erbärmlich wäre.

Aber daß Politiker, die uns eigentlich vertreten sollen, Zeitungen und Rundfunkanstalten, die uns wahrheitsgetreu informieren sollten, damit letztlich an der Demontage unserer eigenen Zukunft arbeiten, das ist schon hart. Es wäre an der Zeit, daß der »mündige Bürger« seine Mündigkeit hin und wieder einmal unter Beweis stellte. Es könnte nämlich geschehen, daß er diese Möglichkeit irgendwann einmal nicht mehr hat. □

Zionismus

Eine politische Philosophie

Mark Lane

Der Zionismus ist eine internationale politische Philosophie, die sich auf den Marxismus gründet, sich der Schaffung einer Heimat für die Juden in Palästina verschrieben hat und der Expansion dieser Heimat – dem Staat Israel. Somit ist das grundlegende Ziel des Zionismus das sozi-ökonomische Weltsystem umzufunktionieren, um eine internationale Gesellschaft zu schaffen, die auf Richtung der Unterstützung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ambitionen Israels orientiert ist unter Ausnutzung der ungeheueren Ressourcen der Vereinigten Staaten als Hauptwerkzeug zur Verwirklichung der Ziele des Zionismus.

Der Zionismus hält die Redefreiheit für eine Gefahr. Deshalb vermeiden die internationalen Zionisten ständig jede legitime Debatte über ihren Zweck oder den Zweck des Staates Israel.

Ein Netzwerk von Agenten

In den vergangenen 40 Jahren haben finanziell gut dastehende und einflußreiche zionistische Agenturen und Organisationen – die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith Loge, das Simon Wiesenthal Zentrum, Americans for a Safe Israel (Amerikaner für ein sicheres Israel) – Erfolg damit gehabt, Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichzusetzen. Eine solch geschickte Manipulation der öffentlichen Meinung ermöglichte es den zionistischen Führern in den Vereinigten Staaten insbesondere jedermann zum Schweigen zu bringen, der die Motive und Methoden Israels in Frage zu stellen wagt.

Gleichzeitig haben die zionistischen Propagandamacher erfolgreich ein Programm unterstützt, mit dem die Amerikaner zu der Überzeugung gebracht wurden, daß ihre traditionellen demokratischen Werte eng mit dem Schicksal des Zionismus und der israelischen Expansion verknüpft sind. Es ist, so sagen sie, die Pflicht jedes Amerikaners jede Initiative zur Erfüllung des internationalen Zionismus und zur Förderung Israels ungefragt zu unterstützen.

Der Zionismus möchte ein internationales Hilfssystem entwikkeln, das auf Mitgliedschaften basiert und die territorialen Grenzen der einzelnen Staaten überschreitet. Durch die Schaffung kleiner aber mächtiger Gruppen Aktiver auf der ganzen Welt ist es dem Zionismus gelungen ein Netzwerk von Agenten zu schaffen, deren Zweck es ist, die Politik des israelischen Staates anhaltend zu verwirklichen. Mit diesen Gruppen von Agenten auf der ganzen Welt, die bereit sind, seine expansionistischen Bestrebungen zu unterstützen, ist es kein Wunder, daß Israel seine nationalen Grenzen niemals festgelegt hat.

Ziel ist die Kontrolle der Weltwirtschaft

Die Zionisten sind der Meinung, daß ihre Gesellschaftsordnung jeder anderen übergeordnet ist. Sie glauben an die Anwendung der marxistischen Ethik, daß der Zweck die Mittel rechtfertigt, wenn sie dabei sind ihre Pläne der Neuordnung der Welt durchzuführen. Keine Tat, wie unethisch oder unmoralisch sie auch sein mag, wird als unpassend angesehen, wenn es darum geht, die Ziele des Zionismus zu verfolgen. Ihre Führer begingen Brudermord im Zweiten Weltkrieg und unterstützen derzeit den Völkermord in Palästina.

Indem sie auf den klassischen marxistischen dialektischen Materialismus bauen, führt die Elite der zionistischen Führer viele der Weltprobleme auf Spannungen zwischen den Landeignern und den Produktionsmitteln und deren Arbeiter zurück. Es ist das Ziel der Zionisten diese Spannungen zu erleichtern, indem sie die nutzbaren Reserven in Besitz nehmen – zunächst in Israel und dann in der ganzen Welt – in Zusammenarbeit mit anderen marxistischen Staaten, um dann die Kontrolle der Weltwirtschaft zu übernehmen.

In Israel hat die Regierung kollektive Farmen – die berühmten Kibbuz – und Fabriken auf dem staatseigenen Land errichtet. Sie kontrolliert ihre Produktion und Verteilung, stellt den Arbeitern Unterkunft und medizinische Versorgung zur Verfügung. Angesichts der Tatsache, daß ein solches System in Israel bereits verwirklicht ist, sprechen internationale zionistische Führer jetzt von der raschen Expansion ihrer speziellen Form vom marxistischen Sozialismus.

Deshalb versuchen die Zionisten heute das Wort »Staat Israel« nicht zu benutzen. Stattdessen sagen sie lieber »Eretz Israel« – das Größere Land Israel. Diese Terminologie spiegelt die Überzeugung der Zionisten wider, das Israel eher das »Land« ist und nicht ein Staat, von dem der Traum des internationalen Zionismus ausgehen wird.

Israel hat es bewußt vermieden sich eine Verfassung zu geben, um das Recht der Regierung nicht einzuschränken jegliche Maßnahme zu ergreifen, die man zugunsten des jüdischen Volkes und der Sache des Zionismus für nötig oder wünschenswert hält.

Vieles haben sie schon im Griff

Eretz Israel übermittelt auch die Idealvorstellung das ganze Land des biblischen Israel – vom Mittelmeer bis Jordanien und Syrien – in den modernen Staat Israel zu integrieren.

Zionistisch orientierte Politiker und Meinungsmacher in den Vereinigten Staaten haben einen großen Einfluß auf die amerikanische Außen- und Verteidigungspolitik. Ihr Einfluß im US-Kongreß, der gesamten Bürokratie und selbst im Weißen Haus ist ungeheuer groß.

Die internationalen Agenten der Zionisten haben jeden Aspekt der Massenmedien, das Bildungssystem und selbst die traditionellen religiösen Institutionen der USA durchdrungen und üben einen außergewöhnlichen Einfluß aus. Auch der Bankensektor, die Industrie und der Dienstleistungsbereich ist von zionistischen Sympathisanten durchdrungen, was ihre Sache ungeheuer unterstützt.

Wenn es das erste Ziel der Zionisten ist die Interessen von Eretz Israel zu fördern, so ist das zweite Ziel Amerika zu kontrollieren. Das erste Ziel haben sie bereits fest im Griff, zu dem zweiten Ziel befinden sie sich im Vormarsch. □



Japan kürzt Ölimporte aus dem Iran

Das japanische Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (MITI) hat von den sechs größten Handelsgesellschaften und vier Ölgesellschaften verlangt, ihre Ölimporte aus dem Iran auf 200 000 Barrel pro Tag zu begrenzen, so berichtet Tokios führendes Wirtschaftsblatt »Nihon Kezai Shimbun«. Dies ist eine Vergeltungsmaßnahme für die Bombardierung von Schiffen im Persischen Golf von Seiten des Iran. In den vergangenen sechs Monaten kauften die Firmen 300 000 Barrel Öl pro Tag vom Iran.

Obwohl Sprecher des MITI und des Außenministeriums jeglichen Kommentar zu dem Bericht ablehnten, zitierte die Zeitung eine Quelle aus dem MITI wie folgt: »Die Entscheidung wurde im Hinblick auf den Besuch des japanischen Premierministers Noboru Takeshita in den Vereinigten Staaten im Januar getroffen.« □

Golf-Länder bilden gegenseitigen Verteidigungspakt

Die Führer der sechs Ölstaaten am Persischen Golf, die das Gulf Cooperation Council umfassen, haben sich in der Form eines gegenseitigen Verteidigungspakts dahingehend geeinigt, sich gemeinsam vor einem Übergreifen des iranisch-irakischen Krieges zu schützen. Der Pakt »wurde diskutiert, vorgelegt und genehmigt«, sagte der saudiarabische Außenminister Prinz Saud al Faisal.

Die Vereinbarung setzt umfangreiche Parameter für eine künftige Kooperation im Hinblick auf die Sicherheit zwischen den Staaten Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, wie aus anderen Zeitungsmeldungen hervorgeht. Die Diskussionen sollen sich auf Pläne zur Vereinheitlichung von Waffen, Taktik und Strategien zur Verteidigung der Küste, der Ölbohreinrichtungen vor der Küste und Tanker gegen den iranischen Angriff konzentriert haben.

Eine weitere Entscheidung, die bei dem Treffen getroffen wurde, war die Einladung des ägyptischen Präsidenten Mubarak zum Besuch der Mitgliedsstaaten. Dieser Entschluß spiegelt die wachsende Sorge der Golfstaaten darüber wider, daß sie sich nur auf Ägypten und nicht auf die Vereinigten Staaten werden verlassen können, das ihnen im Falle eines iranischen Angriffs zu Hilfe kommen würde.

König Fahd von Saudi-Arabien eröffnete das Gipfeltreffen der Golfstaaten am 26. Dezember 1987 mit der Warnung an den Iran, daß die Verlängerung des Krieges mit dem Irak die anderen Länder der Region zwingen könnte, nach Hilfe von außen zu suchen, um dem Krieg ein Ende zu setzen.

»Der Krieg ist nicht auf den Iran und den Irak begrenzt, sondern hat sich auch auf andere Golfstaaten ausgeweitet. Wir fürchten, daß er sich noch weiter ausbreiten und die Sache noch schwieriger werden wird«, sagte Fahd. »Jedes Land sollte sich verpflichtet fühlen, sich selbst zu verteidigen und Hilfe von anderen Ländern zu bekommen. Jedes Land hätte das Recht dazu.«

Fahd nannte die Bedingungen des Iran zur Beendigung des Krieges »unvernünftig« und fügte hinzu: »Ich glaube nicht, daß irgend jemand diese unvernünftigen Bedingungen akzeptieren könnte.« □

Internationaler Zionismus in Schwierigkeiten

Der Schatzmeister der Jewish Agency (JA), Aktiva Lewinsky, hat seine zionistischen Politiker-Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß die Diaspora-Finanzierung für die Agentur und die Welt-Zionisten-Organisation (WZO) ihrer Mittel beraubt sein wird, wenn es keine wirkliche Änderung in der Art der Führung und bei den Personen, von denen diese Organisation geführt wird, geben wird. Die Juden der Diaspora, so sagte er, besonders in Amerika, haben nicht mehr das Gefühl, in galut (im Exil) zu leben, und werden bei ihren Beiträgen an Israel nicht mehr durch Schuldgefühle motiviert.

Viele Spendensammler in den USA sind der Meinung, daß es an der Zeit ist, für neue Gesichter und Ideen sowohl in der JA als auch in der WZO zu sorgen. Doch die Bürokraten in diesen Organisationen widersetzen sich seinem Vorschlag, neue Leute zu berufen, die solche Schlüsselbereiche der israelischen Gesellschaft wie die Landwirtschaft, das Geschäftsleben, die Industrie und die Universitäten direkt repräsentieren. □

Aufforderung zum Erstschlag

Hirsh Goodman, der kürzlich von einem Aufenthalt als Gastprofessor am Washingtoner Institut für Nahostpolitik nach Israel zurückgekehrt ist, betrachtet Syrien als Israels nächsten militärischen Gegner. Er schreibt: »Im nächsten Krieg werden es nicht die ersten Tage oder gar Stunden sein, die kritisch sind, sondern die ersten Minuten.«

Außerdem »wird zunehmend klar, daß ungleich des Yom-Kippur-Krieges des Jahres 1973 dem Feind nicht erlaubt werden darf, die erste Kugel abzufeuern. Die Folge des Überraschungseffektes wird sein, daß Israel sein strategisches Inneres verliert, und deshalb darf es überhaupt keinen Überraschungseffekt geben.«

In einer schlecht verhüllten Warnung meinte Goodman dann: »Die bewaffneten Streitkräfte können so aufgebaut und geschult werden, daß sie mit diesem Problem fertig werden. Die Frage ist allerdings, ob die politische Führung dieses Landes in der Lage sein wird, die richtige Entscheidung zum richtigen Zeitpunkt zu treffen.«

Die »richtige Entscheidung« wäre wahrscheinlich ein Präventivschlag gegen Syrien. □

PLO in Washington mundtot gemacht

Die in verfassungsrechtlicher Hinsicht problematische Entscheidung der US-Regierung, das Washingtoner Informationsbüro der PLO zu schließen, wurde in einem inoffiziellen Treffen im amerikanischen Außenministerium gefällt, an dem eine sechsköpfige jüdische Delegation teilnahm. Zu der Gruppe gehörten Morris Abram, Vorsitzender der zionistischen Präsidentenkonferenz; Malcolm Hoenlein, Konferenzleiter; Phil Baum vom American Jewish Congress und der prominente republikanische Spendensammler aus Detroit, Max Fisher.

Sie berichteten dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister John Whitehead und dem Staatssekretär Richard Murphy, der US-Kongreß sei dabei, ein Gesetz zur Schließung des PLO-Informationsbüros zu verabschieden. Doch, so argumentierte die Delegation, es wäre eine schlaue Maßnahme der Reagan-Regierung, sich den »Verdienst« um die Schließung des PLO-Büros einzuheimsen, indem sie »als erste handelt«.

Ein paar Wochen später gab das amerikanische Außenministerium die Anordnung heraus, das Washingtoner PLO-Büro zu schließen, was »überraschenderweise« zu Protesten von seiten der »New York Times« und anderer liberaler Zeitungen in den USA führte. □

Juden müssen sich vermehren

Der israelische Erziehungsminister Yitzhak Navon ist besorgt darüber, daß die jüdische Bevölkerung in Amerika abnimmt. »Die Juden müssen sich vermehren«, sagte er bei einem kürzlichen Besuch in den Vereinigten Staaten. »Ich bin besorgt über die niedrige Geburtenrate. Die

Leute hier heiraten spät und die Zahl der mit Angehörigen anderer Bevölkerungsgruppen eingegangenen Ehen liegt bei 40 Prozent«, bemerkte er und wies darauf hin, daß viele Juden ihre Ehegatten nicht in die jüdische Gemeinde hineinbringen, wenn sie einen Angehörigen einer anderen Bevölkerungsgruppe heiraten.

»Bis zum Jahr 2000 wird es keine elf Millionen Juden außerhalb Israels mehr geben«, meinte er. »Es werden nur noch acht Millionen sein und später wird die Zahl auf fünf Millionen absinken.« □

Bereit zum atomaren Schlag gegen Damaskus und Kairo

Im Yom-Kippur-Krieg des Jahres 1973 war Israel bereit, einen atomaren Schlag gegen Damaskus und Kario zu führen. Gutunterrichteten amerikanischen Geheimdienstquellen zufolge ging aus Satellitenaufklärungs-Fotos hervor, daß Jericho-I-Raketen – der Kurzstrecken-Vorläufer von Jericho-II, die jetzt im Einsatz getestet werden –, die in aller Eile mit 20-Kilotonnen-Sprengköpfen ausgestattet worden waren und auf einem geheimen israelischen Militärstützpunkt aufgestellt worden sind, »schußbereit« waren.

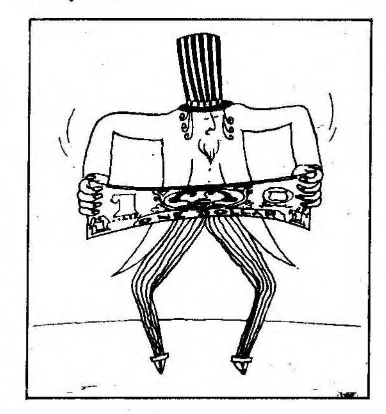
Premierministerin Golda Meir erzählte US-Präsident Richard Nixon damals, Israel würde seine Nuklearmacht gegen die Araber einsetzen, wenn die USA nicht sofort die konventionellen Waffen liefern würden, die nötig sind, um den Krieg zu gewinnen. Die geforderten Waffen wurden bald danach zur Verfügung gestellt. □

Ein Pate des Mossad

Die ehemaligen Leiter der drei wichtigsten Geheimdienste Israels werden den verstorbenen James Jesus Angleton, ehemaliger Chef des amerikanischen Geheimdienstes CIA, zuständig für Gegenspionage, ehren, indem sie einen Wald auf den Hügeln in der Nähe Jerusalems nach ihm benennen werden.

Von Ende der fünfziger Jahre bis zum Jahr 1974, als Angleton gezwungen wurde, den CIA zu verlassen, weil er in den Vereinigten Staaten gegen die Amerikaner spioniert hatte – Operation Chaos –, arbeitete der CIA-Chef an der Entwicklung engerer Beziehungen zum israelischen Geheimdienst und stellte unter anderem Schulungsmöglichkeiten für den Mossad, den israelischen Geheimdienst, zur Verfügung.

Ein ehemaliger Mossad-Agent: »Er war unser Pate!« Einige frühere CIA-Beamte glauben jedoch, daß Angleton »unwissentlich für den Mossad kooptiert hat« – sehr zum Schaden der amerikanischen Geheimdienstbemühungen in Nahost und der Sowjetunion. □



Ben Hecht über Chaim Weizmann

Ben Hecht, einer von Hollywoods größten Drehbuchautoren, war auch ein ausgezeichneter Bühnenautor und Journalist. Er war entsetzt, als der Zionisten-Freund Chaim Weizmann – der von Hecht schon als »der neue Führertyp, der von dem modernen Judentum hervorgebracht worden ist, dem Engländer mit jüdischen Neigungen« bezeichnet worden ist – in einer Rede vor der Konvention der Welt-Zionisten in London im August 1937 die Opferung der europäischen Juden verlangte.

Weizmann sprach sich gegen die Emigration der Juden von Europa nach Palästina aus und bezeichnete sie als »Staub – wirtschaftlichen und moralischen Staub in einer grausamen Welt«. Weizmann, so Hecht, war bereit und vielleicht sogar eifrig bemüht, das Leben der Juden in Europa gegen eine große Sympathie einzutauschen, die ein nützliches Werkzeug wäre für die Schaffung eines jüdischen Staates. Nachdem er von den Opfern gesprochen hatte, die er bereit war, für andere zu leisten, sagte Weizmann: »Ich bete darum, daß wir unsere nationale Einheit erhalten mögen, denn das ist alles, was wir haben.«

Was jene anging, die er im Stich gelassen hatte, so fügte er hinzu: »Wenn sie fühlen und leiden, werden sie ihren Weg finden – beachareth hayamin – in der Gänze der Zeit.«

Der hebräische Satz bedeutet: »Wenn der Messias kommt, werden alle Toten wieder zum Leben erweckt.«

Das Buch von Ben Hecht mit dem Titel »Perfidy« erschien im Jahr 1961, doch wurde es von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Es ist jetzt vergriffen. □

George Shultz Israels guter Freund

Der amerikanische Außenminister George Shultz wird von Israel als ein sehr guter Freund angesehen, da er zu einer »starken Festigung« der Beziehungen zwischen Tel Aviv und Washington durch »innovative wirtschaftliche, militärische und politische« Bindungen beigetragen hat. Gleichzeitig hat er den Schaden, der durch den Spionagefall Pollard, den Iranskandal und andere schlecht durchdachte israelische Initiativen verursacht worden ist, in Grenzen gehalten.

Shultz hat darüber hinaus versucht, das amerikanisch-israelische Bündnis zu »institutionalisieren«, indem er dafür sorgte, daß die neuen Bindungen »seinen Weggang aus dem Amt überleben«.

Shultz glaubt, daß seine Innovationen jetzt im amerikanischen System »fest verankert sind«, und daß sie auch nach seiner Amtszeit als amerikanischer Außenminister »fortgeführt« werden. □

Probleme mit Wachstumsrate in Israel

Angesichts des quälenden Problemes einer geringen jüdischen Wachstumsrate hat sich Israel traditionell auf Aliyah – Rückkehr nach Zion – der Juden auf der ganzen Welt verlassen, um seinen Bevölkerungsbedarf zu decken. Die zionistische Regierung ist jedoch in den letzten Jahren in diesem Punkt immer wieder enttäuscht worden.

Die jüngsten amtlichen Statistiken Israels zeigen, daß sich im Jahr 1987 nur 23 Prozent der aus der Sowjetunion emigrierten Juden entschlossen haben, nach Israel zu gehen. Unterdessen kam das Institut für Zeitgenössisches Judentum an der Hebräischen Universität zu dem Schluß, daß Israel sich nicht auf die Immigration aus dem Westen – besonders aus den Vereinigten Staaten – verlassen kann, um sein Problem zu lösen. Nur »professionelle zionistische Propagandisten und irrationale Eiferer« sind da anderer Meinung. □

Zionismus

Es geht um den Tempelberg

Mark Lane

Mit den fanatischen Bestrebungen zionistischer Extremisten, an der Stelle in Jerusalem, wo König Salomon über 900 Jahre vor Christus den ersten hebräischen Tempel errichtet hat, einen Tempel zu bauen, soll ein Heiliger Krieg mit der islamischen Welt entfacht werden. Diese Religionsfanatiker der Neuzeit rechnen damit, daß der geplante Konflikt sich rasch zu einem atomaren Holocaust entwickeln wird, mit dem sich dann die biblische Prophezeiung des Armageddon erfüllen wird.

»Wir werden den Tempelberg bekommen«, soll Rabbi Nachman Kahane, der ältere Bruder des politischen Unruhestifters Meire Kahane, zuverlässig vorausgesagt haben. »Wir werden das ganze Eretz Israel bekommen. Es wird passieren, ob wir wollen oder nicht. Es ist Gottes Gebot. Die Welt wird letztlich Zeuge der Überlegenheit der jüdischen Religion sein.«

Die Hoffnung zionistischer Fanatiker

Im gleichen Stil sagte Kahane, der Anführer der Chazon Yehezkel, der größten modernen orthodoxen jüdischen Organisation in Amerika, der jetzt in Israel lebt: »Ein Atomkrieg wird die Welt in Dunkelheit tauchen. Danach wird die Erlösung ganz plötzlich und unerwartet kommen – wie ein Blitz aus heiterem Himmel.«

Auf dem Tempelberg stehen heute eine moslemische Moschee – der Dom auf dem Felsen –, das dritt-heiligste Heiligtum des Islam. Nach der islamischen Überlieferung ist der Prophet Mohammed auf seinem Pferd von dieser Stelle aus zum Himmel emporgestiegen.

Das Oberste Moslemische Konzil, das die über 550 Millionen Anhänger Mohammeds auf der Welt repräsentiert, hat ein Jihad – einen Heiligen Krieg – als Vergeltung für die Zerstörung des Felsendoms durch die Juden versprochen. Offenbar ist es genau das, was die zionistischen Fanatiker erhoffen.

Der Status des Felsendoms war in Gefahr seit Israel im Sechs-Tage-Krieg des Jahres 1967 Ost-Jerusalem eingenommen hat. Die Ruine der Westmauer des antiken hebräischen Tempels – bekannt unter dem Namen Klagemauer – befindet sich unmittelbar neben der Moschee.

Im Jahre 1983 versuchten die Gush Emumin (Block der Gläubigen) – eine israelische Terrorgruppe – die Moschee in die Luft zu jagen, doch es ist ihnen nicht gelungen. Ihre Anführer, die jetzt im Gefängnis sitzen, werden als Helden von den Zionisten angesehen.

Der Plan zur Zerstörung des Felsendoms und der Bau eines hebräischen Tempels an seiner Stelle wird zu einem großen Teil von der christlichen fundamentalistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten finanziell unterstützt. Viele in der evangelischen Gemeinde einschließlich Pfarrer Jerry Falwell und dem Präsidentschaftskandidaten Pat Robertson glauben, daß die Rückkehr der Juden nach Palästina und der Wiederaufbau des Tempels die zweite Ankunft Christi feierlich einleiten werden – an welchem Punkt die Juden dann endlich Jesus als den Sohn Gottes akzeptieren werden.

»Ich habe den Goyim gesagt . . .«

Die zionistischen Extremisten haben allerdings eine andere Meinung über die Zukunft. Sie sind bereit das Besetzungsrecht der amerikanischen Fundamentalisten zu akzeptieren, denn sie sind davon überzeugt, daß der Messias ein Jude sein wird.

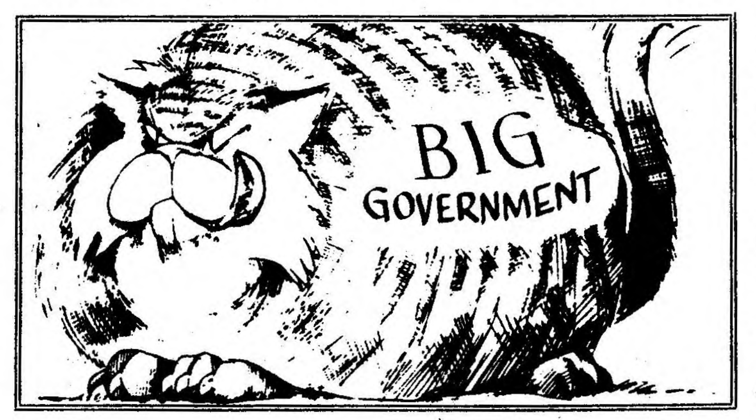
Ein Schlüsselbindeglied zwischen den amerikanischen Christen und den zionistischen Terroristen ist Stanley Goldfoot, ein in Südafrika geborener Israeli, der Anführer der Jerusalem Temple Foundation ist. Einst Mitglied der berüchtigten Stern-Bande – einer Guerillagruppe aus den ersten Jahren Israels – rühmt sich Goldfoot gerne der Tatsache, daß er an der Ermordung des UNO-Unterhändlers Graf Bernadotte und dem blutigen Bombenanschlag auf das britische Militärhauptquartier im King David Hotel in Jerusalem beteiligt gewesen ist.

Goldfoot prahlt auch gerne damit, wie er die amerikanischen Evangelisten dazu gebracht hat sein fatales Projekt zu finanzieren.

»Ich habe den Goyim gesagt«, meinte er in bezug auf seine Reise zu Spendensammelzwecken, die er im Jahr 1983 in den USA unternommen hat, »daß sie uns Juden gegenüber in einer ungeheueren Schuld stehen und daß ich bezweifle, ob sie diese Schuld jemals vergelten können; daß sie uns verfolgt haben; daß sie uns ermodert haben; uns über Jahrhunderte hinweg bestohlen haben. Sie haben sogar unsere Religion gestohlen, sie dann verdreht und Christentum genannt.

Doch ich habe ihnen gesagt, wenn sie ausreichend und lange genug Vergeltung leisten, dann wird ihnen vielleicht vergeben und sie werden vor dem Angesicht des Herrn akzeptiert werden.«

»Gott akzeptiert Euch nicht«, habe ich ihnen gesagt. »Doch wenn Ihr uns dabei helft den Tempel zu bauen, könnt Ihr gerettet werden. Ich bin nicht sicher, ob Gott Euch vergeben wird; Ihr müßt es versuchen.«



Christen und Zionisten planen den gleichen Krieg

»Es hat ihnen sehr gefallen. Sie riefen: ›Hallelujah! Hallelujah!‹ Dann habe ich ihnen gesagt, daß sie sofort hergehen müssen und die Kunde über ganz Amerika zugunsten jüdischer Souveränität auf dem Tempelberg verbreiten sollen und daß die amerikanische Botschaft nach Jerusalem gehen müsse, daß Druck auf den Kongreß und den Präsidenten ausgeübt werden solle.«

Der Gegenspieler Goldfoots bei den amerikanischen Christen ist der Laienprediger Douglas Krieger, ein Alleskönner. Er glaubt an den göttlichen Plan der Geschichte, der unter dem Begriff »göttliche Fügung des tausendjährigen Reichs Christi« bekannt ist. Er sagt voraus, daß der Bau des neuen Tempels in Jerusalem den Boden bereiten wird für einen Atomkrieg, indem die USA und Israel die Sowjetunion und ihre arabischen Verbündeten zerstören wird. Ein zweiter schrecklicher Nuklearkonflikt wird folgen, in dem die Armeen Christi jene des Antichristen schlagen werden.

Somit planen beide Partner im zionistisch-christlichen Bündnis den gleichen Krieg, der über der Zerstörung des Felsendoms und der Errichtung eines neuen Tempels entfacht. Lediglich ihre Interpretation des Messias ist unterschiedlich. □

Das Mündel der USA

Mark Lane

Jedermann weiß, daß die Vereinigten Staaten Israel helfen. Doch nur wenige Amerikaner wissen, in welchem Ausmaß. In jeder Hinsicht ist der jüdische Staat zu einem wirtschaftlichen Mündel der Vereinigten Staaten geworden. Bis zum Ende des Jahres 1987 haben die Vereinigten Staaten Israel so viel Hilfe an Inflations-bereinigten Dollar zukommen lassen wie ganz Europa unter dem Marshall-Plan erhalten hat.

Und doch macht die Bevölkerung Israels mit 4,3 Millionen Menschen kaum eineinhalb Prozent des Westeuropas der Nachkriegszeit aus. Außerdem waren dem Marshall-Plan selbst Grenzen gesetzt, der aufhören sollte, sobald sich die Wirtschaft Europas von den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges erholt hatte; die Verpflichtungen gegenüber Israel sind zeitlich unbegrenzt.

Jedes Jahr vier Milliarden Dollar

In den letzten elf Jahren hat Israel 25 Prozent der gesamten, vom amerikanischen Kongreß bewilligten, Auslandshilfe erhalten, was das Land bei weitem zu der Welt größtem Empfänger von amerikanischer Unterstützung macht. In der Geschichte des internationalen Kapitalstroms existiert keine Parallele.

Während die offizielle Hilfe der Amerikaner – bisher 58,8 Milliarden Dollar im Jahre 1987 – das Bild beherrscht, beinhaltet die wirtschaftliche Beziehung zwischen den beiden Ländern weitaus mehr. Für jeweils drei Dollar, die Israel von der US-Regierung bekommt, erhält das Land einen weiteren Dollar aus privaten amerikanischen Quellen, die über solche Organisationen kommen wie den United Jewish Appeal und Hadassah sowie aus dem Kauf von israelischen Schuldscheinen zu konzessionierten Zinssätzen durch Einzelpersonen.

Das bedeutet, daß die Vereinigten Staaten jedes Jahr mindestens vier Milliarden Dollar nach Israel schicken – 1,8 Milliarden Dollar für Militärausgaben, 1,2 Milliarden an Wirtschaftshilfe und ungefähr eine Milliarde Dollar aus privater Tasche. Das ergibt fast 1000 Dollar jährlich für jeden Israeli, etwa 20 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens des Landes.



Caspar Weinberger hat als US-Verteidigungsminister den Israelis Aufträge im Rahmen des SDI-Programms zugeschanzt.

Selbst diese Zahlen geben das Bild nicht richtig wieder, denn die israelische und amerikanische Wirtschaft sind auf einer wichtigen Ebene miteinander verbunden.

Mit dem Segen des Weißen Hauses und des US-Kongresses sind die israelische Rüstungsindustrie und der amerikanische Militärkomplex miteinander verzahnt, wobei Israel nicht nur ein wichtiger Kunde, Lieferant und Consultant ist, sondern auch Waffensysteme erforscht und entwickelt.

Vor kurzem erhielt das Land die Genehmigung auf der gleichen Basis wie ein NATO-Verbündeter für geheime amerikanische Rüstungsaufträge zu bieten.

US-Hilfe als Subvention

Als Ergebnis einer Vereinbarung, die im Jahr 1986 von dem damaligen amerikanischen Verteidigungsminister Caspar Weinberger und dem israelischen Verteidigungsminister Yitzhak Rabin unterzeichnet worden ist, haben die Israelis sogar Aufträge erhalten, die im Rahmen von Präsident Reagans Strategischer Verteidigungs-Initiative (SDI) erteilt wurden.

Vor zwei Jahren wurde mit Israel das einzige Freihandelsbereichsabkommen geschlossen, das die Vereinigten Staaten jemals unterzeichnet haben. Obwohl die meisten israelischen Exporte zollfrei in die Vereinigten Staaten eingeführt werden, fordert das Abkommen die Beseitigung sämtlicher Zölle zwischen den beiden Ländern. Als solches stellt es eine Art Versicherungspolice dar, womit Jerusalem gegen alle künftigen protektionistischen Handelsmaßnahmen geschützt wird, die vom amerikanischen Kongreß kommen könnten.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Israel umfassen auch diese ungewöhnlichen Merkmale: Seit dem Jahr 1985 wird die US-Hilfe als Subvention und nicht in Form rückzahlbarer Anleihen gegeben.

Wirtschaftliche Subventionen werden in Bar gezahlt zur allgemeinen Unterstützung des Haushalts anstatt für bestimmte Entwicklungsprojekte wie das sonst üblich ist. Somit kann Israel sie ausgeben für was es will, selbst zu Zwecken, die der amerikanischen Politik zuwiderlaufen.

Rüstungsbeihilfen werden auf einer Cash-flow-Basis gegeben, das heißt, sie können von Israel eingesetzt werden, noch bevor sie bewilligt sind. Das verpflichtet den amerikanischen Kongreß langfristige Aufträge zu erfüllen, die Jerusalem mit amerikanischen Firmen unterzeichnet.

Israel ist von den amerikanischen Kaufregelungen ausgenommen, die normalerweise mit Militärbeihilfen verbunden sind. Es kann jährlich bis zu 300 Millionen Dollar für Käufe aus seiner eigenen Rüstungsindustrie und für internationale Forschungs- und Entwicklungsprojekte ausgeben.

Die Beihilfen werden zu Beginn des Steuerjahres in einer Pauschalsumme erteilt und erfolgen nicht in den üblichen vierteljährlichen Zahlungen. Auf dem Papier ergibt das für Israel einen Bonus von schätzungsweise über 50 Millionen Dollar an Zinsen gegenüber des US-Defiziten.

Aus Furcht vor der Lobby

Dean Rusk, amerikanischen Außenminister unter den Präsidenten Kennedy und Lyndon B. Johnson, ist sehr besorgt über das Ausmaß, in dem die USA mit Israel wirtschaftlich verbunden sind und über den Grad des politischen Einflusses, den Israel auf die Vereinigten Staaten auszuüben scheint.

»Es ist eine sehr ungesunde Beziehung, die sich allmählich entwickelt hat«, sagte er in einem kürzlich gegebenen Interview in seinem Büro an der Universität von Georgia. »In den Augen Israels hat die USA die restliche Verantwortung dafür, daß Israels finanzielle Probleme gelöst werden.«

»Die Leute sprechen von Israel manchmal als einem Verbündeten«, fuhr Rusk fort. »Israel ist kein Verbündeter. Verbündeter wird man über einen Bündnisvertrag und Verbündete tun alles, um ihre Politik so weit wie möglich zu koordinieren. Ich glaube nicht, daß die Israelis jemals eine solche Verpflichtung eingehen wollten. Sie ziehen es vor, es darauf ankommen zu lassen und ihren eigenen Weg zu gehen und auf die Unterstützung der Juden in diesem Land zu hoffen, um die Vereinigten Staaten zu zwingen mitzuziehen. Somit hat es einige äußerst unangenehme Situationen gegeben.«

Dennoch fährt Washington damit fort, die amerikanische Außenpolitik so auszurichten und die nationale Sicherheit der USA zu gefährden, damit den Forderungen Tel Avivs Rechnung getragen wird – aus Furcht vor der mächtigen und reichen zionistischen Lobby. □

Israel

Vorbild heißt Japan

Victor Marchetti

In einem Versuch sich einen großen Anteil am amerikanischen Binnenmarkt zu sichern, schlägt sich Israel über seine Lobby in Amerika, das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), auf die Seite von US-Kongreßmitgliedern, die knappe Quoten für den Import von Konsumgütern aus Japan befürworten.

Auf den ersten Blick scheint es so als wollten die amerikanischen Zionisten ein Bündnis bilden mit jenen amerikanischen Abgeordneten, die die amerikanischen Arbeitsplätze vor unfairem Wettbewerb aus dem Ausland schützen wollen. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß diese Haltung der AIPAC ein Versuch ist die Höhe der japanischen Importe einzufrieren, so daß Israel selbst eine blühendere Handelsbeziehung mit den USA ausbauen kann.

»Nullwachstum« bei den Juden

Viele Teile in der israelischen Bevölkerung fordern eine Senkung der Rüstungsausgaben, die derzeit etwa 28 Prozent des Bruttosozialprodukts betragen. Sie befürworten auch größere Freiheit für die arabische Bevölkerung Israels sowohl innerhalb der »grünen Linie« – Israels ursprünglicher Grenzen aus dem Jahr 1948 – als auch in den besetzten Gebieten.

Im kommenden Jahrzehnt können die israelischen Juden zu einer Minderheit in ihrem eigenen Land werden, weil die Geburtenziffern der Araber im Vergleich zu dem »Nullwachstum« bei den Juden sehr hoch sind. So sehen die israelischen Minister die Zeiten kommen, wo sie der arabischen Bevölkerung zunehmend wirtschaftliche Chancen werden bieten müssen, um sie mit einzubeziehen.

Da die erzwungene Vertreibung von Millionen von Arabern selbst für die stärksten Verfechter Israels in Amerika vielleicht zu viel sein mag, überlegt sich die israelische Regierung jetzt, ob sie nicht das Zuckerbrot anstatt der Peitsche verwendet.

Israelische Geschäfsleute sind nach Japan und Korea gereist, um die Erfolge automatisierter Produktion zu studieren, was von dem Drängen seitens vieler amerikanischer zionistischer Geschäftsleute ausging, die als Importagenten für japanische und koreanische Erzeugnisse arbeiten. Sie haben in den vergangenen Monaten mit israelischen Produzenten über die Möglichkeiten gesprochen, amerikanische und japanische Elektronikerzeugnisse zusammenzufassen und das ungeheuere Potential arabischer Arbeitskräfte an der West Bank und am Gazastreifen in Anspruch zu nehmen.

Sobald israelische Investoren und Produzenten wissen, daß große Anteile an den Elektronik- und Industriemärkten in den USA aufgrund knapper Importquoten für japanische Waren zur Verfügung stehen, werden die israelischen Hersteller zur Tat schreiten.



»Das demographische Problem«

Schulungszentren für arabische Arbeiter

Israel hat bereits mindestens 20 Städte zu neuen Entwicklungszentren bestimmt – im Konzept ähnlich wie Industriezonen in den Vereinigten Staaten. All diese Zentren befinden sich in der Nähe von Zentren, in denen die arabische Bevölkerung konzentriert ist: an der West Bank und am Gazastreifen.

Mit der festen Unterstützung seitens der Regierung werden israelische und zionistische Investoren diese neuen Industriezonen dazu benutzen, Produktionsanlagen für Konsumgüter einzurichten, die im Rahmen des besonderen Freihandelszonenabkommens zwischen Israel und Washington – dem einzigen Abkommen seiner Art zwischen USA und einem anderen Land – auf einer zollfreien Basis in die Vereinigten Staaten exportiert werden.

Es existieren bereits Pläne zum Aufbau von Schulungszentren für arabische Arbeiter, die die nötigen Fertigkeiten für die Arbeit in den künftigen Produktionseinrichtungen erlernen.

Viele israelische Geschäftsleute und Wirtschaftsplaner sehen in den neuen Entwicklungsstädten nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Möglichkeiten. Während diese Städte wachsen, werden viele arabische Arbeiter hier Arbeit finden und scharfsinnige israelische Planer werden dafür sorgen, daß einige von ihnen die Gelegenheit bekommen werden zu technischen Mitarbeitern sich empor zu arbeiten oder gar in Managementpositionen der unteren Ebene aufzusteigen.

Dadurch kann Israel eine neue arabische Mittelklasse ausgebildeter und technisch versierter Palästinenser schaffen, die in bezug auf ihr wirtschaftliches Wohlergehen völlig von dem zionistischen Staat abhängen. Indem sie die arabischen Arbeitskräfte produktiv ausnützen, den fähigen Arbeitern ein Weiterkommen ermöglichen und ihre Ausbildungsmöglichkeiten verstärken, könnte Israel einen großen Teil der einheimischen Bevölkerung gewinnen.

Obwohl es sicher viele palästinensische Studenten und Führer geben wird, die eine Absorption in die israelische Gesellschaft ablehnen werden, würden andererseits sicher einige in dem Bestreben sich fortzubilden und weiter zu kommen die Gelegenheit nutzen eine höhere Ausbildung und wertvolle technische Fertigkeiten zu erwerben.

Ein Pool niedrig bezahlter Arbeitskräfte

Der Plan würde, wenn er Erfolg hat, schließlich zu einer arabischen Wählerschaft führen, die für ihr Überleben und ihre Karrierechancen völlig von der israelischen Industrie abhängt. Jene, die diese Chance – nämlich für die betroffenen Unternehmen zu arbeiten – nicht wahrnehmen, würden zu einer permanenten Unterklasse, verurteilt zu Armut und politischer Unterdrückung.

Während die Amerikaner zwar recht bereit sind die Exporte der Japaner in die Vereinigten Staaten mit Quoten zu belegen, fürchten die Japaner doch, daß es der US-Kongreß nicht wagen werde die israelischen Importe zu begrenzen. Mit ihrem ungeheueren Pool niedrig bezahlter arabischer Arbeitskräfte und israelischem technischem Knowhow könnten die israelischen Firmen die Vorherrschaft der Japaner auf solchen Gebieten wie der Verbraucher-Elektronik sehr bald herausfordern.

Während also die AIPAC knappe Handelsquoten auf japanische Importe durch die USA stillschweigend unterstützt, tun sie dies nicht deshalb, weil sie dem amerikanischen Arbeiter damit helfen wollen. Es ist statt dessen der Versuch die Bühne zu bereiten für eine größere Nachfrage nach billigen Elektronik-Erzeugnissen in den USA, die dann von Israel auf Kosten weiterer Arbeitsplätze, die dadurch für Amerikaner verlorengehen, geliefert werden sollen. □



Israel

Vanunu schadet dem Image

Victor Marchetti

Als Mordechai Vanunu vor über einem Jahr gegenüber der Weltöffentlichkeit enthüllte, daß Israel in einer Fabrik in der Nähe von Dimona in der Negev-Wüste Atomwaffen herstellt, hat er lediglich die Bestätigung für ein offenes Geheimnis geliefert, das den meisten Regierungen einschließlich jener der arabischen Länder längst bekannt war. Für dieses »Verbrechen«, das nach Behauptung der zionistischen, israelischen Behörden unter Verrat fällt, wurde er gekidnapped, ins Gefängnis geworfen und wird nun im geheimen vor Gericht gestellt – von einem Land, das sich selbst als ein Bollwerk der westlichen Zivilisation und demokratischer Werte bezeichnet.

In der Hoffnung, die Aufmerksamkeit auf die Lage seines Bruders zu lenken, kam Meir Vanunu vor einigen Wochen in die Vereinigten Staaten, um das amerikanische Volk über die schlechte Behandlung seines Bruders in den Händen der israelischen Regierung zu informieren. Doch der Zeitpunkt war schlecht gewählt.

Nicht gut für das Image Israels

Meir Vanunu kam eine Woche vor der Ankunft des sowjetischen Parteiführers Michail Gorbatschow, der sich in Washington mit US-Präsident Ronald Reagan zu einem weiteren Gipfelgespräch traf. In der gleichen Woche mobilisierte die mächtige amerikanische jüdische Lobby mit Hilfe der israelischen Regierung ihre Kräfte zu großem Protest gegen die Emigrationspolitik der Sowjetunion im Hinblick auf die Juden.

Nur wenige Leute zeigten sich interessiert an der Vanunu-Affäre, und die amerikanischen Massenmedien ignorierten die Anwesenheit seines Bruders weitgehend. Bei einer kleinen Pressekonferenz im Nationalen Presseclub in Washington waren nur eine Handvoll Journalisten anwesend. Reporter von der »Wahington Post« und »Washington Jewish Week« waren da; doch keine der beiden Zeitungen brachte einen Bericht über die Pressekonferenz. Mordechai Vanunu ist nicht gut für das israelische Image. Deshalb ist er zu einer »Un-Person« geworden.

Vanunu ist ein Jude spanisch-portugiesischer Abstammung, dessen Familie während des großen Auszugs nach Zion in den ersten Jahren der Unabhängigkeit Israels von Marokko nach Israel auswanderte. Nach Schule und Militärzeit bekam er einen Arbeitsplatz in einer »Textilfabrik« in Dimona – in Wirklichkeit in Israels Atomwaffenfabrik.

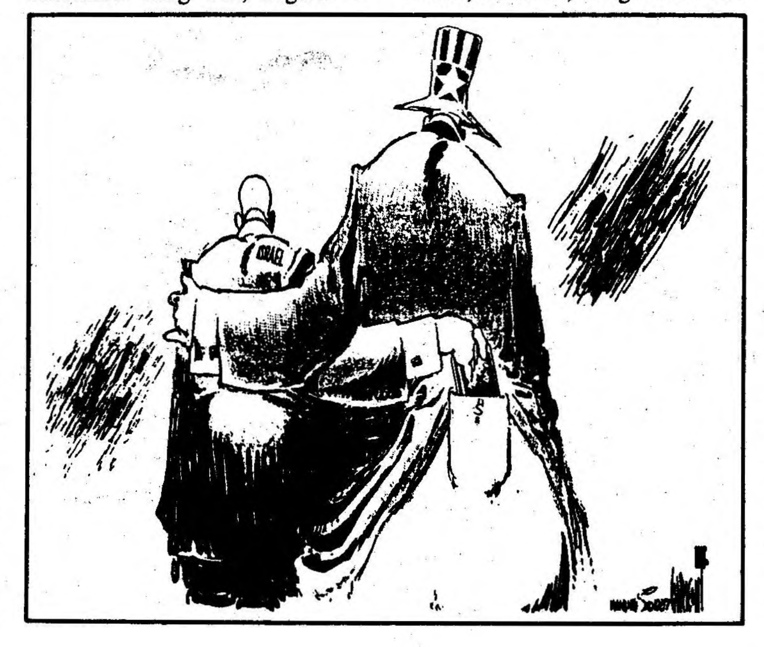
In den Jahren, als er dort als Techniker tätig war, begann er Zweifel über die militärischen Absichten seiner Regierung und schließlich sogar über den Zionismus zu bekommen. Außerdem machte er sich zunehmend Sorge über die Notlage des palästinensischen Volkes.

Vanunu verließ Dimona und Israel, reiste in den Fernen Osten und beschäftigte sich dort mit den Religionen des Orients. Er ging dann nach Australien und konvertierte bei einem anglikanischen Priester zum Christentum. Als er seinen Rabbi über seinen Entschluß informierte, wurde er von diesem sofort diffamiert mit den Worten, »er sei auf die niedrigste Form von Menschlichkeit hinabgestiegen«, und er teilte der israelischen Regierung mit, Vanunu sei instabil und ein mögliches Sicherheitsrisiko.

Kurz danach erzählte Vanunu seine Geschichte und enthüllte dabei den wahren Zweck der »Textilfabrik« von Dimona. Er tat es Journalisten der englischen Zeitung »Sunday Times« gegenüber.

Das waren große Neuigkeiten in Europa, doch in der amerikanischen Presse fanden sie kaum Beachtung. Zunächst versuchten die Israelis es mit der Verunglimpfung Vanunus. Als das nicht funktionierte, denunzierten sie ihn als einen Verräter. Weder bestätigten noch leugneten sie die Tatsache, daß es sich in Dimona um eine Atomwaffen-Produktionsstätte handelt.

Vanunu und seine Enthüllungen gerieten bald in Vergessenheit – bis der israelische Geheimdienst, Mossad, möglicherweise mit Hilfe des CIA Vanunu entführte und ihn zurück nach Israel brachte.



Seinem Bruder zufolge reiste Vanunu mit einer »israelischen Studentin« nach Italien, die behauptete, ihr gefalle sein Bestreben, über Dimona die Wahrheit zu sagen; damit wollte Vanunu der Überwachung und Belästigung durch den Mossad entkommen.

In Rom stellte die Studentin Vanunu ihrer Tante vor, »einer geschiedenen Frau aus Florida«, die ihn in ihre Wohnung eingeladen hatte. Dort wurde er von mehreren Männern zusammengeschlagen und festgenommen. Man betäubte ihn, brachte ihn auf eine Privatjacht und sieben Tage später war er wieder in Israel.

Er darf mit niemandem sprechen

Seither sitzt er in einem Gefängnis mit höchsten Sicherheitsvorkehrungen in Einzelhaft. Mit Ausnahme seines Anwalts und einigen Mitgliedern aus seinem engsten Familienkreis darf Vanunu mit niemandem sprechen. Er hat keinerlei Kontakt zur Presse – bis auf einen dramatischen Augenblick.

Während er vor einigen Monaten für eine Voruntersuchung zum Jerusalemer Gerichtsgebäude gefahren wurde, hielt Vanunu die Innenseite seiner Handfläche gegen die Fensterscheibe im Wagen. Er hatte eine Botschaft darauf geschrieben, die glücklicherweise von einem wachsamen Journalisten für alle Welt fotografiert worden ist. Darauf stand zu lesen: »Ich wurde in Rom entführt.«

Der geheime Prozeß gegen Vanunu in Jerusalem ist derzeit im Gang. Es wird erwartet, daß er von den drei Richtern, die die Anhörung seines Falles durchführen, schuldig befunden wird, »Staatsgeheimnisse verraten zu haben«, und daß er wahrscheinlich zu lebenslänglich verurteilt wird. Sein Bruder Meir ist jetzt selbst vor der israelischen Justiz auf der Flucht und fürchtet um seine eigene Sicherheit. Die zionistische Regierung hat Haftbefehl gegen ihn erlassen. Auch er wird beschuldigt, »Staatsgeheimnisse« verraten zu haben. Er hat die Geschichte seines Bruders vor aller Welt bekanntgemacht. □

Israel

Shamirs Privatbesuch in den USA

Mark Lane

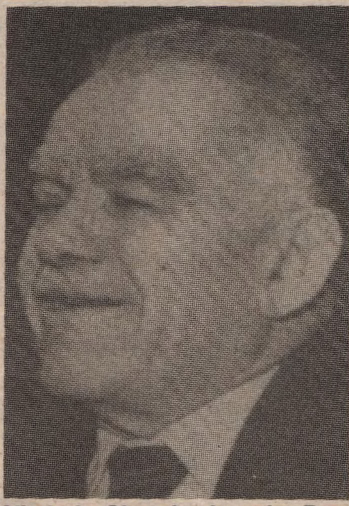
Der israelische Premierminister Yitzhak Shamir weilte im November 1987 sechs Tage lang mehr inoffiziell in den Vereinigten Staaten, »um mit den amerikanischen Durchschnitts-Juden zu sprechen« und seine Position gegen die Abhaltung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz zu diskutieren.

Obwohl die Reise des israelischen Premierministers Shamir, bei der er Washington, New York und Miami besuchte, als Privatbesuch bezeichnet wurde, traf sich der zionistische Politiker zu einem zweistündigen Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan im Weißen Haus. Shamir brachte seine große Sorge über eine mögliche Reduzierung amerikanischer Wirtschafts- und Militärhilfe an Israel zum Ausdruck.

Nachforschungen bei Waffenhändlern

»Wir äußerten unsere Bedenken über die künftigen Kürzungen im amerikanischen Haushalt«, sagte Shamir Reportern nach der Unterhaltung im Weißen Haus. »Wir möchten gerne, daß dieses Problem zum Nutzen der USA gelöst wird und wir machen uns auch unsere eigenen Sorgen darüber, weil wir diese sehr wichtige Unterstützung brauchen, die den Interessen der freien Welt und der Vereinigten Staaten dient.«

Einige Tage später verständigten sich US-Regierung und Vertreter aus dem Kongreß über Haushaltskürzungen in Höhe von mehr als 53 Milliarden Dollar und fast 23 Milliarden Dollar an Steuererhöhungen über die nächsten zwei Jahre. Obwohl darin auch einige Kürzungen an Auslandshilfe eingeschlossen waren, müssen die Reduzierungen im einzelnen und die betroffenen Länder noch bestimmt werden. Es ist allerdings eine starke Bewegung im amerikanischen Kongreß im Gange, um Israel von Kürzungen in der Auslandshilfe auszuschließen.



Yitzhak Shamir, Israels Premierminister, ist gegen jeden Kompromiß in der Frage der West Bank und der Palästinenser.

Zusätzlich zur Bitte die US-Hilfe nicht zu kürzen, hat der israelische Premier Präsident Reagan angeblich versichert, Israel habe den Verkauf von Waffen an den Iran völlig gestoppt und Shamir bekräftigte die US-Politik am Persischen Golf, wie informierte Quellen sagen.

Als Folge anhaltender Geheimdienstberichte, in denen es hieß, Israel liefere weiterhin Waffen an den Iran, haben die Amerikaner die Israelis zu diesem Thema schon eine gewisse Zeit lang bedrängt. Die israelische Führung hat die Vereinigten Staaten jetzt davon in Kenntnis gesetzt, daß es gegen die Regierungspolitik verstoße, Waffen an den Iran zu verkaufen. Außerdem behaupten sie, man hätte soweit möglich Nachforschungen bei vielen unabhängigen Waffenhändlern, die in Israel tätig sind, angestellt und soweit sich dies sagen ließe, sind derzeit keine Privatpersonen in Waffengeschäfte mit dem Iran verwickelt.

Gegen Vorschläge für territorialen Kompromiß

Doch die Israelis meinten, sie könnten nicht absolut sicher sein, daß es nicht einige private Händler gibt, die das Khomeini-Regime doch noch mit Waffen versorgen. Sie sagten, es gäbe einige israelische Bürger, die ohne staatliche Lizenz arbeiten und von denen sie keine direkte Kenntnis besitzen.



US-Präsident Ronald Reagans Regierung will die Wirtschafts- und Militärhilfe für Israel künftig beträchtlich reduzieren.

Später an diesem Tag sprach Shamir vor einem großen Forum von Journalisten, Wissenschaftlern und Diplomaten am Washingtoner Institut für Nahostpolitik, einem pro-israelischen Denktank. Wiederholt verurteilte er den »verrückten Krieg« zwischen Iran und Irak. Obwohl er Khomeini als einen »erbitterten Todfeind Israels« bezeichnete, hob er doch deutlich hervor, daß Israel eine neutrale Position in dem Konflikt einnimmt und nicht in den Krieg verwickelt sei.

»Ich sehe keinen Grund«, sagte Shamir, »warum wir uns auf die eine oder andere Seite schlagen sollten.«

Der zionistische Politiker brachte seine Zufriedenheit über das Ergebnis des jüngsten Gipfeltreffens der arabischen Liga in Jordanien zum Ausdruck, doch inoffiziell meinte er, die Ereignisse hätten sich nicht hinreichend entwickelt, als daß eine internationale Friedenskonferenz mit den Arabern gerechtfertigt wäre.

US-Präsident Reagan neigte dazu den Premierminister zu unterstützen, indem er Shamir gesagt haben soll, die US-Regierung sei entschlossen den Friedensprozeß durch direkte Verhandlungen voranzutreiben, »was unserer Meinung nach der einzig richtige Weg ist.«

Später an diesem Wochenende appellierte Shamir vor der Generalversammlung des Rats der jüdischen Verbände in Miami an König Hussein von Jordanien, direkte Verhandlungen mit Israel zu eröffnen. Er sagte, er sei bereit sich mit dem König »überall und zu jeder Zeit« zu treffen.

Gefragt, ob er sich bereits insgeheim mit Hussein an der West Bank getroffen habe – wie in Gerüchten verlautete –, stritt Shamir dies glattweg ab. Informierten Quellen zufolge war dieses Dementi des Premierministers allerdings »pro forma«; die beiden Politiker haben sich angeblich tatsächlich in der jüngsten Vergangenheit insgeheim getroffen.

USA sollen Israel entschädigen

Shamir lehnte in der Öffentlichkeit jegliche Vorschläge für einen territorialen Kompromiß an der West Bank und an dem Gazastreifen ab und meinte, andere Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Problem der Palästinenser müßten ausgearbeitet werden, wenn ein Friedensabkommen mit Jordanien erzielt werden soll. Er wies auch Vermutungen zurück, Israel sähe sich angesichts der anhaltenden Besetzung der Territorien Gefahren aus der Bevölkerung gegenüber. Solche Probleme, sagte Shamir, hatte Israel seit der Zeit Josuas.

Außerdem meinte der Premierminister die Regierung habe nicht die Absicht den Palästinensern an der West Bank und am Gazastreifen die israelische Staatsbürgerschaft anzubieten. Doch, so meinte er, es gäbe keine Pläne die Palästinenser aus Jordanien oder von anderswo zu vertreiben. Er sagte: »Unser Ziel ist es in Frieden zu leben.«

Am nächsten Tag erzählte er den Zuhörern der B'nai Israel Congregation in der Nähe von Washington, es werde nie einen separaten palästinensischen Staat zwischem dem Mittelmeer und Jordanien geben. Er versprach darüber hinaus, daß die PLO als Faktor in allen Friedensverhandlungen beseitigt werden würde.

Als Antwort auf Fragen sagte der Premierminister: Israel sollte eine Verfassung haben, doch es bleibt nicht mehr genug Zeit in der Regierung der nationalen Einheit eine solche auszuarbeiten; die »Operation Unabhängigkeit« hilft Israel dabei wirtschaftlich autark zu werden und die Zukunftsaussichten sehen sehr gut aus – und was das Aliyah – die Rückkehr nach Israel – angeht, sollten die amerikanischen Juden einen persönlichen Beitrag zu Israels wichtigster natürlicher Quelle – Menschen – leisten.



In einem Gespräch mit König Hussein von Jordanien setzte sich der amerikanische Präsident für direkte Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern ein.

»Unserem Land fehlen die Bodenschätze unter der Erde«, sagte Shamir. »Doch unser Schatz liegt über der Erde. Zu diesem Schatz können Sie viel beitragen.«

An jenem Wochenende in der Synagoge der B'nai Israel Congregation sagte Shamir, er hoffe zwar, daß es nicht zu einer Kürzung in der US-Hilfe käme, doch die Situation im Hinblick auf Israel sei »düster«. Er meinte weiter, die Vereinigten Staaten sollten seiner Ansicht nach Israel »entschädigen« für ihre Entscheidung das Lavi-Düsenjägerprojekt zu stornieren.

Der israelische Premierminister sagte weiterhin, trotz des großen, wirtschaftlichen Fortschritts seit dem Yom-Kippur-Krieg des Jahres 1972 bliebe Israel weiterhin stark abhängig von der Finanzhilfe der Amerikaner. Doch, so meinte er, die gesamten 1,2 Milliarden Dollar US-Wirtschaftshilfe bleiben derzeit in den USA, um die Schulden aus früheren amerikanischen Rüstungskrediten an Israel zu bedienen. Er sagte: »Kein einziger Cent bleibt in Israel« – eine Übertreibung, die oft von israelischen Politikern zu hören ist.

Der Trick der Israelis

Shamir fügte noch hinzu, daß die 1,8 Milliarden Dollar an amerikanischer Militärhilfe 27 Prozent des 6 Milliarden Dollar Rüstungsbudgets der Israelis ausmachen würde. Doch er behauptete, dies sei tatsächlich bescheiden verglichen mit dem, was die USA ausgeben würden, um die Streitkräfte anderer westlicher Länder zu unterstützen. Das ist ein weiterer beliebter Trick der Israelis: der Versuch den zionistischen Staat mit den NATO-Verbündeten gleichzusetzen. □

Naher Osten

Strategie des ersten Schlags

Victor Marchetti

Während die meisten israelischen Militärexperten sich über den wahrscheinlichen Verlust eines weiteren High-Tech-Teams – Tel Avivs vorgeschlagenem anti-taktischem ballistischem Flugkörper (ATBM) – ärgern, halten einige die Entscheidung des amerikanischen Verteidigungsministeriums das dubiose Projekt nicht voll zu finanzieren insgeheim für einen Segen. Das heißt, sie sehen den Verlust als einen Segen für Israels militärische Fähigkeit an – langfristig betrachtet –, denn die zionistischen Rüstungsplaner werden gezwungen sein offensiver zu denken und eine Strategie des Erstschlags zu entwickeln.

Viele im israelischen Militärestablishment betrachteten die ATBM mit einer Investition von schätzungsweise 1,2 Milliarden Dollar an anfänglichen Forschungs- und Entwicklungskosten als einen »zweiten potentiellen Lavi«, das jüngst gestrichene Düsenkampfjäger-Projekt, das weitgehend durch amerikanische Rüstungshilfe finanziert worden ist.

Weitere Milliarden aus Washington

Darüber hinaus hielten die Israelis die ATBM für einen attraktiven Vorschlag, denn er bot den Zutritt zum Budget der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI) der USA, eine potentielle Quelle von weiteren Milliarden Dollar aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium.

Doch, so argumentierten die offensiveren israelischen Militärexperten, das ist nicht unbedingt der beste Weg, um die langfristigen Militärziele des zionistischen Staates zu erreichen. Sie weisen darauf hin, daß sich selbst die optimistischsten Aussagen über die Leistungsfähigkeit oder die Vernichtungsquote der ATBMs lediglich im Bereich von 90 Prozent bewegten. Somit würde bis zu zehn Prozent der von einem Feind gegen Israel abgefeuerten Raketen – behauptet Syrien – ihr Ziel erreichen und eine große Verwüstung anrichten.



US-Präsident Dwight Eisenhower zwang im Suez-Krieg Großbritannien, Frankreich und Israel die Feindseligkeiten gegen Ägypten einzustellen.

Diese Experten befürworten deshalb eine Offensivstrategie, um der potentiellen Gefahr durch Raketen der Araber entgegenzutreten. Die ATBM dient im wesentlichen der Verteidigung. Ihr einziges Ziel ist die vom Feind abgefeuerte Rakete.

Dieses Konzept läuft also darauf hinaus »diese Raketen zu erwischen, bevor sie die Abschußrampen verlassen, ungeachtet der diplomatischen und politischen Implikationen«.

Mit anderen Worten, eine Erstschlag-Strategie. Einer der Befürworter dieser Strategie ist Hirsh Goodman von der »Jerusalem Post«, ein Bewunderer des ehemaligen Generals Ariel Sharon, Israels führendem Falken. Goodman, der kürzlich für die Dauer eines Jahres Gastprofessor am pro-zionistischen Washingtoner Institut für Nahostpolitik war, betrachtet Syrien als Israels nächsten militärischen Gegner.

Syrien ist Israels nächster Gegner

Goodman lehnt das Verteidigungskonzept, das der Entwicklung der ATBM zugrundeliegt, ab und schreibt: »Im nächsten Krieg werden es nicht die ersten Tage oder selbst die ersten Stunden sein, die kritisch sind, sondern die ersten Minuten. Somit wird es zunehmend deutlich, daß der Feind nicht die erste Kugel abfeuern darf. Die Folgen der Überraschung wird der Verlust von Israels strategischem Inneren sein und deshalb darf es zu keiner Überraschung kommen.«

Dann schreibt Goodman weiter: »Die bewaffneten Streitkräfte können so aufgebaut und geschult werden, um mit dem Problem fertig zu werden. Die Frage ist jedoch, ob die politische Führung dieses Landes in der Lage sein wird zur richtigen Zeit die richtigen Entscheidungen zu treffen.«

Die »richtige Entscheidung« wäre wahrscheinlich ein Präventivschlag »zur richtigen Zeit«.

Um ihre Offensiv- oder Erstschlag-Strategie zu unterstützen unterstreichen diese Militärexperten, daß es töricht sei, sich zu stark auf die Vereinigten Staaten zu verlassen – sowohl in Sachen Rüstungshilfe als auch im Hinblick auf politische Unterstützung. Sie betonen, daß es sich bei dem Lavi-Projekt um ein gemeinsames Unternehmen gehandelt hat, an dem die Amerikaner schließlich das Interesse verloren haben und ausgestiegen sind und es Israel überließen die Scherben aufzusammeln – verbunden mit hohen Verlusten in finanzieller Hinsicht und was die Verteidigungsposition angeht.

Und sie fragen, ob der zionistische Staat mit einem weiteren derartigen Verlust fertig werden könnte, sollte sich die Geschichte bei dem ATBM-Projekt wiederholen.

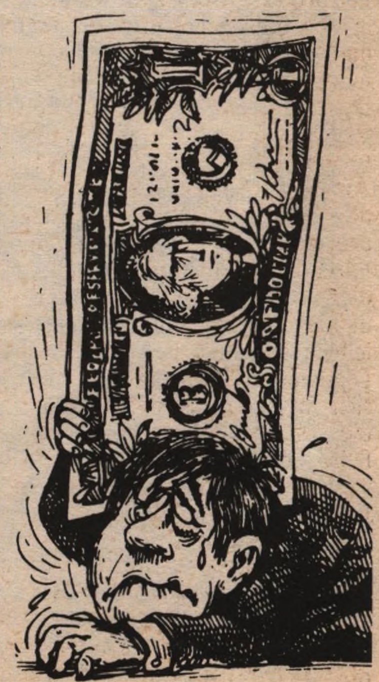
Außerdem weisen sie darauf hin, daß die Vereinigten Staaten zwar ein starker Verbündeter gewesen sind, doch sie waren nicht immer ein unbestrittener oder völlig zuverlässiger Verbündeter.

Tel Aviv und Washington nicht im Gleichgewicht

In diesem Zusammenhang wird die fehlende amerikanische Unterstützung im Suez-Krieg von 1956 zitiert, als US-Präsident Eisenhower Großbritannien, Frankreich und Israel zwang die Feindseligkeiten gegen Ägypten einzustellen; die lauwarme Unterstützung im Sechs-Tage-Krieg von 1967 und vor kurzem die mangelnde Entschlossenheit der Amerikaner bei der Invasion in den Libanon in den Jahren 1980 und 1982.

Schließlich heben die Befürworter einer offensiven Strategie für Israel hervor, daß Tel Avivs Ziele nicht immer mit denen Washingtons im Gleichgewicht stehen. Die gegenwärtige Konfrontation am Persischen Golf, bei der die USA eher auf der Seite des Irak, und Israel mehr auf der Seite des Iran ist, liefert ein gutes Beispiel für die divergierenden Interessen.

Kann sich Israel, so fragen die Befürworter eines Erstschlags, bei einem solchen Verbündeten darauf verlassen, daß die USA »die richtige Entscheidung zur richtigen Zeit« unterstützen werden? □



Naher Osten

Alte US-Schiffe in den Golf

Mike Blair

Die amerikanische Marine hat offenbar einen weiteren veralteten, wahrscheinlich gefährlichen Minensucher aus der Zeit des Korea-Krieges für den Einsatz in der heiklen Lage am Persischen Golf bestimmt.

Nachrichtenmeldungen aus dem Gebiet des Persischen Golfs zufolge, die von der amerikanischen Marine stark zensiert werden, befindet sich der Minensucher »Fearless« (MSO-442) jetzt im dortigen umkämpften Gewässer und hat den nördlichen Teil des Golfs in der Nähe der Marineeinrichtungen des Irans auf der Insel Farsi nach Minen abgesucht.

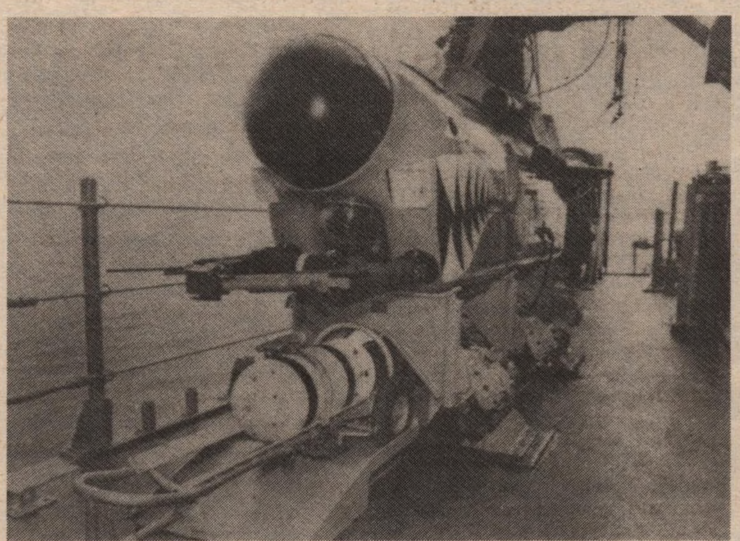
Minensucher mit Rissen in den Motoren

Die »Fearless« ist ein weiterer alter Reserve-Minensucher der US-Marine, der zum aktiven Einsatz im Persischen Golf bestimmt wurde. Wie bei den anderen handelt es sich auch hier um ein Schiff der Agile-Klasse.

Die Schiffe dieser Klasse wurden in den fünfziger Jahren gebaut und weisen eine lange Geschichte voller Schwierigkeiten auf – unter anderem fangen ihre Motoren leicht Feuer.

Anfang der siebziger Jahre wurde die Flotte der alten Minensucher der Agil-Klasse, die alte Packard-Dieselmotoren hatten – die nicht mehr gebaut wurden und bei denen ständig Ersatzteile fehlten –, auf neue Waukesha-Dieselmotoren umgerüstet. Wie sich dann herausstellte, waren die Waukesha-Motoren von äußerst fehlerhafter Konstruktion, weshalb sie häufig ausfielen und Feuer fingen, weil Öl in die Abzugsschornsteine geriet.

Die Lebensgeschichte der einzelnen Schiffe ist voll von Motorausfällen auf See. Ein Schiff, die »Force«, brannte im Jahr



Das Minenentschärfungssystem MNS an Bord des Minensuchers »USS Avenger«. MNS ist ein umbenanntes Tauchfahrzeug.

1973 völlig nieder und sank vor Guam.

Ursprünglich hatte die amerikanische Marine acht von den alten Schiffen mit Holzverkleidung für den Einsatz im Persischen Golf bestimmt. Fünf von ihnen waren mit den Waukesha-Dieselmotoren und drei mit den alten Packard-Dieselmotoren ausgestattet.

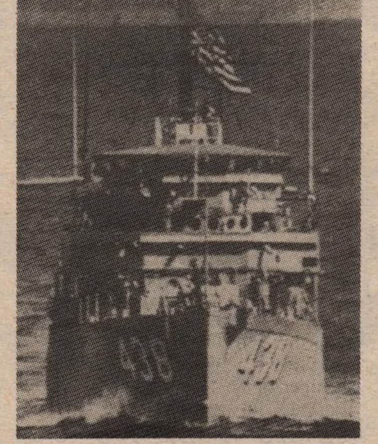
Doch es scheint so als wären irgendwo im Zuge der ganzen Operation die Schiffe »Implicit« (MSO-455) und »Pledge« (MSO-492) aus der Agile-Klasse und »Adroit« (MSO-509) aus der ähnlichen Acme-Klasse aus dem Rennen genommen worden, wahrscheinlich wegen der Unzuverlässigkeit der Motoren.

Diejenigen Schiffe, die in den Persischen Golf entsendet werden sollten und Waukesha-Motoren hatten, wurden dorthin geschleppt, um Verschleiß an den Motoren zu vermeiden.

Schwierigkeiten beim Finden von Minen

Eines der Schiffe, die »Conquest« (MSO-488) kollidierte dabei mit dem sie schleppenden Schiff und riß ein fünf Meter großes Loch in dessen Holzverkleidung. Es mußte nach Pearl Harbor geschleppt werden. Die »Fearless« ist offenbar der Ersatz für die »Conquest«.

Die »Fearless« hat viele Probleme mit den Motoren. Am 15.



Eines der veralteten amerikanischen Minensuchboote im Einsatz im Persischen Golf.

Juli 1981 fing sie Feuer und ein anderes Schiff, die »Engage« (MSO-433) mußte ihr zu Hilfe kommen. Anfang Sommer 1982 brach erneut ein Feuer auf der »Fearless« um »den Schornstein herum« aus.

Letzten Berichten zufolge liegen die alten Minensucher im Golf vor Anker und warten auf die Ankunft von Unterwasser-Robotereinrichtungen, die ihre Fähigkeit Minen unter Wasser zu entdecken verbessern sollen.

Diese Robotereinrichtungen – Super Sea Rovers – verfügen über Farbfernsehkameras und hochtechnische Suchgerät (Unterwasserschallanlagen), die das Gewässer vor den sich langsam nach vorn bewegenden Minensuchern nach Minen absuchen. Über Kabel werden Bilder auf elektronischem Weg zurück zu den Schiffen übertragen.

Offenbar hatten die alten Minensucher infolge ihrer veralteten Ortungseinrichtungen einige Schwierigkeiten bei der Lokalisierung von Minen. Die »Fearless« soll an einer Stelle einige alte Reifen, die an Seilen von einem Lastkahn hingen, der vor Jahren dort gesunken war, einmal irrtümlich für ein Minenfeld gehalten haben.

Die Robotereinrichtungen sind vergleichbar mit jenen auf Minensuchbooten weitaus modernerer Bauart, die von zahlreichen europäischen Ländern – unter anderem Großbritannien, Frankreich und Italien – im Persischen Golf eingesetzt worden sind.

Erbärmlicher Zustand der US-Marine

Im Herbst 1986 nahm die amerikanische Marine den ersten Minensucher ihrer neuen Avenger-Klasse in Betrieb. Es handelt sich dabei um den ersten neuen amerikanischen seefesten Minensucher, der von den Vereinigten Staaten seit der alten Agil-Klasse gebaut worden ist. Er wurde jedoch noch nicht für den aktiven Einsatz bestimmt. So unglaublich es auch erscheinen mag, die US-Marine hat tatsächlich die fehlerhaften Waukesha-Dieselmotoren für den Antrieb der Elektrogeneratoren in das neue Schiff eingebaut.

Der erbärmliche Zustand der Minensucheinrichtungen der US-Marine, der durch die Notwendigkeit moderner Minensucher im Persischen Golf deutlich wurde, ist ein Skandal, der den hohen Tieren in der amerikanischen Marine und den Vertretern des US-Verteidigungsministeriums noch lange anhaften wird. □

Zitate

Dankeschön

Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag: »Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will von der Hauptstadt der deutschen Nation aus unseren Verbündeten danken, daß sie durch Äußerungen führender Persönlichkeiten für unser nationales Anliegen eingetreten sind. Unser Dank gilt dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und seinem Botschafter in Bonn, Burt, die in Reden und Interviews für die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas plädiert und den Abriß der Mauer gefordert haben. Er gilt für den französischen Staatspräsidenten Mitterrand und seinem Premierminister Chirac, die von SED-Generalsektretär Honecker bei dessen Staatsbesuch in Frankreich mehr Freizügigkeit und ebenfalls den Abriß der Mauer verlangt haben. Wir Deutschen empfinden solches solidarisches Verhalten unserer Verbündeten als wertvoll.«

Wende

Franz Josef Strauß, CSU-Chef und bayerischer Ministerpräsident: »Die Sowjets zeigen ehrlichen Willen zur Abrüstung, sie wollen die kommunistische Idee nicht mehr mit Gewalt durchsetzen. Furcht vor aggressiven Absichten ist nicht mehr angebracht.«

Weltwirtschaft

Karl-Heinz Narjes, deutscher EG-Kommissar: »Es ist völlig richtig, daß die Dollar- und Börsenkrise gezeigt hat, wie groß die weltwirtschaftliche Verantwortung der EG ist. Wir schließen aus dieser Entwicklung einmal mehr, wie notwendig es ist, so schnell wie möglich zum Binnenmarkt und zu mehr Handlungsfähigkeit zu kommen. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß die Koordinierungsverfahren, die es bisher gibt, sämtlich nachhaltig verbesserungsbedürftig sind. Bald wird der Punkt kommen, wo jedermann erkennt, daß die EG nicht mehr getrennt in den Weltwirtschaftsforen auftreten darf, sondern aufgrund gemeinsam erarbeiteter und konzeptionell überzeugender Positionen maßgebender als bisher zur Entwicklung der Weltwirtschaft und zur Regelung ihrer dringenden Probleme beiträgt. Anderenfalls werden wir nur ein zweitklassiger Partner bleiben können und sehr viele Nachteile und Schäden auf uns ziehen.«

Lebenswerk

Edward Teller, Vater der Atombombe: »Mein Lebenswerk, die breite Palette der Nutzungsmethoden, steht. Was die Menschen daraus machen wollen, ist ihre Sache. Ich bin kein Pädagoge, ich bin Naturwissenschaftler und Techniker. Meine Sache bleibt es, die Menschen weiter zu vernünftigem, bedachtem Handel fähig zu halten.«

Sowjets

Henry Kissinger, ehemaliger amerikanischer Außenminister und engster Berater David Rokkefellers: »Wenn den Sowjets die Gelegenheit gegeben wird, die Welt aus den Angeln zu heben, werden sie es tun.«

Europa

Françoise Mitterand, französischer Staatspräsident: »Getreu unseren gemeinsamen Wurzeln im Mittelalter sollten wir die Ideen und Begriffe erneuern, die Gedanken und die Lebensweise, die unser gemeinsames Denken und Sein durch Raum und Zeit tragen werden. Den Europäern ist dies möglich, unter der Voraussetzung, daß sie sich die Mühe geben, ihre Hauptsprachen zu erlernen. Die Schule, das Wissen, die Bildung, die Universität – das sind die Werkstätten, in denen die europäische Identität geschmiedet wird.«

Wohlfahrtsstaat

Martin Bangemann, FDP-Vorsitzender und Bundeswirtschaftsminister: »Der Wohlfahrtsstaat ist der unmenschlichste Staat, den man sich denken kann, weil er die Menschen intensiver versklavt, als es früher die klassische Sklaverei vermocht hat.«

Afghanistan

Eduard Schewardnadse, sowjetischer Außenminister: »Wir werden Afghanistan mit reinem Gewissen und in dem Bewußtsein der Pflichterfüllung verlassen, wenn die äußere Einmischung ein Ende gefunden hat.«

Philanthrop

Eric M. Warburg, Hamburger Bankier: »In diesem Zusammenhang erinnere ich mich einer Situation im Zweiten Weltkrieg, als ich ja auf der westalliierten Seite im Combat Intelligence der USA-Army Air Force und der Royal Air Force stand: als die Alliierten Lübeck so stark bombardierten, habe ich mich an die englische Regierung gewandt und versucht, ihnen klarzumachen, daß Lübeck einen rein kulturellen und keinerlei militärischen Wert besaß. Ich setzte mich stark dafür ein, daß man Lübeck künftig verschone.«

Fehleinschätzung

Reiner Kunze, ehemaliger DDR-Schriftsteller: »Hat die Angst nicht nachgelassen? Ja. Aber aufgrund einer Fehleinschätzung der Verhältnisse – einer Fehleinschätzung, die im Westen genährt wurde und genährt wird, ohne daß diejenigen, die sie nähren, ein Risiko eingehen. Nichts in der Sowjetunion bietet die Garantie, daß jene, die heute Gorbatschow unterstützen, morgen nicht im Lager verschwinden. Solange diese Garantie nicht gegeben ist, hat sich aber nichts grundlegend geändert, und um die Gesellschaftsordnung grundlegender verändern zu können, müßte Gorbatschow mehr wollen als er zugeben darf. Eine Partei vom Selbstverständnis der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wird die Macht jedoch mit niemandem teilen und niemandem erlauben, sie zur demokratischen Disposition zu stellen.«

Wiedervereinigung

Rupert Scholz, Berliner Senator für Bundesangelegenheiten: »Politisch ist es sicherlich richtig, heute davon zu sprechen, daß die deutsche Teilung im Gesamtzusammenhang der Teilung Europas im Rahmen des Ost-West-Konfliktes steht. Richtig ist auch, daß das Grundgesetz uns auch den Auftrag zur europäischen Einigung gibt. Dieser Auftrag zur europäischen Einigung steht aber nicht im Verhältnis eines Vorrangs zum Wiedervereinigungsauftrag, der Wiedervereinigungsauftrag ist nicht nur im Zusammenhang mit der europäischen Einigung zu sehen.«

Vergangenheit

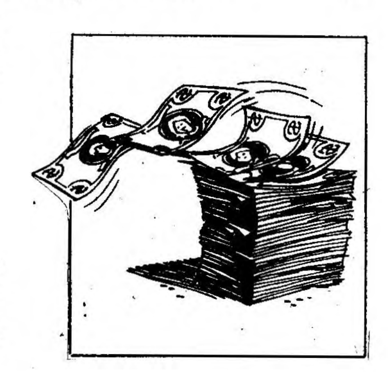
Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »So unsinnig die Forderung nach dem Büßerhemd ist, so unverantwortlich ist nach meiner Überzeugung der Ruf nach einem Schlußstrich unter die Vergangenheit. Vor allem der Jugend würden wir damit einen denkbar schlechten Dienst erweisen.«

Hinweis

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Wir Deutschen dürfen die NS-Verbrechen nie vergessen, verdrängen oder verharmlosen, weil wir nur durch die Erinnerung zur Versöhnung befähigt werden.«

Patriotismus

Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: »Besorgt machen uns Geschichtslosigkeit und Rücksichtslosigkeit der eigenen Nation gegenüber. Ohne einen elementaren Patriotismus, der anderen Völkern selbstverständlich ist, wird auch unser Volk nicht überleben können. Wer die sogenannte ›Vergangenheitsbewältigung‹, die gewiß notwendig war, mißbraucht, um unser Volk zukunftunfähig zu machen, muß auf unseren Widerspruch stoßen.« □



Palästinenser

Politik mit Gewaltlosigkeit

Peter Blackwood

Ein neues Phänomen taucht in Israel auf und die zionistischen Behörden wissen nicht, wie sie damit umgehen sollen. Statt blutigem, doch unklugem Terrorismus haben einige Palästinenser damit begonnen, in ihrem Kampf um Befreiung von der israelischen Unterdrükkung zu gewaltlosem, passivem Widerstand überzugehen.

Der Mann hinter dieser neuen Bewegung der Gewaltlosigkeit ist Mubarak Awad, der in Jerusalem geboren und jetzt naturalisierter amerikanischer Staatsbürger ist. Er erzählt seinen Landsleuten, den Palästinensern, daß die gewaltlosen Methoden von Mahatma Gandhi die beste Hoffnung für die Beendigung der zwanzigjährigen Besatzung der West Bank und Gaza durch die Israelis sind.

Ein Mann ohne Macht

»Ich will nicht, daß die nächste Generation von Palästinensern in Gewalt erzogen wird«, sagte Awad in einem kürzlichen Interview mit der israelischen Zeitung »Haaretz«. »Ich will nicht, daß unsere Fahne nur ein Gewehr zeigt.«

Die zionistische Regierung, der es nicht gelingt, Awad zum Schweigen zu bringen, und die seine Popularität fürchtet, reagierte damit, daß sie Schritte für seine Ausweisung aus Israel unternahm. Der Innenminister ordnete an, daß er das Land bis zum 20. November 1987 verlassen solle, doch er hat es abgelehnt zu gehen und sagt, man werde ihn gewaltsam vertreiben müssen.

Der palästinensische Gandhi ist ein Mann ohne Macht im normalen Sinn des Wortes. Seine persönliche Gefolgschaft ist noch nicht groß. Dennoch stellt er für die zionistische Regierung eine potentielle Gefahr dar. Er ist von einer Idee erfüllt, mit der sämtliche Gewehre des israelischen Militärs unbrauchbar gemacht werden können, besonders da die Regierung und das Volk in eine Sackgasse geraten sind darüber, wie oder ob man mit dem Friedensprozeß fortfahren solle.



Indiens Mahatma Gandhi und seine gewaltlosen Methoden sollen Vorbild für eine gewaltfreie Politik der Palästinenser gegen Israel sein.

Außerdem wird das Volk, die jüdischen Bürger, dieser Situation mehr und mehr überdrüssig, ebenso wie dem Belagerungszustand, der damit einhergeht.

Doch die Realitäten der Situation bleiben bestehen. Im Vordergrund steht die Tatsache, daß über 1,5 Millionen Palästinenser an der West Bank und in Gaza leben. Wenn der zionistische Staat diese Territorien formell annektiert, würde Israel über Nacht zu einem bi-nationalen Staat, wobei sich die Bevölkerung fast zu gleichen Teilen aus Juden und Palästinensern zusammensetzt.

Terrorismus oder passiver Widerstand

Wenn die Zionisten andererseits damit fortfahren, durch militärische Besatzung Herrschaft über die Palästinenser auszuüben, ihnen sämtliche politischen Rechte zu verweigern, so ist das die beste Garantie für ein widerspenstiges, feindliches, unterworfenes Volk, das nur zwei Möglichkeiten hat: den Terrorismus oder den passiven Widerstand.

In beiden Fällen heißt das konstante und fortgesetzte Schwierigkeiten für den zionistischen Staat und die Korruption seiner lauthals proklamierten jüdischen, demokratischen Ethik.

Das ist die unbequeme Realität des heutigen Israel, die bestehen bleiben wird – selbst wenn die Regierung versucht, sie mit Euphemismen wie »das demographische Problem« zu verdecken.

Das war und ist die Umgebung, in der Mubarak Awad vor zwei Jahren auftauchte, als er das Palästinensische Zentrum für das Studium der Gewaltlosigkeit in Jerusalem gründete. Unter Verwendung von Gandhi als Vorbild drängte er das palästinensische Volk, sich der israelischen Besatzung durch solche Maßnahmen zu widersetzen wie das Anpflanzen von Olivenbäumen auf Boden, der von der zionistischen Regierung beansprucht wird, und die Ablehnung, amtliche Formulare in hebräischer Sprache auszufüllen.

Die Folge war, daß Awad rasch als ein Feind des Staates angesehen wurde. Doch lange Zeit wußten die Zionisten nicht, wie sie seinen Bemühungen entgegentreten können. Obwohl sie ihn gern als Terroristen behandelt und erschossen hätten, konnten sie das nicht tun. Als sie jedoch herausfanden, daß er einmal in den Vereinigten Staaten gelebt und die amerikanische Staatsbürgerschaft erworben hat, lehnte die israelische Regierung es ab, seinen Ausweis zu verlängern, der es ihm erlaubte, sich in den besetzten Gebieten aufzuhalten.

Peinlich für die Zionisten

Das war ein cleverer Entschluß, der jedoch nicht einer gewissen Ironie entbehrt. Die amerikanischen Juden, von denen viele noch im Besitz ihrer amerikanischen Pässe sind, haben bei der Errichtung der jüdischen Siedlungen an der West Bank eine führende Rolle gespielt.

Der radikale Rabbi Meir Kahane ist ein berühmtes Beispiel dafür. Umgekehrt waren jüdische Bürger, die irgendwo in kriminelle oder terroristische Handlungen verstrickt waren, vor einer Auslieferung sicher, weil sie in Israel wohnten.

Um die Sache noch komplizierter zu machen, ist das amerikanische Außenministerium Awad unerwarteter Weise auch noch zu Hilfe gekommen. Die US-Botschaft hat sich gegen die Art und Weise ausgesprochen, wie dieser amerikanische Staatsbürger von der israelischen Regierung behandelt wird, und man sprach in aller Öffentlichkeit davon, daß er einen »mäßigenden Einfluß« ausübe – eine sehr peinliche Tatsache für die Zionisten.

Die Existenz von gewaltlosen palästinensischen Aktivisten wie Awad macht es Israel unmöglich, die Rechtmäßigkeit der palästinensischen nationalen Sache zu ignorieren oder zu leugnen, indem man sie beiseite schiebt und ihre Anhänger als Terroristen abtut. □

Nazijagd

Demjanjuk als Zerrbild der Justiz

Ivor Benson

Ein führender britischer Historiker, Nicolai Tolstoy, hat den Jerusalemer Prozeß gegen den 67jährigen pensionierten Automobilarbeiter John Demjanjuk aus dem amerikanischen Bundesstaat Cleveland als ein groteskes Zerrbild der Gerechtigkeit bezeichnet.

John Demjanjuk wird beschuldigt der sadistische Massenmörder zu sein, der den Insassen des Konzentrationslagers Treblinka in Polen im Krieg als »Ivan der Schreckliche« bekannt war. Nicolai Tolstoy, Autor von zwei Büchern über die unmittelbare Nachkriegszeit, trat kürzlich als Zeuge auf, um Demjanjuk in bestimmten Punkten historischer Tatsachen zu unterstützen und er wird derzeit behandelt als wäre er selbst derjenige, der vor Gericht steht.

Ein Theater als Gericht

Graf Nicolai Tolstoy ist der Autor der Bestseller über die Nachkriegszeit in Europa mit den Titel »Die Opfer von Jalta« und »Der Minister und die Massaker«. Bei dem zweiten Buch handelt es sich um einen umfangreich dokumentierten Bericht über die erzwungene Repatriieung Hunderttausender von Flüchtlingen in den sicheren Tod durch die Rote Armee. In beiden Bürchern wird der ehemalige britische Premierminister Harold Macmillan – der spätere Lord Stockton – aufgrund seiner Rolle in der Operation mit dem Codenamen »Keelhaul« als Kriegsverbrecher gebrandmarkt.

»Ich hatte bereits etwas über den Prozeß gelesen«, schreibt Tolstoy im Londoner »Daily Telegraph«, »doch ich war dennoch erstaunt über den ersten Eindruck, den ich vom Gerichtssaal bekam. Zunächst einmal handelt es sich überhaupt nicht um ein Gericht, sondern um die Bühne und den Zuschauerraum eines Theaters. Viel beunruhigender war noch die bedrohliche Gegenwart eines großen Bildes des Lagers von Treblinka als Hintergrundvorhang, in der Zeit als ich dort war.«

Ein Bild, das den Artikel begleitete, zeigt die Galerie des Theaters, das jetzt als Gericht dient, vollgestopft mit Kameraleuten und deren Ausrüstung.

Tolstoy war als Sachverständiger geladen, nachdem die Staatsanwaltschaft Demjanjuks Geschichte seines Aufenthalts nach seiner Gefangennahme durch die deutsche Wehrmacht in Crimea im Winter 1942/43 in Frage gestellt und gar ins Lächerliche gezogen hatte.

Das zweite wichtige Thema, zu dem Tolstoy seine Zeugenaussage machte und Beweismaterial lieferte, bezog sich auf einen Personalausweis der SS, der auf Demjanjuks Namen lautete. Es handelt sich dabei um den Ausweis, den damaligen Presseberichten zufolge, die sowjetische Regierung dem Gericht zur Verfügung gestellt hatte als Gefälligkeit gegenüber Dr. Armand Hammer, dem Präsidenten von Occidental Petroleum, der alle Kreml-Chefs einschließlich Lenin sehr gut gekannt hat.

Gefälligkeiten des Armand Hammer

»Es ist nicht schwer«, schreibt Tolstoy, »eine Menge Beweismaterial zu liefern über die geschickten Fälschungen des KGB und deren Vorgänger, mit denen den diversen Zielen des sowjetischen Staates gedient werden sollte. Ich habe sogar viele Beweise geliefert, daß Richter Levin schließlich verzweifelt ›Stop‹ rief.«

Tolstoy sagt, führende Gerichtssachverständige hätten seither nachgewiesen, daß es sich bei dem Personalausweis, mit dem Demjanjuk mit dem Konzentrationslager von Treblinka in Verbindung gebracht werden soll, um eine plumpe KGB-Fälschung handelt. Doch zwei Gerichtssachverständige, die die Zeugenaussagen machten, wurden einer so harten Befragung unterzogen, daß einer von ihnen einen Nervenzusammenbruch bekam und der andere in seinem Hotelzimmer einen Selbstmordversuch unternahm.

Die gleiche Art des Folterverhörs führte zu einer zeitweisen Unterbrechung des Prozesses, als Tolstoy es ablehnte weitere Fragen zu beantworten, wenn er nicht die gleiche Behandlung erfahren würde wie die Sachverständigen, die ihre Zeugenaussagen gemacht hatten.

Er bestand darauf nur über den Inhalt seiner eigenen Zeugenaussage ins Kreuzverhör genommen zu werden und dies erzürnte den Richter so sehr, daß er schrie, in jedem ordentlichen israelischen Gericht würde ein Zeuge, der solche Einwände erhebt, selbst verhaftet und vor Gericht gestellt.

Schließlich gezwungen sein Kreuzverhör auf die gelieferten Beweise zu beschränken, geriet der Staatsanwalt Yons Blattman sodann auch gleich in große Schwierigkeiten. Darauf war er überhaupt nicht vorbereitet.

Tolstoy lieferte einen kurzen Abriß über seine Feuerprobe in den ersten drei Stunden seines Kreuzverhörs: »Erstaunt, doch

Das »Dokument«, der Ausweis, aufgrund dessen Demjanjuk gehängt werden soll. Er enthält nicht einmal ein Ausstellungsdatum.

leicht amüsiert lernte ich einen völlig neuen Nicolai Tolstoy kennen, den ich bisher noch gar nicht gekannt habe. Offenbar war ich ein entsetzlicher Antisemit und überzeugter Nazi-Sympathisant, der am Sieg der Deutschen im Jahr 1945 mitgearbeitet hatte und im folgenden Jahr versucht hatte, die Arbeit des Nürnberger Prozesses zu torpedieren.«

Der Druck auf einen Zeugen

»Frustriert über meine politischen Ambitionen hatte ich danach dann meine akademischen Zertifikate gefälscht und mein Diplom von Trinity College in Dublin ›gekauft‹.«

Tolstoy versuchte zu erklären, daß er ein neun Jahre alter Schuljunge in Surrey war, als er angeblich versucht haben soll seine ehrgeizigen Pläne in Europa durchzusetzen.

Noch viel heimtückischer waren andere Gedankenverbrechen, denen der Zeuge beschuldigt wurde. Es genügte noch nicht, daß er Adolf Hitler geholfen haben sollte, nein, er sollte auch noch Bücher über die erzwungene Repatriierung von Bürgern aus kommunistischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg geschrieben haben, ein Thema, worüber er überhaupt nichts wußte, während er in seinem Herzen den Wunsch hegte, Horden von Kosaken in Pogromen gegen hilflose Juden zu begleiten und in Rußland eine Autokratie des 19. Jahrhunderts wiederherzustellen.

Ganz anders war die Behandlung der sogenannten Sachverständigen der Anklage im Zeugenstand.

Levin hatte jegliche Fragen von seiten der Verteidigung über deren Qualifikationen oder politischen Ansichten ausgeschlossen. Im Fall Krokowski, der zugab, im vom Kreml eingesetzten Regime im sowjetisch besetzten Polen gedient zu haben – was im Prozeß von offensichtlicher Bedeutung war –, hatte der Richter zum Beispiel mit den Worten eingegriffen:

»Selbst wenn Sie nach Ihren politischen Ansichten gefragt werden, brauchen Sie nichts zu antworten.«

Und einer Frage, die auf einen gröberen Fehler von Meisel aufmerksam machte, wurde abrupt mit der Verfügung Einhalt geboten: »Wir sind nicht hier, um Historikern für die eine oder andere Doktorarbeit eine Note zu geben. Das ist nicht Gegenstand dieses Prozesses.«

Bei Tolstoy entstand der Eindruck, der Prozeß diene nur Schauzwecken und daß diejenigen, die ihn führten, bereits vorher schon beschlossen hatten, daß ein Schuldspruch erforderlich sei.

»Ich kann nicht glauben«, sagte er, »daß das Gericht es für nötig halten würde, sich so grotesk zu verhalten, wie ich das erlebt habe, wenn es wirklich an die Schuld des Beklagten glauben würde. Richter Levin verbot regelrecht die Aussage eines Zeugen, der in genau einem parallelen Fall nachweisen konnte, wie hoffnungslos unzuverlässig die Aussagen eines Augenzeugen nach über 40 Jahren ist.«

Erstaunt über die Prozeßführung

Tolstoy bezog sich hier auf ein Auslieferungsverfahren in den Vereinigten Staaten vor einigen Jahren, als mehrere Zeugen aus Israel einen alten Mann unter Eid als das »Monster« eines Konzentrationslagers identifiziert hatten, der sich dann später übereinstimmend als unschuldig erwiesen hat. Dieser Mann wäre in Israel mit Sicherheit vor Gericht gestellt und gehängt worden, wenn es Beamten der Vereinten-Nationen nicht gelungen wäre deutsche Protokolle ausfindig zu machen, aus denen hervorging, daß er die gesamten Kriegsjahre als Landarbeiter verbracht hatte, nachdem er in der Armee aus gesundheitlichen Gründen für untauglich erklärt worden war. Es handelt sich bei diesem Mann um Frank Walus.

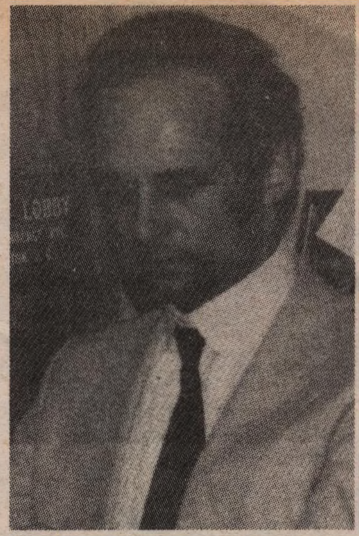
Warum hat man überhaupt beschlossen Demjanjuk vor Gericht zu stellen? Tolstoy stellt diese Frage nicht direkt, doch er lenkte die Aufmerksamkeit auf die deutliche Ähnlichkeit, die der Demjanjuk-Prozeß mit einer Reihe von Schauprozessen in der Sowjetunion aufweist, bei denen letzlich deutlich wird, daß sie einem verdeckten politischen Zweck dienen sollen.

Es wäre keine Schwierigkeit gewesen vom KGB »Beweismaterial« der Art zu bekommen, mit dem bereits zahllose unschuldige Männer in der Sowjetunion in den Tod geschickt worden sind.

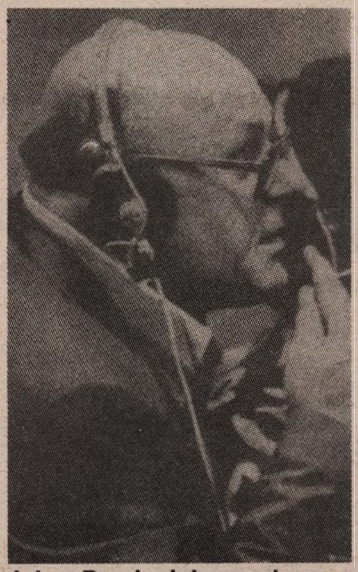
Aus sowjetischer Sicht und wahrscheinlich auch aus der Sicht der israelischen »Nazijäger« ist es völlig unerheblich ob Demjanjuk jemals auch nur in die Nähe von Treblinka gekommen ist.

»Ich fuhr tief deprimiert über die Erfahrung nach Hause zurück«, schreibt Tolstoy, »getröstet lediglich durch das ungeheuere Ausmaß an Mitgefühl aus der israelischen Öffentlichkeit, von denen viele im Gericht auf mich zukamen und mich wiederholt baten nicht alle Israelis nach dem Zerrbild von Gerechtigkeit zu beruteilen, dem ich soeben beigewohnt hatte.«

Tolstoy, der 51 Jahre alte Historiker aus Großbritannien, hat offenbar einen nützlichen Beitrag dazu geleistet, einen Schauprozeß seiner Glaubwürdigkeit zu berauben, und er empfand es als ein unbeabsichtigtes Kompliment, als Richter Levin bei einer Gelegenheit, wo er im Zeugenstand war, ärgerlich rief: »Je schneller wir diesen Zeugen aus Israel wieder heraus haben, umso besser ist das für alle Beteiligten.« □



Nicolai Tolstoy, ein britischer Historiker, war als Sachverständiger geladen, und über die Prozeßführung enttäuscht.



John Demjanjuk wurde von den USA an Israel ausgeliefert und dort vor Gericht gestellt, ihm droht das Todesurteil.

Raum für Anmerkungen der Dienststelle:
WIRD DER INHABER DIESES AUSWEISES AUSSERHALB DES ANGEGEBENEN STANDORTES ANGETROFFEN IST ER FEST ZU NEHMEN UND DER DIENSTSTELLE ZU MELDEN.

Der Beauftragte des Reichsführers-SS für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum.
DIENSTSITZ LUBLIN
AUSBILDUNGSLAGER TRAWNIKI
Dienstausweis Nr. 1393
Демьянюк Иван
Der Demjanjuk, Iwan
(Name des Inhabers)
ist in den Wachmannschaften des Beauftragten des RF-SS für die Errichtung der SS-und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum als Wachmann tätig.
SS-Hauptsturmführer

Armand Hammer besorgte über den »kleinen Dienstweg« vom KGB den »Dienstausweis« von Demjanjuk, eine plumpe KGB-Fälschung.



Medizin

Ausheilen durch Entgiften

Günter Carl Stahlkopf

Seit über 32 Jahren entwickelte Günter Carl Stahlkopf die Regenaplex-Therapie. Es handelt sich dabei erstmalig und bisher weltweit einmalig um eine echte Zellregenerations-Therapie, eine Alternative zur bisher seit über rund 100 Jahren bestehenden geltenden klassischen Medizin als Hochschulmedizin, aber auch um eine Gegenüberstelung zur Außenseiter-Medizin, die sich seit einigen Jahren Alternativ-Medizin unter dem Sammelbegriff der Naturheil-Behandlungs-Methoden nennt.

Seit dem Jahr 1890, also seit der Einführung der sogenannten Erreger-Hypothese, also auch nach Einführung der ersten Impfungen gegen Pocken und Diphtherie, nennt sich diese klassische Medizin modern und wissenschaftlich, weil sie bis heute für jede akute wie auch chronische Krankheit einen Erreger verantwortlich hält. Dies geschieht nach der falschen Folgerung: Suchen und finden wir den artspezifischen, also stets unterschiedlichen Erreger pro Krankheit, dann entwickeln wir dagegen das Antidot, mit dem wir diese Erreger abtöten können, und behaupten danach, der Patient ist von der Krankheit geheilt.

Wir gehen den letztlich umgekehrten Weg, indem wir diesen Erreger nicht als die Ursache der Krankheit A bis Z ansehen, sondern als Folge eines pathogenen Gesamt-Stoffwechsels mit der automatischen Situation, daß dadurch das Lebensmilieu des Gesamt-Organismus entsprechend pathogen krank oder verseucht wird nach dem Motto: Gesunde normale Zellfunktionen erzeugen ein gesundes Lebensmilieu in Zelle, Lymphe und Blut, indem zwangsweise nur gesunde Keime leben, um damit die Gesamt-Stoffwechsel-Lebensfunktion zur Umfassenheit zu unterstützen und vollenden.

Dagegen führen von der Kausa her pathogene Zellfunktionen ebenso zwangsweise zur Bildung eines pathogenen Lebensmilieus in Zelle, Lymphe und Blut, indem sich dann die pathogenen Keime bilden, die dann die Gesamt-Stoffwechsel-Lebensfunktionen zusätzlich im Teufelskreis mehr und mehr belasten und das Ausgangs-Krankenbild ebenso mehr und mehr negativ beeinflussen und die Krankheit vertiefen.

Therapeutisch heißt dies, bei allen Krankheiten, die pathogene Stoffwechsel-Ausgangslage vorauszusetzen und diese über den Einsatz unserer umfassenden Regena-Blut- und- Lymphentgiftungsmittel zu neutralisieren ohne Antidote, unter absolut nachschädenfreien Mittelwirkungen unserer Regenaplexe.

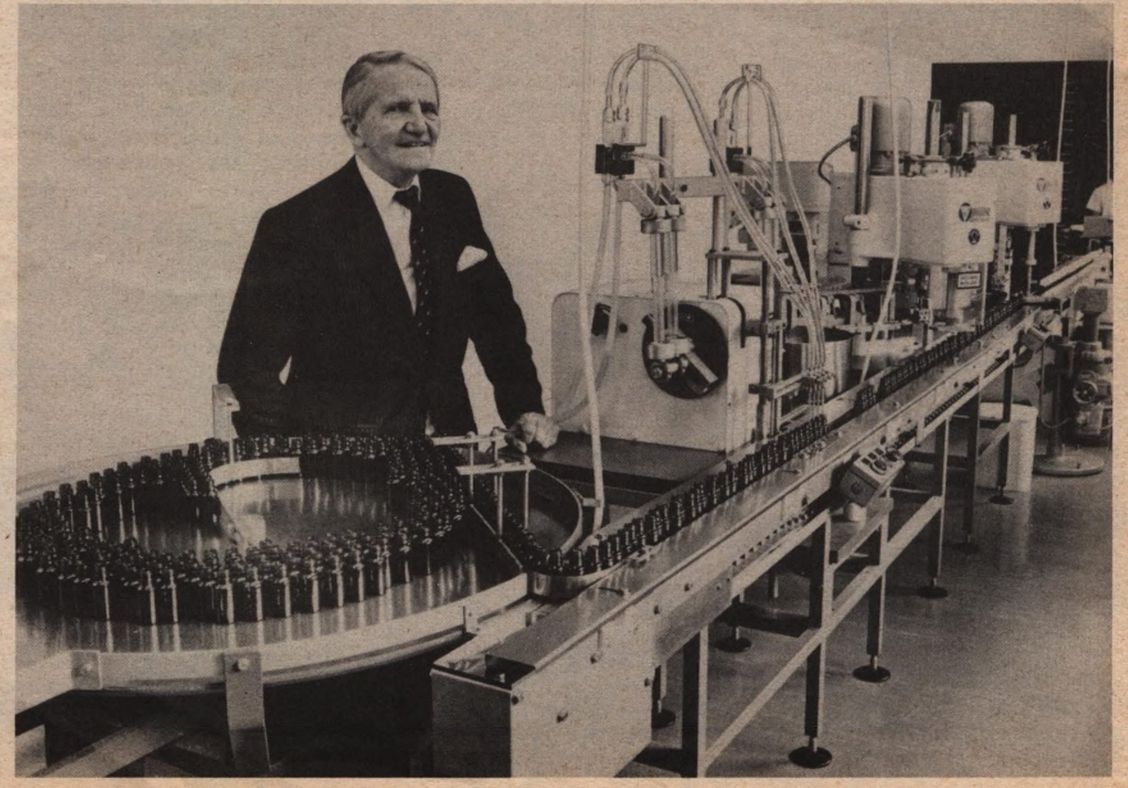
Kein Kurieren am Symptom

Die Steuerung und den jeweiligen Einsatz dieser Regena-Blut- und -Lymphentgiftungsmittel entnehmen wir aus der Vorgeschichte des Patienten nach der Grundüberlegung, daß die von ihm durchgemachten Vorkrankheiten – und dabei besonders die chirurgischen Eingriffe zum Beispiel am Blinddarm, an den Tonsillen, an den Stirn-Neben- und Kieferhöhlen, am Ohr bei einer Mittelohrentzündung, an den Lymphdrüsen oder -knoten, generell am Gefäßsystem mit zum Beispiel Bypassoperationen oder Krampfader-Verödung, Varizen-Entfernung, Eingriffe am Hämorrhoiden-Syndrom – niemals eine ursächliche Ausheilung der Krankheit bewirkt, sondern nur ein Kurieren am Symptom mit Nachschädenfolgen.

Das heißt in einem anderen umfassenden Beispiel, daß mit der Entfernung des Blinddarms oder Tonsillen, der Varizen oder des herausgerissenen, noch voll funktionstüchtigen gesunden Zahnes, der aber schon an der Wurzel mit einem Herd behaftet ist, oder der »ausgeräumten«, sogenannten sanierten Nebenhöhlen, der entfernten Eierstökke der Frau, des Uterus oder beides zusammen, des operierten sanierten Mittelohr-Gebietes, niemals die Ursache für derartige, stets umfassenden Zellstoffwechsel-Entgleisungen – sprich Erkrankungen – erfaßt oder abgestellt worden sind.

In dieser Erkenntnis liegt das wesentliche Grundfundament für unsere erfolgreiche Regena-Therapie: Bei allen chronischen Leiden die obigen Vorkrankheiten mit unseren Therapie-Baustein-Mitteln so nachzubehandeln, als wenn zum Beispiel der Blinddarm noch vorhanden und in der akuten Phase der Entzündung, um diese dafür auslösenden Toxine des Gesamtstoffwechsels mit unseren Mitteln, den Regena-Blut- und -Lymphentgiftungsmitteln, abzufangen, zu neutralisieren und den Rest über die zu aktivierenden Ausscheidungswege – Niere, Blase, Darm, Haut oder auch per Vagina – auszuleiten und auszuscheiden unter dem Begriff der Selbstreinigung.

Stahlkopf: »Wer Krebs echt heilen will, muß grundsätzlich die zellregenerativen Möglichkeiten haben, alle chronische Leiden anfassen zu können.«



Mit diesem Nicht-Antidot-Programm setzen wir die kausale Alternative, die echte Alternative zur Schule und zur bisher falschen Naturheilweise, ein und entziehen damit dem pathogenen Keim die pathogenen Substanzen aus Blut und Lymphe, von denen dieser lebt. Er stirbt also nicht durch Kanonenschüsse der verschiedenen Antidote, sondern er verhungert durch Abbau und Entzug seiner Nahrung aus dem Lebensmilieu.

So einfach klingt es nicht nur, sondern so ist es auch. Und dieser Vorgang über echte Ursachenerkenntnis und Therapie hat schnellste Wirkung ohne Nachschäden, während die Erreger-Therapie zu echten, mehr oder weniger zerstörerischen Nachschäden führt, die den Organismus zum echten Verlust der wahren Immunität führt und neue Folgekrankheiten gebiert.

Kausal echt ausheilen

Akute Krankheiten sind gerade mit unserer Ursachen-Therapie am leichtesten zu behandeln und sollten vom Regena-Arzt zuerst behandelt werden, damit er daran sein Erfahrungsgut aufbaut.

Bei der Behandlung mit unserer Regenaplex-Therapie sollte man bei allen Infekten anfangen, dann bei Stirn-Nebenhöhlen-Erkrankungen, bei Blasen-Nieren-Darm-Leber-Infektionen, bei allen Blut- und Lymph-Erkrankungen, bei allen Skelett-Erkrankungen, Bandscheiben und Gelenke, bei allen PCP-Erkrankungen sowie bei allen Augenerkrankungen.

Welche Therapieform hat diese umfassende Bandbreite? Keine. Selbst die klassische Schule nicht.

Allein die Tatsache, daß man mit unserer Therapie schwerste Infektions-Krankheiten vom Typhus über HepatitisB, gegen Virus-Infektionen speziell bis über G.O., Lues, ja bis zur Aids-Krankheit sinnvoll kausal echt ausheilen kann, sollte die Richtigkeit unseres Ganzheits-Milieu-Denkens beweisen.

Was bietet dazu die falsche Naturheilweise? Weder mit Ozon-, Neural-Frischzellen- oder sogenannter Immuno-Therapie mit Organ-Aufschwemmungen mit Thymus-Extrakten kann man dies erzielen. Von Akupunktur überhaupt nicht zu sprechen.

Wie kann man diese Therapieformen überhaupt unter Naturheilweisen eingruppieren. Sie haben alle mit der Natur, aus der wir alle kommen, aber nichts gemein. Von allen uns bekannten Außenseiter-Therapieformen kann sich nur die Homöopathie als einzig klassischer Vertreter der reinen Naturheilweisen bezeichnen. Ihr Entwickler, der hochverehrte Dr. Hahnemann, ist einer meiner großen Lehrmeister. Aus ihr ist die Regena-Therapie entstanden durch die zuerst von mir entwickelte Ursachenwirkung derselben, indem ich ihr jede echte Zellregenerationswirkung absprechen muß, da sie auch nur über ihre Simelewirkung am Symptom wirkt und eben nicht an der Ursache.

Erst unter dieser Erkenntnis konnte ich als Molekular-Biologe diese Therapieform wissenschaftlich fundiert weiterentwikkeln mit dem Ziel, über echte Ursachenwirkung der homöopathischen Einzelmittel die geeigneten Komplexe daraus zusammenzustellen, die nun unter der Spezialität mit Namen Regenaplex über die vorher beschriebene kausale Regenerationsmöglichkeit der belasteten, kranken Zelle führen.

Das Patt in der Medizin

Wo steht also unsere »hundertjährige wissenschaftlich-moderne Medizin« einerseits, wie andererseits unsere übliche »Außenseiter-Medizin«, die in den letzten gleichfalls 100 Jahren der Schule gegenüber wohl mit anderen Mitteln und Wegen arbeitet, sich aber von der Grundsatz-Hypothese her der Schule fast völlig angepaßt hat? Beide stehen im Patt, wo nichts mehr geht.

Das heißt, es werden mit beiden Summen-Therapie-Formen nur Symptome der Krankheiten ausgelöscht, mit stets zwangsweisen Folgen der fast tödlichen Nachschädigung auf Kind und Kindes-Kinder. Diese Therapien gebären stets neue Krankheiten, die schwerer und tiefschädigender sind als die mit diesen Symptom-Decker-Methoden behandelten Vorkrankheiten.

Einige Beispiele über die Gen-Schädigung dieser Behandlungsformen: Fast 25 Prozent der Neugeborenen sind körperlich und psychisch als nicht mehr normal zu bezeichnen. 10 bis 12 Prozent der Neugeborenen kommen also zur Welt mit einem Zellularsystem, was dem eines Greisen entspricht, also sklerotisch.

Dies ist nicht auf die zur Ausrede für die Medizin gewordene und hochgejubelte Wasser-Luft- und Nahrungsmittelvergiftung allein und vordringlich zurückzuführen, sondern in allererster Hinsicht auf die höchste Inweltvergiftung des Organismus durch die absolut falschen Therapieformen und deren schädigende Medikamente. Hier liegt die wahre biologische Bombe, mit der wir uns selbst zerstören, durch die grundsätzlich falschen Erkenntniswege der generellen Medizin.

Während sich auf dem Gebiet der Technik von der Erfindung des ersten Fluggleiters durch meinen Landsmann aus Pommern, Otto Lilienthal, um wiederum 1890 herum, in den folgenden 100 Jahren bis heute diese gewaltig sich entwickelte, sich bis zur Besteigung des Mondes über die Erdenschwere hinweg der Mensch sich zu bewegen gelernt hat, ist die moderne Medizin über ihren unbestrittenen äußeren Symptomerfolg – mit zum Beispiel der Erhöhung des mittleren Lebenszeitalters auf fast den doppelten Zahlenwert hin – trotzdem nicht kausal aufgestiegen, sondern befindet sich im tödlichen Rückschritt.

Die Medizin hat im Zuge dieser Entwicklung die irrige und anmaßende Behauptung gestellt: Wir haben die Natur besiegt. Das Lebenszeitalter der Menschen wird in nur 30 Jahren – also im Jahr 2020 – 120 Jahre betragen. Wir haben bis dahin den Herztod besiegt. Wir haben bis dahin den Krebs besiegt. Wir brauchen bis dahin die Leibesfrucht nicht mehr natürlich zeugen, sondern wir zeugen den Menschen in der Retorte heute schon und werden ihn in 30 Jahren vermutlich sogar ganz künstlich aufwachsen lassen mit oder ohne Astronautenkost. Seine kranke Genetik werden wir durch Gen-Chirurgie und durch Organ-Implantationen zu einem Menschen-Wunderwerk ausbauen und entwickeln, so daß wir auch keine »Leihmütter« hierzu mehr benötigen.

So sieht es aus! Kranke Gehirne können nur solche Gedanken und Pläne entwerfen und produzieren.

Krankheiten echt ausheilen ohne Nachschäden

In diesem hier nur kurz angedeuteten satanischen Geschehen, zu dem die bisher verflossenen 100 Jahre den Grundstein gelegt haben mit der falschen Ausrichtung des beschrittenen Weges, von der falschen Erreger-Hypothese angefangen, mit Impfung, Antidot- und Substitutions-Therapie, mit Blut- und Organ-Banken, mit dem Kunststoff-Ersatzteillager für die Chirurgie zum Austausch von Gefäßen, Gelenken, eines künstlichen Herzens, das einem Verdienst der Technik entspricht, ist damit die Weisheit der Medizin generell am Ende?

Die »Köhnlechner-Methoden« damit genauso aus der Ursachen-Schau? Keiner ist in der Lage, einen normalen Rotzschnupfen auszuheilen. Keiner ist in der Lage, einen normalen Husten von der Ursache her echt auszuheilen. Schule und Naturheilweisen unterdrücken ihn nur in unterschiedlicher, aber sonst gleicher Weise.

Keiner kann kranke Nieren oder eine Leber, ja noch nicht einmal einen erhöhten Cholesterinspiegel echt ausheilen. Auch die klassische Homöopathie kann keine Hämorrhoiden ausheilen. Keine Hypo- oder Hypertonie, kein Glaucom-Geschehen oder den grauen Star. Keine Arteriosklerose-Heilung. Keine Diabetes- me.-Heilung. Nichts aus kausaler Sicht ist da.

Ich bin kein billiger »Jahrmarktschreier« oder vielleicht gar ein Verrückter, weil ich normal gedacht und gefolgert und bewiesen habe, daß über ein echtes 180-Grad-Denken, über ein Ursachendenken, der Medizin ein neuer Weg, ein neuer Anfang gezeigt und möglich gemacht wird: Krankheiten zu vermeiden und Krankheiten echt auszuheilen ohne Nachschädigung. □

Weitere Informationen über die Regena-Zellregenerations-Therapie erhalten Sie vom Biologen Günter Carl Stahlkopf, Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell/TG, Schweiz.

USA

Kampagne gegen Waldheim wiederbelebt

Das Amt für Sonderermittlungen (OSI) im amerikanischen Justizministerium hat seine internationale Kampagne über die Anschuldigungen gegen den österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim, den ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen, im Zusammenhang mit Nazi-Kriegsverbrechen wieder neu belebt.

Waldheim ist auf die »Beobachtungsliste« des amerikanischen Justizministeriums gesetzt worden, und man hatte ihm am Anfang des Jahres 1987 die Einreise in die Vereinigten Staaten untersagt. Waldheim, der im Zweiten Weltkrieg als junger Leutnant der deutschen Wehrmacht gedient hat, leugnet die Anklagen, die niemals erhärtet werden konnten.

Inzwischen informierte das OSI den internationalen Ausschuß, der die Anklagen gegen Waldheim untersucht, darüber, daß man genügend neue Beweise darüber gefunden habe, daß Waldheim »in Handlungen verwickelt war, die nach der existierenden Rechtsprechung Anlaß zur Strafverfolgung geben«. Die Anklagepunkte wurden an das amerikanische Ausschußmitglied, Brigadegeneral James Lawton Collins, geschickt.

Ludwig Steiner, ein führender österreichischer Parlamentarier und Sprecher der konservativen Volkspartei, beschuldigte im Gegenzug den Chef von OSI, Neal Shear, des Versuchs, dem Kommunismus mit Hilfe einer »Verleumdungskampagne« Vorschub zu leisten.

Das amerikanische Justizministerium muß sich entscheiden, so sagte Steiner, ob es wirklich zulassen will, daß ein »untergeordneter Beamter« die Beziehungen zu einem befreundeten Land ruiniert, insbesondere da Waldheim alle »Fakten« des US-Justizministeriums widerlegt hat. Wenn es tatsächlich irgendwelche neuen Beweise gibt, sagte Steiner, sollten sie auf den Tisch gelegt werden.

Wie bekannt ist, arbeitet Neal Shear eng mit sowjetischen »Justiz«-Beamten zusammen, um »Beweise gegen politische Ziele im Westen zu sammeln«. □

Sowjetunion

Anschuldigungen wegen Hitler-Stalin-Pakt

Eine hohe Empfindlichkeit der Sowjets über den Hitler-Stalin-Pakt kam in einem Artikel in der sowjetischen Tageszeitung »Izvestia« zum Ausdruck, der von dem führenden Moskauer außenpolitischen Beamten D. M. Proektor vom Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) verfaßt worden ist. Laut dem geheimen Protokoll des Abkommens wurden die baltischen Staaten und die Hälfte Polens der sowjetischen Einflußsphäre ausgeliefert, in der sie sich noch heute befinden.

In Proektors Artikel heißt es weiter: »Die Legende, daß der Krieg wegen des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes begonnen habe, der am 23. August 1939 geschlossen worden ist, das heißt eine Woche vor Hitlers Invasion in Polen, und daß folglich die Sowjetunion genauso Schuld hat an seinem Ausbruch wie Deutschland, hat über drei Jahrzehnte lang existiert. Jetzt gibt es Versuche, dieser Legende neuen Auftrieb zu geben.«

Proektor meint, dies sei eines jener Ereignisse, »die aufgrund ihrer außergewöhnlichen Komplexität und widersprüchlichen Natur nicht abschließend und vorbehaltlos analysiert werden können. Wir haben natürlich zu dem Vertrag mit Deutschland als ein extremes, letztes und unerwünschtes Mittel Zuflucht genommen, um einer sehr gefährlichen Weltsituation zu entkommen, innenpolitische Probleme zu überwinden und Zeit zu gewinnen für eine bessere Vorbereitung zur Abwehr des unvermeidlichen Angriffs.

Hitler hat seinen kriminellen Angriff gegen Polen unabhängig davon ausgeführt, ob der sowjetisch-deutsche Vertrag existierte oder nicht, denn er hat ihn bereits beschlossen und vorbereitet. Niemand hat das Gegenteil bewiesen.« □

Kanada

Neuorganisation des Geheimdienstes

Der kanadische Geheim- und Sicherheitsdienst – Kanadas Version einer Kombination aus CIA und FBI – hat seine Gegensubversions-Abteilung aufgelöst und die entsprechenden Akten in eine Gegenspionage-Abteilung gebracht. Mit der Umorganisierung werden die sowjetische Spionage sowie Schmutzige-Tricks-Operationen in Kanada erleichtert.

Der ehemalige sowjetische Botschafter in Kanada, Aleksandr Yakovlev, ist jetzt ein Top-Berater Gorbatschows und wahrscheinlich direkt an diesen Aktionen beteiligt.

Die Umorganisation fällt zusammen mit Bemühungen der Liberalen und Neuen Demokratischen Partei, bei der gegenwärtigen progressiven konservativen Regierung einen »Watergate-Skandal« heraufzubeschwören, und zwar durch neue Schmiergeldskandale. Eine liberale oder NDP-Regierung würde Kanada aus der NATO herausziehen und NORAD auflösen und damit die amerikanischen Frühwarnsysteme zerstören sowie die amerikanische Anti-U-Boot-Schlagkraft behindern. □

UNO

Ausweg ist Privatfinanzierung

UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar sagte vor der Generalversammlung, die Vereinigten Staaten müßten im Jahre 1988 auf dem freien Markt Kredite aufnehmen, um zahlungsfähig zu bleiben; vor allem weil die Vereinigten Staaten mit 342 Millionen Dollar im Zahlungsrückstand bei den Vereinten Nationen seien.

In seinem Bericht »Die Finanzkrise der UNO« nimmt Pérez de Cuéllar an, daß die USA etwa die Häfte ihrer Schulden zahlen werden und Ende 1988 einen weiteren Betrag, doch er sieht für das Jahr 1988 noch immer ein Defizit von über 100 Millionen Dollar voraus.

Er bat darum die Generalversammlung um Erlaubnis, bis zu 50 Millionen Dollar zu kommerziellen Zinssätzen auf internationalen Märkten aufzunehmen, bis alle Mitglieder ihre Schulden zahlen.

Pérez de Cuéllar verlangte von den Mitgliedsstaaten auch die Refinanzierung des Notfonds der UNO in Höhe von 100 Millionen Dollar. Er schlug vor, die UNO solle die rückständigen Zahlungen und alle anderen Schulden der Vereinigten Staaten, des größten säumigen Zahlers, gegen Bargeld an andere Mitgliedsstaaten »verkaufen«.

Während der Käufer der Schuld nicht offiziell die Position erhalten würde, die Schuld einzutreiben – die Vereinigten Staaten leisten die Zahlungen an die UNO und die UNO zahlt den Käufer aus –, so öffnet das dennoch die Tür für einige interessante und unbequeme Käufe.

Die UdSSR, ein weiteres Land mit hohen Schulden, erklärte sich bereit, ihre Gesamtschuld in Höhe von 250 Millionen Dollar bald zu zahlen und könnte somit, wenn sie wollte, die Schulden der USA kaufen. □

Ägypten

Truppen an den Golf verlegt

Über 13 000 ägyptische Soldaten sind seit Anfang November 1987 stillschweigend in die Region am Persischen Golf entsandt worden, so verlautete aus verschie-

denen Geheimdienstquellen. Die ägyptischen Einheiten sind vor allem mit Flugzeugabwehrsystemen und Artillerie von großer Reichweite ausgestattet.

Während der größte Teil der Truppen nach Kuwait entsandt wurde, befinden sich auch einige in der Region Jubail in Saudi-Arabien. Die geheime Truppenentsendung folgte der Beendigung der saudiarabischen Militärvereinbarung mit Pakistan, das Truppen an Saudi-Arabiens Grenze zum Yemen stationiert hatte. Mit den Saudis verbundene Quellen berichten, daß die Entscheidung getroffen worden sei, nachdem pakistanische Einheiten – einschließlich vieler Schiiten – beim Waffenschmuggel nach Saudi-Arabien erwischt worden seien. Die saudische Regierung war auch angesichts der Annäherung zwischen Islamabad und Teheran zunehmend nervös geworden. □

USA

Brücken zur Sowjetunion bauen

Wie es in einem Bericht von Donald Lambro heißt, der in der »Washington Times« veröffentlicht wurde, hat sich Gorbatschow am 10. Dezember 1987 zu einem »einstündigen geheimen Treffen« mit dem amerikanischen Handelsminister William Verity, dem Vorsitzenden des amerikanisch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsrates, James Giffen, und Dwayne Andreas von Archer-Daniels-Midland getroffen. Das private Geplauder folgte auf Gorbatschows Treffen mit 80 amerikanischen Geschäftsleuten unter Leitung des Handels- und Wirtschaftsrates.

Lambro zufolge »diskutierten die Teilnehmer der Gruppe zehn größere Handelsabkommen im Gegenwert von nahezu zehn Milliarden Dollar«. Ein hochrangiger Vertreter des US-Verteidigungsministeriums sagte, einige der möglichen Projekte würden das Fernmeldewesen, Computer, Werkzeugmaschinen, Ölausrüstung, Lebensmittelverarbeitung und Engineering umfassen.

Einem von Lambro zitierten früheren Beamten aus dem Nationalen Sicherheitsrat (NSC) der Vereinigten Staaten zufolge ist es Veritys »Absicht, langfristige Verträge einzugehen, die der Kongreß nicht nach dem Export Administration Act« einer Prüfung unterziehen kann.

Lambro fügte hinzu: »Mr. Andreas, ein starker Befürworter von Senator Robert Doles Präsidentschaftskampagne, leitet den Arbeitsstab des Präsidenten für das internationale private Unternehmertum, empfiehlt, einen großen Teil der strategischen Handelsprüfverfahren des Pentagons und Nationalen Sicherheitsrates zu streichen, um einen umfangreichen Handel mit dem Sowjetblock zu erleichtern.«

Verity, ein guter Bekannter des Lieblings-Milliardärs des KGB, Armand Hammer, sagte Reportern vor kurzem, er glaube daran, daß man durch den Handel »Brücken zur Sowjetunion bauen« könne, und fügte hinzu: »Es geht wieder um das alte Yankee-Schiff.«

Verity war Mit-Vorsitzender des amerikanisch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsrates von 1977 bis 1984. Ein als ursprüngliches Geheimmaterial freigegebener Bericht aus dem US-Außenministerium identifizierte kürzlich mindestens ein Drittel der sowjetischen Mitglieder des Rates als bekannte oder vermutliche KGB-Agenten. Der Rat soll im März in Moskau zusammenkommen. □

Japan

Mehr Geld für die Verteidigung

Die japanische Verteidigungsbehörde forderte vom Finanzministerium zusätzliche Gelder für den Haushalt 1988, so berichtet die »Japan Times«. Man verlangt 2,25 Milliarden Yen für die Konstruktion der nächsten Generation des FSX-Jägers und 50 Millionen Yen für ein Kriegführungs-Informationszentrum der U-Boot-Abwehr.

Das Finanzministerium genehmigte im Juli 1987 ein Verteidigungsbudget in Höhe von 3,74 Billionen Yen. Mit dem letzten Antrag würde der Haushalt des Jahres 1988 um 4 Millionen Yen reduziert, da im ursprünglichen Haushalt einige Forschungskosten weggefallen sind. □

Kolumbien

Rauschgiftboß freigelassen

Einer der Bosse des internationalen Kokainhandels, Jorge Luis Ochoa, hat am 30. Dezember 1987 das mit strengsten Sicherheitsvorkehrungen versehene Gefängnis in Bogotá mit »legalen« Entlassungspapieren in seiner Tasche verlassen. Seine Entlassung, die von dem Strafrichter Andres Montanez unterzeichnet worden ist, erfolgte, obwohl Ochoa seine 22monatige Strafe für die illegale Einfuhr von Kampfstieren noch nicht ganz verbüßt hatte.

Obwohl Ochoa auf der Liste der von den Vereinigten Staaten Gesuchten an erster Stelle steht, lehnte die kolumbianische Regierung einen Auslieferungsantrag der USA gegen Ochoa ab, da der Oberste Gerichtshof Kolumbiens im Juni 1987 beschlossen hatte, ein Auslieferungsabkommen zwischen den USA und Kolumbien aus dem Jahre 1979 nicht mehr zu verlängern.

Der kolumbianische Justizminister Enrique Low Murtra sagte, der Freilassungsbefehl des Richters sei »völlig beispiellos« und man würde Untersuchungen über Montanez anstellen. Unbestätigten Berichten aus Kolumbien zufolge sollen im ganzen Land Straßensperren errichtet worden sein, um zu versuchen, den Drogenverbrecher wieder einzufangen.

Low Murtra nannte die Freilassung des Drogenhändlers einen großen Schlag für den Krieg gegen die Drogen. Durch die Handhabung der Ochoa-Affäre könnte die Glaubwürdigkeit der kolumbianischen Behörden – von der Judikative bis zur Exekutive – in der Tat auf irreparable Weise geschädigt worden sein. Bereits schon vor Ochoas Freilassung kursierten Gerüchte, daß die Regierung Barco die Möglichkeit der Verhandlungen mit Ochoas Medellin-Kartell auslote.

Zumindest ein Journalist hat den »Dialog«-Ansatz als in Wirklichkeit »einen sehr einfachen Vorschlag bezeichnet: das an den Pöbel zu verkaufen und sich den Profit zu teilen . . . Da gibt es jene, die die ungeheuere Geldmenge der Drogenhändler als einen Amnestiefaktor und eine Vergebung für ihre Verbrechen ansehen.« Der Journalist fragt schließlich sarkastisch, ob die Regierung »bereits begonnen hat, die kolumbianischen Richter auszuliefern, so daß sie den Drogenhändlern nicht in die Quere kommen«. Angesichts des Verhaltens von Richter Montanez erscheint dies unnötig. □

Singapur

Auflösung des Weltkirchenrates

Die Regierung von Singapur hat die Auflösung der Christlichen Konferenz Asiens, des regionalen Hauptquartiers des in Genf ansässigen Weltkirchenrates, angeordnet. Am Tage der Veröffentlichung dieses Erlasses veröffentlichte das Innenministerium eine Erklärung, in der der Rat beschuldigt wurde, Singapur als Schauplatz für die Organisierung pro-kommunistischer »Befreiungsbewegungen« in ganz Asien zu benutzen. Fünf ausländischen Führungskräften der angeblichen religiösen Organisation gab man zwei Wochen Zeit, das Land zu verlassen.

Personal der Christlichen Konferenz Asiens soll Anfang des Jahres 1987 hinter einer »christlich-marxistischen« Verschwörung zum Sturz der Regierung gestanden haben und sie stehen auch in enger Verbindung zur radikalen Opposition in Südkorea. Der Weltkirchenrat und verbündete Organisationen sollen auch Millionen von Dollar in die National-Demokratische Front auf den Philippinen haben fließen lassen, der politische Arm der Guerillas der New People's Army.

Der Kirchenrat Indonesiens ist vor kurzem aus dem Weltkirchenrat ausgetreten, weil dieser die pro-sowjetischen »Befreiungskämpfe« in der gesamten Region unterstützt hat. □

USA

Südkorea soll Konzessionen machen

Der Besuch des südkoreanischen stellvertretenden Premierministers Chung In Yong in den Vereinigten Staaten sollte eine neue Runde im »Schlag gegen Korea« hinsichtlich Handel und Zölle abwenden. Unmittelbar nach dem Sieg des Kandidaten der Regierungspartei, Roh Tae Woo, am 16. Dezember 1987 kündigten die Vereinigten Staaten Pläne an, um Südkorea – ihren fünftgrößten Handelspartner – zu zwingen, seine Wirtschaft für mehr US-Importe zu öffnen, angefangen mit Rindfleisch, Zigaretten und Versicherungen. Die USA werden auch auf eine beträchtliche Aufwertung der südkoreanischen Währung, des Won, drängen, um die Exporte des Landes zu kürzen.

Südkoreas starke Konjunktur – 12,2 Prozent Wachstum im Jahr 1987 – hat dem Land eine hohe Stabilität gegeben und war der Hauptfaktor bei Rohs Wahlsieg. Der amerikanische Handelskrieg gegen das Land wird die oppositionellen Kräfte schüren und insbesondere die stärkste Basis der Regierungspartei, die Farmer, schädigen.

Zwei der Hauptnutznießer der vorgeschlagenen Änderungen gehören zu den gefährlichsten Gegnern der Regierung: die R. J. Reynolds Tobacco Company und das C. V. Starr American International Group Insurance Imperium von Maurice Greenberg.

R. J. Reynolds hat die in Washington ansässige ARCA-Stiftung gegründet, die die Opposition in Korea und deren internationale Unterstützungsbasis einschließlich der International Human Rights Law Group und der North American Coalition for Human Rights in Korea finanziert.

Das Vorstandsmitglied von C.V. Starr AIG, »Hank« Greenberg, ein Freund des verstorbenen CIA-Chefs Bill Casey, spielte eine Schlüsselrolle beim Sturz des philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos. Über seine Philippine-American Life (Versicherung), dem größten einzelnen Liquiditätspool auf den Philippinen, kontrollierte Greenberg die Personen, die die philippinische Wirtschaft zugrunde richteten, unter anderen den ehemaligen Finanzminister Jaime Ongpin, Zentralbankchef Jose Fernandez und den Chef der Entwicklungsbank Cesar Zalamea. Greenberg hat Joint-venture-Versicherungsgesellschaften mit Polen, Rumänien und Ungarn und sollte die Versicherung der Olympischen Spiele in Moskau im Jahre 1980 vor der sowjetischen Invasion in Afghanistan übernehmen. □

Mexiko

Rebellen-Camps für die Jugend

Raul Monter, der Monterrey-Führer von Mexikos neofaschistischer Nationalen Aktionspartei »Pan«, hat angekündigt, seine Partei werde in der Hauptstadt mit der Einrichtung von »Rebellen-Camps« beginnen, um die Jugend nach dem Vorbild der Philippinen und Koreas als Anführer von Aktionen des bürgerlichen Widerstands zu schulen. Die Schulung wird durch philippinische und koreanische Experten erfolgen, und zwar im Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Mexiko.

Monter sagte, eine Kampagne zur Verurteilung des politischen Systems in Mexiko werde durchgeführt, die sofort beginnt mit der Verteilung von Flugblättern und Pamphleten im ganzen Land, in denen zu gewaltloser Aktion aufgerufen wird, um »betrügerische Wahlpraktiken« der Regierung aufzudecken, noch bevor sie stattfinden.

In der Vergangenheit war Pan verantwortlich für durchaus stark gewalttätigen Aufruhr während und nach Wahlen, besonders in Mexikos nördlichen Grenzstaaten, der vom Drogenhandel überschwemmten Hochburg der Organisation.

Monter kündigte außerdem an, 50 Mitglieder der Pan im Alter zwischen 17 und 25 Jahren werden in der Durchführung einer »friedlichen Revolution« geschult. Er lehnte es ab, Aussagen über die Schulungsorte zu machen, doch meinte er, die Trainer seien »jene, die mitgeholfen haben, Ferdinand Marcos von den Philippinen zu Fall zu bringen«. □

NASA

Sicherheitsprobleme mit dem Space-Shuttle

In einem internen NASA-Bericht wird behauptet, daß es der amerikanischen Raumfahrtbehörde noch immer an erfahrenen Ingenieuren, klaren Richtlinien und einer Führung mangelt, um die Sicherheit des bemannten Raumflugs zu gewährleisten. Trotz verstärkter Sicherheitsbemühungen verfällt die Behörde in eine Einstellung von »Sicherheit kommt erst an zweiter Stelle«. Der Bericht basiert auf einer über drei Monate hinweg durchgeführten Beurteilung von Sicherheitsrisiken, die ein Ad-hoc-Ausschuß durchgeführt hat.

Die Sorge um die Sicherheit, die kurz nach dem Challenger-Unglück ihren Höhepunkt erreichte, scheint im Schwinden begriffen, und in vielen Bereichen hat sich dies bei Arbeitern, Ingenieuren und Inspektoren in eine »Verhalten-wie-gehabt«-Einstellung verwandelt. □

USA

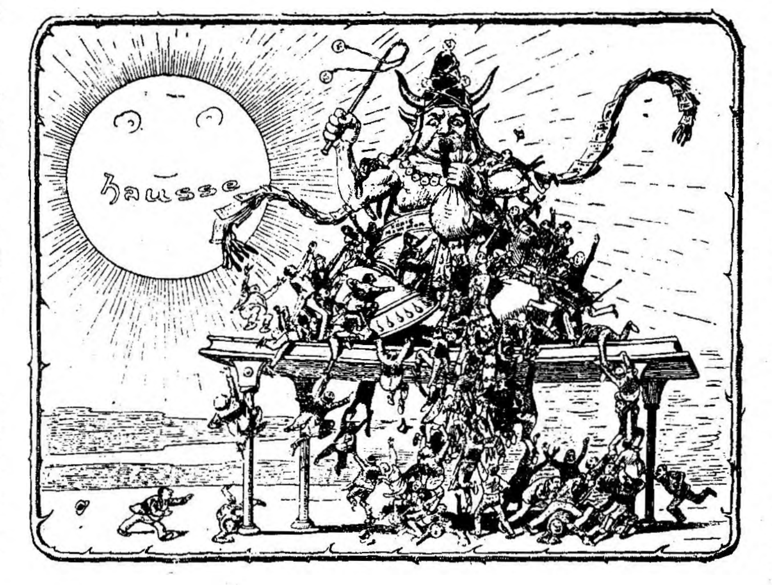
Umsätze von General Motors um eine Million Dollar gefallen

Die Automobil- und Lastkraftwagen-Verkäufe in den Vereinigten Staaten sind im Jahr 1987 auf etwa 15 Millionen Stück gefallen, das ist über eine Million weniger als 1986, wo 16,3 Millionen Stück verkauft wurden, und bei General Motors ist der größte Verlust zu verzeichnen. Die Lastkraftwagen-Verkäufe stiegen zwar 1987, doch nicht genügend, um den starken Rückgang an Automobil-Verkäufen auszugleichen.

General Motors erlebte den größten Umsatzverlust: 20,6 Prozent. Er fiel von 4 693 161 Stück im Jahr 1986 auf 3 728 313 im Jahr 1987.

Ford war der einzige Autohersteller, der bei den Umsätzen einen Reinertrag verzeichnen konnte. Während die Automobilverkäufe um ein Prozent von 2 080 822 auf 2 060 834 gefallen sind, stiegen die Lastkraftwagen-Verkäufe um 5,2 Prozent von 1 381 438 im Jahr 1986 auf 1 453 225 im Jahr 1987.

Volkswagen verzeichnete bei seinen Umsätzen in den USA ein Absinken um 17,4 Prozent und ein Absinken von 8,8 Prozent bei den Importen. Nissan



gewann bei einheimischen Fahrzeugen 127,5 Prozent, doch fiel der Lastkraftwagen-Anteil um 18,7 Prozent. Bei den importierten Fahrzeugen verzeichneten sie einen Verlust von 17,2 Prozent, während die importierten Lastkraftwagen um 8,9 Prozent stiegen.

Mazda berichtet von Verlusten bei den importierten Autos in Höhe von 7,4 Prozent und 21,3 Prozent bei den Lastkraftwagen-Importen. □

USA

Weniger Handels-beschränkungen für die Sowjets

Dem amtierenden Staatssekretär im amerikanischen Handelsministerium, Paul Freedenberg, zufolge plant das US-Handelsministerium, die Liste der Sicherheitsbeschränkungen unterliegenden Waren herabzusetzen, so daß mehr Waren sogenannter »niederer Technologie« in die Sowjetunion exportiert werden können.

Freedenberg bestätigte außerdem, daß ein Treffen zwischen Spitzenvertretern der Vereinigten Staaten, Japans und den NATO-Ländern dazu dienen soll, um die Exportbestimmungen für High-Tech-Waren an den Ostblock zu straffen.

Im Gegenzug werden die Vereinigten Staaten ihre Beschränkungen für weniger fortgeschrittene Waren wie Personal-Computer lockern. »Die Russen stellen immer noch keinen guten her«, sagte er, »doch das heißt nicht, daß wir ihnen keinen verkaufen können.« □

Rüstungskontrolle

Go-slow bei Ratifizierung des INF-Vertrages

Der ehemalige amerikanische Unterhändler in Rüstungskontroll-Verhandlungen, Eugene Rostow, Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstandes des »Ausschusses für gegenwärtige Gefahren«, sagte in einem Kommentar gegenüber der »New York Times«, die Ratifizierung des Vertrages über atomare Mittelstreckenwaffen (INF) sollte an Vereinbarungen gebunden werden, die »die sowjetisch-amerikanische Gleichheit bei offensiven Interkontinental-Atomwaffen und Verteidigungssystemen vorsehen. Sowohl im Inland als auch im Ausland werden starke Meinungen laut, die den Vertrag über atomare Mittelstreckenwaffen als ein neues München ansehen.«

Rostow warnte: »Das Ziel der Sowjets ist es, Westeuropa zu entnuklearisieren, was zwangsläufig zu einem neutralen Europa führen würde, und das war Teil des primären strategischen Ziels der Sowjetunion seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.« □

Kolumbien

Kaffee-Ernte stark gesunken

Wie der Präsident des Nationalen Komitees der Kaffee-Anbauer, Mario Gómez, verkündete, wird Kolumbiens Kaffee-Ernte im Jahr 1988 in einigen Gegenden wegen eines Rostpilzes und anderer Pflanzenkrankheiten um 80 Prozent sinken. Am härtesten betroffen sind die Anbaugebiete Risaralda, Caldas, Quindio und Norte del Valle.

Gómez sagte, durch »paloteo« sind weite Anbaugebiete zerstört worden. In diesem Fall trocknet die Pflanze aus, weil sie zu viele Früchte trägt. Die Auswirkungen der Krankheit werden erst in den nächsten Wochen bekannt sein, wenn die kranken Pflanzen nicht blühen werden und ein drastisches Absinken der Produktion zu verzeichnen sein wird.

Folglich sind die 12,4 Millionen Sack Kaffee-Bohnen, die von der Regierung vor kurzem angekündigt wurden, eine viel zu optimistische Voraussage, warnte Gómez. Er sagte voraus, daß die Kaffee-Produktion im Jahr 1988 zehn Millionen Sack nicht übersteigen werde. □

USA

Weniger Spenden für Israel

Führungskräfte der jüdischen Agenturen in den Vereinigten Staaten sind der Auffassung, daß die Spendensammelaktionen für Israel unter den amerikanischen Juden durch den jüngsten starken Verfall der Aktienmarktpreise beeinträchtigt werden könnten. Es stehen zwei Überlegungen dabei zur Debatte, so sagen sie: Spenden durch Einzelpersonen und philantropische Institutionen sowie Stiftungsgelder, die in Aktien angelegt worden seien.

Ein jüdischer Börsenmakler und zionistischer Laienführer sagte: »Es wurden Leute völlig zugrunde gerichtet. Ich habe erlebt, daß Leute ein Drittel der Ersparnisse ihres ganzen Lebens verloren haben. Wenn die Leute Geld verlieren, dann geben sie weniger.« □

Israel

Politik und Aktionen in Frage gestellt

Indem er an das Recht der amerikanischen Juden appelliert, sich an der israelischen Debatte über eine internationale Konferenz zu Friedensverhandlungen mit den Arabern zu beteiligen, schreibt Wolf Blitzer, der Washingtoner Bürochef der »Jerusalem Post«:

»Es gibt keinen Weg, die derzeitige Debatte in Israel oder in der Gemeinde der amerikanischen Juden zu unterdrücken. Eine zunehmende Zahl israelischer Führer und amerikanischer jüdischer Aktivisten hat diesen offenen Gedankenaustausch sogar begrüßt.

Seit dem Krieg im Libanon und dem Spionageskandal um Jonathan Jay Pollard sind die amerikanischen Juden zunehmend ermutigt worden, die Politik und die Aktionen Israels in Frage zu stellen. In früheren Jahren hätten sie ihre Fragen eher auf privater Ebene gestellt, weit weg von dem Rampenlicht der Medien. Doch das ist heute nicht mehr der Fall – und die Zeit läßt sich auch nicht mehr zurückdrehen.«

Tatsache ist, daß Israels Politiker und Wissenschaftler keine Gelegenheit vergehen lassen, in der sie nicht darauf hinweisen, daß immer mehr junge Menschen, vor allem Akademiker, dem zionistischen Staat den Rücken kehren.

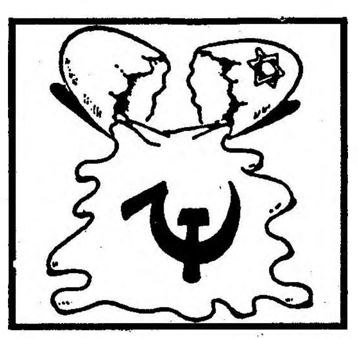
»Kein Land der Welt tut so viel, um seine Söhne nach Hause zu bringen, aber kaum ein Staat hat so sehr mit der Auswanderung zu kämpfen wie Israel«, klagte Einwanderungsminister Jakov Tsur auf einem Parlaments-Symposium über die wachsende Auswanderung junger Israelis. □

Iran

Waffen aus Israel

In einer Rede im Namen der Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith Loge erzählte Dr. Yossi Olmert vom Dayan-Zentrum für Nahost-Studien in Tel Aviv seinen amerikanischen Zuhörern: »Israel verkauft nicht sehr viele Waffen an den Iran. Doch den Iranern fehlt es an Flugzeugen und Ersatzteilen und der Iran und Israel verwenden die gleichen amerikanischen Flugzeuge und die gleichen amerikanischen Waffen.«

Doch was noch wichtiger ist, erläuterte Olmert, »ist die Existenz des iranischen Judentums. Was ist Israel, wenn nicht ein jüdischer Staat?« Das Vorhandensein einer jüdischen Gemeinde irgendwo auf der Welt in einem Land ist Grund genug für Israel, in irgendeiner Form mit dieser Gemeinde in Verbindung zu kommen, meinte er. □



Briefe

Betr.: Währung »Rückkehr zu festen Wechselkursen«, Nr. 1/88

C. Gordon Tether schildert die starke Verunsicherung in der Dollar-Welt und daß »einige Argumente für frei schwankende Wechselkurse jetzt nicht mehr so unwiderstehlich sind«. Natürlich sind schwankende Wechselkurse kein Allheilmittel, aber eine Rückkehr zum Bretton-Woods-System wäre doch etwas vom Dümmsten das sich der Internationale Währungsfonds (IWF) einfallen lassen könnte. Der Welthandel hat sich in den Jahren des Floatings, also der freien Wechselkurse, um rund 300 Prozent wertmäßig ausgeweitet.

Eine neue Weltordnung auf der Basis der Evolution eines internationalen Netzes von manipulierten Wechselkursen innerhalb veröffentlichter Bandbreiten hat wohl etwas Bestechendes an sich. Dies entspräche ungefähr dem heutigen Europäischen Währungssystem, das sich grosso modo gut bewährt hat. Aber das Ziel, zwischen den EWS-Staaten stabile Wechselkurse zu halten, wurde nicht erreicht. Immer wieder mußten diese oder jene Währung aufoder abgewertet, den realen Verhältnissen der Kaufkraftparität angepaßt werden.

Die ECU als europäische Recheneinheit wäre ein unnötiges Zwischenglied, wenn es den verschiedenen Ländern gelingen würde, eine einheitliche Währungspolitik zu betreiben. Grundbedingung für das Funktionieren von Zonen währungspolitischer Stabilität der Kaufkraft ist die vollständige Überwindung der Inflation in jedem Land. Die Notbanken verfügen heute über genügend Mittel, um jeder Geldentwertung durch die Geldmengensteuerung vorzubeugen. Es ist eine wissenschaftlich gesicherte Erkenntnis, daß Inflation nur dadurch entsteht, wenn die Geldmenge stärker expandiert als die reale Wachstumsrate des Volkseinkommens beziehungsweise des Sozialproduktes.

Zu berücksichtigen ist aber auch die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Diese hängt heute weitgehend ab vom technischen Fortschritt im Zahlungsverkehr. Durch Einführung einer Geldumlaufssicherung (Professor Dieter Suhr fordert eine Belastung von Durchhaltekosten auf brachliegenden Geldern), könnte die Geldumlaufsgeschwindigkeit unter Kontrolle gebracht werden.

Es ist heute unbestritten, daß jede Inflation zu Wirtschaftsproblemen, insbesondere zu Arbeitslosigkeit führt, weshalb eine kontinuierliche Stabilitätspolitik im Interesse aller Beteiligten liegt, vielleicht mit Ausnahme jener der Spekulanten, auf deren verhängnisvolle Rolle aber keine Rücksicht genommen werden muß.

Statt einer Rückkehr zu festen Wechselkursen, wie C. Gordon Tether sie fordert, müssen wir Preisstabilität für jedes einzelne Land, für jede Währung fordern, sowie eine Geldumlaufssicherung zur zuverlässigen Bestimmung der für die Wirtschaft erforderlichen Geldmenge. Sobald sich das Geld dem wirtschaftlichen Kreislauf nicht mehr entziehen kann, sinken die Zinsen, was belebend wirkt und zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und zur Entlastung der Schuldner führt. Das müssen wir von unseren Währungspolitikern fordern, wenn wir bessere und gerechtere Verhältnisse schaffen wollen.

Otto Haag, Elgg

Betr.: Revisionismus »Versuch, die Geschichte zu zensieren«, Nr. 1/88

Der Bericht über die 8. Internationale Revisionisten-Konferenz 1987 in Irvine (Kalifornien), die durch das Institute for Historical Review (IHR) gefördert worden ist, zeigt, daß der Revisionismus in der Historie weltweit mit aller Kraft seit einigen Jahren spürbar wird.

Dies bestätigt auch der seit Sommer 1986 unter westdeutschen Zeitgeschichtlern ausgetragene »Historikerstreit«, der grundsätzliche und politisch bedeutsame Fragen zur Behandlung und Untersuchung der Vorgänge im Dritten Reich und in Europa der damaligen Zeit aufwirft.

Eine Reihe angesehener Historiker, wie Ernst Nolte, Michael Stürmer, Joachim Fest, Alfred Schickel, haben sich in der letzten Zeit dafür ausgesprochen, daß die Geschehnisse in den dreißiger und vierziger Jahren viel differenzierter als bisher betrachtet werden müssen. Eventuelle Revisionen von Ergebnissen und Meinungen seien das Normale in jeder Wissenschaft, also auch in der Geschichte; diese dürften auch nicht vor Tabus oder Dogmen der Umerziehung halt machen. Dies gelte besonders für die Komplexität der Ereignisse um den Zweiten Weltkrieg.

Neue Schwerpunkte der Gegenwartsgeschichte, wie Stalins Massenvernichtungen Anfang der dreißiger Jahre (Ukraine), der Reichstagsbrand 1933, Kriegsschuld, die Frage des Rußlandfeldzuges 1941 als Präventivkrieg, »Endlösung», Katyn, »Auschwitz-Stigma«, Vertreibung der Deutschen aus Ostmittel- und Südosteuropa, der Wert der Geschichte für ein besiegtes Volk, wurden und werden jetzt mit neuen Forschungsergebnissen abgehandelt. Einen guten Überblick zum augenblicklichen Stand gibt das Buch von Rolf Kosiek »Historikerstreit und Geschichtsrevision« Tübingen 1987.

Doch der historisch-politische Streit geht weiter! Besonders erregt hat den »Spiegel« Ernst Noltes neues Standardwerk: »Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945«, Propyläen, Berlin 1987, mit dem Untertitel: »Nationalsozialismus und Bolschewismus«. In einer scharfen Rezension des Werkes möchte der Herausgeber Rudolf Augstein den Geschichts-Professor Nolte am liebsten künftig »in der historischen Besenkammer abstellen«. Ob dies den Reeducations-Anhängern wohl gelingen wird? Ich glaube kaum, denn allerorten regen sich konservativ-populistische Einwände gegen das verordnete Geschichtsbild. Zutreffend verurteilt der Erlanger Historiker Helmut Diwald die Legendenbildung, Täuschungen und Fälschungen der gesamtdeutschen Geschichte im europäischen Rahmen der Vergangenheit: »Wer die Geschichte eines Volkes kriminalisiert, macht es krank.« Das Jahr 1945 als das »Jahr Null« hat ausgedient!

Rudolf Stubert, Kulmbach

Betr.: NATO »Alte B-52-Bomber kommen nach Europa«, Nr. 1/88

In die allgemeine Euphorie über das Mittelstreckenabkommen und die neue Freundschaft USA–UdSSR (England) kann ich nicht einstimmen. In meinen Augen handelt es sich um die Erneuerung der Allianzen des Ersten und Zweiten Weltkriegs. Deren Zweck war die Vernichtung Deutschlands. Ergo gleiche Allianz – gleiches Ziel.

Die Beseitigung der Mittelstreckenraketen macht es möglich wieder einen konventionellen Krieg in Europa zu führen. Aber das Ziel kann mit Hilfe dieses Abkommens sehr viel eleganter erreicht werden.

Im »Südkurier« war das Abkommen auszugsweise und teilweise wörtlich abgedruckt. Es wird zitiert: »Jede Seite wird das Recht haben, innerhalb der ersten sechs Monate nach Inkrafttreten des Vertrages nicht mehr als 100 ihrer Mittelstreckenraketen durch einen Start zu zerstören.« Wenn ich recht gelesen habe, gilt dies nicht für Waffen, die in den USA lagern. Für diese ist ganz exakt festgelegt worden, wie sie auf andere Weise zu zerstören sind.

Mir drängt sich die Frage auf, wenn Start noch Abschuß bedeutet, wohin können diese 2 × 100 Raketen in Europa abgeschossen werden? Auf unsere Industriezentren oder Städte? Warum nicht? Wohin sonst? Schließlich haben wir keinen Friedensvertrag und die Feindstaatenklausel gilt immer noch. Späte Erfüllung des Morgenthau-Plans ohne großen Aufwand und offiziellen Krieg. Und nicht zu vergessen, es existiert ein geheimes Zusatzabkommen. Weshalb wohl? Übrigens hatten wir das auch schon beim Hitler-Stalin-Pakt.



Als einziges will mir nicht recht einleuchten, daß die Sowjets an einem zerstörten Deutschland Gefallen fänden, sie möchten es lieber ganz.

Rolf Klepzig, Hohenfels

Betr.: Bibel »El Schaddai und sein Gesetz«, Nr. 1/88

Götter, denen Menschenopfer dargebracht wurden, hat es in der Geschichte viele gegeben. Der jüdische Nationalgott Jahwe war nur einer von diesen, und alle waren Erfindungen von Priestern, die vorgaben, daß ihnen der Wille Gottes besser bekannt sei als ihren Mitmenschen, und daraus Vorrechte für die Priester herleiteten. Das »Gesetz« Jahwes ist daher auch eine Erfindung der Priester und hat mit Gott nichts zu tun.

Meister Eckhart lehrte: Wenn die Seele Gott erkennen soll, muß sie ihn oberhalb von Zeit und Raum erkennen. »Alles, was ein Sein hat, gehört nicht Gott zu«.

Und der Hauptsatz der Lehre von Jesus lautet: »Das Reich Gottes kommt nicht mit äußerlichen Gebärden. Man wird auch nicht sagen: Siehe hier oder da ist es. Denn sehet, das Reich Gottes ist inwendig in euch.«

Diese Sentenzen finden sich bei fast allen Völkern und Rassen dieser Erde, sind also allgemein gültig, also auch der Gottesbegriff.

Jesus war ein gescheiterter Reformator des jüdischen Volkes, der die Juden, sein Volk, von der Weltherrschaftssuggestionen der Priester im Alten Testament erlösen und zu seinem »inwendigen Reich Gottes«, das im Gegensatz zu den Verheißungen »nicht von dieser Welt« sein sollte, bekehren wollte. Wenn er auch, um das Wohlwollen der Juden zu gewinnen, sagte, er sei nicht gekommen, um die Propheten und das Gesetz aufzulösen, so löste er sie doch mit seiner Lehre vom »inwendigen Reich Gottes« auf.

Deshalb, und weil die Gefahr bestand, daß es ihm gelingen könnte, die Juden ihrer Priesterschaft abspenstig zu machen, verleumdeten diese ihn bei der römischen Besatzungsmacht als Aufrührer, der sich zum »König der Juden« machen wolle und ließen ihn durch den unter Druck gesetzten Statthalter Pilatus nach einem Schauprozeß hinrichten.

Damit wäre der Fall Jesus erledigt gewesen, wenn nicht Paulus gegen das Gebot des Jesus, der seinen Jüngern strikt verboten hatte, außerhalb des jüdischen Volkes für seine Lehre zu missionieren, im Imperium Romanum weiter missioniert hätte. Jesus sah seine Mission nur als eine auf das jüdische Volk beschränkte an und nicht als eine »Weltmission« wie Paulus und die sich auf ihn gegründeten Kirchen.

Alle Stellen im neuen Testament, die auf eine Weltmission des Jesus hinweisen, sind Einfälschungen, um die Existenzberechtigung der Kirchen zu beweisen.

Helmuth Golz, Köln